

Im Osten was Neues?

**Perspektiven
von Migrant_innen
– Schwarzen Menschen –
Communitys of Color
auf 30 Jahre
(Wieder-)Vereinigung
und Transformationsprozesse
in Ostdeutschland**

Herausgegeben von
Asiye Kaya, Riham Abed-Ali
und Phương Thúy Nguyễn

Im Osten was Neues?

**Perspektiven
von Migrant_innen
– Schwarzen Menschen –
Communitys of Color
auf 30 Jahre
(Wieder-)Vereinigung
und Transformationsprozesse
in Ostdeutschland**

28.–30. Oktober 2020, Hochschule Mittweida
Tagungsdokumentation

Inhalt

Gruß- und Dankwort

1. Einleitung

Asiye Kaya, Riham Abed-Ali, Phương Thúy Nguyễn:

Konzept-Kontext und Struktur der Tagungsdokumentation 15

2. Jenseits des Mainstreams

I – kritische Perspektiven und Wissen aus 30 Jahren Transformationsprozessen

Nicola Lauré al-Samarai:

2.1 Immaterielle Archive oder: Die Notwendigkeit,
dem Flüchtigen zu vertrauen..... 30

Jasmin Dean:

2.2 „Der 9. November war entsetzlich“ –
„Die Familienzusammenführung war super“
Perspektiven rassifizierter Communitys auf Mauerfall und Transformation 37

Halil Can:

2.3 Die „Wende“ in Deutschland und das Sprechen
der anderen Deutschländer_innen aus dem „dritten Raum“ –
mit Empowerment und Powersharing 47

Laura Schrader:

2.4 Empowermentarbeit im Kontext von Rassismuskritik –
Perspektiven und Erfahrungen der „(un)Sichtbar-BIPoC- Initiative“ 56

2.5 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion 63

3. Jenseits des Mainstreams II – photographische Blicke auf die DDR und die Zeit danach

Mahmoud Dabdoub:

„39 Jahre Daheim in der Fremde... Ankommen!“ 65

4. Erinnerungs-, Gedenk-, Widerstands- und Zugehörigkeitsnarrative

Lydia Lierke:

4.1 Erinnern stören – migrantische und jüdische Perspektiven auf den Mauerfall	74
--	----

Clara-Rose Parson, Julian Ibrahim Reich:

4.1 Fragmente der Kontinuität – Widerstandsgeschichte von BIPOC in Deutschland	78
--	----

Cynthia Zimmermann:

4.3 Doppelte Mauer – Das Vergessenwerden hat Geschichte. Rassismus von DDR bis heute	85
--	----

Angelika Kim:

4.4 Intersektionalität über Generationen und Landesgrenzen hinweg – Reflektionen einer Ostdeutschen über ihre „Wurzeln“	93
---	----

4.5 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion	99
---	----

5. Workshops

Zu den Workshops	101
------------------------	-----

5.1 Forschen mit/für und durch marginalisierte Communitys.	102
---	-----

Angeleitet von Asiye Kaya und Jane Weiß

5.2 „Wie kommen wir zusammen?“ (Erfahrungs-)Austausch und Diskussion zu BIPOC Selbstorganisationsprozessen und Community-Building am Beispiel von korientation e.V. und asiatisch-deutscher Selbstorganisation.	105
--	-----

Angeleitet von Phương Thúy Nguyễn und Riham Abed-Ali

5.3 Allianzen und gemeinsame Organisation von BIPOC und weißen Menschen in Ost und West, vor und nach der Wende	110
---	-----

Angeleitet von Gudrun Ehlert und Halil Can

6. Erinnerungsräume von Bewegungsgeschichten BIPOC Kollektive im Transformationsprozess

Peggy Piesche:

6.1 Intersektionale bewegungsgeschichtlich geleitete Erinnerungspolitik	115
---	-----

Katja Kinder:

6.2 Intersektional rassismuskritische Perspektiven auf Transformationsprozesse	119
--	-----

Jane Weiß:

6.3 Geschichte(n) bewahren und öffentlich machen – das RomaniPhen Archiv in Berlin	123
--	-----

6.4 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion	129
---	-----

7. Intergenerationale Weitergabe

Soziokulturelles Erbe	133
-----------------------------	-----

8. Rassismus und Empowerment in Ostdeutschland

Lisa Bendiek, Sok Kierng Elisa Ly, Danilo Starosta:

8.1 Von Zukunft keine Ahnung – Wie die sächsische Jugendhilfe Migrant_innen und BIPOC übersieht	142
---	-----

Mouctar Bah:

8.2 Der Kampf um Gerechtigkeit für Opfer von Polizeigewalt am Beispiel der Initiative für Oury Jalloh Wie antirassistische Arbeit durch Behörden behindert wird (Zusammenfassung).	150
---	-----

Ibraimo Alberto:

8.3 Vom Boxer zum Sozialarbeiter- Kämpfen um (Über-) Leben in zwei Systemen: DDR und BRD (Zusammenfassung).	153
--	-----

Edris Riedel:

8.4 BIPOC-Empowerment und -Widerstand: Erfahrungen aus der Selbst-Organisation in Leipzig	156
---	-----

8.5 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion	161
---	-----

9. Migrant_innenselbstorganisationen und informelle Selbstorganisierung in Ostdeutschland

Eter Hachmann:

9.1 Die Bedingungen und politische Wirksamkeit von Migrant_innenselbstorganisationen im Osten. 164

9.2 Podiumsgespräch von Mitgliedsorganisationen des Dachverbandes der Migrant_innenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst e.V.: „Wir können uns nur wehren, wenn wir uns zusammentun“ (Zusammenfassung)172

10. Un-/Sichtbarkeit und Mit-/Selbstbestimmung von Migrant_innen und BIPOC in Medien, Kunst & Kultur im ostdeutschen Kontext

Matilde Heredia:

10.1 Darstellung von BIPOC in Kinderbüchern in Zeiten der DDR und heute – Perspektive der historisch-kritischen Pädagogik 180

Kefa Hamidi, Isabel Herling:

10.2 Menschen und Institutionen für Kommunikation und Partizipation (mikopa)! Eine Post- migrantische Selbstorganisation für partizipative Öffentlichkeit in den neuen Bundesländern (Zusammenfassung) 186

Nhi Le:

10.3 Mehr Medienpräsenz, mehr Miteinander! Überlegungen zur Sichtbarkeit migrantisch-ostdeutscher Stimmen (Zusammenfassung) 190

10.4 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion 193

11. Eine vorläufige Schlussfolgerung

Asiye Kaya:

Wissen ist situiert. 195

12. Anhang

Autor_innen/ Personenbeschreibung 203

Organisator_innen 210

Call for Abstracts211

Programmüberblick der Tagung 214

Gruß- und Dankwort

Es ist uns als Tagungsteam eine große Freude, Ihnen mit dieser Tagungsdokumentation ein kollektives Werk und eine mehrperspektivische Dokumentation zu unterbreiten.

Die Vision der Tagung hat eine eigene Entstehungsgeschichte und geht auf das Jahr 2015 zurück, wo ich angefangen habe im ostdeutschen Kontext zu lehren. Es wurden in diesem Jahr überall in Westdeutschland Veranstaltungen zu 60 Jahre Migration in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt, während die ostdeutsche Migrationsgeschichte kaum berücksichtigt wurde. Als ich 2017 die Professur für Migration und Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida annahm, setzte ich mir zum Ziel, zur Jahreswende 2020 eine internationale Konferenz zur Bedeutung von Migration in der Transformationszeit 30 Jahre nach der Wende in Ostdeutschland zu organisieren. Demnach sollte der Themenkomplex Migration im Osten in Verbindung mit deutscher Einheit und auch in einem Ost/West Vergleich betrachtet und aus unterschiedlichen Perspektiven (akademisch wie künstlerisch und literarisch) beleuchtet, reflektiert und diskutiert werden. Diese Vision hat sich jedoch im Laufe der Zeit mit meinen institutionellen, individuellen und professionellen Erfahrungen im ostdeutschen Kontext zu einem dreijährigen Forschungsprojekt entwickelt, das die Perspektiven der Migrant_innen, bzw. Communitys of Color auf die Transformationsgesellschaft als Ausgangspunkt der Forschung setzt. Das Forschungsprojekt setzt zum Ziel, über die ostdeutschen gesellschaftlichen Erfahrungen der migrantischen Communitys hinausgehend vor allem herauszuarbeiten, wie sie auf die gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozesse in Ostdeutschland reagieren und mit welchen Strategien sie den Herausforderungen begegnen.

Als eine historische, gesellschaftliche und politische Realität Deutschlands wird das Thema Migration polarisierenderweise als Streitthema instrumentalisiert und

entwickelt, nicht nur in Sachsen, auch eine starke Brisanz. Das mehrheitsgesellschaftliche Gedächtnis, vor allem im ostdeutschen Kontext, scheint jedoch die migrationsrelevanten Realitäten vor dem Fluchtgeschehen 2015 in Ostdeutschland „nicht wahrgenommen“ bzw. „ausgeblendet“ zu haben. Dank der biographischen Beiträge der weißen ostdeutschen Studierenden aus unterschiedlichen Generationen (vor allem mit Kindheit und Jugenderfahrungen vor der Wende) und überwiegend aus der Region wurden meine Lehrveranstaltungen in Verbindung mit der Thematik Migration auch für mich zu neuen Lernräumen über die lokalen (kollektiven) Wissensbestände bezüglich Migration und Migrant_innen vor und nach der Wende in Ostdeutschland. Dabei wurde Migration eher als ein westdeutsches Phänomen betrachtet, was mit ostdeutschen Realitäten und „Normalitäten“ kaum zu tun habe.

Parallele Ereignisse wie die völkisch-rassistisch motivierte (kollektive) Angriffe auf die als geflüchtet/migriert markierten Menschen wie z.B. in Chemnitz im Sommer 2018, zeigen eine weitere Realität, die Tiefe der Polarisierung, den Versuch, anti-migrantische Diskriminierungen und Rassismen als „Meinungsfreiheit“ oder „bürgerliche Pflicht“ als salonfähig öffentlich zu legitimieren.

Es gibt bis auf die neueste Zeit wenige Forschungen, wissenschaftliche Literatur, die sich explizit den Erlebnissen der Communitys of Color aus ostdeutscher migrantischer Perspektive widmen. Diese Feststellung hat dazu geführt die hier dokumentierte Tagung als eine Datenerhebungsmethode, als eine Art Bestandsaufnahme des bisher vorhandenen (Erfahrungs-)Wissens und der Diskurse aber auch der Bedürfnisse und Anliegen verschiedener migrantischer Communitys zu konzipieren und verwenden.

Die Tagung wurde in der unsicheren Pandemiezeit als eine der ersten öffentlichen hybriden Veranstaltung durchgeführt. Sie initiierte einen Reflexions- und Gestaltungsraum für Menschen, die in den dominanten, oft linearen Erinnerungs- und Transformationsnarrationen seit der deutschen „Einheit“ nicht gehört wurden. Darüberhinaus diente sie auch als ein inklusiver Raum für Netzwerkbildung und Community-übergreifenden Austausch in Ostdeutschland. Gleichzeitig ist auch der stattfindende (Erfahrungs-)Wissens- und Theorie-Praxis-Transfer von zentraler Bedeutung, um politische Bildung auch mit inklusivem migrantischen Wissen zugänglicher zu machen und zu fördern. Gerade in einer Zeit, wo die Bildungsorte wie die Hochschulen zum Teil zu ihrer gesellschaftlichen bildungspolitischen Verantwortung eine distanzierte Haltung einnehmen, um bloß die Thematik nicht „politisch“ zu behandeln, damit sie nicht in das Visier der rechtspopulistischen Positionen kommen, sind solche Tagungen auch als Orte der politischen Bildung von großer Bedeutung.

Die Tagungsdokumentation ermöglicht eine Grundlage und Referenzen für die Wissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Praxis und macht neue Perspektiven sichtbar. Gleichzeitig ist sie ein zeithistorisches Zeugnis für die Zusammenkunft von Wissen und Perspektiven von migrantischen und Schwarzen Menschen und Communitys of Color im Osten.

Insgesamt hat die Tagung nachhaltige Ergebnisse in verschiedene Richtungen bewirkt: Zum einen wurden bei Einzelpersonen und Organisationen Reflexionsprozesse angestoßen und Diskurse eröffnet. Zum anderen entstanden neue Projekte und Zusammenarbeiten wie das Kooperationsprojekt „Townhall meets Hochschule“ zwischen der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und der Hochschule Mittweida, sowie drei weiteren ostdeutschen Partnerorganisation zu den Bundestagswahlen im Jahr 2021. Mit dem Forschungsprojekt werden die angestoßenen Diskussionen und Reflexionen der Tagung nicht nur integriert, analysiert, und dokumentiert, sondern auch im Verlaufe der Forschung weitergeführt.

Die Tagung konnte nur mit finanzieller Unterstützung und Kooperation durch die folgenden Institutionen stattfinden. Sie wurde hauptsächlich als ein „Modellprojekt“ von der bpb gefördert. Hierfür einen herzlichen Dank an Peggy Piesche. Eine Kooperation mit dem Projekt „Vielfalt im Dialog“ des Zentrums für Integrationsstudien (Zfi) an der TU Dresden (TUD) für ein spezifisches hybrides Podium hat die Tagung bereichert. Hierfür herzlichen Dank an Karoline Oehme-Jüngling und an Julia Schulze Wessel. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat nicht nur in unterschiedlichen Posten unsere Tagung unterstützt, sondern vor allem die Veröffentlichung der vorliegenden Tagungsdokumentation ermöglicht. Einen herzlichen Dank hierfür an Eter Hachmann.

Vor Ort unterstützen uns als studentische Hilfskraft Ahmad Almasad, Pauline Ta-bea Köhler und Patricia Uhlmann drei tagelang bei der Sicherstellung der Hygiene und Organisation. Hybride Einheiten mit entsprechenden technischen Verbindungen haben uns Thomas Dietze und Leon Petzoldt ermöglicht. Herzlichen Dank an alle für Ihre Arbeit. Ebenfalls gilt unser Dank an alle Kolleg_innen an der Hochschule, die bei diesem Vorhaben hinter uns gestanden und uns dabei unterstützt haben.

Molly Schaueremann, Angelika Kim, Phương Thanh Nguyễn, Rolan Abed-Ali, Trong Do Duc und Lydia Lierke haben uns bei den Arbeiten wie die Transkription oder Zusammenfassung der Panel- oder Workshopaufnahmen oder Diskussionsbeiträgen unterstützt. Herzlichen Dank an alle dafür. Ebenfalls herzlichen Dank an Gizem Kaya und Mahssa Sotoudeh für ihre Lektoratsarbeit und Wolfgang Bosse für die Grafik und das Layout. Alle in der Dokumentation verwendeten Fotos verdanken

wir Mahmoud Dabdoub. Meinen herzlichen Dank für die intensive Zusammenarbeit mit Riham Abed-Ali und Phương Thúy Nguyễn.

Last but not least einen herzlichen Dank für das Vertrauen aller Anwesenden, die in den unsicheren Zeiten nach Mittweida kamen, um mit uns zu diskutieren und die anregenden Tage miteinander zu gestalten und damit gemeinsam zum Wissensarchiv der Community of Color im Osten beigetragen haben. Unsere Freude bei der Zusammenkunft, dem Austausch und der Begegnung sowie der Netzwerkbildung am Ende der drei Tage haben die Masken nicht verdecken können.

Asiye Kaya,
Projektleiterin des Forschungsprojektes „30 Jahre Deutsch Einheit: Migrantische Perspektiven auf die Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland, Hochschule Mittweida und Professorin für Communityorientierung und Social Change an der Alice Salomon Hochschule Berlin
 (Inhaltliche Rückmeldungen zur Tagungsdokumentation an:
a.kaya@ash-berlin.eu)



Tagungsteilnehmende im Foyer der Hochschule Mittweida

1. Einleitung



Tagungsteilnehmende im Saal der Hochschule Mittweida

Asiye Kaya, Riham Abed-Ali, Phương Thúy Nguyễn:

Konzept-Kontext und Struktur der Tagungs-dokumentation

Das vorliegende Manuskript ist die Dokumentation der Tagung mit dem Titel „*Im Osten was Neues? Intersektionale- Migrantische-BIPoC¹ Perspektiven auf 30 Jahre (Wieder-) Vereinigungsprozess² in Ostdeutschland*“, die vom 28. bis zum 30. Oktober 2020 an der Hochschule Mittweida stattgefunden hat. Die Tagung steht in Verbindung mit einem Forschungsprojekt,³ das migrantische (und BIPoC) Perspektiven auf den Transformationsprozess der Nachwendezeit in Ostdeutschland sowohl als Ausgangspunkt als auch als Zielsetzung markiert.

Damit fungierte die Tagung für das Forschungsprojekt als eine Bottom-Up-Perspektive sowie eine partizipative und transformative Methode. Sie diente darüber hinaus als Austausch- und Reflexionsraum und als „eine kooperative und würdige

¹ BIPoC steht für Black Indigenous People of Color (Schwarze, Indigene, Personen of Color).

² Mit dieser Schreibweise wird markiert, dass der Begriff „Wiedervereinigung“ aus ostdeutscher Perspektive als hegemonial kritisch betrachtet wird. Stattdessen werden weniger hegemonial wahrgenommene Begrifflichkeiten wie „Vereinigung“ oder „DDR Beitritt zur BRD“ verwendet. „Wiedervereinigung“ impliziert eine Art nationale Sehnsucht nach einer imaginären „deutschen Einheit“, die als Common Sense vorausgesetzt wird. Der Begriff ist konnotiert mit der Feierlichkeit des „Wiedervereintseins“, ohne zu explizieren, wer eigentlich „wiedervereint“ werden soll und wer nicht, wer als Teil dieser sogenannten „Einheit“ gesehen und auf wessen Kosten diese ausgetragen wird. Die Vereinigung und Transformationsprozesse waren vor allem dominiert durch die BRD Politik und Positionen. Erzählungen und Diskurse waren und sind teilweise immer noch geprägt von westdeutschen Narrativen. Der Beitritt der DDR zur BRD war für viele Linke, Migrant_innen und BIPoC in Ostdeutschland weder eine Vereinigung auf Augenhöhe noch ein Grund zum Feiern. Für diese Menschen ist die Transformation vor allem geknüpft an Erinnerungen von Bedrohung und Gewalterfahrungen. Ein kritischer Blick bedarf (linker-)ostdeutscher und ostdeutsch-migrantischer/ BIPoC Perspektiven (Schütz, Johannes. „Wenn Heimat Angst macht. „Gewalt der Vereinigung“ in biografischen Erzählungen“, in Zeitgeschichte-online, 2021. <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wenn-heimat-angst-macht> (abgerufen am 09.12.2021); Bangel, Christian. „Es gibt keine wirkliche Ostdebatte“, in Deutschland Archiv, 25.09.2020. www.bpb.de/315904 (abgerufen am 09.12.2021)).

³ Das Forschungsprojekt trägt den Titel „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland“ und ist ein Teilprojekt des vom SMWK geförderten Verbundprojekts „Innovationscluster HSMW 2020“ an der Hochschule Mittweida.

Strategie“⁴, um innerhalb der Communitys of Color in Ost- und Westdeutschland neue Deutungen und Vernetzungen zu schaffen. Als eine alternative Forschungsmethodologie ermöglichte die Tagung mit den angebotenen Schutzräumen den Widerstand marginalisierter Positionen und Communitys of Color gegen mehrfache Unterdrückung aufzuzeigen. Sie steht gleichzeitig für eine kraftvolle Form der Wissensproduktion, die es ermöglichen soll, kollektiv einen inklusiven Raum zu behaupten, der über den akademischen Bereich hinausgehend die Perspektiven der mehrfach marginalisierten Communitys of Color (vor allem) in Ostdeutschland in die Generierung des Wissens einbezieht. Diese zentralen Punkte in Verbindung mit einer Forschung durch eine Hochschule in Ostdeutschland zum Gegenstand zu machen und dies mit einer Tagung zu verbinden, ist – so wie viele der Teilnehmenden zurückgemeldet haben – ein erstmaliges Unternehmen.

Inspiziert durch indigene Forschungsmethodologien⁵ konzipierten wir die Tagung insgesamt als eine Form von „Erzählung/Narration“ aus verschiedenen Communitys, intersektionalen Perspektiven und Positionen mit dem Fokus auf Ostdeutschland, die den Teilnehmenden ermöglichen sollte, über die Grenzen eigener oder einzelner community-basierter Perspektiven hinweg, gemeinsam zu einer symbolischen Forschungscommunity of Color zu werden und neue Perspektiven sichtbar zu machen. Mit diesem Konzept wird eine kritische Haltung zur Exklusivität der Wissensformen in der konventionellen Wissen(schafts)produktion eingenommen und die intersektionalen Stimmen und Perspektiven als mitgestaltende Kraft gleich zu Beginn der Forschung eingebunden.⁶ Vor diesem Hintergrund haben wir anstatt einzelne Personen für einen „akademischen“ Beitrag anzufragen, durch einen Call for Abstracts (CfA) im Sommer 2020 Personen, Institutionen, Communitys aus unterschiedlichen Bereichen und aus der Praxis eingeladen, ihre themenrelevanten Aktivitäten, Projekte, Forschungen, Studien oder Abschlussarbeiten mit uns zu teilen.⁷ Damit haben wir auch aktivistische Erfahrungen als Quellen der Wissensgenerierung miteinbeziehen können. Deshalb ist diese Tagung so breit aufgestellt gewesen: von Student_innen und Wissenschaftler_innen über Aktivist_innen und Community-Organizer zu ehemaligen Vertragsarbeiter_innen und DDR Studierenden über Künstler_innen, Köch_innen, Pädagog_innen, Sozialarbeiter_innen hin zu Journalist_innen, überwiegend aus dem ostdeutschen Erfahrungskontext.

⁴ Archibald, Jo-ann; Lee-Morgan, Jenny Bol Jun; De Santolo, Jason. *Decolonizing research. Indigenous Storywork as Methodology*. New York, United Kingdom: Zed Books Ltd., 2019, 11.

⁵ Archibald, Jo-ann; Lee-Morgan, Jenny Bol Jun; De Santolo, Jason. *Decolonizing research. Indigenous Storywork as Methodology*. New York, United Kingdom: Zed Books Ltd., 2019; Chilisa, Bagele. *Indigenous Research Methodologies*. London: Sage Publication, 2020.

⁶ Dazu mehr im Schlusskapitel

⁷ Siehe hierzu den Call for Abstracts im Anhang

Unser Zusammenkommen und unser Austausch war Teil unserer Recherchearbeit, welche uns nicht nur andere Zugänge bot, sondern auch das Leben und die Freude an empirischer Forschung ausmacht – das Zwischenmenschliche und die Wirkmacht von kollektiven Denkprozessen.

In der Tagung sowie im Forschungsprojekt arbeiteten wir mit einem Communitybegriff, der dynamisch und mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Machtverhältnissen verwoben ist.⁸ Dabei werden postkoloniale und intersektionale, community-relevante Erfahrungen und Perspektiven mitberücksichtigt, die ressourcenorientiert, empowernd auf Gerechtigkeit, Partizipation sowie gesellschaftliche und politische Veränderungen zielen.⁹ Der Communityansatz bei der Tagung sieht den besonderen Wert von Communitywissen und hat u.a. zum Ziel durch eine gemeinsame Generierung von Wissensformen basierend auf diversen sozialen, politischen und historischen Erfahrungen von Communitys aus marginalisierten Positionen auch transformativ reziprok in die Communitys hineinwirken zu können. Dabei gehen wir davon aus, dass die o.g. Communityaspekte ebenfalls für migrantische Communitys of Color in Ostdeutschland in unterschiedlichen Momenten relevant sind: Sie können im Konzept „Ostdeutschland“ als lokal verbunden positioniert sein, aber auch politisch, interessenbezogen oder identitätsstiftend in Verbindung mit ähnlichen Communitys in Westdeutschland stehen. Außerdem wurde die community-bezogene Positionierung des Forschungsteams bzw. hier konkret des Tagungsteams, mit unterschiedlichen migrationsbiographischen Bezügen zu Ost- und Westdeutschland, von den Teilnehmenden als markanter Aspekt der Tagung genannt. Damit wurde über den akademischen Bereich hinaus eine Verbindung zu den angesprochenen Communitys hergestellt.

Zum Kontext: Das Forschungsprojekt

Zentral, sowohl beim Forschungsprojekt als auch bei der Tagung, ist der Zusammenhang zum Themenkomplex Migration. Migration hat vor und nach dem zweiten Weltkrieg sowie nach der deutsch-deutschen Vereinigung immer stattgefunden.

⁸ Kaya, Asiye. *Beiträge machtkritischer, intersektionaler und community-orientierter Sozialer Arbeit zu Social Change*. Vortrag an der Alice Salomon Hochschule, Berlin 2020.

⁹ Hall, Stuart. *Rassismus und kulturelle Identität*. Ausgewählte Schriften 2, 26-43. Hamburg 1994; Hill Collins, Patricia. "The New Politics of Community", in *American Sociological Review* 75, 1, 7-30, 2010. <https://doi.org/10.1177/0003122410363293>; Hill Collins, Patricia. "Toward a Politics of Empowerment", in *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*. New York: Routledge, 2000; Kaya, Asiye. *Beiträge machtkritischer, intersektionaler und community-orientierter Sozialer Arbeit zu Social Change*. Vortrag an der Alice Salomon Hochschule, Berlin 2020; Barz, Hajdi; Kaya, Asiye; Horvath, Gilda; Reinhardt, Dotschy; Abed-Ali, Riham. *Studie zum Empowerment für Sinti_ze und Rom_nja*. Hochschule Mittweida, 2021 (online). <https://www.sw.hs-mittweida.de> und <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/antiziganismus/barz-kaya-horvath.html> (abgerufen 06.12.2021)

Zugleich gibt es im Vergleich zur Migrationsgeschichte in der BRD viel weniger wissenschaftliche Arbeiten, die sich explizit den Migrationsbewegungen in die DDR und nach Ostdeutschland sowie ihren Akteur_innen widmen. Und noch viel rarer sind Forschungen aus einer dezidiert migrantisch-ostdeutschen Perspektive, die sich explizit mit diasporischen Lebenswelten und der gesellschaftlichen Bedeutung von Migration nach Ostdeutschland beschäftigen.

Eine heute noch sehr bedeutende Quelle bildet hier der Sammelband mit dem Titel *„Fremde und Fremd-Sein in der DDR“*, den Patrice G. Poutrus gemeinsam mit seinem Team vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam nach einer gleichnamigen Konferenz über die historischen Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern im Jahr 2000 und dem darauf aufbauenden Projekt herausgegeben hat.¹⁰ Dieses symbolische Werk steht u.a. für die Erkenntnis, dass die ostdeutsche Migrationsgesellschaft nur im Zusammenhang mit ihrer spezifischen DDR Geschichte und Migrationspolitik zu verstehen ist. Sie legt damit einen Grundstein für weitere Studien zu den historisch-gesellschaftlichen Dis-/Kontinuitäten der DDR Migrationspolitik in der Nachwende-gesellschaft. Darüber hinaus finden wir im Feld weitere einschlägige wissenschaftliche Publikationen¹¹ mit einem Fokus auf die Migrationsgeschichte und -politiken der DDR. Vereinzelt gab es zudem kritische Stimmen wie Urmila Goel,¹² die auf das Ausblenden genau dieser Geschichte und das Setzen der BRD Migrationsgeschich-

te als Referenzrahmen innerhalb der Migrationsforschung selbstkritisch verweist. Damit spricht sie auch die Konsequenz dessen an – das Unsichtbarmachen von Lebensrealitäten ostdeutscher Migrant_innen (inklusive der abgeschobenen Migrant_innen) und BIPOC vor und nach der Wende – und fragt nach dessen Bedeutung für eine Politik der Migration.¹³

Vereinzelt finden wir Schwarze ostdeutsche Perspektiven, die neben anderen migrantischen und PoC Positionen innerhalb dieses Forschungsfeldes kaum vertreten sind.¹⁴ Erst in den letzten Jahren sind zunehmend Forschungsprojekte zu differenzierten Lebenserfahrungen und Perspektiven von Migrant_innen und BIPOC im ostdeutschen Kontext entstanden.¹⁵

Während in der Ostdeutschlandforschung Migration als Komplex und Migrant_innen und BIPOC als Akteur_innen mit spezifischen Erfahrungen und Perspektiven oftmals vernachlässigt werden, finden wir wiederum innerhalb der deutschen Migrationsforschung bis auf die letzten Jahre selten eine Differenzierung zwischen ost- und westdeutschen Migrationsgeschichte(n) und Kontexten. In der Migrationsforschung sind weiterhin westdeutsche Diskurse hegemonial. Aufgrund der spezifischen migrationsrelevanten Bedingungen in der DDR sind daher differenzierte und kritische Analysen zur deutschen Transformationsgeschichte und -gegenwart

¹⁰ Behrends, Jan C.; Lindenberger, Thomas; Poutrus, Patrice G (Hrsg.). *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropol Verlag, 2003.

¹¹ Elsner, Eva-Maria und Elsner, Lothar. *Zwischen Nationalismus und Internationalismus: Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990: Darstellung und Dokumente*. Rostock: Norddt. Hochschulschriften-Verlag, 1994; Sextro, Uli. *Gestern gebraucht – heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1996; Riedel, Almut. „Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest: Algerische Vertragsarbeiter in der DDR“, in *Standpunkte* 53, 5, 2001: 76–95. DOI:10.1007/s11577-001-0004-7; Poutrus, Patrice G. „Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR“, in *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 11. Jg., 2004: 355–378; Poutrus, Patrice G. „Teure Genossen“. Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2005. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.917>; Poutrus, Patrice G. „Zwischen Internationalismus und Assimilation: Griechische »polit. Emigranten« in der DDR“, in *Deutsch-griechische Beziehungen im ostdeutschen Staatssozialismus (1949–1989)*. Politische Migration, Realpolitik und interkulturelle Begegnung, herausgegeben von Marco Hillemann und Miltos Pechlivanos. Berlin, 2017, 61–75; Müller, Christian Th.; Poutrus, Patrice G. *Einleitung. Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2005. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.914>; Mac Con Uladh, Damian. „Studium bei Freunden?“ Ausländische Studierende in der DDR bis 1970. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2005. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.916>; Zwengel, Almut (Hrsg.). Die *„Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt*. Berlin/ Münster, 2011; Slobodian, Quinn (Hrsg.). *Comrades of Color. East Germany in the Cold War World*. New York/ Oxford: Berghahn Books, 2015; Warda, Katharina. „Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland“, in *Krautreporter*, 01.10.2020. <https://krautreporter.de/3521-der-ort-aus-dem-ich-komme-heisst-dunkeldeutschland> (abgerufen am 09.12.2021)

¹² Goel, Urmila. „Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung“, in *Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*, herausgegeben von Duygu Gürsel, Zülfukar Çetin, Allmende e.V., 138–150 Münster: edition assemblage, 2013.

¹³ Weitere Beispiele sind Weiss, Karin & Dennis, Mike (Hrsg.). *Erfolg in der Nische? Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*. Münster: LIT Verlag, 2005; Kocatürk-Schuster, Bengü; Kolb, Arnd; Long, Thanh; Schultze, Günther; und Wölk, Sascha (Hrsg.). *UnSICHTBAR – Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten*. Edition DOMiD, Migration im Fokus – Band 3, 2017; oder das Dossier „Ostdeutsch und (post-)migrantisch“ der Heinrich-Böll-Stiftung

¹⁴ Piesche, Peggy. „Black and German? East German Adolescents before 1989: A Retrospective View of a “Non-Existent Issue” in the GDR“, in *Humanities Programm Series Volume 13, The Cultural After-Life of East Germany: New Transnational Perspectives*, herausgegeben von Harry and Helen Gray. Washington, D.C.: American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), The John Hopkins University, 2002: 37–59; Piesche, Peggy. „Making African Diasporic Pasts Possible: A Retrospective View of the GDR and Its Black (Step-)Children“, in *Remapping Black Germany: New Perspectives on Afro German History, Politics, and Culture*, herausgegeben von Sara Lennox. University of Massachusetts Press, 2016; Poutrus, Patrice G. „Zeitgenosse – Zeithistoriker – Zeitzeuge. Eine biografische Skizze“, in *Umbrüche. Erfahrungen gesellschaftlichen Wandels nach 1989*, herausgegeben von Ira Spieker, 163–169. Dresden, 2019; Poutrus, Patrice G. „Fremd Im Bruderland. Vertragsarbeit und das Ende des Goldbröilers“, in *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, herausgegeben von Lydia Lierke und Massimo Perinelli, 277–298. Berlin, 2020; Slobodian, Quinn (Hrsg.). *Comrades of Color. East Germany in the Cold War World*. New York/ Oxford: Berghahn Books, 2015; Warda, Katharina. „Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland“, in *Krautreporter*, 01.10.2020. <https://krautreporter.de/3521-der-ort-aus-dem-ich-komme-heisst-dunkeldeutschland> (abgerufen am 09.12.2021);

¹⁵ Frei, Norbert; Weinke, Annette; Mauchbach, Franka; Langner, Carsta; Henkel, Emilia; Bartl, Lukas. *Solidarität und Gewalt. Migrantische Erfahrungen und migrationspolitisches Engagement in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft. Teilprojekt im Forschungsverbund Diktaturerfahrung und Transformation*. Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2019– 2022. <https://verbund-dut.de/teilprojekte/migrationserfahrungen/> (abgerufen am 09.12.2021); Oehme-Jüngling, Karoline; Böhm, Luisa; Le Van, Paolo. *Ostdeutsche Migrationsgesellschaft Selbst Erzählen: Bürgerschaftliche Geschichtswerkstätten als Produktionsorte für Stadtgeschichten. Projekt MIGOST*. Zentrum für Integrationsstudien, Technische Universität Dresden, 2021–2024. <https://tu-dresden.de/gsw/der-bereich/profil/zentren/zf/forschung-und-praxis/forschung> (abgerufen am 09.12.2021)

notwendig und grundlegend.¹⁶ So notwendig und grundlegend sind dafür auch ostdeutsch-migrantische und BIPOC Perspektiven.

Communitys of Color waren und sind auch in Ostdeutschland gestaltender Teil der Gesellschaft.¹⁷ Besonders (Forschungs-)Arbeiten zu konkreten Ausformungen, Wechselwirkungen und (Dis-)Kontinuitäten von Migration und diasporischen Leben in Ostdeutschland sind bisher rar und noch seltener sind die Perspektiven aus migrantischen und Communitys of Color selbst dazu.¹⁸ Das Forschungsprojekt sieht in diesem Sinne die dringliche Notwendigkeit, die Transformationserfahrungen und -perspektiven von Migrant_innen und BIPOC mit Ostbiographien nicht nur als Teil einer multiperspektivischen Geschichtserzählung und intersektionalen Erinnerungskultur zu erweitern, sondern diese auch in die Wissen(schafts)produktion zu inkludieren. Vor diesem Hintergrund fragen wir in unserem Forschungsprojekt danach, wie Menschen aus migrantischen Communitys bzw. aus Communitys of Color die Transformationsgesellschaft erleben und wie sie auf diese gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozesse reagieren.

Die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex – Vereinigung und Transformationsprozesse in Ostdeutschland – darf sich nicht nur auf Zäsuren wie den Mauerfall und die Wende begrenzen. In Kritik medialer Aufmerksamkeitszyklen, die ostdeutsche (-migrantische) Perspektiven nur zu „Jubiläen“ oder als trendiges Eventthema punktuell behandeln, sollten diese Perspektiven aufgrund ihrer gesellschaftlich-historischen Relevanz durchgehend in gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen einbezogen werden. Auch wenn der Titel unseres Forschungsprojektes „30 Jahre Deutsche Einheit“ markiert, sieht unsere Forschung die Transformation als kontinuierlichen Prozess an, der stetiger Reflexion bedarf und die Zeit davor und danach inkludiert. Dabei sollten vor allem migrantisch ostdeutsche Positionen ein unabdinglicher Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Reflexion sein. Migration war in den vergangenen 30 Jahren und darüber hinaus stets gesellschaftsrelevant und wird es auch bleiben. Gerade in den letzten

¹⁶ Behrends, Jan C.; Lindenberger, Thomas; Poutrus, Patrice G (Hrsg.). *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropol Verlag, 2003.

¹⁷ Dossier: Ostdeutsch und (post-)migrantisch. Heinrich Böll Stiftung. Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal, (online) <https://heimatkunde.boell.de/de/ostdeutsch-und-post-migrantisch>

¹⁸ Ausnahmen sind z.B. Piesche, Peggy. „Making African Diasporic Pasts Possible: A Retrospective View of the GDR and Its Black (Step-)Children“, in *Remapping Black Germany: New Perspectives on Afro German History, Politics, and Culture*, herausgegeben von Sara Lennox. University of Massachusetts Press, 2016; International Women* Space (Hrsg.). *Als ich nach Deutschland kam. Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe*. Münster: UNRAST- Verlag, 2019; Lierke, Lydia; Massimo, Perinelli. *Erinnern stören – der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, 2020; Piesche, Peggy. *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte_n aus West und Ost*. Berlin: Verlag Yilmaz-Günay, 2020; Poutrus, Patrice G. „Fremd Im Bruderland. Vertragsarbeit und das Ende des Goldbroiler“, in *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, herausgegeben von Lydia Lierke und Massimo Perinelli, 277-298, Berlin, 2020.

Jahren wird Migration (vor allem in Ostdeutschland) vorwiegend als Fluchtmigration thematisiert und problematisiert. Die Beschränkung von Migrationsdiskursen hauptsächlich auf die gegenwärtige Fluchtmigration fördert und legitimiert die Nicht-Thematisierung der gesellschaftshistorischen Bedeutung von Migration für Ostdeutschland.

Kontinuierliche rechte Terrornetzwerke wie der NSU und NSU 2.0 und die jüngsten Traumata wie in Halle und Hanau zeigen uns, dass der aufflammende Nationalismus und Rassismus der Wendejahre nicht der Vergangenheit und nicht nur Ostdeutschland angehören. Rechtsterrorismus, Rassismus und Diskurse um nationalistische Identität prägen trotz mehr als 16 Jahren de facto anerkannter deutscher Migrationsgesellschaft immer noch die Alltagsrealitäten von Communitys of Color.¹⁹

Vor diesem Hintergrund fragt unser Projekt in Ergänzung zu unserer zentralen Fragestellung daher auch nach den Widerstandstrategien und Kämpfen von Migrant_innen, Geflüchteten und BIPOC im ostdeutschen Kontext: Welche spezifischen Dynamiken stellen sich in Ostdeutschland heraus? Wie beeinflussen die Prozesse der deutschen Nationalstaatsbildung nach der Wende die Lebensrealitäten von Communitys of Color? Welche Neu(be)schreibungen von Migration machen die gesellschaftlichen Umbrüche und Wandlungen der vergangenen drei Dekaden nötig?

Was bedeutet eigentlich „Ostdeutschland“ explizit für die unterschiedlichen Generationen? Welche neuen Perspektiven können uns migrantische und BIPOC Communitys auf die Transformationsgesellschaft eröffnen?

Zur Struktur: Aufbau der Tagungsdokumentation

Wir haben uns für eine Dokumentation entschieden, die die während der Tagung entstandenen Erzähl-, Erinnerungs- und Gestaltungsräume möglichst nah abbildet und demzufolge gegen einen klassischen Tagungsband. Die Dokumentation ist so strukturiert wie das Programm der Tagung selbst und versucht so weit wie möglich die stattgefundene Begegnungsdynamik schriftlich wiederherzustellen. Die Panels und Beiträge sowie die darin enthaltenen Wissensbestände auf der Tagung stehen nicht in einer hierarchischen Reihenfolge. Daher haben wir uns auch gegen einen Keynote-Beitrag entschieden. Es geht um unterschiedliche Wissens-

¹⁹ Karakayali, Juliane; Kahveci, Çağrı; Liebscher, Doris; und Melchers, Carl (Hrsg.). *Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft*. Bielefeld: Transcript, 2017; Friese, Heidrun; Nolden, Marcus; und Schreiter, Miriam (Hrsg.). *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz Ausstellung*. Bielefeld: Transcript, 2019; Offener Prozess Projekt. NSU-Aufarbeitung in Sachsen, 2021. <https://offener-prozess.de/> (abgerufen am 09.12.2021)

formen und Positionen von überwiegend ostdeutschen BIPOC, die thematisch auf unterschiedlichen Panels behandelt wurden. Die Redebeiträge sind größtenteils nach Wünschen der Autor_innen in authentischer Form belassen worden, ohne den Anspruch, eine „einheitliche Wissenschaftlichkeit“ zu erzeugen oder diese in „klassische wissenschaftliche Artikel“ zu verwandeln. Des Weiteren werden in der gesamten Tagungsdokumentation die Sprecher_innen ohne Titel dargestellt. Im Anhang sind die Autor_innen und Sprecher_innen mit Titeln angeführt. Als Grundlage für die Dokumentation dienten Transkriptionen von Aufnahmen der Programmeinheiten. Über die eingereichten Beiträge hinaus wurden die aufgenommenen Rede- und Diskussionsbeiträge zusammengefasst und nach Absprache mit den Beitragenden (zum Teil mit deren Anmerkungen und Ergänzungen) in die Dokumentation miteinbezogen. Durch diese Dokumentation wird die Tagung in Ergänzung zur Wissensgenerierung auch als Methode der Datenerhebung für die Forschung, aber vor allem auch als eine bedeutungstiftende gelebte Erfahrung der Communitys of Color im ostdeutschen Kontext archiviert.

Das Programm wurde nach Themenblöcken organisiert.

So begann der erste Tag spätnachmittags mit dem Panel *„Jenseits des Mainstreams- Kritische Perspektiven und Wissen aus 30 Jahren Transformationsprozessen“*, welches auch parallel online übertragen wurde. Die Panelist_innen gingen folgenden Fragen nach, die die Tagung einrahmten und sich als Leitfragen durch die Tagungsdiskussionen zogen: Wie können kaum erfasste bzw. kaum erzählte kollektive und intersektionale erfahrungsbezogene Wissensbestände von historisch mehrfach marginalisierten Gruppen, sogenannte immaterielle Archive, von der Wissenschaft angemessen erfasst werden? Wo liegen die Grenzen der universitären Forschung bzw. wann läuft die Forschung Gefahr Marginalisierung und Ausschluss zu produzieren und reproduzieren und wie sind in dem Kontext von Mehrfachdiskriminierung machtkritische Praxen des Erinnerns möglich? (Nicola Lauré al-Samarai).

Exemplarisch an Romani-Communitys, muslimisch-migrantischen, Schwarzen und jüdischen Communitys: Wie haben „rassifizierte Communitys“ den Mauerfall und seine Folgen erlebt (Jasmin Dean) und wie hat die deutsch-deutsche Vereinigung für migrantische Communitys ausgesehen, welche Ausprägungen und Formen hatte und hat u.a. der ethnisch-kulturelle Nationalismus und Rassismus der Nachwendezeit (Halil Can)?

Wie kann kollektive Selbstermächtigung und Powersharing im Kontext von Diskriminierungs-, Machtungleichheits- und Unterdrückungsverhältnissen aussehen (Halil Can)? Die Beiträge zu dem Panel werden hier in der Dokumentation mit einem Beitrag von der Initiative „(un)Sichtbar- Netzwerk für Women* of Colour

Magdeburg“ (verfasst von Laura Schrader) mit dem Fokus auf Empowermentarbeit im Kontext von strukturellem Rassismus und rechter Gewalt in Ostdeutschland ergänzt, der auf der Tagung verstreut in mehreren Momenten hörbar war. Der Beitrag stellt eine gute Rahmung für viele einzelne Beiträge auf den weiteren Panels dar, die über Empowermentprozesse und -erfahrungen in ostdeutschen Realitäten berichten.

Der Tag wurde mit einem Foto- und Erzählabend abgerundet. Der Leipziger Fotograf Mahmoud Dabdoub stellte uns unter dem Titel *„39 Jahre Daheim in der Fremde... Ankommen!“* seine Blicke auf die Zeit in der DDR vor. Gleichzeitig schaffte er Bezüge und zeigte Erinnerungen und Verbindungen zu dem Ort, an dem er aufwuchs, auf; ein palästinensisches Geflüchtetenlager in Baalbek, Libanon.

Der zweite Tag begann mit einer offiziellen Begrüßung (Ludwig Hilmer als Rektor der Hochschule Mittweida, Stephan Beetz als Dekan von der Fakultät Soziale Arbeit und Peggy Piesche im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung); gefolgt von der Vorstellung des Forschungsprojektes (Asiye Kaya/Phuong Thúy Nguyễn). Daran anschließend fand das zweite Panel der Tagung zu *„Erinnerungs-, Gedenk-, Widerstands- und Zugehörigkeitsnarrativen“* statt.

Die Panelist_innen stellten durch unterschiedliche Perspektiven auf den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess und mit postmigrantischen Praktiken des Erinnerns, Gedenkens und Widersetzens das nationalstaatliche Einheitsnarrativ der Transformationszeit in Frage. Dies geschah durch die Vorstellung von migrantischen, Schwarzen, jüdischen und queeren Perspektiven und durch verwobene Narrative, angelehnt an den Ansatz des *multidirektionalen Erinnerns* von Michael Rothberg (Lydia Lierke); sowie durch Geschichten informeller migrantischer und Schwarzer Selbstorganisation und Streiks in der DDR sowie der Nachwendezeit und durch das Aufzeigen der andauernden Kämpfe mosambikanischer Vertragsarbeiter_innen um eine angemessene Entschädigung und Auszahlung ihrer Löhne (Clara-Rose Parson/Julian Ibrahim Reich). Auf dem Panel wurde zudem von der Erinnerungs- und Gedenkarbeit im Kontext rechter rassistischer Gewalt und Mord in der DDR und die Bagatellisierung dessen durch Staat und Polizei berichtet (Cynthia Zimmermann). Das Panel öffnete außerdem Raum für intersektionale Perspektiven und Geschichten von Diskriminierungserfahrungen und Enttäuschung von Spätaussiedler_innen und ihrer Nachfahren aus den ehemaligen Staaten der Sowjetunion und dem Ostblock und später in (Ost)deutschland (Angelika Kim). Schließlich bot das Panel auch Raum, um gemeinsame ostdeutsche Erfahrungen aufzuzeigen.

Nachdem Mittagessen ging es in Kleingruppen in die Workshop-Phase. Zur Auswahl gab es drei Workshops: zum ersten einen Workshop zum *„Forschen mit/*

für und durch marginalisierte Communitys“ (Asiye Kaya/Jane Weiß), der zweite Workshop war ein migrantisch-BIPoC exklusiver Raum, um sich in einer Art Safer Space zu Selbstorganisationsprozessen und Community-Building austauschen und diskutieren zu können (Phường Thúy Nguyễn/Riham Abed-Ali); und ein dritter Workshop zum Thema „Allianzen und gemeinsame Organisation von BIPoC und weißen²⁰ Menschen in Ost und West, vor und nach der Wende“ (Halil Can/Gudrun Ehlert).

Der Nachmittag schloss mit einer Podiumsdiskussion zu „Erinnerungsräumen von Bewegungsgeschichten und BIPoC Kollektiven im Transformationsprozess“ ab. Diese wurde in Kooperation mit dem Projekt „Vielfalt im Dialog“ der TU Dresden organisiert und online übertragen.

Drei Aktivist_innen von Generation ADEFRA und IniRromnja stellten den Zusammenhang von Selbstpositionierung und der Schaffung von Erinnerungsräumen dar; wie ein Verständnis von Intersektionalität und einer machtkritischen Diversität aus politischen Bewegungen heraus die Positionen, Perspektiven und Geschichten jener Communitys einschließt, die meist unterrepräsentiert sind, und was das für die kollektive Erinnerung(sarbeit) bedeutet (Peggy Piesche). Auch Reflexionsprozesse zu politischer Positionierung in den eigenen Communitys und damit verbundenes transformatives Wissen und Allianzbildung zwischen unterschiedlich marginalisierten Communitys innerhalb einer Community wurden diskutiert. Hierbei spielte auch die Herausbildung community-orientierter Ansätze in der Gestaltung von Transformationsprozessen eine wichtige Rolle (Katja Kinder). Am Beispiel der eigenen Wissens(re)produktion und Archivierungsarbeit des RomaniPhen Archives wurden im Vergleich homogenisierende und ethnisierende Studien über Communitys der Rom_nja und Sinti_ze kritisiert und Ansätze einer würdigenden Erinnerungsarbeit zum kulturellen Reichtum, der politischen Kämpfe und prägender Persönlichkeiten der Communitys diskutiert (Jane Weiß). Nach drei kurzen Inputs der Referent_innen wurde das Gespräch über Transformationsprozesse feministisch, intersektional und West-Ost dialogisch beleuchtet.

Der Abend schloss mit einem kreativ gefüllten Programm ab, in dem Tagungsteilnehmende persönliche Objekte, Anekdoten, Lieder, Fotos und audiovisuelle Werke als soziokulturelles Erbe für die nächste Generation mitbrachten und damit persönliche Geschichten teilten. Über diese Methode wurde ein kreativer Zugang zu neuen Erinnerungs- und Erzählräumen geschaffen.

²⁰ Weiß bezieht sich hier und in der gesamten Dokumentation auf eine Kategorisierung, die gesellschaftliche Machtpositionen, nicht die Hautfarbe von Personen, benennt.

Der dritte und letzte Tagungstag begann mit dem Panel zu „Rassismus und Empowerment in Ostdeutschland“. In dem Panel haben Vertreter_innen des Kulturbüros Sachsen e.V. eine Analyse der Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft unternommen sowie die aktuellen Bedarfe für eine rassismussensible und empowernde Jugendarbeit für Migrant_innen und BIPoC aufgezeigt (Danilo Starosta/Lisa Bendiek). Mouctar Bah von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sprach über den andauernden Kampf um Aufklärung und Gerechtigkeit im Fall Oury Jallohs und die Beratungs- und Unterstützungsarbeit der Initiative für Angehörige und Aktivist_innen in anderen Fällen von institutionellem wie strukturellem Rassismus und rassistischer Gewalt wie in den Fällen des NSU Komplexes. Ibraimo Alberto zeichnete seine Erfahrungen als Schwarzer Boxer und mosambikanischer Vertragsarbeiter in der DDR nach und berichtete von den unterschiedlichen Facetten von Rassismus und rassistischer Gewalt, die er als erfolgreicher Kampfsportler, Arbeiter in der DDR und als Schwarzer Ostdeutscher nach der Wende erfuhr. Edris Riedel erzählte von seinem Politisierungsprozess und damit einhergehenden Fragen nach Zugehörigkeiten und der mentalen Gesundheit von BIPoC in einer rassistischen Gesellschaft sowie der Erkenntnis um die Wichtigkeit von geschützteren Räumen für antirassistische Kämpfe und für die Stärkung unter Migrant_innen und BIPoC.

Das zweite Panel des Tages beschäftigte sich mit „Migrant_innenselbstorganisationen und informelle Selbstorganisation in Ostdeutschland“. Auch diese Einheit wurde online übertragen und ermöglichte Zuschauenden virtuell an der Diskussion teilzunehmen. Eingeleitet wurde das Panel durch einen inhaltlichen Input durch Eter Hachmann zu den Bedingungen und der politischen Wirksamkeit von Migrant_innenselbstorganisationen in Sachsen, gefolgt von einem Podiumsgespräch von DaMöSt (Dachverband der Migrant_innenorganisation in Ostdeutschland) Mitgliedsorganisationen. Unter dem Titel „Wir können uns nur wehren, wenn wir uns zusammentun“ gab es u.a. biographische Erzählungen stellvertretend für die Perspektiven und Erfahrungen von vietnamesischen und mosambikanischen Vertragsarbeiter_innen in der DDR (Vu Thi Hoang Ha/Adelino Massuvira João), mit und nach der Wende sowie ausländischen Studierenden im Ostdeutschland der Nachwendezeit (Ayman Qasarwa). In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit der migrantischen, ostdeutschen Selbstorganisation in der Transformationsgesellschaft dargestellt und die Hintergründe wirtschaftlicher Ungewissheit, politischer Unsicherheit und rassistischer Gewalt aufgezeigt.

Das letzte Panel der Tagung behandelte die „Un-/Sichtbarkeit und Mit-/Selbstbestimmung von Migrant_innen und BIPoC in Medien, Kunst & Kultur im ostdeutschen Kontext“. Forschende, Kultur- und Medienschaffende diskutierten Fragen der Selbst-/darstellung und Praktiken des öffentlichen Raumschaffens von Migrant_innen und BIPoC: Matilde Heredia diskutierte die Rassismus reproduzierende

Darstellung von BiPoC in Kinderbüchern der DDR, die als Sprachrohr der sozialistischen Ideologie und Weltsicht fungierte und sozialistische Werte und Ziele kommunizieren und nahelegen sollte. Kefa Hamidi und Isabel Herling sprachen von *mikopa* als Projekt mit dem Schwerpunkt auf Partizipation und der Schaffung partizipativer Räume mit dem Ziel der rassismuskritischen Wissensgenerierung und des Austausches zwischen (post)migrantischen Selbstorganisationen, Aktivist_innen, der Wissenschaft sowie Medienschaffenden. Nhi Le teilte strategische Impulse für mehr Sichtbarkeit von migrantisch-ostdeutschen Stimmen und Perspektiven in den Medien und für eine bessere Netzwerk(arbeit) zwischen People of Color sowie der ersten und zweiten Generation migrantischer Communitys mit dem Ziel, Kräfte für soziale und gesellschaftliche Veränderungen zu bündeln.

Die Tagung wurde mit einem Rückblick auf Schlaglichter der gemeinsamen Tage sowie Ausblicke in die Zukunft abgeschlossen. Bei Kaffee und Kuchen gab es nochmal abschließend Raum für Austausch und Vernetzung.

Es wird mit dieser Dokumentation selbstverständlich nicht möglich sein, all die Gespräche, Diskussionen und Gedanken in ihrer vollen Gänze zu reproduzieren. Daher hat die Tagungsdokumentation keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht zu vernachlässigen sind auch die persönlichen Interaktionen und gemeinsamen Momente, neuen Allianzen, Projekte sowie Freundschaften, die aus der Tagung entsprungen sind, die solch eine Verschriftlichung nicht widerspiegeln kann.

Literatur:

Archibald, Jo-ann; Lee-Morgan, Jenny Bol Jun; De Santolo, Jason. *Decolonizing research. Indigenous Story-work as Methodology*. New York, United Kingdom: Zed Books Ltd., 2019.

Bangel, Christian. „Es gibt keine wirkliche Ostdebatte“, in *Deutschland Archiv*, 25.09.2020. www.bpb.de/315904 (abgerufen am 09.12.2021)

Barz, Hajdi; Kaya, Asiye; Horvath, Gilda; Reinhardt, Dotschy; Abed-Ali, Riham. *Studie zum Empowerment für Sinti_ze und Rom_nja*. Hochschule Mittweida, 2021 (online). <https://www.sw.hs-mittweida.de> und <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/antiziganismus/barz-kaya-horvath.html> (abgerufen 06.12.2021)

Behrends, Jan C.; Lindenberger, Thomas; Poutrus, Patrice G (Hrsg.). *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropol Verlag, 2003.

Chilisa, Bagele. *Indigenous Research Methodologies*. London: Sage Publication, 2020.

Dossier: Ostdeutsch und (post-)migrantisch. Heinrich Böll Stiftung. Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal, (online) <https://heimatkunde.boell.de/de/ostdeutsch-und-post-migrantisch>

Elsner, Eva-Maria und Elsner, Lothar. *Zwischen Nationalismus und Internationalismus: Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949 – 1990; Darstellung und Dokumente*. Rostock: Norddt. Hochschulschriften-Verlag, 1994.

Frei, Norbert; Weinke, Annette; Mauchbach, Franka; Langner, Carsta; Henkel, Emilia; und Bartl, Lukas. „Solidarität und Gewalt. Migrantische Erfahrungen und migrationspolitisches Engagement in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft“. *Teilprojekt im Forschungsverbund Diktaturerfahrung und Transformation*. Lehrstuhl

für Neuere und Neueste Geschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2019-2022. <https://verbund-dut.de/teilprojekte/migrationserfahrungen/> (abgerufen am 09.12.2021)

Frieze, Heidrun; Nolden, Marcus; und Schreiter, Miriam (Hrsg.). *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz Ausstellung*. Bielefeld: Transcript, 2019.

Goel, Urmila. „Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung“, in *Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*, herausgegeben von Duygu Gürsel, Zülfukar Çetin, Allmende e.V., 138-150 Münster: edition assemblage, 2013.

Hall, Stuart. *Rassismus und kulturelle Identität*. Ausgewählte Schriften 2, 26-43. Hamburg 1994.

Hill Collins, Patricia. „The New Politics of Community“, in *American Sociological Review* 75, 1, 2010: 7-30. <https://doi.org/10.1177/0003122410363293>.

Hill Collins, Patricia. „Toward a Politics of Empowerment“, in *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*. New York: Routledge, 2000.

International Women* Space (Hrsg.). *Als ich nach Deutschland kam. Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe*. Münster: UNRAST- Verlag, 2019.

Karakayali, Juliane; Kahveci, Çağrı; Liebscher, Doris; und Melchers, Carl (Hrsg.).

Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: Transcript, 2017.

Kaya, Asiye. *Beiträge machtkritischer, intersektionaler und community-orientierter Sozialer Arbeit zu Social Change*. Vortrag an der Alice Salomon Hochschule, Berlin 2020.

Kocatürk-Schuster, Bengü; Kolb, Arnd; Long, Thanh; Schultze, Günther; Wölck, Sascha (Hrsg.). *UnSICHTBAR – Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten*.

Edition DOMiD, Migration im Fokus – Band 3, 2017.

Lierke, Lydia; Massimo, Perinelli. *Erinnern stören – der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, 2020.

Mac Con Uladh, Damian. „Studium bei Freunden?“ *Ausländische Studierende in der DDR bis 1970*. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2005. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.916>

Müller, Christian Th.; Poutrus, Patrice G. *Einleitung. Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2005. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.914>

Oehme-Jüngling, Karoline; Böhm, Luisa; Le Van, Paolo. *Ostdeutsche Migrationsgesellschaft Selbst Erzählen: Bürgerschaftliche Geschichtswerkstätten als Produktionsorte für Stadtgeschichten*. Projekt MIGOST. Zentrum für Integrationsstudien, Technische Universität Dresden, 2021-2024. <https://tu-dresden.de/gsw/der-be-reich/profil/zentren/zfi/forschung-und-praxis/forschung> (abgerufen am 09.12.2021)

Offener Prozess Projekt. NSU-Aufarbeitung in Sachsen, 2021. <https://offener-prozess.de/> (abgerufen am 09.12.2021)

Piesche, Peggy. „Black and German? East German Adolescents before 1989: A Retrospective View of a "Non-Existent Issue" in the GDR“, in *Humanities Programm Series Volume 13, The Cultural After-Life of East Germany: New Transnational Perspectives*, herausgegeben von Harry and Helen Gray 37-59. Washington, D.C.: American Institute for Contemporary German Studies (AIGCS), The John Hopkins University, 2002.

Piesche, Peggy. *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte_n aus West und Ost*. Berlin: Verlag Yilmaz-Günay, 2020.

Piesche, Peggy. „Making African Diasporic Pasts Possible: A Retrospective View of the GDR and Its Black (Step-)Children“, in *Remapping Black Germany: New Perspectives on Afro German History, Politics, and Culture*, herausgegeben von Sara Lennox. University of Massachusetts Press, 2016.

Poutrus, Patrice G. „Teure Genossen“. *Die „politischen Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft*. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 2005. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.917>

Poutrus, Patrice G. „Fremd Im Bruderland. Vertragsarbeit und das Ende des Goldbroilers“, in *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, herausgegeben von Lydia Lierke und Massimo Perinelli, 277-298, Berlin, 2020..

Poutrus, Patrice G. „Zeitgenosse – Zeithistoriker – Zeitzeuge. Eine biografische Skizze“, in *Umbrüche. Erfahrungen gesellschaftlichen Wandels nach 1989*, herausgegeben von Ira Spieker, 163-169. Dresden, 2019.

Poutrus, Patrice G. „Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR“, in *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 11. Jg., 355-378. 2004.

Poutrus, Patrice G. „Zwischen Internationalismus und Assimilation: Griechische »polit. Emigranten« in der DDR“, in *Deutsch-griechische Beziehungen im ostdeutschen Staatssozialismus (1949-1989). Politische Migration, Realpolitik und interkulturelle Begegnung*, herausgegeben von Marco Hillemann und Miltos Pechlivanos, 91-75 Berlin, 2017.

Riedel, Almut. „Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest: Algerische Vertragsarbeiter in der DDR“, in *Standpunkte* 53, 5, 2001: 76-95. DOI:10.1007/s11577-001-0004-7

Schütz, Johannes. „Wenn Heimat Angst macht. „Gewalt der Vereinigung“ in biografischen Erzählungen“, in *Zeitgeschichte-online*, 2021. <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wenn-heimat-angst-macht> (abgerufen am 09.12.2021)

Sextro, Uli. *Gestern gebraucht - heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, 1996.

Slobodian, Quinn (Hrsg.). *Comrades of Color. East Germany in the Cold War World*. New York/ Oxford: Berg-hahn Books, 2015.

Warda, Katharina. „Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland“, in *Krautreporter*, 01.10.2020. <https://krautreporter.de/3521-der-ort-aus-dem-ich-komme-heisst-dunkeldeutschland> (abgerufen am 09.12.2021)

Weiss, Karin; Dennis, Mike (Hrsg.). *Erfolg in der Nische? Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*. Münster: LIT Verlag, 2005.

Zwengel, Almut (Hrsg.). *Die 'Gastarbeiter' der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt*. Berlin/Münster, 2011.

2. Jenseits des Mainstreams I – kritische Perspektiven und Wissen aus 30 Jahren Transformationsprozessen

Moderiert von Asiye Kaya

Das erste Panel der Tagung stellte unterschiedliche Zugänge und Diskussionsräume vor, die im Zusammenhang mit den Tagungsschwerpunkten stehen. Im ersten Beitrag ging Lauré al-Samarai der Frage nach, welche Bedeutung persönliche Erfahrungen für die kollektive Erinnerungsarbeit haben. Sie erläuterte dafür das vorläufige Konzept der „immateriellen Archive“ und diskutierte, wie diese dominanten Narrativen entgegenwirken. Sie ging auf die Komplexität von Prozessen des Erinnerns jenseits herrschender Archive ein, mit denen marginalisierte Communitys konfrontiert sind. Gleichzeitig sprach sie davon, wie machtkritische Praxen des Erinnerns Freiheiten und Möglichkeiten mit sich bringen. Anschließend sprach Jasmin Dean darüber, wie sich die „Ost-West-Vereinigung“ für verschiedene „Communitys“ gestaltete und welche Rolle die Migrationsbewegungen nach 1989 diesbezüglich spielten. In ihren Erzählungen hob sie besonders den „verflechtungsgeschichtlichen Aspekt“ dieser Erfahrungen hervor. Halil Can stellte sich in seinem Beitrag die Frage, wie wir die eigenen und miteinander verwobenen individuell-kollektiven Biografien, Erfahrungen und Kämpfe von Menschen of Color aus Ost- und Westdeutschland zusammenbringen und denken können. Anhand des Konzepts des „Dritten Raumes“ wurde erörtert was es bedeutet solidarisch intersektionale und community-übergreifende Räume zum Empowerment und Powersharing aufzubauen.

Die Initiative „(un)Sichtbar – Netzwerk für Women* of Colour Magdeburg“ thematisiert in ihrem Beitrag (verfasst von Laura Schrader) Empowermentstrategien und -erfahrungen Schwarzer Frauen* in ostdeutschen Kontexten sowie die Bedingungen und Bedarfe von Empowermentprozessen in Ostdeutschland.

Nicola Lauré al-Samarai:

2.1 Immaterielle Archive oder: Die Notwendigkeit, dem Flüchtigen zu vertrauen

Als ich für die Tagung *Im Osten was Neues?* angefragt wurde, schlug ich vor, etwas zum Thema „Immaterielle Archive“ vorzubereiten. Für mich war das ein Begriff, mit dem sich vor allem jene häufig nicht fassbaren erfahrungsbezogenen Wissensbestände einkreisen ließen, die Schwarze Menschen/People of Color (BPoC) in sich tragen und die sie über ihre individuelle und kollektive Erinnerungsarbeit in Bewegung versetzen, um neue Formen und Verbindungen zu schaffen. Die Tagung sah ich als Möglichkeit, um intensiver über das Thema nachzudenken. Im Zuge meiner Recherchen stieß ich dann auf das zu dem Zeitpunkt neu erschienene Buch der Schwarzen britischen Literaturwissenschaftlerin Jenny Sharpe *Immaterial Archives: An African Diaspora Poetics of Loss* (2020). Darin entwickelt die Autorin aus dem Konzept der immaterial archives eine epistemologisch-poetische Praxis. Im Angesicht von Atlantischem Versklavungshandel, *Middle Passage* sowie der damit einhergehenden und bis heute anhaltenden Zerstörung von Schwarzem Leben, Schwarzer Geschichte und Schwarzer Repräsentation arbeitet sie mit einem erweiterten Verständnis „[...] of what constitutes 'the archive' in a movement from official records as the primary source [...] to embodied memory forms, oral histories, and digitization [...]“. Und sie ergänzt: „At the same time, my usage of 'immaterial' rather than 'nonmaterial' or even 'embodied' archive signals a turning away from the recovery imperative that requires a continuous expansion of archival sources“.¹ Ich verwende den Begriff der „Immateriellen Archive“ in diesem Beitrag daher als Arbeitsbegriff und tendiere dazu, ihn für BPoC-Kontexte in Deutschland als vorläufig zu betrachten. Gleichwohl kann er für den Anfang dabei helfen, präzisierende Kontext- und Begriffsbestimmungen vorzunehmen, denn wir bewegen uns mit unseren Forschungen und Überlegungen, mit unseren Fragen und Befunden in einem mehrfach marginalisierten historischen Kontext. Entsprechend uneben stellen sich die repräsentationspolitischen Schichten dar, durch die wir uns hindurcharbeiten müssen. Das betrifft nicht nur die Geschichte der DDR, die Geschichte der Migration in die DDR und die ostdeutsche Nach/Wende-Geschichte aus rassismus- und diskriminierungserfahrenen Perspektiven, sondern auch die dazugehörigen, in der DDR und im Nach/Wende-Ostdeutschland situierten, Geschichten von Schwarzen Menschen und People of Color mit und ohne Migrationserfahrung. Welche Möglichkeiten haben wir, mit einer solch komplexen sowohl diskursiven als auch erfahrungs- und lebensweltlichen Gemengelage umzugehen? Worauf müssen wir als Forschende in Anbetracht unserer eigenen Sozialisation und Positionierung achten? Welche Möglichkeiten eröffnen wir mit rassismus- und

¹Jenny Sharpe, *Immaterial Archives. An African Diaspora Poetics of Loss*. (Evanston: Northwestern UP, 2020), 6.

diskriminierungskritischen Perspektivwechseln? Aber auch: Wo liegen die Grenzen und Fallstricke einer akademischen Forschung, die Geschichten „jenseits des Mainstreams“ sichtbar und hörbar machen will? Anders gefragt: Wo laufen wir Gefahr, in einem solchen Kontext diskursive und erfahrungs- sowie lebensweltliche Ausschlüsse zu produzieren und zu reproduzieren?

Ich denke, es ist wichtig, sich darüber Gedanken zu machen. Zum einen geht das auf der Tagung einzukreisende Forschungsfeld mit einem äußerst disparaten Forschungsstand einher. Zum anderen fehlt es nach wie vor an erkenntnistheoretischen Rahmungen, um „unfassbare“, in der DDR und/oder in Ostdeutschland verortete Narrative intersektional zu erschließen und kontextuell einzubetten. Ich kann hier exemplarisch für mich sprechen, auch wenn ich als DDR-sozialisierte Frau* of Color kein Einzelfall bin. Bei mir trat das Interesse an Geschichten „jenseits des Mainstreams“ schon recht früh in Erscheinung. Wahrscheinlich war es weniger ein Interesse als vielmehr eine Lebensnotwendigkeit, um ein Dasein zu integrieren, das eigentlich nicht integrierbar war. Familienbiografische Erfahrungsgeschichten von (Post)Kolonialismus und (Post)Nationalsozialismus und Rassismus und Flucht und Exil und Kaltem Krieg konnten im ideologischen Kontext der DDR-Gesellschaft, in der ein großes Maß an Konformität und Konfliktfreiheit durchgesetzt wurde, kaum erfasst, geschweige denn erzählt werden.²

Auf der anderen Seite des Schweigens lebte und erlebte ich eine DDR-Realität, die ebenfalls nicht besprechbar war. Zum einen, weil Dinge passierten, die offiziell nicht passieren durften;³ zum anderen, weil ich mit Menschen zu tun hatte, die offiziell nicht als Individuen, sondern als „Repräsentant_innen“ politischer Gruppen in Erscheinung traten und in der Regel danach bewertet wurden, welche Position ihr jeweiliges „Heimatland“ oder ihre jeweilige Organisation auf der unberechenbaren Landkarte der sozialistischen Globalität vertrat. Dennoch: Die Diskrepanz zwischen einem „totalitären Geltungsanspruch“⁴ des SED-Staates und seiner weit-

²Das Ergebnis dieser Bemühungen könnte man in Anlehnung an die Überlegungen der Historikerin Sigrd Meuschel als „entdifferenzierte Gesellschaft“ bezeichnen. Vgl. dazu Sigrd Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1992), 10–15. Die angestrebte Gleichheit in einer klassenlosen Gesellschaft verunmöglichte es, strukturelle Differenzkategorien und deren Wirkmacht zu identifizieren, zu versprachlichen und zu diskutieren.

³Ich denke hier z.B. an die verschwiegene Geschichte rassistischer Übergriffe, aber auch an die ebenfalls verschwiegene Geschichte eines indirekt oder offen geäußerten BPoC-Eigensinns. Zu letzterem vgl. exemplarisch Patrice Poutrus, „Mit strengem Blick: Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS“, in *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, herausgegeben von Jan C. Behrends et al. (Berlin: Metropolis, 2003), 219f.; vgl. auch Peggy Piesche, *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte_n aus West und Ost* (Berlin: Verlag Yilmaz-Günay, 2020), 11–29, 31–49, 97–115, 117–135 (die Seitenangaben beziehen sich auf die Geschichten der Protagonistinnen mit DDR-Sozialisation).

⁴Thomas Lindenberger, „Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung“, in *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, herausgegeben von Thomas Lindenberger (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1999), 15.

reichenden Realitätsverweigerung in Bezug auf Erfahrungs- und Subjektivitätsbezüge erlebte ich als ein durchaus befreiendes Moment. Es öffnete mir Türen zu Räumen, die mir, wäre ich *weiß* und mehrheitsdeutsch gelesen worden, verschlossen geblieben wären. Diese Räume waren Schwarz und of Color, sie waren queer und internationalistisch, sie waren dynamisch, durchlässig und vielfältig.

Ich weiß nicht, wie ich mit meinem „unfassbaren“ Wissen und meinen Erfahrungen umgegangen wäre, hätte es kurz nach dem Mauerfall nicht bewegungspolitische und erkenntnistheoretische Glücksfälle gegeben. Bewegungspolitisch konnte ich mich in der noch jungen Schwarzen Frauen*/Bewegung sozialisieren, wo ich gemeinsam mit anderen Schwarzen Menschen/People of Color in Prozesse von Community-Building und Selbstbestimmung eingebunden war. Erkenntnistheoretisch halfen mir und uns die Ansätze und Überlegungen von Schwarzen Frauen*Queers/Frauen*Queers of Color dabei, den vielschichtigen Verbindungen zwischen unseren Geschichte_n, unseren Gegenwart_en und unseren diversen Wissensbeständen auf die Spur zu kommen.⁵ Damit eröffnete sich ein Raum, in dem sich all das, was wir mitbrachten, plötzlich sinnbringend einbetten und konzeptualisieren ließ. Das erlaubte es uns, neuartige gesellschaftspolitische Verhältnisbestimmungen vorzunehmen, die auf gelebter Erfahrung basierten und die sowohl kollektiv als auch intersektional gedacht waren.⁶

Einen selbstbestimmten kollektiven Erfahrungsraum zu halten und ihn mit einer generationsübergreifenden Geschichtlichkeit zu versehen, ist für rassismuserfahrene Menschen und Gruppen ein schwieriger Prozess. Dafür braucht es nicht nur die individuellen Erzählungen einzelner Personen, sondern auch einen kollektiven Referenzrahmen, in den hinein diese Erzählungen platziert werden können.⁷ Wenn jedoch – wie im dominanten *weißen* Kontext der Vorwende- und Wende-DDR und im dominanten *weißen* Kontext der Vorwende- und Nach/Wende-BRD – solche Referenzrahmen für unerwünscht erklärt, die kollektiven Anhaltspunkte verwischt

⁵ Eine besondere Rolle spielte dabei das machtkritische Ethikverständnis einer Schwarzen feministischen Existenzphilosophie, das auf vier Grundprinzipien basiert: der Ethik einer dialogischen Erkenntnisvalidierung, der Ethik der Anteilnahme, der Ethik der persönlichen Verantwortlichkeit sowie der Wertschätzung von gelebter Erfahrung als maßgebendem Bedeutungskriterium. Vgl. dazu Patricia Hill Collins, *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment* (New York/London: Routledge, 1991), 206–20.

⁶ Der Ende der 1980er Jahre von Patricia Hill Collins geprägte und nach wie vor fruchtbare Arbeitsbegriff lautet *matrix of domination*. Vgl. dazu Collins, *Black Feminist Thought*, 222–27. Die *matrix of domination* ist sowohl Basis als auch Ergebnis intersektionaler Unterdrückung.

⁷ Vgl. Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis* (Stuttgart: F. Enke, 1967), 71–75; vgl. außerdem Fatima El-Tayeb, *Anders europäisch. Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa* (Münster: Unrast, 2015), 27–30. Für die spezifischen Rahmungen von Schwarzen deutschen Erinnerungskontexten siehe Nicola Lauré al-Samarai, „Unwegsamen Erinnerungen: Auto/biographische Zeugnisse von Schwarzen Deutschen aus der BRD und der DDR“, in *AfrikanerInnen in Deutschland und Schwarze Deutsche. Geschichte und Gegenwart*, herausgegeben von Marianne Bechhaus-Gerst und Klein-Arendt, Reinhard, (Münster: LIT, 2004), 197–210.

und die dazugehörigen Geschichten negiert werden, dann ist es für eine erzählende Person oder ein erzählendes Kollektiv nahezu unmöglich, das eigene Erleben und die eigenen Erfahrungen, die jeweilige Geschichtlichkeit und die eigenen Deutungen mitzuteilen und zu teilen.

Geschichten, die nicht oder nur in Ansätzen mit/geteilt werden können, sind bruchstückhaft, stark personen- und/oder Community-gebunden und daher nur bedingt zugänglich. Erschwerte Zugänglichkeiten können, angesichts eines *weißen* bürgerlichen Mainstreams, der von historischer Entschuldung und erinnerungspolitischer Deutungsmacht lebt, zwar durchaus als ein konstruktiv-subversives Moment betrachtet werden. Gleichwohl sind wir als rassismuserfahrene Menschen damit konfrontiert, dass der Zugang zu unseren jeweiligen kollektiven Geschichten be- oder sogar verhindert wird, weil Prozesse einer diskursiv und strukturell durchgesetzten gesamtgesellschaftlichen Ent-Innerung nachhaltig wirken. In Deutschland trifft das sowohl generations- und Community- als auch epochenübergreifend zu.

Die Tatsache, dass bestimmte Geschichten nicht oder nur ungenügend sichtbar sind, bedeutet nicht, dass sie nicht existieren. Es bedeutet aber, dass wir mit Wissensbeständen, Erfahrungskontexten und Erinnerungsdimensionen konfrontiert sind, die zu etwas gehören, das ich für den Moment als „immaterielle Archive“ bezeichnen möchte. Eigentlich scheinen sich die beiden Termini kategorisch auszuschließen: „Immateriell“ meint etwas, das nicht fassbar ist, sich ordnenden Zugriffen entzieht, in Gefühlen, Austausch, Kommunikation und Beziehungshaftigkeit gründet, das zugleich aber flüchtig, in Bewegung und nicht gesichert ist. „Archiv“ hingegen meint eine Einrichtung, in der Dokumente, Schriftstücke, Urkunden und Akten systematisch erfasst und gesammelt werden. Ein „klassisches“ Archiv ist nicht nur etwas Fassbares und im wahrsten Sinne des Wortes Feststehendes, sondern suggeriert aufgrund seiner oftmals monumentalen Erscheinungsform auch Macht, Status, Geltung und Beständigkeit. Da jedoch nicht die „Gesamtheit des Gefundenen“ – so die Übersetzung vom lateinischen *inventarium* – dazu bestimmt ist, aufbewahrt zu werden, sind Archive immer auch imaginativ. Sie erzeugen eine machtvolle Illusion von Beweiskraft, Vollständigkeit und Kohärenz, um die Bruchstückhaftigkeit und Flüchtigkeit, die Unordnung und Inkohärenz von Lebensgeschichten, Beziehungen und Zeiträumen zu überdecken.⁸

⁸ Vgl. dazu genauer Achille Mbembe, „The Power of the Archive and its Limit“, in *Refiguring the Archive*, herausgegeben von Carolyn Hamilton et al. (Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers, 2002), Vgl. dazu genauer Achille Mbembe, „The Power of the Archive and its Limit“, in *Refiguring the Archive*, herausgegeben von Carolyn Hamilton et al. (Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers, 2002), 19–26. Mit Blick auf den Ewigkeits- und Statusanspruch herrschender Archive verwendet der Autor die Metaphern „tomb and temple“ (Grabmal und Tempel).

Herrschende Archive und herrschende Diskurse sind voll von „kohärenten“ Narrationen, in denen gewaltvoll hergestellte Nicht-Erinnerungen pulsieren: als Auslassung und Überschreibung, als zahlen- und faktenbasierte Verdrängung, als stille Randfigur oder als historische Auslöschung. Wenn wir diesem Immateriellen auf die Spur kommen wollen, müssen wir – um noch einmal mit Jenny Sharpe zu sprechen – dem „recovery imperative“ widerstehen. Es geht also nicht darum, um jeden Preis etwas „wiederherzustellen“; es geht auch nicht in jedem Fall darum, Leerstellen zu füllen, Bruchstücke zu verbinden oder ein Schweigen zu brechen. Das gilt umso mehr, wenn unsere Erinnerungsarbeit sowohl in als auch jenseits herrschender Archive stattfindet – etwa in unseren Familien und Communitys oder in Community-übergreifenden Kontexten. Hier sind wir mit verschiedenen, sich überlagernden Dimensionen des Immateriellen konfrontiert: dem, was sich in schriftlichen Zeugnissen manifestiert, und dem, was im mündlichen Erzählen zutage tritt, was mitgeteilt und was nicht mitgeteilt wird, weil es nicht mehr oder noch nicht mitgeteilt werden kann, was aber dennoch immer mitschwingt und arbeitet.⁹

Rassismus- und diskriminierungserfahrene Communitys haben unterschiedliche Referenzrahmen, Konzepte und Herangehensweisen entwickelt, um sich der Komplexität ihrer Erfahrungen anzunähern und sie einbetten zu können. Diesen gemeinsam ist es, dem Immateriellen Raum zu geben. Dies trifft besonders für jene Communitys zu, deren Gemeinschaftsgeschichten und Erinnerungsräume intergenerational von Trauma, Verlust und Nichterzählbarkeit durchzogen sind.¹⁰

Solche geschichts- und erinnerungspolitischen Anstrengungen sind Teil eines größeren sozialen Prozesses, der als *technology of memory* bezeichnet wird und dem zwei miteinander wechselwirkende Ebenen innewohnen: Die Technologie der Erinnerung funktioniert als materielle Technik, Erinnerungen aufzunehmen, um sie in (öffentlich) zugängliche, deutbare Texte zu verwandeln und schließt Formen der Archivierung im weitesten Sinne ein. Sie fungiert aber auch als ein Set sozialer Techniken, mit denen Bedeutung hergestellt wird. Identität, Erfahrung und Geschichtlichkeit werden auf der Basis kollektiver Referenzrahmen konstruiert und strukturiert. Diese Referenzrahmen sind eine Voraussetzung dafür, welche Aussagen von und unter Individuen/Gruppen einer Gesellschaft transportiert und

⁹ Vgl. dazu Ernst Van Alphen, „Symptoms of Discursivity: Experience, Memory, and Trauma,” in *Acts of Memory. Cultural Recall in the Present*, herausgegeben von Mieke Bal et al. (Hanover/London: UP of New England, 1999), 24.

¹⁰ Exemplarisch zu nennen ist hier das von Marianne Hirsch entwickelte Konzept des „postmemory“ für eine intergenerationale Erinnerung der Shoa oder der ebenfalls intergenerationale Konzeptbegriff „re-memory“ von Toni Morrison für Erinnerung im Kontext des Black Atlantic. Vgl. dazu Marianne Hirsch, *Family Frames. Photography, Narrative, and Postmemory* (Cambridge/MA: Harvard UP, 1997), 17–25 und Toni Morrison, *Beloved. A Novel* (London: Chatto & Windus, 1987), 40.

bewahrt werden, aber auch, welche bedeutungslos oder vergessen (gemacht) werden.¹¹

Die Tatsache, dass die Referenzrahmen vieler rassismuserfahrener Communitys gesellschaftlich deplatziert sind, zeigt, wie wichtig die Frage danach ist, welcher Raum den damit einhergehenden Bruchstücken und Leerstellen zugestanden werden muss und in welcher Weise das Immaterielle eingebettet werden kann, ohne es zu „überformen“. Das macht – insbesondere mit Blick auf herrschende Strukturen und mangelnde Ressourcen – Erinnerungsarbeit nicht eben leichter. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass ein erinnerungspolitisches Arbeiten „jenseits des Mainstreams“ eine Reihe von Möglichkeiten und Freiheiten mit sich bringt. Es erlaubt uns, an machtkritischen Praxen des Erinnerns zu arbeiten, die in den verwobenen Erfahrungen von Migration, Diaspora, Diversität und (Mehrfach-)Diskriminierung wurzeln. Es erlaubt uns, Erinnern zu einem Prozess zu machen, der sowohl generations- als auch Community-übergreifend in Bewegung bleibt. Ein solcher Prozess wird sich widersprüchlich, konfliktreich und unabgeschlossen gestalten. Er ermöglicht es jedoch, verschiedene Erinnerungsgemeinschaften immer wieder neu zueinander in Beziehung treten zu lassen und auf diese Weise neue Erinnerungsräume und Erinnerungsverbindungen zu schaffen. Dass wir dieser Vision in den letzten Jahrzehnten ein Stück näher gekommen sind, verdankt sich der hartnäckigen Arbeit von BPoC-Aktivist_innen sowohl in ihren Communitys als auch in Wissenschaft, Kunst und Kultur.

In den diversen Forschungen, die unternommen worden und in den vielen Arbeiten, die dazu entstanden sind, hat sich gezeigt, dass Geschichten von individuellem und kollektivem Eigensinn – man könnte auch sagen von *agency* – in dieser Hinsicht besonders nachhaltig und empowernd sind. Das trifft besonders dann zu, wenn die Entscheidungsfähigkeiten und die Handlungsmacht einzelner Personen mit größeren bewegungspolitischen Zusammenhängen verknüpft und darin eingebettet werden. Narrationen, in denen wir unser „In-der-Welt-Sein“ selbst bestimmen, es transnational und in differenter Verbundenheit zu anderen Community-Wirklichkeiten denken, empfinde ich als wichtige Inspiration: für unser erinnerungspolitisches Arbeiten, für politische Kämpfe in der Gegenwart und nicht zuletzt für das Formulieren von Perspektiven für die Zukunft.

Ich würde mir wünschen, dass wir in unseren jeweiligen Zusammenhängen nicht nur danach fragen, welche Geschichten wir erzählbar machen, sondern auch, warum und auf welche Art und Weise wir dies tun wollen. Dass wir darüber nachdenken, welchen schützenden kollektiven Rahmen wir der Zerbrechlichkeit, Flüchtigkeit

¹¹ Tina Campt, *Other Germans. Black Germans and the Politics of Race, Gender, and Memory in the Third Reich* (Michigan: University of Michigan Press, 2004) 12.

keit und Privatheit individueller Erfahrungen bieten wollen. Dass wir gemeinsam überlegen, wie sich Erinnerung als kraftspendende individuelle und kommunale Ressource fruchtbar machen lässt. Dass wir konstruktiv streiten: über Schwierigkeiten und Herausforderungen, über Fallstricke und Macht – und nicht zuletzt über unseren eigenen Anteil am Schweigen und Vergessen. Die Arbeit der letzten Jahrzehnte hat vieles sichtbar gemacht und uns ermutigt, aber sie hat uns auch immer wieder gezeigt: Weder unser Wissen noch unsere Erinnerung ist sicher.

Literatur:

Alphen, Ernst van. „Symptoms of Discursivity: Experience, Memory, and Trauma,” in *Acts of Memory. Cultural Recall in the Present*, herausgegeben von Mieke Bal et al., 24–38. Hanover/London: UP of New England, 1999.

Camp, Tina. *Other Germans. Black Germans and the Politics of Race, Gender, and Memory in the Third Reich*. Michigan: University of Michigan Press, 2004.

Collins, Patricia Hill. *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. New York/London: Routledge, 1991.

El-Tayeb, Fatima. *Anders europäisch. Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa*. Münster: Unrast, 2015.

Halbwachs, Maurice. *Das kollektive Gedächtnis*. Stuttgart: F. Enke, 1967.

Hirsch, Marianne. *Family Frames. Photography, Narrative, and Postmemory*. Cambridge/ MA: Harvard UP, 1997.

Lauré al-Samarai, Nicola. „Unwegsamen Erinnerungen: Auto/biographische Zeugnisse von Schwarzen Deutschen aus der BRD und der DDR,” in *AfrikanerInnen in Deutschland und Schwarze Deutsche. Geschichte und Gegenwart*, herausgegeben von Marianne Bechhaus-Gerst und Klein-Arendt, Reinhard, 197–210. Münster: LIT, 2004.

Lindenberger, Thomas. „Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung,” in *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, herausgegeben von Thomas Lindenberger, 13–44. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1999.

Mbembe, Achille. „The Power of the Archive and its Limit,” in *Refiguring the Archive*, herausgegeben von Carolyn Hamilton et al., 19–26. Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers, 2002.

Meuschel, Sigrid. *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1992.

Morrison, Toni. *Beloved. A Novel*. London: Chatto & Windus, 1987.

Piesche, Peggy. *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte_n aus West und Ost*. Berlin: Verlag Yilmaz-Günay, 2020.

Poutur, Patrice. „Mit strengem Blick: Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS.“ In *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, herausgegeben von Jan C. Behrends et al. Berlin: Metropol, 2003.

Sharpe, Jenny. *Immaterial Archives. An African Diaspora Poetics of Loss*. Evanston: Northwestern UP, 2020.

Jasmin Dean:

2.2 „Der 9. November war entsetzlich“ – „Die Familienzusammenführung war super“ Perspektiven rassifizierter Communitys auf Mauerfall und Transformation¹

Die Jahrestage „30 Jahre Mauerfall“ und „30 Jahre Vereinigung“ waren für viele BPoC Anlass zu fragen, wie rassifizierte „Andere“ die damaligen Ereignisse erlebt und wahrgenommen haben. Zugleich haben Rassismus und Antisemitismus seit etwa 2014 ein neues Ausmaß angenommen, sowohl auf diskursiver Ebene als auch in Form von physischer Gewalt. Wir fühlen uns an die Zeit zu Beginn der 1990er Jahre erinnert, an die Übergriffe, an die Brandanschläge auf Wohnhäuser und Unterkünfte. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 verweist auf Verschiedenes: (1) auf die verstärkte Ankunft von Geflüchteten seit 2015, die der Täter als Anlass für seine Radikalisierung nannte, (2) aber auch auf die Vereinigung, durch die Ostdeutschland in den Geltungsbereich des Grundgesetzes aufgenommen und bei der Verteilung von Asylsuchenden nach dem Königssteiner Schlüssel einbezogen wurde. Seitdem wurden immer wieder neue Generationen von Zufluchtsuchenden in den ostdeutschen Bundesländern untergebracht. (3) Zum Zeitpunkt des Anschlags wurde in der Synagoge gerade Jom Kippur gefeiert – einer der höchsten jüdischen Feiertage. Dies weist auf eine Präsenz jüdischen Lebens in Ostdeutschland hin, die keineswegs selbstverständlich ist. Die jüdische Gemeinde in Halle wurde in der DDR-Zeit immer kleiner, bis sie fast ganz verschwunden war. Erst ab ca. 1991 begannen die Mitgliederzahlen wieder zu wachsen, weil Jüdinnen und Juden, die aus der zerfallenden Sowjetunion nach Deutschland eingewandert waren, der Gemeinde beitraten. (4) Dies wiederum verweist auf die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verstärkt einsetzenden Migrationsbewegungen aus Osteuropa. Auch dort waren Transformationsprozesse im Gange, die von nationalistischen Tendenzen begleitet waren und die viele Menschen jüdischer Herkunft, aber auch Rom_nja zur Migration veranlasst haben. Der deutsche Staat ging sehr unterschiedlich mit diesen Migrationsbewegungen um: Während die Einwanderung von Jüdinnen und Juden – aus dem moralischen Diskurs um Schuld und Verantwortung heraus – gerade gefördert wurde, sollten andere Zufluchtsuchende daran gehindert werden, nach Deutschland zu kommen oder sich dauerhaft hier niederzulassen – etwa durch die Einschränkung des

¹Wissenschaftlich-aktivistischer Austausch, Sprechen und Schreiben sind mit zahlreichen Fallstricken verbunden. Die Tagung „Im Osten was Neues?“ hat dazu noch unter Pandemie-Bedingungen stattgefunden. Vieles, denke ich, hätte anders sein müssen: mehr ostdeutsche BPoC-Perspektiven auf dem Eröffnungspanel, bessere technische Möglichkeiten für die Diskussionsteilnahme der Panelist_innen und eine breitere Einbeziehung von BPoC-Graswurzel-Aktivist_innen aus verschiedenen Ecken Ostdeutschlands (nicht nur durch den Call for Papers, sondern auch durch eine gezielte Ansprache). Zugleich ist mir bewusst, dass die strukturellen Rahmenbedingungen und Ressourcen all dies nicht zugelassen oder zumindest sehr erschwert haben.

Grundrechts auf Asyl. Der Anschlag in Halle verdeutlicht somit die strukturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen rassifizierte Communitys in Ostdeutschland tagtäglich umgehen müssen.

Auf wen nehme ich mit dem Begriff „rassifizierte Communitys“ Bezug? Auf all diejenigen, die im Zuge nationalisierender Diskurse als „anders“, als abweichend, also nicht-deutsch, nicht-weiß und/oder nicht-christlich definiert werden. In meiner wissenschaftlichen Arbeit habe ich mich exemplarisch mit Romani-Communitys, muslimisch-migrantischen, Schwarzen und jüdischen Communitys befasst. Exemplarisch bedeutet, dass diese Auswahl nicht erschöpfend ist und die Arbeit nicht alle Erfahrungen rassifizierter Communitys berücksichtigen kann. Meine Quellenforschung bezieht sich auf das Jahr 1989 und seine Folgen sowie auf rassifizierte Communitys als jeweils Ganzes im bundesdeutschen Kontext; Mein Blick richtet sich also nicht spezifisch auf einen ostdeutschen Zusammenhang. Ich selbst bin in Westdeutschland aufgewachsen und halte mich erst seit wenigen Jahren arbeitsbedingt viel in Thüringen auf. Diese Position prägt mit Sicherheit meine Wahrnehmungen, Arbeitsweisen und politischen Positionen. Dank der beharrlichen Interventionen meiner ostdeutsch sozialisierten Freund_innen und Mentor_innen beschäftige ich mich inzwischen stärker mit dem ostdeutschen Kontext und versuche, dabei meine begrenzte Perspektive mitzudenken. Die Fragestellung der Tagung „Im Osten was Neues?“ hat mich dazu veranlasst, in diesem Beitrag ostdeutsche Perspektiven in den Vordergrund zu stellen, und seien diese in den von mir untersuchten Quellen auch noch so fragmentarisch überliefert.

Auf die genannten vier Communitys möchte ich in diesem Beitrag jeweils kurz eingehen und so einen Rahmen dafür schaffen, dass ihre Geschichten in einem gemeinsamen Zusammenhang betrachtet werden können. Dabei gehe ich auf folgende Fragen ein: Wie haben sie den Mauerfall und die Transformation erlebt? Wie wurden sie durch diese Ereignisse geprägt und wie haben sie auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss genommen?

Roma- und Sinti-Communitys

In der DDR hatten lediglich 200 bis 300 Sinti_ze und nahezu keine Rom_nja gelebt.² Rom_nja und Sinti_ze aus Ost- und Westdeutschland haben die deutsch-deutsche Vereinigung oft als Familienzusammenführung erlebt. So berichtete Otto Rosenberg von der Sinti-Union West-Berlin, Berlin sei im Sommer 1990 zum Magnet für Roma- und Sinti-Familien aus östlichen und westlichen Staaten gewor-

² Vgl. Reimar Gilsenbach, *Oh Django, sing deinen Zorn! Sinti und Roma unter den Deutschen*, Berlin: Basis-Druck, 1993, 276–280.

den, die alljährlich im Sommer reisen und denen bisher Grenzen gesetzt waren: „Es ist eben nicht nur eine deutsch-deutsche Vereinigung. [...] Das ist genauso eine Vereinigung für uns.“³ Der Jazz-Musiker Janko Lauenberger, ein in Ost-Berlin aufgewachsener Sinto, beschrieb, wie er den Mauerfall erlebte: „Das war super. Unsere Familie war auf einen Schlag wieder doppelt so groß wie vorher. Es gab ja nur 300 Sinti im Osten. Wir waren hier in Berlin die Kernfamilie. Dann gab es noch eine große Familie in Halle und eine weitere in Thüringen.“⁴ Durch die neue Reisefreiheit fanden sich Familienmitglieder wieder, die durch den Zweiten Weltkrieg auseinander gerissen worden waren und danach keine Möglichkeit mehr hatten, zusammen zu kommen. Die Familienzusammenführung war sogar eines von vielen Motiven für die nach den Grenzöffnungen einsetzenden Migrationsbewegungen.⁵ Wenn die Neuankömmlinge aus Osteuropa zufällig in Westdeutschland landeten, stießen sie mit etwas Glück auf die bereits seit etwa Mitte der 1980er Jahre bestehenden Roma-Organisationen und wurden von diesen betreut. In Ostdeutschland gab es solche Strukturen nicht. Angesichts dieses Mangels stellt sich die Frage, wie Rom_nja dort gelebt und überlebt haben.

***6

Was bedeutet es, dass ich als Außenstehende nichts darüber weiß? Es bedeutet, dass öffentliche und wissenschaftliche Diskurse, aber auch gesellschaftskritische Diskurse von BPoC, zu denen ich Zugang habe, hier eine Leerstelle enthalten. Es bedeutet nicht, dass es diese Perspektiven nicht gibt. Dieses Wissen ist im kollektiven Gedächtnis – oder den immateriellen Archiven⁷ – von Rom_nja und Sinti_ze gespeichert. Vor allem durch Abschiebungen und durch den Wegzug nach Westdeutschland war es hier anfangs sehr schwierig, einen kontinuierlichen Aktivismus zu entwickeln. Mittlerweile gibt es jedoch Selbstorganisationen, wie z.B. den 2013 gegründeten Verein „Romano Sumnal“ in Leipzig, der sowohl Beratung für Rom_nja im Asylverfahren anbietet als auch politisch aktiv ist, beispielsweise durch die Beteiligung an Demonstrationen.⁸

³ Birgit Löff, „Der Berliner CDU ist die Insel zu gut für Roma,“ Frankfurter Rundschau, 16.08.1990, Archiv des Rom e.V. Köln, Hänge-Register.

⁴ Susanne Messmer, „Montagsinterview Janko Lauenberger. ‚Ich war als Junge ein Großmaul‘,“ TAZ, 19.08.2012, <http://www.taz.de/!5086098/>.

⁵ Vgl. Interview von Uwe Pollmann mit Rudko Kawczynski, „Roma-Forum – Warum spalten sich Sinti und Roma?“, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 19.05.1989, Archiv des Rom e.V. Köln, Hänge-Register.

⁶ Die Sternchen machen eine diskursive Leerstelle sichtbar.

Siehe den Beitrag von Nicola Lauré al-Samarai in dieser Tagungsdokumentation.

⁷ Siehe den Beitrag von Nicola Lauré al-Samarai in dieser Tagungsdokumentation.

⁸ Vgl. Petra Čagalj-Sejdi, „Romano Sumnal – Rom_nja-Aktivismus in Leipzig,“ in *Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte über Antiromaismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien*, herausgegeben von Kathrin Krahel und Antje Meichsner (Dresden: Weiterdenken: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2016, 23–26.

Bevor ich mich Schwarzen und muslimischen Communitys zuwende, möchte ich zunächst auf die Geschichte der Vertragsarbeiter_innen eingehen, denn diese ist für beide Communitys relevant. Im Jahr 1989 lebten in der DDR 90.000 bis 100.000 Vertragsarbeiter_innen und ausländische Studierende. Mit dem Ende des sozialistischen Systems stellte sich in erster Linie die Frage nach der rechtlichen Grundlage für ihren weiteren Aufenthalt in Deutschland. Die Vertragsarbeiter_innen bekamen nach der Öffnung der Grenzen als Erste die wirtschaftliche Unsicherheit zu spüren, denn sie waren die Ersten, die aus den Betrieben entlassen wurden. Zuvor wäre dies rechtlich gar nicht möglich gewesen. Doch im Juni 1990 wurden die bilateralen Abkommen zwischen der DDR und ihren Vertragspartner_innen abgeändert. Im Zuge dessen waren nicht bloß Kündigungen erlaubt, sondern den Gekündigten wurde auch eine Abfindung in Aussicht gestellt für den Fall, dass sie Deutschland verließen.⁹ Der zunehmende Rassismus ebenso wie der staatlich ausgeübte Druck veranlasste viele, „freiwillig“ auszureisen: Im Jahr 1992 lebten nur noch 20.000 von ihnen in Deutschland. Diejenigen, die trotz dieser widrigen Umstände bleiben wollten, wurden durch das seit 1991 gültige Ausländergesetz deutlich benachteiligt, da sie nur eine zweckgebundene und befristete „Aufenthaltsbewilligung“ erhielten.¹⁰

Zum Transformationsprozess gehört u.a. eine Aufarbeitung des Unrechts in der DDR, wobei die Geschichte der Vertragsarbeiter_innen bisher weitgehend ausgeklammert wurde. Inzwischen gibt es jedoch Initiativen von ehemaligen Vertragsarbeiter_innen für die Aufarbeitung ihrer Geschichte sowie für Anerkennung und Respekt. Viele von ihnen erheben ihre Stimme – teilweise auch aus dem Ausland – und sprechen als Zeitzeug_innen über das von ihnen Erlebte. Im Rahmen einer Tagung zu mosambikanischen Vertragsarbeiter_innen im Februar 2019 wurde das „Magdeburger Memorandum“ verabschiedet, das u.a. eine lückenlose Aufklärung über die Verträge zwischen der DDR und Mosambik, die Vertragswirklichkeiten und Arbeitsbedingungen sowie mögliche Entschädigungsansprüche fordert.¹¹

⁹ Vgl. Ahmed Farah, „Internationale Solidarität oder Ausbeutung? Zur Lage der mosambikanischen VertragsarbeitnehmerInnen der Ex-DDR vor und nach der Wende,“ in *Schwarz-Weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews – Berichte – Analysen*, herausgegeben vom Informationszentrum Afrika e.V. (IZA), Bremen u. a. (Bremen: Milde Multiprint GmbH, 1993), 37.

¹⁰ Vgl. Bernd Bröskamp, „Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Die DDR, ihre Ausländer, die deutsche Wiedervereinigung und die Folgen,“ in *Schwarz-Weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews – Berichte – Analysen*, herausgegeben vom Informationszentrum Afrika e.V. (IZA), Bremen u.a. (Bremen: Milde Multiprint GmbH, 1993), 15f.

¹¹ Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Lothar-Kreyssig-Ökumene-Zentrum, „Respekt und Anerkennung“, 2019, <https://www.oekumenezentrum-ekm.de/entwicklung-umwelt/Mosambik-Tagung-2019/> (abgerufen am 07.12.2020).

Schwarze Communitys

Schwarze Migrant_innen und Schwarze Deutsche haben den Mauerfall äußerst ambivalent erlebt. Auf der einen Seite machten sie Exklusionserfahrungen: So erzählte ein angolischer Student dem Anthropologen Damani J. Partridge, er sei immer bei den Montagsdemonstrationen der DDR-Opposition dabei und willkommen gewesen. Zum Zeitpunkt der Maueröffnung schlug die Stimmung in der Oppositionsbewegung plötzlich um und richtete sich auch gegen ihn. Man habe zu ihm gesagt: „Wir sind jetzt da – du kannst wieder nach Hause gehen.“¹² Sithebe Nombuso, eine südafrikanische Aktivistin des African National Congress (ANC), die aus dem Exil in Tansania zur Ausbildung in die DDR gekommen war, formulierte ihre Gedanken dazu so:

Den Fall der Mauer hatte ich nur am Fernseher verfolgt. Es war schön, die Bilder zu sehen, aber gleichzeitig ahnten wir StudentInnen aus Namibia, Südafrika, Nicaragua und Cuba, was sich inzwischen bewahrheitet hat: dass die neue Regierung Deutschlands uns keinen Platz einräumen und die Vereinigung für uns einen Rückschlag bedeuten würde. Plötzlich haben wir ein Problem nach dem anderen [...]. Meine DDR-Ausreisepapiere sind mir im September 1991 von der Ausländerbehörde abgenommen worden, und einen südafrikanischen Pass bekomme ich nicht wegen fehlender Unterlagen. Ich muss nun also damit rechnen, abgeschoben zu werden.¹³

Nombuso brach ihre Ausbildung als Röntgenassistentin in Dresden im Dezember 1991 ab und zog nach Ost-Berlin, wo sie arbeitete und eine neue Ausbildung begann. Ähnlich wie Nombuso haben viele Schwarze Menschen Ostdeutschland damals wegen der zunehmenden rassistischen Gewalt verlassen.

Neben diesen negativen Aspekten haben sich insbesondere für Schwarze Ostdeutsche, die zu DDR-Zeiten vereinzelt in der sozialistischen Gesellschaft gelebt hatten, auch neue Möglichkeiten eröffnet. Im Zuge der Herausbildung einer neuen Zivilgesellschaft kam es verstärkt zu Gruppengründungen; sowohl im regionalen Umfang in größeren Städten wie Leipzig als auch in überregionalen Konstellationen. Viele Schwarze Ostdeutsche schlossen sich auch Schwarzen westdeutschen Communitys an oder nahmen erstmals an deren bundesweiten Versammlungen teil. Auch wenn dieser Prozess des Zusammenfindens nicht immer konfliktfrei

¹² Vgl. den Beitrag von Damani J. Partridge zur Veranstaltung „Die Mauer fiel uns auf den Kopf“ im Rahmen des Thementags „Migranten und wiedervereinigtes Deutschland“, kuratiert von Nevim Çil (Thementage „1989 – Globale Geschichten“), Haus der Kulturen der Welt, Berlin, 22.02.2009.

¹³ Sithebe Nombuso, „Ost- oder Westdeutschland, für mich ist das kein großer Unterschied,“ in *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, herausgegeben von Ika Hügel et al. (Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1993), 228f.

verlief, sind Schwarze Ostdeutsche schnell zu einem wichtigen Teil dieser Communitys geworden und haben immer wieder auf ihre spezifischen Erfahrungen und Geschichten aufmerksam gemacht.

Während viele Schwarze Menschen Ostdeutschland verließen, kamen zugleich viele neue hinzu. Geflüchtete aus verschiedenen afrikanischen Ländern gelangten aufgrund des Asylverteilungsschlüssels nach Ostdeutschland und gründeten bald darauf Selbstorganisationen wie z.B. das in Jena ansässige The VOICE Africa Forum (später: Refugee Forum) im Jahr 1994 oder die Flüchtlingsinitiative Brandenburg im Jahr 2000. The VOICE hat vor allem in seiner Anfangszeit exilpolitische Forderungen in Bezug auf verschiedene afrikanische Länder wie Nigeria, Liberia oder Kamerun mit dem Protest gegen die erzwungenen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern, die Residenzpflicht und die Abschiebepolitik verknüpft.¹⁴ Beide Gruppen sind in die weit verstreuten und teils sehr abgelegenen Flüchtlingslager gefahren und haben Vernetzungsstrukturen aufgebaut.

Muslimisch-migrantische Communitys

Unter den Vertragsarbeiter_innen und ausländischen Studierenden in der DDR waren wenige Muslim_innen, etwa 8.000 Menschen aus Algerien und weitere aus Jemen und Ägypten.¹⁵ Einer Studie von Almut Zwengel zufolge legten viele von ihnen großen Wert auf religiös-kulturelle Praktiken, wie das Fasten im Ramadan oder den Verzicht auf Schweinefleisch. Sie wurden allerdings nur selten als Muslim_innen wahrgenommen. Wie haben muslimische Vertragsarbeiter_innen den Mauerfall und – vorausgesetzt, sie konnten bleiben – den Transformationsprozess erlebt? Wie waren ihre Lebensbedingungen?

Nach 1989 kamen neue Generationen von Migrant_innen mit muslimischem Hintergrund nach Ostdeutschland – zum Teil notgedrungen als Asylsuchende, zum Teil selbstgewählt für ein Studium o.ä. – und haben die ostdeutschen Bundesländer während des Transformationsprozesses mit geprägt. Sobald sich die Möglichkeit bot, sind viele Geflüchtete in westdeutsche Städte oder nach Berlin übergesie-

delt, weil sie dort eine bessere Community-Anbindung und -Infrastruktur vorgefunden haben. Unter BPoC und Migrant_innen in Westdeutschland (inklusive Berlin) hält sich das Bild des Ostens als „No-go-Area“ bis heute hartnäckig – eine Wahrnehmung und Haltung, die von den in Ostdeutschland Ansässigen als wenig empowernd empfunden wird. Seit 2015 sind muslimische Communitys durch die verstärkte Migration aus Syrien und anderen arabischsprachigen Ländern stark gewachsen. Zugleich kommen immer mehr vorwiegend junge BPoC aus Westdeutschland auf eigene Initiative in den Osten – manchmal auch nur temporär, so z.B. zum Studium oder wegen eines Arbeitsplatzes. Sie alle intervenieren in dominante Diskurse und sorgen für mehr Sichtbarkeit der muslimisch-migrantischen Präsenz. Beispiele hierfür sind das Kanakistan-Kollektiv in Erfurt und das Projekt „Vaterzeit im Ramadan?!“ in Leipzig.¹⁶

Was passierte jedoch in der Zwischenzeit in den langen 30 Jahren seit der Vereinigung? Seit wann treten muslimische Migrant_innen hier stärker in die Öffentlichkeit? Und wann haben sie begonnen, ihre autobiografischen Erfahrungen mit dem Osten stärker zu artikulieren und zu kommunizieren?

Jüdische Communitys

In Bezug auf jüdische Communitys ist der Forschungsstand ziemlich gut. Es gibt sowohl historische Darstellungen als auch verschriftlichte Oral-History-Gespräche, woraus folgt, dass ich hier die verfügbaren Informationen stark reduzieren muss. In der DDR hatte es nur acht jüdische Gemeinden gegeben und diese hatten eine rückläufige Mitgliederzahl.¹⁷ Darüber hinaus lebten in der DDR zahlreiche Juden und Jüdinnen, die nicht religiös und nicht Teil der Gemeinden waren. Ein Großteil von ihnen war nicht oder nur am Rande an der Bürgerrechtsbewegung beteiligt gewesen. Einzelne Gemeindemitglieder nahmen zwar an den Demonstrationen der Opposition teil, waren jedoch bis zuletzt an Reformen und nicht an der Umwälzung des sozialistischen Systems interessiert.¹⁸ Die Sängerin Jalda Rebling, die damals an der Gethsemanekirche in Berlin-Mitte, einem zentralen Ort der Oppositionsbewegung, wohnte, war zunächst selbst an dieser beteiligt, distanzierte sich aber von ihr, als die Stimmung umschlug:

¹⁴ Vgl. The VOICE Refugee Forum Germany, „The Refugee: Base on Our History of The VOICE Refugee Forum Network 1994 to 2014,“ <http://thevoiceforum.org/node/3730> (abgerufen am 23.07.2018).

¹⁵ Vgl. Almut Riedel, „Wer guckt auf uns? Muslime Migranten in der DDR,“ *Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig* 40, no. (2002): 42–45; Almut Zwengel, „Algerische Vertragsarbeiter in der DDR. Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest,“ in *Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt*, Bd. 13, herausgegeben von Almut Zwengel (Berlin/Münster: LIT Verlag, 2011), 71–98.

¹⁶ Vgl. Kanakistan-Kollektiv, <https://www.kanakistan.de/> (abgerufen am 07.12.2020); Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Leipzig, „Vaterzeit im Ramadan?!“ <https://vaterzeit.info/> (abgerufen am 07.12.2020).

¹⁷ Vgl. Erica Burgauer, *Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945* (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1993), 154.

¹⁸ Vgl. exemplarisch Herbert Lappe, „Ich fühle mich für Deutschland zuständig,“ in *Juden aus der DDR und die deutsche Wiedervereinigung – Elf Gespräche*, herausgegeben von Robin Ostow (Berlin: Wichern Verlag, 1996), 68f.

Der 9. November war entsetzlich, dieser deutsch-deutsche Taumel, [...] der Umschlag der Demonstrationen in Leipzig, wo Plakate und Fahnen hochgehalten wurden mit der Aufschrift: „Zurück zum Deutschland im Jahre 1937!“ Da habe ich richtig Angst gehabt. Diese Menschenmasse, die sich an unserer Haustür vorbeigegen Westen quälte und eine Spur von Bananenschalen und Weißblech-Cola-Büchsen hinter sich zurückließ, zumeist schrecklich besoffen und dann das Deutschland-Lied singend oder „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“.¹⁹

Die Vereinigung der jüdischen Gemeinden aus Ost- und Westdeutschland war ein ziemlich konflikthafter Prozess. So stimmten die Mitglieder der Ost-Berliner Gemeinde auf ihrer letzten Versammlung zwar mehrheitlich gegen die Vereinigung mit der West-Berliner Gemeinde, mussten ihren Wunsch aber angesichts ihrer politischen und zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit aufgeben.²⁰ Auch Jalda Rebling war davon betroffen: „Die Vereinigung der beiden Gemeinden macht mich traurig. [...] Unsere kleine Gemeinde wird einfach geschluckt.“²¹ Dieses „Schlucken“ der ostdeutschen Gemeinden ging mit einer Unsichtbarmachung ihrer spezifischen Geschichte und Positionierung einher.²² Dies erklärt zum Teil den großen Erfolg des 1990 in Ost-Berlin neu gegründeten Jüdischen Kulturvereins Berlin e.V. (JKV), denn dieser war zum damaligen Zeitpunkt einer der wenigen selbstbestimmten Orte für Juden und Jüdinnen aus der DDR und entwickelte sich faktisch zum Nachfolger der Ost-Berliner Gemeinde.

Der JKV hatte sich 1990 über den „Runden Tisch“ der letzten DDR-Regierung dafür eingesetzt, Jüdinnen und Juden aus der zerfallenden Sowjetunion Zuflucht zu gewähren. Im Rahmen des 1991 verabschiedeten Kontingentflüchtlingsgesetzes wurden bis 2004 rund 190.000 Personen jüdischer Herkunft aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) aufgenommen.²³ Der JKV war auch eine treibende

Kraft bei der Aufnahme und Eingliederung der postsowjetischen Migrant_innen in die eigenen Strukturen ebenso wie in die Gesamtgesellschaft. Auch in anderen ostdeutschen Städten wurden durch die Migrant_innen jüdische Gemeinden wiederbelebt oder neu gegründet.

Abschließend möchte ich festhalten, dass die ostdeutschen Bundesländer zwar keine „No-go-Areas“ sind, aber doch unwirtliche Orte, an denen viele rassifizierte „Andere“ unfreiwillig gelandet sind (z.B. durch den Asylverteilungsschlüssel) oder an denen sie zufällig geboren wurden. Nur manche von ihnen sind geblieben, viele sind nach Westdeutschland gegangen oder sind abgeschoben worden. Die sich hieraus ergebende fehlende personelle Kontinuität hat Auswirkungen auf Prozesse der Selbstorganisation. Gleichzeitig sind BPoC in die umgekehrte Richtung gezogen, z.B. wegen einer Arbeitsstelle oder eines Studienplatzes. Auch sie prägen die Gesellschaften in Ostdeutschland mit. Zusammen mit denen, die dort aufgewachsen sind, gründen sie BPoC-Hochschulgruppen, engagieren sich in lokalen Gruppen für die Dekolonisierung der Erinnerungskultur, arbeiten in Jugendverbänden und NGOs, in Untersuchungsausschüssen zum NSU usw. Meines Erachtens stehen Geschichten des BPoC-Aktivismus in Ostdeutschland also nicht isoliert für sich, sondern sind mit Geschichten in Westdeutschland und den Herkunftsländern der Migrant_innen eng verwoben. Dass ich diesen Verflechtungsgeschichtlichen Aspekt hervorhebe, hat sicher mit meiner Biografie zu tun und damit, dass ich zu vielen immateriellen bewegungsgeschichtlichen Archiven in den neuen Bundesländern keinen Zugang habe. Doch in meinem Arbeitsalltag in Jena erlebe ich diesen Austausch ständig und dabei begegnen mir Fragmente dieser Geschichten, die für mich von großer Bedeutung sind: Es gibt BPoC, die bereits über umfangreiches, erfahrungsbasiertes Wissen zu den Gesellschaften in Ostdeutschland verfügen, an die ich anknüpfen und von denen ich lernen kann.

Literatur:

Bröskamp, Bernd. 1993. „Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Die DDR, ihre Ausländer, die deutsche Wiedervereinigung und die Folgen“. In *Schwarz-Weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews – Berichte – Analysen*, herausgegeben von Informationszentrum Afrika e.V. (IZA), Bremen, Koordinierungskreis Mosambik e.V. (KKM), Bielefeld, terres des hommes e.V. (tdh), Osnabrück, und BAOBAB, Infoladen Eine Welt e.V., Ost-Berlin, 13–33. Bremen: Milde Multiprint GmbH.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2008. „Evaluierungsbericht. Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion“. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/JuedischeZuwanderer/evaluierungsbericht-juedische-zuwanderung.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 26.05.2021).

²³ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. „Evaluierungsbericht. Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion“, 2008. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/JuedischeZuwanderer/evaluierungsbericht-juedische-zuwanderung.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 8.5.2017).

¹⁹ Jalda Rebling, „Jom Kippur in Gethsemane“, in *Juden aus der DDR und die deutsche Wiedervereinigung – Elf Gespräche*, herausgegeben von Robin Ostow (Berlin: Wichern Verlag, 1996), 108.

²⁰ Die Existenz der ostdeutschen jüdischen Gemeinden wurde 1989/90 von den Regierungen beider deutscher Staaten stillschweigend übergangen. Nur der Zentralrat der Juden in Deutschland wurde als Ansprechpartner gesehen. (Vgl. Burgauer, *Erinnerung und Verdrängung*, 284.)

²¹ Vgl. Rebling, „Jom Kippur in Gethsemane“, 114.

²² So schrieb bspw. Micha Guttman in Bezug auf die Zeit nach dem Mauerfall: „Es war das Verdienst Lothar de Maizieres und des sogenannten ‚Runden Tisches‘ der gesellschaftlichen Organisationen, der in der Umbruchzeit neue Wege für die DDR diskutierte, die Zuwanderer willkommen zu heißen und ihnen das Bleiberecht zu verschaffen.“ (Micha Guttman, „Normalisierung‘ unter Polizeischutz? Die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland und Nordrhein-Westfalen von 1945 bis heute – ein Essay“, in *Jüdisches Leben im Rheinland. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, herausgegeben von Monika Grübel und Georg Möglich (Köln: Böhlau Verlag, 2005), 301). Unerwähnt ließ er damit die Rolle des *Jüdischen Kulturvereins Berlin e.V.* (JKV), der über den ‚Runden Tisch‘ Einfluss auf diese Entwicklung nahm.

Burgauer, Erica. 1993. *Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Čagalj-Sejdi, Petra. 2016. „Romano Sumnal – Rom_nja-Aktivismus in Leipzig“. In *Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte über Antiromanismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien*, herausgegeben von Kathrin Krah und Antje Meichsner, 23–26. Dresden: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.

Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Lothar-Kreyssig-Ökumene-Zentrum, „Respekt und Anerkennung“, 2019, <https://www.oekumenezentrum-ekm.de/entwicklung-umwelt/Mosambik-Tagung-2019/> (abgerufen am 07.12.2020).

Farah, Ahmed. 1993. „Internationale Solidarität oder Ausbeutung? Zur Lage der mosambikanischen VertragsarbeitnehmerInnen der Ex-DDR vor und nach der Wende“. In *Schwarz-Weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews – Berichte – Analysen*, herausgegeben von Informationszentrum Afrika e.V. (IZA), Bremen, Koordinierungskreis Mosambik e.V. (KKM), Bielefeld, terres des hommes e.V. (tdh), Osnabrück, und BAOBAB, Infoladen Eine Welt e.V., Ost-Berlin, 35–40. Bremen: Milde Multiprint GmbH.

Gilsenbach, Reimar. 1993. *Oh Django, sing deinen Zorn! Sinti und Roma unter den Deutschen*. Berlin: Basis-Druck.

Guttmann, Micha. 2005. „Normalisierung‘ unter Polizeischutz? Die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland und Nordrhein-Westfalen von 1945 bis heute – ein Essay“. In *Jüdisches Leben im Rheinland. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, herausgegeben von Monika Grübel und Georg Mölich, 286–307. Köln: Böhlau Verlag.

Nombuso, Sithebe. 1993. „Ost- oder Westdeutschland, für mich ist das kein großer Unterschied.“ In *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, herausgegeben von Ika Hügel, Chris Lange, May Ayim, Ilona Bubeck, Gülsen Aktaş und Dagmar Schultz, 224–232. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Lappe, Herbert. 1996. „Ich fühle mich für Deutschland zuständig.“ In *Juden aus der DDR und die deutsche Wiedervereinigung – Elf Gespräche*, herausgegeben von Robin Ostow, 58–76. Berlin: Wichern Verlag.

Löff, Birgit. „Der Berliner CDU ist die Insel zu gut für Roma.“ *Frankfurter Rundschau*, 16.08.1990, Archiv des Rom e.V. Köln, Hänge-Register.

Messmer, Susanne. „Montagsinterview Janko Lauenberger. ‚Ich war als Junge ein Großmaul‘“, TAZ, 19.08.2012, <http://www.taz.de/!5086098/>.

Partridge, Damani J. Beitrag zur Veranstaltung „Die Mauer fiel uns auf den Kopf“ im Rahmen des Thementags „Migranten und wiedervereinigtes Deutschland“, kuratiert von Nevim Çil (Thementage „1989 – Globale Geschichten“), Haus der Kulturen der Welt, Berlin, 22.02.2009.

Pollmann, Uwe. Interview mit Rudko Kawczynski, „Roma-Forum“ – Warum spalten sich Sinti und Roma?“, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 19.05.1989, Archiv des Rom e.V. Köln, Hänge-Register.

Rebling, Jalda. 1996. „Jom Kippur in Gethsemane.“ In *Juden aus der DDR und die deutsche Wiedervereinigung – Elf Gespräche*, herausgegeben von Robin Ostow, 105–116. Berlin: Wichern Verlag.

Riedel, Almut. 2002. „Wer guckt auf uns? Muslime Migranten in der DDR“. *Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig* 40: 42–45.

The VOICE Refugee Forum Germany, „The Refugee: Base on Our History of The VOICE Refugee Forum Network 1994 to 2014“, <http://thevoiceforum.org/node/3730> (abgerufen am 23.07.2018).

Zwengel, Almut. 2011. „Algerische Vertragsarbeiter in der DDR. Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest“. In *Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt*, herausgegeben von Almut Zwengel, 71–98. Berlin/Münster: LIT Verlag.

Halil Can:

2.3 Die „Wende“ in Deutschland und das Sprechen der anderen Deutschländer_innen aus dem „dritten Raum“ – mit Empowerment und Powersharing

Es ist Herbstzeit in Deutschland, Zeit zum Feiern, alle Jahre wieder, und nun zum 30. Mal. Erinnert wird an die Wende, die viel gepriesene friedliche Revolution, den Fall der Berliner Mauer, das Wunder vom 09. November 1989. Es ist aber auch ein Tag mit einem faden Beigeschmack, denn zugleich ist dieser auch der Gedenktag an die Reichspogromnacht gegen jüdisches Leben im NS-Reich am 09. November 1938.

Gefeiert wird die Wende daher stattdessen am 03. Oktober, dem Tag der Einheit zu einem wiedervereinigten Deutschland; genau genommen dem „Beitritt der DDR zur BRD“ am 03.10.1990, wie im deutsch-deutschen Einigungsvertrag zu lesen ist. In dem Satz „Es wächst zusammen, was zusammengehört!“ (Willy Brandt) fand dann der deutsch-deutsche Einheitsgeist seinen sprachlichen Ausdruck und populären Widerhall.

Vereinen und Erinnern ohne die Anderen (Deutschländer_innen)¹

Obwohl im Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland (BRD) die Vollendung der Einheit als nationalstaatliches Ziel fest verankert war, hatte dennoch kaum jemand die Wiedervereinigung für möglich gehalten. Das Grundgesetz der BRD sah jedoch lediglich eine ethnisch-nationale Vereinigung der Bewohner_innen beider Staaten vor. Die nicht-deutsche Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), wie z.B. Vertragsarbeiter_innen, waren von diesem Recht ausgeschlossen. So galten nach dem Staatsangehörigkeitsverständnis der damaligen BRD gemäß Art. 116 des GGs von 1949 alle deutschen Bürger_innen der DDR

¹ Entgegen von kulturalisierenden und rassialisierenden Fremdbezeichnungen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft gibt es mittlerweile im rassismuskritischen Diskurs zahlreiche Selbstbezeichnungen von Fremdmarkierten, etwa mit Bezeichnungen wie BIPOC (für eine Definition des Begriffs siehe Fußnote 43), andere Deutsche, Schwarze Deutsche. Mit kritischem Blick auf die ethnisierende Konnotation in der Bezeichnung „Deutsch“ wird hier mit der Betonung auf das Land als Lebensort die Bezeichnung „Deutschländer_in“, verstanden als territoriale und damit inklusive Benennungspraxis, gewählt. Zugehörigkeit wird hier nicht über Herkunft, Hautfarbe oder Rechtsstatus vorgestellt, sondern allein über den Lebensort. Da jedoch aufgrund von rassistischen Strukturen Ungleichheiten bestehen bleiben, findet hier auch für rassialisierte Menschen die Bezeichnung „andere Deutschländer_innen“ Verwendung. Die Kritik und Überwindung der Privilegierung und Diskriminierung basierend auf dem völkisch-kulturalistischen Nationenverständnis ist eine wesentliche Intention den Begriff „Deutschländer_in“ auch zu verwenden.

zugleich auch als deutsche Bürger_innen der BRD. Nationalstaatliche Zugehörigkeit baute somit auch in der BRD in der Tradition des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes des Deutschen Reiches seit 1914 auf dem Prinzip der Abstammung (jus sanguinis) auf. Soziale Ein- und Ausschlüsse und damit gesellschaftliche In- und Outsider-Positionalitäten wurden bis zur Reformierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 nach dem Geburtsprinzip (jus soli) auf einer vermeintlich ethnischen, kulturellen und biologischen Differenz aufbauend national konstruiert.

Vor diesem Hintergrund stellen sich auch 30 Jahre nach der Wende erneut die Fragen:

Wer sind die Erinnernden und Feiernden eigentlich?

Um wessen Vereinigung mit wem geht es hier?

*Wer sind diejenigen, die zusammengehören und zusammenwachsen (sollen)?
Von welcher Wende und friedlichen Revolution für wen ist hier eigentlich die Rede?*

Und welche Freiheit brachte der Mauerfall für wen?

Diese Fragen stellen sich akut hinsichtlich des Selbstverständnisses Deutschlands als Nation; und zwar nicht nur mit der ‚Wiedervereinigung‘ als historische Zäsur, d.h. der historischen Überwindung der Teilung in zwei Staaten in der Post-Nationalsozialismus, -Shoa, -Zweiter Weltkrieg und -Kalter Krieg-Phase, sondern auch vor dem Hintergrund von Pluralisierungs- und Kosmopolitisierungsprozessen durch Europäisierung, Migration und Globalisierung. Es stellt sich somit grundlegend die Frage nach dem ‚Wir‘, das Deutschland als Gemeinschaft ausmacht und nach welchem Verständnis perspektivisch gesehen das Zusammenleben aller in Deutschland lebenden Menschen gestaltet werden soll.

Der Fall der Mauer auf die Migrant_innen in Ost- und Westdeutschland

Unmittelbar nach der Einheit im Jahr 1990 versprach die erste gewählte CDU-FDP-Bundeskoalitionsregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl blühende Landschaften in schillernden Farben. Doch wer waren die Sprecher_innen und wer die Adressat_innen, wer die Profiteur_innen, wer die Verlierer_innen, wer die Ein- und Ausgeschlossenen?

Diese Fragen werden hier aus der Perspektive von Vertrags- und Gastarbeiter_innen, von Migrant_innen, Geflüchteten und Asylsuchenden, von Rom_nja und

Sinti_ze, von Juden und Jüdinnen, Schwarzen Menschen und People of Color (PoC) und all den „anderen Deutschländer_innen“ gestellt, die im Vereinigungstaukel der Wende zwar auch da waren, deren Gesichter jedoch zunächst unsichtbar blieben und deren Stimmen nicht gehört wurden. Als sie dann nach dem ersten Vereinigungsrausch im schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer schließlich doch noch wahrgenommen und gehört wurden, galt die Aufmerksamkeit nicht ihren vielfältigen Stimmen, ihren Bedürfnis- und Gefühlslagen, ihren Geschichten, Interessen und Forderungen. Stattdessen sollte sich dieses Gesehen-Werden als ein Ins-Vision-Genommen-Werden erweisen, um dann als Projektionsfläche, Zielscheibe und Blitzableiter zu dienen. Der ersten friedlich begonnenen Wende sollte somit unmittelbar danach eine toxisch-gewaltvolle Wendung folgen. Denn mit der deutsch-deutschen Vereinigung entfesselten sich in dieser anschließenden „zweiten Wende“ ein die ganze Zeit schon unterirdisch schwelender ethnisch, kultureller Nationalismus und Rassismus, die in unheilvoller Weise die ganze Gesellschaft durchdringen und nachhaltig bis in die Gegenwart wirkmächtig sind.

Während noch im ersten Akt des revolutionären Aufbegehrens in der DDR die Massen auf den Straßen mutig und mündig ihre Stimmen als Souverän mit dem Slogan „Wir sind das Volk“ gegen das DDR-Regime erhoben, wurde dieser dann sehr bald schon zunächst zum nationalen Chorgesang „Wir sind ein Volk“ und schließlich zum völkisch-nationalistischen Singsang „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ umgetextet. Dieser sich bereits im ersten Akt der sogenannten friedlichen Revolution abzeichnende dämonische Schatten entfaltete seine Wirkmächtigkeit im darauffolgenden zweiten Akt zu einer das ganze Land bis heute überziehenden Gewalt-, Brand- und Todesspur. Gerichtet war sie gegen die bis dahin anfangs noch nicht beachteten Anderen, die sogenannten Fremden, die anscheinend nicht zu dem deutsch-deutschen Wir dazu gehörten und im wiedervereinigten Deutschland nicht zusammenwachsen sollten – ja darin sogar nichts zu suchen hatten.

Ich selbst wurde als Teil einer Gruppe von West-Berliner Jugendlichen – meist Kindern von Gastarbeiter_innen und selbst Redakteur_innen der jugendpolitischen Zeitschrift „kauderzanca“² – wenige Wochen nach dem Mauerfall bei unserem ersten Besuch auf der anderen Seite der Mauer im damaligen Ost-Berlin, Zeuge und fast Opfer eines rassistischen Angriffs. Im Rückblick sollte dieser eine Ankündigung an die in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen und

² „kauderzanca“ ist ein Kunstwort, verflochten aus den Wörtern „Kauderwelsch“ und dem gleichbedeutenden türkischsprachigen Pendant „tarzanca“. Mit dieser selbstbemächtigenden Selbstbezeichnung wollten wir nicht nur unserer translingualen und damit auch transkulturellen Lebenswirklichkeit einen Namen geben. Vielmehr sollte damit jenseits der Identitätsvorstellungen von kultureller, sprachlicher und nationaler Homogenität, Differenz und Unvereinbarkeit auf die Möglichkeiten der kreativen Verknüpfung im Dazwischen hingewiesen werden, was der Kulturtheoretiker Homi Bhabha als „kulturelle Hybridisierung“ im „dritten Raum“ bezeichnet (siehe hierzu auch weiter unten).

andernorts noch folgende nationalistische und rassistische Gewaltwelle gegen all diejenigen Deutschländer_innen sein, die in beiden Teilen Deutschlands als Nicht-Deutsch gelesen wurden und noch werden.

Als ich dann erfuhr, dass ich als ein in West-Berlin aufgewachsenes Kind von Gastarbeiter_innen das exklusive Privileg hatte, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen, überlegte ich nicht lange und handelte intuitiv. Veranlasst durch die Wende und die rassistische Gewalterfahrung kurz danach wurde ich somit zum Deutschen, zum europäischen Bürger und über die türkische Staatsbürgerschaft meiner Eltern zum Mehrstaatler; mit anderen Worten, zumindest rechtlich, vom Out- zum Insider. Vor diesem Hintergrund ist dieses Jahr im doppelten Sinne ein Wende-Jubiläumsjahr für mich. Rückblickend kann ich sagen, dass diese Selbstpositionierung eine der bedeutendsten und prägendsten biographischen Entscheidungen für mich war und exemplarisch für ein wirkmächtiges politisches und transformatives Handeln steht; ein resilientes Empowerment gegen Othering. Dieses Selbst-Empowerment und die selbstbewusste Positionierung als Deutschländer_innen, mündiger und ebenbürtiger Teil eines pluralen und diversen Deutschlands als Migrationsgesellschaft zu sein, sollte sich im Weiteren auch im kritischen Journalismus und im kreativen, literarischen und künstlerischen Wirken in unserer Jugendzeitschrift kauderzanca nachhaltig niederschlagen.

Während mit der Wende die DDR-Bürger_innen automatisch – und ich auf Antrag – zu Staatsbürger_innen im vereinigten Deutschland wurden, fiel die Mauer auf beiden Seiten der Grenze vor allem auf die Körper der als „Ausländer_innen“ und „Migrant_innen“ bezeichneten anderen Deutschländer_innen, insbesondere auf jene mit prekärem Status. So verloren mit dem Ende des DDR-Staatsregimes die dort ansässigen sogenannten „Vertragsarbeiter_innen“ ihren rechtlichen Arbeits- und Aufenthaltsstatus und viele der sogenannten „Gastarbeiter_innen“ ihre als sicher geglaubten Arbeitsplätze. Die sozial-rechtlich marginalisiertesten und über ihr Aussehen als vermeintliche Fremde stigmatisierten unter ihnen, wie Geflüchtete und Schwarze Menschen, wurden mit der Wende am unmittelbarsten mit rassistischer Diskriminierung und Gewalt konfrontiert.

Die „dritte Stimme“ aus dem „dritten Raum“

Daher gilt es nun, gerade die im Vor-, Während- und Nach-Wendeprozess vom mehrheitsgesellschaftlich deutsch-deutschen Dominanzdiskurs marginalisierten Stimmen sprechen zu lassen, so dass auch ihre vielfältigen transnational, transkulturell und transgenerationell verwobenen Erfahrungen, Erinnerungen und Erzählungen als „andere Deutschländer_innen“ bzw. Deutschländer_innen of Color

mit Ost- und/oder West-Biographien, Zugehörigkeiten und Identitäten aus dem „dritten Raum“ als die „dritte Stimme“ hörbar werden.

Den „dritten Raum“ beschreibt der postkoloniale Theoretiker Homi Bhabha wie folgt:

[...] all forms of culture are continually in a process of hybridity. But for me the importance of hybridity is not to be able to trace two original moments from which the third emerges, rather hybridity to me is the 'third space' which enables other positions to emerge.³

Homi Bhabha spricht vom „dritten Raum“, auch als einem Zwischenraum („in-between-space“), in dem aus Hybridisierungsprozessen heraus jenseitige Positionalitäten hervorgehen.

Übertragen auf intersektional diskriminierte Außenseiterpositionalitäten kann somit der „dritte Raum“, wie bei der Schaffung von safer Empowerment-Räumen (siehe unten), auch als ein politischer Handlungsraum der wechselseitigen Artikulation, Empathie, Reflexion, Stärkung und Resilienz gegen Machtungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse verstanden werden, in dem intersektional marginalisierte Identitäten und Positionalitäten ihr plurales und diverses Anderssein leben können. Zugleich steht er als kreativer Möglichkeitsraum für widerständige Strategien und utopische Lebenspraxen und somit individuelle-gesellschaftliche Transformationsprozesse jenseits von Normkategorien und ihren Differenzkonstruktionen.

Doing Empowersharing – Handeln aus der Verflechtung von Empowerment und Powersharing⁴

Das kreative und transformative Potential der Identitätshybridisierung in Homi Bhabhas Konzept des „dritten Raumes“ bietet eine fruchtbare Horizonterweite-

³ Homi K. Bhabha, „The Third Space. Interview with Homi Bhabha,“ in Identity, Community, Culture, Difference, herausgegeben von Jonathan Rutherford, 211. London: Lawrence & Wishart, 1990.

⁴ Siehe auch Halil Can, „Keynote: Doing Empowersharing als ethische Haltung machtkritischen politischen Handelns.“ Online-Panel auf der Tagung Dekolonisiert euch! Veränderung durch Selbstermächtigung und Solidarität“ zum Auftakt der Fachtagung zu Empowerment und Empowersharing „Was Ismus: Reflexion und Widerstand“ der Stadtlabor-Ausstellung „Ich sehe was, was du nicht siehst. Rassismus, Widerstand und Empowerment“ des Historischen Museums Frankfurt, 26.02.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=n2xByOUiwGk>;

Halil Can, „Handreichung - Habe Mut zu handeln und dich (kritisch) deiner Macht zu bedienen. Veränderung durch (Selbst-)Hilfe, Partizipation und Empowersharing.“ GesBiT – Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH, 2019, https://www.gesbit.de/fileadmin/user_upload/demokratie/QMP/QMP_Handreichung_Selbsthilfe_Partizipation_Empowerment_Can_final.pdf (zugegriffen am 26.05.2021)

rung in der Konzeptionalisierung von Safer Space im Zusammenhang der machtkritischen politischen Handlungspraxen des Empowerments und Powersharings (Empowersharings). Diese sollen im Folgenden näher erläutert werden:

Im Kern werden die englischsprachigen Begriffe Empowerment und Powersharing vom Wortstamm „power“, zu Deutsch „Macht“, getragen. „**Macht**“ hat als Begriff im Deutschen eine eher negative Konnotation. Hier soll Macht zunächst einmal wertfrei als die Potenzialität definiert werden, handelnd in das eigene wie äußere Dasein wirken bzw. darauf Einfluss nehmen zu können. Potenzialität meint hierbei das Verfügen über Potenz bzw. Ressourcen oder Kapitalien und die Möglichkeit, sie einsetzen zu können. Bezeichnend für den **Empowerment** Handlungsansatz ist das Verständnis der Autonomie und Selbstwirksamkeit eines jeden Menschen, wider aller Hindernisse, Einschränkungen und Benachteiligungen das eigene Leben aus eigener Macht selbst gestalten zu können. Somit zeichnet sich das Empowerment-Konzept darin aus, dass es in seiner Ausrichtung nicht auf Defizite, sondern auf die eigenen Stärken und Ressourcen setzt. Entgegen einer individualisierenden Sichtweise auf Empowerment, die nur das Individuum losgelöst vom Sozialen und seine Selbstoptimierung in den Blick nimmt, verstehe ich Empowerment in Referenz auf die Schwarze Bürgerrechtsbewegung, die Feministische Bewegung und die Krüppelbewegung der 60er Jahre in den USA als ein machtkritisches politisches Handeln in sozialen Zusammenhängen. Die Selbstbemächtigung zur Überwindung und Befreiung aus Diskriminierungs-, Machtungleichheits- und Unterdrückungsverhältnissen ist dabei zugleich ein solidarisch gedachtes und kollektiv eingebettetes Handeln.

Soziale Machtungleichheitsverhältnisse manifestieren sich im Individuum stets **intersektional**, d.h. in verschränkter Mehrfachdiskriminierungsposition. Daher wird eine allein dualistische Betrachtung von Machtungleichverhältnissen, die in den Machtpositionen zwischen mächtig-ohnmächtig, unterdrückend-unterdrückt, privilegiert-diskriminiert unterscheidet, der eigentlichen Komplexität der Ungleichheitspositionalitäten nicht gerecht. Von daher ziehe ich es vor, von relational **machtkräftigen und machtschwachen Positionalitäten** zu sprechen. In dieser Betrachtungsweise adressiert das Empowerment-Konzept die Selbstbemächtigung und Stärkung der diskriminierten machtschwachen Positionalität, so z.B. die der von Rassismus betroffenen Menschen.

Um jedoch Empowerment als machtkritisches Handlungskonzept auf zwei Beine stellen und es damit vervollständigen zu können, bedarf es seinem Pendant, das auch die privilegierte machtkräftige Positionalität, etwa im Zusammenhang von Rassismus die weiße Positionalität, mit in den Blick nimmt. Hier komplettiert der Begriff **Powersharing** als ausgleichender Handlungsansatz das Empowerment-Konzept. Powersharing ist hierbei fern von paternalistischen und barmherzigen

Haltungen als ein individuell wie kollektiv bedingungsloses politisches Handeln der Gabe und des Teilens aus der privilegierten, zugleich aber auch kritisch reflektierten Machtposition zu verstehen. Es ist ein bewusster politischer und widerständiger Akt, die eigene Macht im Positiven durch Machtum(ver)teilung für die Selbstbemächtigung von Machtarmen einzusetzen, um so strukturell verankerte Machtungleichheitsverhältnisse ein Stück weit mit auszugleichen und perspektivisch auch zu überwinden. Powersharing als Handeln des Gebens, Teilens und Verzichtens setzt zwar die Bedingungslosigkeit voraus, sie ist jedoch nicht selbstlos. Denn es geht dabei auch um die eigene Befreiung und Heilung aus der privilegierten Verstrickung in Verhältnissen und Strukturen der Machtungleichheit, Gewalt und Unterdrückung.

Um in der analytischen und konzeptionellen Rahmung die Bedeutung des Verflechtungszusammenhangs zwischen Empowerment und Powersharing hervorzuheben, spreche ich beide Handlungsansätze zusammendenkend und begrifflich zusammengefügt auch von „**Empowersharing**“. Diese Wortneuschöpfung zeigt, dass das Empowerment-Konzept ein offenes, nicht fertiges Handlungskonzept im Werden ist. In kritischer Reflexion und Analyse der gesellschaftlichen, politischen und theoretischen Positionalitäten, Diskurse und Kämpfe brauchen Handlungskonzepte wie das Empowerment permanent eine kritische Revision und Reflexion und ggf. auch eine Ergänzung und Erweiterung. Im politischen Handeln gilt dies auch für die Benennungspraxen. Denn Sprache ist politisch und machtvoll. Sprache macht Politik, und Politik braucht Sprache, denn Sprache empowert politisches Handeln.

Als zusammengedachte und reziproke Handlungsmächtigkeit von Machtkräftigen und Machtschwachen bedeutet somit Empowersharing ein individuell-kollektives Aktivsein, auf soziale Machtungleichheitsverhältnisse wie Rassismus in solidarischer und inklusiver Praxis transformativ zu wirken und nachhaltig soziale Macht- und damit Ressourcenbalancen zu schaffen.

Aus dieser Sicht steht Empowersharing als ein machtkritisches politisches Handeln zugleich für eine innere **ethische Haltung**, im Anderen das Eigene zu erkennen, empathisch mit diesem in Resonanz zu kommen und mit Hand und Herz, Hand in Hand und Herz zu Herz, Gutes tun zu wollen; für ein gutes Leben in einer guten Gesellschaft und Welt und in ganzheitlicher Verantwortung für das Dasein auf der Erde.

Perspektiven auf die Post-Wende-Migrationsgesellschaft

Mittlerweile haben sich Empowerment- und Powersharing in den Reihen der BIPOC⁵ in Westdeutschland zu einem grundlegenden politisch-praktischen Handlungskonzept gegen intersektional diskriminierende und postkolonial rassistische Machtverhältnisse in der Post-Wende-Migrationsgesellschaft entwickelt. Gleichzeitig konnten damit machtkritische Begriffe und Konzepte auch im Zusammenhang mit anderen Begriffen, wie beispielsweise BIPOC, Safer Space, Intersektionalität, (Kolonial-)Rassismus, Dekolonialität im Mehrheitsdiskurs etabliert werden. Damit konnte ein Stück weit politisches Empowerment wie Selbst-Repräsentation erzielt werden.

Mit dem Zusammendenken der eigenen Biographie mit den Biographien, Erfahrungen und Kämpfen von Menschen of Color in West- und Ostdeutschland stellt sich in der Nach-Wende-Migrationsgesellschaft Deutschlands die Frage nach dem Bestehen und der Bedeutsamkeit von vorhandenen und auszubauenden Empowerment- und Powersharing-Räumen, die solidarisch, intersektional, macht- und rassismuskritisch aufgestellt sind und den Perspektiven unter Deutschländer_innen of Color wie auch in solidarischer Allianz mit weißen Deutschländer_innen Geltung verschaffen.

Damit ist eine politische Bewusstseins- und Handlungsperspektive gemeint, die sich aus dem individuell-kollektiven „dritten Raum“ entwickelt, in dem Erfahrungen, Kämpfe, Narrationen und Wissensarchive von BIPOC ihren Artikulationsraum für empowernde und synergetische Transformationsprozesse finden (können), die grenzüberschreitend, community- und generationenübergreifend und intersektional verbunden sind. Denn gelingende und nachhaltige politische BIPOC-Perspektiven und Repräsentationen brauchen solidarische Haltungen und Handlungspraxen, die aus Grenzen überschreitend gespeichertem, erinnertem und kommuniziertem Wissen gewebt sind.

Der spezifische Blick dieses Beitrags richtete sich auf den historisch gesellschafts-politischen West-Ost-Kontext Deutschlands im Kalten Krieg und den Vereinigungsprozess danach bzw. die Nach-Wende-Ära bis heute. Handlungsleitend wäre die individuell-kollektiv politische Praxis des intersektional machtkritischen Empowersharings zudem unmittelbar teilhabend in der kreativen Gestaltung einer diversen und inklusiven (Migrations-)Gesellschaft in transkultureller und transnationaler Perspektive zu leben.

⁵ BIPOC steht als Abkürzung für Black, Indigenus, *People of Color*. Es ist eine identitätspolitische widerständige und selbst-empowernde Selbstbezeichnung von rassialisierten Menschen.

Literatur:

Bahaba, Homi K. „The Third Space. Interview with Homi Bhabha,“ in *Identity, Community, Culture, Difference*, herausgegeben von Jonathan Rutherford, 211. London: Lawrence & Wishart, 1990.

Can, Halil. „Handreichung – Habe Mut zu handeln und dich (kritisch) deiner Macht zu bedienen. Veränderung durch (Selbst-)Hilfe, Partizipation und Empowersharing“ In *GesBiT – Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH*, 2019 https://www.gesbit.de/fileadmin/user_upload/demokratie/QMP/QMP_Handreichung_Selbsthilfe_Partizipation_Empowerment_Can_final.pdf (abgerufen am 26.05.2021).

Can, Halil. „Keynote: Doing Empowersharing als ethische Haltung machtkritischen politischen Handelns.“ Online-Panel auf der Tagung Dekolonisiert euch! Veränderung durch Selbstermächtigung und Solidarität“ zum Auftakt der Fachtagung zu Empowerment und Empowersharing „Was Ismus: Reflexion und Widerstand“ der Stadtlabor-Ausstellung „Ich sehe was, was du nicht siehst. Rassismus, Widerstand und Empowerment“ des Historischen Museums Frankfurt, 26.02.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=n2xByOUiwGk>.

Laura Schrader:

2.4 Empowermentarbeit im Kontext von Rassismuskritik – Perspektiven und Erfahrungen der „(un)Sichtbar-BI-PoC- Initiative“

[...] Doch dieses Wasser, das Eis

Mein Empowerment

Meine Auseinandersetzung

löscht meinen Durst

Nach Liebe

Nach Leben

Nach Verbindung [...]

(Auszug aus dem Gedicht 1000 pieces von Stefanie-Lahya Aukongo 2018¹)

Die „(un) Sichtbar – BIPOC Initiative“ ist ein Zusammenschluss von Schwarzen, die sich als Frauen positionieren, in Ostdeutschland aufgewachsen sind, hier leben und biographische Bezüge zur DDR haben. Die Schreibweise „(un) Sichtbar“ ist bewusst gewählt, um unser Anliegen zu verdeutlichen: Heraustreten aus der ungewollten Unsichtbarmachung hin zum Sichtbarwerden- und -bleiben (!) unserer Perspektiven, Forderungen und Ziele. Von Beginn an ging es uns um das Sichtbarmachen der Arbeit, der politischen Kämpfe und Widerstände, der Selbstverständnisse und der vielfältigen Lebenswege Schwarzer Menschen und People of Color. Uns ist es wichtig, dass wir unsere Themen selbst setzen und Öffentlichkeit herstellen. Wir bieten vor allem FLINTA of Color und Schwarzen FLINTA eine Bühne. Mit unserer Arbeit wollen wir insbesondere BIPOC in Ostdeutschland zusammenbringen und der vielfach erfahrenen Isolation etwas Kraftvolles entgegensetzen.

Die Gründung der „(un) Sichtbar – BIPOC Initiative“ 2017 ist das Ergebnis einer intensiven und immer noch anhaltenden individuellen aber auch gemeinsamen Auseinandersetzung mit ungerechten Machtstrukturen in der deutschen Gesellschaft – insbesondere mit Rassismus – sowie mit dem persönlichen und kollektiven Empowermentprozess. Die Gründung war eine notwendige Reaktion auf die kontinuierliche rechte Gewalt und rassistisch motivierten Angriffe in Ostdeutschland, die Bestandteil unseres Aufwachsens waren. Es war eine notwendige Reaktion auf die damit verbundene Wut und Trauer darüber, von weiten Teilen der Gesellschaft weder wahr- noch ernst genommen zu werden, obwohl die Anschläge

auch uns galten. Es war eine notwendige Reaktion darauf, viel zu lange von den Leben, Geschichten und Erfahrungen unserer nicht-weißen Familien abgeschnitten worden zu sein und dem Unsichtbarmachen ein Ende zu setzen. Das bewusste Auslöschen migrantischer-BIPOC Lebensrealitäten und ihrer Erzählungen gehört zu den Mechanismen eines auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaftssystems. Sich dagegen zu wehren, ist elementarer Bestandteil von Empowermentarbeit im machtkritischen Kontext. Aus diesem Grund haben wir uns organisiert. Wir wollen eine Lücke schließen, die es in der mehrheitlich weißen antirassistischen und feministischen Arbeit in unserem Umfeld gibt: Es fehlen die migrantischen-BIPOC Perspektiven und Stimmen innerhalb verschiedener Gruppen. Deshalb entschieden wir uns, selbst aktiv zu werden, uns mit weiteren rassismuserfahrenen Personen zusammenzuschließen, um zu zeigen: Es gibt sehr wohl selbstorganisierte rassismuskritische BIPOC Aktivist_innen in Ostdeutschland.

Vor diesem Hintergrund verfassen wir dieses Statement. Uns ist bewusst, dass auch wir nur aus einer eingeschränkten Perspektive über Empowerment schreiben können und weitere wichtige Sichtweisen in diesem Text fehlen.

Wir finden es wichtig, die Erzählungen von Migrant_innen und ihren Familien über die DDR und den (Wieder-)Vereinigungsprozess zu hören. Sie sind ebenfalls eine wertvolle Dokumentation der deutschen Geschichte und müssen in die Öffentlichkeit. Die Beiträge der Tagung geben der Vielfalt ostdeutscher Lebenswege und -realitäten Raum und ermöglichen es, von nur lückenhaft dokumentierten Geschichten zu erfahren. Sie machen Mut, noch mehr Zeit und Energie in die Recherche weiterer Erzählungen zu investieren und noch mehr Puzzlestücke zusammenzusetzen.

Die Themenkomplexe DDR und Migration sind eng verbunden mit unseren Biographien. Unsere Elternteile sind aus den so genannten sozialistischen Bruderstaaten (warum nicht Geschwisterstaaten?) in die DDR migriert, um hier eine Ausbildung zu absolvieren oder um zu studieren. Trotz der familiären Verbindungen gibt es aufgrund verschiedener staatlicher Entscheidungen zu wenig Wissen über das Leben dieser Elternteile, zum Beispiel weil sie als Vertragsarbeitende nach Ablauf ihres Vertrages in ihre Herkunftsländer zurückkehren mussten und ein gemeinsames Leben nicht mehr möglich war. Eine Konsequenz, die daraus folgte, war, dass wir – wie viele – in einem weißen Umfeld aufwuchsen, das nicht rassismuskritisch genug war, um uns auf das, was kommen sollte, vorzubereiten.

¹ Stefanie-Lahya Aukongo, *Buchstabengefühle Eine poetische Einmischung*. (Berlin: w_orten & meer, 2018).

Perspektiven auf und Erfahrungen mit Empowermentarbeit im Kontext von Rassismuskritik

Empowerment ist aus unserem Verständnis heraus ein Prozess der Selbstbestimmung, Selbstermächtigung und Emanzipation marginalisierter Personen – und ist gleichzeitig immer Kritik an bestehenden ungleichen Machtstrukturen und zielt auf die Überwindung dieser ab.

Unser Zugang zu dem Konzept beruht unter anderem auf den verschiedenen Veranstaltungsformaten, die wir in den vergangenen Jahren selbst umsetzten. Wir organisieren und realisieren Empowerment-Training, Vernetzungs- und Austauschtreffen, Lesungen, Filmscreenings oder halten Reden.

Häufig wird die Frage gestellt, wie Betroffene mit rassistischer Gewalt umgehen können. Vielen geht es darum, einen Umgang mit Diskriminierungserfahrungen zu erlernen und „Strategien“ zu erarbeiten, um vorbereitet zu sein, aber auch um Erlebtes zu verarbeiten. In Empowerment-Trainings können diese und weitere Fragen bearbeitet werden, auch wenn es nur Impulse sein können, denn Patentrezepte gibt es leider nicht. Als Initiative schaffen wir Safer Spaces und organisieren regelmäßig BIPOC Vernetzungstreffen, um einen Austausch über eigene Erfahrungen und ein solidarisches und empathisches Miteinander zu ermöglichen. Empowermentarbeit hat das Potenzial, dass sich von Diskriminierung Betroffene organisieren und gemeinsam mit politischen Aktionen und Forderungen in die Öffentlichkeit treten können. Das setzt voraus, dass es Räume gibt, die Austausch und Vernetzung überhaupt erst ermöglichen. Räume, in denen marginalisierte Personen ungestört und weitestgehend geschützt zusammenkommen können, sind selten und müssen meist selbst organisiert werden. Bislang fehlt es an Akzeptanz und Verständnis für die Notwendigkeit solcher Räume und darüber hinaus auch an Schutz vor neugierigem „Eindringen“ privilegierter Personen.

Ein weiterer Zugang zu dem Konzept ist die eigene kritische Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen, eigenen Positionierungen und Positioniertheiten. Diese Auseinandersetzung hat uns auch gezeigt, dass sich die praktische Umsetzung von Empowermentarbeit an diverse Personengruppen richten muss, da Menschen von verschiedenen Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen sind, unterschiedliche Bedarfe haben und somit andere politische Forderungen stellen. Das heißt Empowermentarbeit muss als ein intersektionales Konzept verstanden werden: Sie verbindet Rassismuskritik mit feministischen, Ableismus-kritischen, Klassismus-kritischen, Antisemitismus-kritischen [...] Ansätzen.

Teil dieses Prozesses ist die Aneignung theoretischen Wissens über Machtstrukturen. Für die weitere Arbeit ist die Erkenntnis wichtig, dass eine Person auf-

grund der Bewertung äußerer Merkmale und konstruierter Zuschreibungen, wie ethnische Herkunft oder Geschlecht, Ausgrenzung und Benachteiligung erfährt. Die Schwarze Autorin und Aktivistin Sharon Dodua Otoo beschreibt das so: „Bei Diskriminierung geht es nicht faktisch um das, was die Person ist. Ich werde nicht diskriminiert, weil ich so aussehe, sondern weil jemand sich etwas in den Kopf gesetzt hat und das etwas mit mir verbindet, was mit mir gar nichts zu tun hat.“² Die alltäglichen Barrieren und Mikroaggressionen, denen wir begegnen, gibt es nicht, weil wir so sind wie wir sind, sondern weil es ein (staatliches, gesellschaftliches und kapitalistisches) Interesse daran gibt, uns von Ressourcen wie Wissen und Förderungen fernzuhalten.

Rassismus beeinflusst unser Leben und wird zu einer persönlichen Angelegenheit, hat dennoch sehr wenig mit uns als Mensch zu tun. Anknüpfend daran können Menschen viel selbstbestimmter Ziele für sich formulieren und entscheiden, womit sie sich beschäftigen wollen und womit nicht. Dennoch ist es Realität, dass rassistische oder auch sexistische Gewalt so tief in unserer Gesellschaft verwurzelt und so wirkmächtig sind, dass es viel Kraftanstrengungen braucht, um sich bewusst auf andere Themen konzentrieren zu können.

Toni Morrison beschrieb, dass es eine Funktion von Rassismus ist, uns immer wieder abzulenken:

Er hält dich davon ab, deine Arbeit zu tun. Er lässt dich immer und immer wieder erklären, warum du da bist. Jemand sagt, du hast keine Sprache, also verbringst du 20 Jahre damit, zu beweisen, dass du [...]. Nichts davon ist notwendig. Es wird immer noch eine weitere Sache geben.³

Rassismus hält uns davon ab, das zu tun, was wir eigentlich tun wollen. Deshalb müssen wir all unsere Mittel dafür einsetzen, einen Fokus im Leben zu finden, eigene Bedürfnisse zu spüren und sie zu achten.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Rassismus nicht immer einfach zu erkennen und zu benennen ist. Eine Beschäftigung mit der Entstehung und dem Hintergrund dieses Systems ist also erforderlich, um Erfahrungen verstehen und einordnen zu können. Da Rassismus aber häufig in familiären Kontexten oder in der Schule zu selten thematisiert wird, dauert es zum Teil sehr lange bis Betroffene

² Sharon Otoo über Sprache als Waffe. „Das Wort ‚Rasse‘ muss gestrichen werden“. 2020. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/sharon-otoo-ueber-sprache-als-waffe-das-wort-rasse-muss-100.html> (abgerufen am 06.02.2022)

³ Vgl. Benita Bailey „And still I sigh. Diversität im deutschen Film“ <https://heimatkunde.boell.de/de/2020/08/20/and-still-i-sigh-diversitaet-im-deutschen-film> [zugegriffen am 31.08.2021]

ne verstehen, was so viel Schmerz und Benachteiligung in ihrem Leben verursacht; und noch länger, um einen Umgang damit zu finden.

Für viele mündet die Empowermentarbeit im politischen Aktivismus und in der Community-basierten Arbeit mit dem Ziel, gegen strukturelle und institutionelle Gewalt vorzugehen.

Empowerment ist einerseits ein individueller Prozess – kann aber nur funktionieren, wenn alle, die von Diskriminierung betroffen sind, sich selbst ermächtigen und konstruktiv zusammenarbeiten. Daher ist Empowerment immer ausgehend von unterdrückten Menschen für unterdrückte Menschen zu verstehen.

Andrea Meza Torres und Halil Can beschreiben Empowerment im Kontext von Rassismuskritik als „[...] ein praktisches, theoretisches und politisches Strategie- und Handlungskonzept, das davon ausgeht, dass die Ressourcen und Potenziale jedes einzelnen Menschen der Ausgangs- und Mittelpunkt für individuelle und gesellschaftliche Veränderungen sind.“⁴ Die angestrebten Veränderungen sind unserer Meinung nach der Kern politischer Empowermentarbeit. Es gibt aber auch Grenzen: Empowermentarbeit allein kann Unterdrückungen nicht abbauen und es ist auch nicht allein die Aufgabe Betroffener sich dagegen einzusetzen. Es braucht die solidarische Zusammenarbeit aller, um nachhaltig strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft zu realisieren. Vor allem braucht es den Willen privilegierter Menschen, ihre Privilegien abzulegen und Zugänge zu Ressourcen zu ermöglichen.

Eine Motivation, weshalb wir den Fokus unserer Arbeit auf Empowerment legen, ist, dass darin die Kraft der Verbindung und die Möglichkeit der (Selbst-)Heilung am stärksten zum Ausdruck kommt. Sich mit Menschen zu verbinden, die ähnliche Erfahrungen machen, ist sehr wertvoll und ermöglicht es, Erlebtes gemeinsam zu verarbeiten. Zu verstehen, dass Wunden – verursacht durch Diskriminierungen – heilen müssen, ist ebenso Teil des Prozesses. Wenn Rassismus das Gift ist, das ständiger Begleiter in unserem Leben ist, dann müssen wir lernen, wie wichtig es ist, Zeit, Energie, Kraft und all unser Wissen in unsere gemeinsame Heilung zu investieren. So verstanden ist Empowermentarbeit nichts Optionales. Sie ist unerlässlich für die mentale und physische Gesundheit. Denn alltäglich Rassismus ausgesetzt zu sein, bedeutet Stress und hinterlässt auf Dauer Spuren. Um damit konstruktiv umgehen zu können, brauchen Menschen Strategien – wir sprechen in dem Zusammenhang von Selfcare oder Selbstfürsorge. Das sind verschiedene Maßnahmen, die stärkend, entspannend, heilend, verbindend und motivierend

⁴Vgl. Andrea Meza Torres / Halil Can, „Empowerment und Powersharing als Rassismuskritik und Dekolonialitätsstrategie aus der People of Color-Perspektive,“ *Heinrich-Böll-Stiftung Heimatportal migrationspolitisches Portal*, o.J., <https://heimatkunde.boell.de/de/2013/04/01/empowerment-und-powersharing-als-rassismuskritik-und-dekolonialitaetsstrategie-aus-der> [zugegriffen am 31.08.2021].

wirken können: Musik machen, in einem möglichst geschützten Raum sein, eine bestimmte Sprache sprechen, Selbstbezeichnungen entwickeln, Kunst schaffen, Aktionen planen oder auch bewusst Auszeiten von politischer Arbeit nehmen. In der Empowermentarbeit geht es nicht nur um die uneingeschränkte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen und Zugang zu materiellen wie auch sozialen Ressourcen, sondern auch darum, eigene neue Strukturen zu schaffen und machtkritische Konzepte zu entwickeln. Festhalten an dem Bisherigen würde weiterhin Ausschlüsse und Gewalt produzieren. Deshalb eröffnet Empowerment Räume visionären Handelns. Es geht um die Fragen: Wie kann ein möglichst diskriminierungsfreies Zusammenleben gelingen? Wie lösen wir uns von den Strukturen (zum Beispiel finanzielle Förderung von Bildungsarbeit), die gleichermaßen Hürden aufbauen und nur oberflächlich Teilhabe ermöglichen möchten?

Forderung an Politik und Gesellschaft

Empowermentarbeit im Kontext von Rassismus und Diskriminierung ist professionelle und anspruchsvolle politische Bildungsarbeit, die von Betroffenen selbst umgesetzt wird. Als solche muss sie selbstverständlicher Teil dieses Bildungsbereiches sein und entsprechend in öffentliche Förderprogramme aufgenommen werden. Da noch immer deutlich mehr weiße Politiker_innen und Institutionen über die Verteilung finanzieller Mittel verfügen, fällt die langfristige Unterstützung für marginalisierte Menschen sehr gering aus. Für diese Arbeit werden mehr finanzielle und nachhaltige Förderungen benötigt, um sie gut umsetzen zu können und möglichst viele Menschen zu erreichen. Bislang fehlt es daran. Und auch an dem Verständnis dafür, dass Empowerment keine persönliche Wohlfühlsache ist, für die es nicht viel braucht.

Empowerment Trainings werden häufig von weißen Vereinen für eine bestimmte Zielgruppe angefragt – das begrüßen wir sehr. Allerdings werden dafür oft nur kleine Zeiträume zur Verfügung gestellt. Innerhalb von vier Stunden oder acht kann eine intensive Beschäftigung nicht gelingen. Zwei bis dreitägige Workshops sollten Standard werden.

Es ist unser Wunsch, dass alle Menschen, die von struktureller Diskriminierung und insbesondere von Rassismus betroffen sind, das Recht auf kostenfreie Teilnahme an Empowermentangeboten haben und diese fest verankert in Strukturen der Bildungsarbeit, des Gesundheitssystems und der Arbeit werden.

Verfasserin

Laura Schrader für (un)Sichtbar – BIPOC Initiative
Kontakt

Email: unsichtbar-empowerment@posteo.de
 Facebook: www.facebook.com/unSichtbarBIPoCInitiative

Literatur:

Aukongo, Stefanie Lahya, Buchstabengefühle Eine poetische Einmischung, w_orten & meer, 2018
 Benita Bailey „And still I sigh. Diversität im deutschen Film“ Heinrich Böll Stiftung Migrationspolitisches Portal

<https://heimatkunde.boell.de/de/2020/08/20/and-still-i-sigh-diversitaet-im-deutschen-film> [zugegriffen am 31.08.2021]

Andrea Meza Torres / Halil Can, „Empowerment und Powersharing als Rassismuskritik und Dekolonialitätsstrategie aus der People of Color-Perspektive“

Heinrich-Böll-Stiftung Heimatportal migrationspolitisches Portal, o.J., <https://heimatkunde.boell.de/de/2013/04/01/empowerment-und-powersharing-als-rassismuskritik-und-dekolonialitaetsstrategie-aus-der> (zugegriffen am 31.08.2021).

2.5 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion

In der Diskussion wurden Ansätze geteilt, mit denen Erinnerungsarbeit differenzsensibel und intersektionaler gestaltet werden kann. Es wurden Chancen aufgegriffen, die Lücken, Leerstellen und Unsichtbarkeiten in historisch-tradierten Wissensbeständen für die Erinnerungsarbeit zu öffnen sowie die Zentralität von Empowerment-Räumen und -Prozessen für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte besprochen.

Zu der Frage, welche Perspektiven in Erinnerungsarbeiten fehlen, antwortete Nicola Lauré al-Samarai, dass das eine relativ regionale Frage sei und teilte ihre Überlegungen zur Feststellung der fehlenden Positionen. Diese Frage müsse in einem intersektionalen Sinne, mit dem Ziel, aktivistische Räume gemeinsam zu erweitern, differenzsensibel und intersektionaler zu machen, gestellt werden. Die Suche nach mehr Anknüpfungs- und Anhaltspunkten würde es ermöglichen, den aktivistischen Raum mit fehlenden Perspektiven, Stimmen und Positionalitäten zu vergrößern. Fehlende Wissensbestände stellen für die Erinnerungsarbeit jedoch nicht lediglich Hindernisse dar, sondern eröffnen auch Chancen über Umwege zugänglich gemachtes Wissen aus einer neuen Perspektive zu bewerten und zu revidieren. Hier sah Nicola Lauré al-Samarai Potential, Erinnerungen durch neue Zugänge zu überprüfen und an neue Fragestellungen und Perspektiven anzupassen. Dabei sei das Revidieren und Zugänglich-machen von Erinnerungen eine generationsübergreifende Aufgabe.

Bezugnehmend auf Homi Bhabha sprach Halil Can vom „dritten Raum“, eine Positionalität, die über die Positionalität des Insiders und des Outsiders hinausgeht. In der Diskussion wurde auf diese These bezugnehmend hinterfragt, inwieweit in diesem „dritten Raum“ tatsächlich neue empowernde Momente stattfinden. Um auf diese Frage zu antworten, erzählte Can von Empowerment-Räumen und Prozessen, die er mitgestaltet und erlebt hat, bevor es die Begrifflichkeiten Empowerment, Powersharing, People of Colour überhaupt gab. Can und seine Kolleg_innen und Freund_innen haben damals schon aus der Praxis heraus für sich erkannt, dass es wichtig ist, eigene geschützte Räume zu schaffen, um eigene Belange, Themen, Interessen, Erfahrungen, Erinnerungen und die vielfältigen Positionalitäten in diesem Raum thematisieren, sich austauschen und gegenseitig stärken zu können. Zu der Frage nach empowernden Momenten fügte Can hinzu, dass seine Doktorarbeit zu Identitätsprozessen in mehrgenerationellen Gastarbeiterfamilien aufzeigte, dass es außerhalb der politisch bewusst geschaffenen Empowerment-Räume ganz selbstverständlich bereits Empowerment-Räume in Alltagsbeziehungen, wie z.B. der Familie, gibt. Der familiäre Raum – das zeige sich aus seiner Forschung – ist ein Empowerment-Raum. Gerade im transnationalen Kontext sei die Familie der Raum, wo Mensch sich zurückziehen und Unterstützung finden kann und wo be-

stimmte soziale, kulturelle, ökonomische oder andere symbolische Kapitalien aktiviert werden können. Diese Praxis, die alltäglich bereits familiär gegeben ist, gelte es ganz bewusst noch einmal politisch zu schaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die These von Jasmin Dean. Wenn die Geschichte des Mauerfalls und der Vereinigung im engeren Sinne betrachtet werde, könne Mensch klar zwischen den Perspektiven aus Ostdeutschland und aus Westdeutschland trennen. Sobald Mensch sich jedoch in der Zeit weiterbewegt und auch die dreißig Jahre, die seit der Wende vergangen sind, mit in den Blick nimmt, muss aufgrund permanenter Migrationsbewegungen die Verflechtungsgeschichte zwischen Ost- und Westdeutschland berücksichtigt werden. Darauf bezugnehmend standen die gemeinsamen ostdeutschen Erfahrungen zwischen Migrant_innen und weißen Ostdeutschen sowie der Erfahrungsraum, den sie als Ostdeutsche nicht teilen, im Fokus der Diskussion. Dabei sprach Can davon, dass zwar die Struktur des Westens übernommen wurde und der Ostdeutsche eine Outsider-Erfahrung gemacht hätte, jedoch wurde der Prozess der deutsch-deutschen Einheit auf dem Rücken von anderen Outsider_innen geführt; den Migrant_innen und BIPOC. Diese Entwicklung wird aus der Perspektive von BIPOC und Migrant_innen als „Trauma der Wende“ beschrieben.

Zusammenfassend wurden in dem Panel und der anschließenden Diskussion die Marginalisierung von Migrant_innen und BIPOC im Zuge des Transformationsprozesses kritisiert. Ihre Stimmen, Perspektiven, Erfahrungen und Geschichten wurden als gesamtgesellschaftlich relevant und als Teil von DDR-Geschichte sowie ostdeutscher Geschichte dargestellt. Auch die Zentralität von Empowerment-Räumen und Prozessen wurde diskutiert und dabei betont, dass Veränderung nicht von selbst geschieht, sondern meist aus der Initiative der marginalisierten Gruppen und Personen kommt, eingeklagt und erkämpft werden muss.

3. Jenseits des Mainstreams II – fotografische Blicke auf die DDR und die Zeit danach

Mahmoud Dabdoub:

„39 Jahre Daheim in der Fremde... Ankommen!“

Der erste Tagungstag wurde mit einem Foto- und Erzählabend beim Abendessen abgerundet. Der Leipziger Fotograf Mahmoud Dabdoub eröffnete uns unter dem Titel „39 Jahre Daheim in der Fremde... Ankommen!“ seine Blicke auf die Zeit in der DDR. Gleichzeitig machte er auch immer wieder reflektierende Bezüge zu dem Ort, an dem er aufwuchs, ein palästinensisches Geflüchtetenlager in Baalbek, Libanon.

Neue Heimat in der Fremde

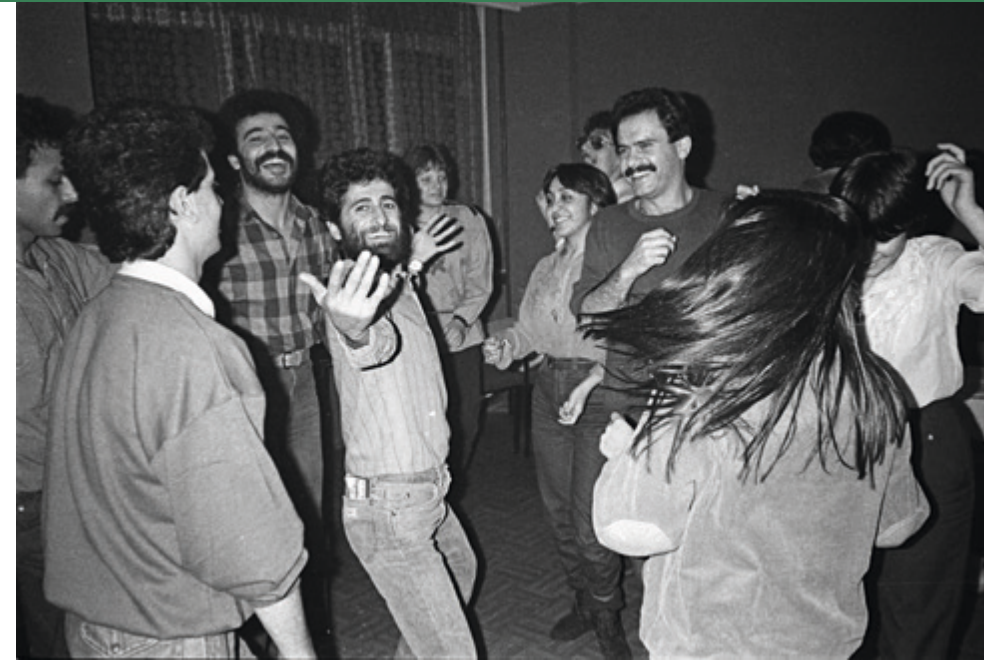
Ich, Mahmoud Dabdoub, wurde 1958, 10 Jahre nach der Vertreibung meiner Familie aus Palästina, in Baalbek im Libanon geboren. Fern der Heimat habe ich die Schule in einem Flüchtlingslager besucht. Verschiedene Bilder aus diesem Flüchtlingslager prägen bis heute meine Erinnerungen: Ich erinnere mich daran, wie ich Wasser von einer Wasserstelle hole, wie ich für meine Eltern Schlange stehe, um Hilfsgüter der UNO abzuholen und wie ich durch ein Loch in einer Wand, das gerade mal groß genug ist, um mit einem Auge hindurchzuschauen, Cowboysendungen im einzigen Fernseher im Café des Lagers schaue.

Als Kind widmete ich mich häufig der mentalen Flucht in verschiedene Welten und Szenarien, die ich fernab der vorherrschenden Trostlosigkeit und Mängel konstruierte. Am liebsten flüchtete ich in selbst gemalte Welten aus Häusern mit Ziegeldächern, Wasserfällen und Steinbrücken. Zudem bekam ich in der Schule oft die Aufgabe, Anschauungstafeln zu verschiedenen Themen für mehrere Klassen zu malen. Das gab mir sehr viel Mut. Durch die moralische Unterstützung meiner Lehrer malte ich noch leidenschaftlicher. Nach meinem Abitur in Beirut lebte ich ab 1978 im Rahmen eines Studiums für einige Monate in der Bundesrepublik Deutschland, bevor ich nach Beirut zurückkehrte. Dort nahm ich dann meine Arbeit im palästinensischen Kulturbüro in Beirut auf, um unter der Leitung von Ismail Shammout Maler zu werden. Nebenbei fotografierte ich mit einer Praktika



Auf dieser und den folgenden
Seiten: Fotos von Mahmoud
Dabdoub





LLC-Kamera, mit der ich durch die Gassen des Flüchtlingslagers zog, um die dort lebenden Menschen und ihren Alltag einzufangen. Meinen Kolleg_innen im Kulturbüro gefielen diese Arbeiten sehr. Der berühmte palästinensische Maler Ismail Shammout, bei dem ich lernen und arbeiten durfte, sagte daraufhin: „Mahmoud, du sollst nicht in Beirut bleiben. Ich will dich nicht mit einer Kalaschnikow sehen. Du sollst studieren und ich werde dir helfen.“

Mit Hilfe eines Stipendiums des Künstlerverbandes der DDR, das dem palästinensischen Künstlerverband zur Verfügung stand, kam ich im September 1981 nach Leipzig, wo ich am Herder-Institut Deutsch lernte und zugleich an einer Foto-AG teilnahm. Nach einer Ausstellung mit meinen Fotos aus Beirut und den Ergebnissen der Foto-AG ermunterte mich die Abteilungsleiterin des Herder-Instituts, Fotografie zu studieren. Sie machte einen Termin mit dem damaligen Fotografie-Abteilungsleiter Prof. Peter Pachnicke aus, der mir – zu meiner Überraschung – nach einem Aufnahmegespräch einen Studienplatz an der Hochschule anbot. Es war mir eine große Freude, an dieser Hochschule studieren zu dürfen. Ich musste jedoch sehr hart arbeiten und viel lernen, um in meiner Entwicklung weiter zu kommen und mit meinen Kommiliton_innen mithalten zu können, die häufig über sehr viel mehr Berufserfahrung und Möglichkeiten verfügten als ich.

In Leipzig gab es mit der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) die einzigartige Möglichkeit im gesamten Ostblock, in einem künstlerischen Fotostudium ein Diplom zu erwerben. Zu den bekanntesten Lehrer_innen zählten Evelyn Richter, Arno Fischer und Helfried Strauß. Hier war mehr als die Bebilderung politischer Zielvorgaben möglich. Die Schule hat mir viel gegeben: In erster Linie die beste Möglichkeit, etwas zu werden. Ich nahm mein Studium 1982 unter Helfried Strauß auf und reiste regelmäßig zurück in den Libanon; meine Kamera und zahlreiche Filme immer im Gepäck. Mein Lehrer erinnert sich an „Berge von Kontaktabzügen“, die ich nach meiner Rückkehr dabei hatte und die wir gemeinsam „mit der starken NIKON-Lupe bewaffnet“¹ im routinierten Tempo durchsahen.

Das „Bildermachen“ ist für mich zunächst eine Art Lebenshilfe, denn „um wirklich anzukommen, war [ich] darauf angewiesen, die [mir] unbekannte Gesellschaft gründlich kennenzulernen.“² Nach dem Studienabschluss im Jahr 1987 blieb ich als freiberuflicher Fotograf in der DDR und konzentrierte mich auf die Beobachtung von Alltagssituationen. Ich hielt u.a. Kohlenträger_innen, Lastwagenfahrer_innen, Straßenarbeiter_innen, Radler_innen, Passant_innen, Nachbar_innen, Verkäufer_innen und Konsument_innen mit der Kamera fest.

¹ Ansprache von em. Prof. Helfried Strauß zur Eröffnung einer Ausstellung mit Fotos von Mahmoud Dabdouh im Leipziger Amtsgericht im Jahr 2018.

² Helfried Strauß, „Vorwort“, in Mahmoud Dabdouh, *Neue Heimat Leipzig, Fotografien 1982–1989*, herausgegeben von Mathias Bertram und Mark Lehmstedt (Leipzig: Lehmstedt, 2016), 2.

„Seine schwarz-weiß-DDR-Fotografien faszinieren bis heute, denn sie verändern durch den Blick eines Fremden unseren Blick auf Vertrautes und kehren derart verfremdet in unser individuelles Bilderreich zurück.“³

Eine Reihe von Fotoausstellungen begleitete mein Studium und die Zeit danach. Der Umbruch um 1989 herum kam für mich überraschend und weckte Hoffnungen auf Veränderungen auch im Nahen Osten, dem ich immer verbunden geblieben bin. So erinnere ich mich an den Abend des 9. November 1989, als ich im Freudentaumel der zusammenströmenden Menschenmassen in Berlin an meine Landsleute dachte und mich mit Tränen gefüllten Augen fragte: „Gott, wann passiert meinem Volk so etwas?“. Auch dieses Ereignis hielt ich mit der Kamera fest und diese Nacht war und ist die emotionalste Nacht meiner Jahre in Deutschland. Sie ist die Nacht der Freiheit.

Heute lebe ich mit meiner Frau und meinen drei Töchtern, die von uns Arabisch und vieles über unsere ursprüngliche Kultur gelernt haben, noch immer in Leipzig. Seit dem Jahr 2000 bin ich deutscher Staatsbürger und sehe mich als Brückenbauer zwischen dem Orient und dem Okzident. Ich will in meiner Arbeit zeigen, dass dies nicht nur Gerede ist, sondern dass ich mit beiden Welten verbunden bin und sie schätze, weil beide trotz der krassen Unterschiede ihre Berechtigung haben. Die Menschlichkeit verbindet uns – das ist mein Motto. Meine Bildbände „Wie fern ist Palästina?“ und „Neue Heimat Leipzig“ sind ein Beleg für meine Verankerung in beiden Welten. Als freiberuflicher Fotograf bin ich viel beschäftigt und dokumentiere u.a. den Wandel meiner Stadt Leipzig.

Darüber hinaus war ich ehrenamtlich engagiert als Jugendgruppenleiter für das Programm des Jugendgruppenaustauschs des Amts für Jugend, Familie und Bildung der Stadt Leipzig und habe einmal im Jahr Reisen für Jugendliche von 18 bis 26 Jahren in den Libanon organisiert.

Ich bin als Sprach- und Kulturmittler an Kindertagesstätten und Schulen tätig und führe Foto-Workshops in Deutschland und Palästina durch. In diesen unterschiedlichen Funktionen pflege ich gute Verbindung zu Persönlichkeiten und Institutionen der Stadt Leipzig. Zurückblickend lässt sich sagen, dass die Studentenzeit eine der schönsten Zeiten war, die ich erlebte. Sie hat mich geformt und zu dem Leipziger gemacht, der ich heute bin.

Literatur:

Dabdouh, Mahmoud. *Wie fern ist Palästina?* Leipzig: Passage Verlag, 2003.

Dabdouh, Mahmoud. *Neue Heimat Leipzig*. Leipzig: Lehmstedt Verlag, 2016.

Strauß, Helfried. „Vorwort.“ In Mahmoud Dabdouh, *Neue Heimat Leipzig, Fotografien 1982–1989*, herausgegeben von Mathias Bertram und Mark Lehmstedt, 2. Leipzig: Lehmstedt, 2016.

³ Siehe Strauß, „Vorwort“, 2.



Ludwig Hilmer als der Rektor der Hochschule Mittweida



Asiye Kaya und Stephan Beetz als der Dekan der Fakultät für Soziale Arbeit, Hochschule Mittweida



Peggy Piesche von der Bundeszentrale für politische Bildung bei der offiziellen Eröffnungsrede

Der zweite Tag der Tagung begann mit einer offiziellen Begrüßung durch den Rektor der Hochschule Mittweida, Ludwig Hilmer, gefolgt vom Dekan der Fakultät für Soziale Arbeit, Stephan Beetz, und Peggy Piesche von der Bundeszentrale für politische Bildung. Anschließend wurde das Forschungsprojekt "30 Jahre Deutsche Einheit - Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess" von Asiye Kaya und Phương Thúy Nguyễn vorgestellt.

4. Erinnerungs-, Gedenk-, Widerstands- und Zugehörigkeitsnarrative

Moderiert von Phương Thúy Nguyễn

Aus migrantisch/BIPoC-ostdeutschen Perspektiven setzten sich die Beiträge in diesem Panel mit folgenden Fragen auseinander: Wer ist ostdeutsch und welche Stimmen werden in Diskursen um Ostdeutschland gehört? Warum ist es wichtig den Osten aus intersektionalen und intergenerationalen Perspektiven zu betrachten? Was bedeuten diese Perspektiven für diasporisches, migrantisches Leben in der Gegenwart und Zukunft in Ost-/Deutschland? Wie prägen intersektionale, migrantische und BIPoC Akteur_innen, Organisationen und Bewegungen verschiedener Generationen den Vereinigungs- und Transformationsprozess bis heute? Und wie wurden sie davon geprägt? Welche Formen der Erinnerung und des Gedenkens gibt es? Wer gehört alles zum „Kollektiv“ des „kollektiven Gedächtnisses“?

Neben historisch-politischen Bezügen wurde auch über biografische Selbstreflexionen aktiv an persönliche und kollektive Widerstandskämpfe erinnert. Dabei ging es auch immer wieder um Fragen von mehrheitsgesellschaftlichen Narrativen und (Nicht-)Zugehörigkeiten. Es wurde deutlich wie diese konkrete persönliche, materielle bis hin zu tödliche Konsequenzen für Migrant_innen und BIPoC in der ehemaligen DDR sowie auch heute in Ost- und Westdeutschland haben. Aus einer befreienden Perspektive wurde daher auch über antirassistisches Gedenken und intersektionales Erinnern als hoffnungsvolles gesellschaftliches Ziel gesprochen.



Von links nach rechts: Phương Thúy Nguyễn, Julian Ibrahim Reich, Lydia Lierke, Clara-Rose Bayouak Parson, Cynthia Zimmermann, Angelika Kim

Lydia Lierke:

4.1 Erinnern stören – migrantische und jüdische Perspektiven auf den Mauerfall

Buchvorstellung¹

Am 9. November 1989 wurde die innerdeutsche Grenze geöffnet, woraufhin sich ein Jahr später die Deutsche Demokratische Republik auflöste und als fünf neue Bundesländer in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert wurde. Das Datum markiert einen Wendepunkt der deutschen Geschichte, indem es die Nachkriegsordnung, die Trennung zwischen Ost- und Westdeutschland aufgehoben hat. Den selbsternannten „sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat“ der DDR gibt es seit über dreißig Jahren nicht mehr. An Ostdeutschland erinnern die rassistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock Lichtenhagen und Abwicklungsprozesse durch die Treuhand. Versuche, die inneren Logiken der damaligen Gesellschaft, ihre Weltanschauungen und Widersprüche nachzuvollziehen, wurden im Feld politischer Aushandlungen lange Zeit ignoriert. Erst seit einigen Jahren betrachten journalistische und wissenschaftliche Beiträge die Aufarbeitung der DDR-Geschichte wieder vertieft als ein komplexes Gefüge von Gesellschaft und Politik, um Antworten auf rechte Bewegungen und Wahlerfolge rechter Parteien zu finden, die in Ostdeutschland vergleichsweise groß sind.

Doch vor allem seit dem 30. Jubiläum der sogenannten Wiedervereinigung² melden sich vermehrt diejenigen zum Systemwechsel zu Wort, die im gesamtdeutschen Narrativ bislang kaum beachtet wurden. Migrantische, Schwarze, jüdische und queere Menschen bringen durch ihre postmigrantischen Analysen auf den Mauerfall den gesellschaftlichen Diskurs über das deutsch-deutsche Einheitsnarrativ ins Wanken.

Viele dieser unterschiedlichen und marginalisierten Perspektiven versammeln sich in unserem Buch „Erinnern stören – der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“ (2020):

¹ Die Tagung schließt an unseren Sammelband „Erinnern stören – Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“ (2020) an, der im Folgenden vorgestellt werden soll. Das Buch versammelt biographische und wissenschaftliche Beiträge von Migrant_innen, BPoC und Jüdinnen und Juden aus Ost- und Westdeutschland, deren Analysen im Rahmen dieser Tagung besprochen wurden. Der Beitrag auf diesem Panel bot eine Darstellung und Diskussion darüber, wie intersektionale und intergenerationale Perspektiven miteinander multidirektional in Beziehung gebracht werden können und wie sich diasporisches, migrantisches Leben in Deutschland durch die deutsch-deutsche Vereinigung veränderte.

² Da der Begriff „Wiedervereinigung“ die falsche Vorstellung von einer Rückkehr zu nationalstaatlicher und historischer Kontinuität vermittelt, verzichte ich im weiteren Verlauf dieses Beitrags auf den Begriff und verweise stattdessen auf den prozesshaften Charakter der deutsch-deutschen Vereinigung.

„Es bleibt zu sagen: Die Geschichte vor der Wiedervereinigung, die Wendezeit und die Folgejahre sind noch nicht aufgearbeitet. Momentan ist die Geschichte unvollständig und der 30. Jahrestag der Wiedervereinigung sollte eine Zäsur sein, um die Geschichte zu überdenken. Man hat noch nicht alle Stimmen gehört und dokumentiert, die Perspektiven von allen berücksichtigt, die zu dieser Geschichte beigetragen haben, geschweige denn, sie gewürdigt. Eine gemeinsame Geschichte, in der alle einen würdigen Platz finden, muss noch geschrieben werden.“³

Das Zitat stammt von dem Autor Paulino Miguel, der als zwölfjähriger Junge aus Mosambik in die DDR migrierte. Bis zu ihrem Ende war er dort als Vertragsarbeiter tätig und lebt seitdem in der BRD. Er artikuliert eine Perspektive und Aufforderung, der wir – die Projektverantwortlichen Massimo Perinelli und ich – mit unserer Arbeit nachgehen wollen, weil Analysen wie seine im gesellschaftlichen Diskurs weitestgehend ungeachtet blieben.

Mit dem Projekt der Rosa Luxemburg Stiftung „Erinnern stören – Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“ machen wir es uns zur Aufgabe, die Erfahrungen und Vermächtnisse derjenigen zu sammeln, die die deutsche Vereinigung als gewaltvolle Zäsur erlebten. Das Projekt versammelt Biografien und Analysen über migrantisches, nicht-weißes und jüdisches Leben in Ost- und Westdeutschland im Moment des Mauerfalls. In der Verflechtung der unterschiedlichen Zugänge und Perspektiven widmet es sich außerdem der Neuorientierung und dem Überleben all jener Protagonist_innen unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren. Ziel unserer Arbeit ist es, ausgegrenzte Perspektiven auf die deutsch-deutsche Vereinigung wieder sichtbar zu machen und an die Kämpfe um Teilhabe in den 1970er und 1980er Jahren, an einschneidende Erlebnisse um die Transformationszeit und an die Selbstbehauptung gegen den Rassismus der 1990er Jahre zu erinnern.

Schließlich entstanden aus einem eineinhalbjährigen Prozess zwei Arbeiten, welche sich durch unterschiedliche Formate ergänzen und aufeinander verweisen: Zum Ersten führt der im Oktober 2020 erschienene Sammelband⁴ zahlreiche migrantische, Schwarze, jüdische und Sinti_ze und Rom_nja Stimmen zusammen und thematisiert die deutsche Vereinigung, ihre Vorgeschichte und ihre Auswirkungen in West- und Ostdeutschland aus ihren jeweiligen Positionen heraus. Begleitend

³ Paulino Miguel, *Tagebuch: Ein Mosambikantischer Vertragsarbeiter erinnert sich*. Berlin: Verbrecher Verlag, 2020, 300–301.

⁴ Lydia Lierke und Massimo Perinelli, *Erinnern stören – der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, 2020.

dazu entstand zum Zweiten ein Webprojekt⁵, das auf verschiedene aktuelle, aber auch auf die Arbeiten der letzten Jahre verweist und stetig wächst, wie z.B. Dokumentarfilme, Theaterstücke, Podcasts und Publikationen.

Besonders im Kontext meiner eigenen Biographie beschäftigt mich dieses Projekt auf vielen Ebenen. Mein Interesse an dem Projekt resultiert aus meiner persönlichen Auseinandersetzung mit der Migrationsgeschichte meines Vaters und das Leben meiner Eltern in der DDR. Denn nicht nur für das Verständnis gegenwärtiger gesellschaftlicher Aushandlungen sind die damaligen politischen Diskurse und Kämpfe um Anerkennung und Gleichberechtigung im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung interessant. Die Folgen des vierzigjährigen DDR-Staates schreiben sich in der Gegenwart fort. Die Nicht-Aufarbeitung von Rassismus in der DDR und die mangelnde Repräsentation von ostdeutschen BPoC und Migrant_innen spiegelt sich bis heute in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wider, in der Ostdeutschland entweder als *weiß* und/oder rassistisch dargestellt wird. Menschen, die als Arbeitsmigrant_innen, Studierende und politisch Verfolgte in die DDR kamen, werden bis heute in der Aufarbeitung deutsch-deutscher Geschichte und politischen Auseinandersetzung vernachlässigt; prägen die ostdeutsche Gesellschaft jedoch bis heute. Der Frage danach, wie und auf welche Weise sie das tun, will ich in meiner Arbeit nachgehen.

Auf die Lücke ihrer Repräsentation in der Gesellschaft wurde ich zum ersten Mal im Kontext der Vorbereitungen für das Tribunal „NSU-Komplex auflösen“⁶ im Jahr 2017 aufmerksam. Das Bündnis wurde mehrheitlich organisiert von Menschen im Alter von 25 und 60 Jahren. Viele von ihnen kamen aus Familien, die im Zuge sogenannter Anwerbeabkommen der Nachkriegszeit zum Arbeiten in die BRD migrierten und in Deutschland blieben, Familien gründeten und sich außerhalb ihrer befristeten Arbeitsverträge ein Leben in Deutschland ermöglichten. Das Selbstverständnis dieser Generation westdeutscher Aktivist_innen im Umgang mit ihrer – oder der Migrationsgeschichte ihrer Eltern – war mir bis dato unbekannt. Ich, aufgewachsen in Ostdeutschland, habe lange Zeit keine politischen Akteur_innen oder Einzelpersonen gekannt, die die Migrationsgeschichte ihrer Familien in eine Erzählung über strukturelle und gesellschaftliche Bedingungen einordnen konnten.

Auf dem NSU Tribunal sprachen schließlich die Betroffenen rechter Gewalt selbst über ihre Geschichte und ihre schmerzhaften Erinnerungen. Sie sprachen über die

Opfer der Brandanschläge von Mölln und Solingen sowie über die Opfer des NSU. Aus ihren Erzählungen wurden Kontinuitäten deutlich, die das Nachkriegsdeutschland in einen Zusammenhang mit Hoyerswerda, Rostock Lichtenhagen und dem NSU brachten, aber auch an migrantische Kämpfe um Anerkennung und Gleichberechtigung erinnerten, die konstituierend für die heutige Gesellschaft sind.

Die postmigrantische Perspektive, der sich das Tribunal verschrieben hat, wurde schließlich zum Ausgangspunkt dafür, mich intensiver mit der Migrationsgeschichte der DDR und ihren gesellschaftlichen Folgen zu beschäftigen. Schließlich wurde ich Teil des Projekts „Erinnern Stören“, das einen Beitrag dazu leisten soll, Erinnerungen zu sammeln und Perspektiven zu vereinen, die im gesellschaftlichen Narrativ oft vergessen werden und in ihrer Zusammenstellung eine Neuerzählung der Ereignisse ermöglichen. Das Projekt versammelt schließlich verschiedene Stimmen, deren Erzählungen und Erinnerungen dieser Zeit Allianzen und Bündnisse sichtbar werden lassen, die für gegenwärtige Verhältnisse wichtiger denn je erscheinen.

Die Praxis des Erinnerns ist dabei ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Ihr versuchen wir als Projektverantwortliche mit der Theorie des multidirektionalen Erinnerns gerecht zu werden. Das Konzept entstammt der Theorie des amerikanischen Holocaust-Historikers Michael Rothberg und ermöglicht durch das Sprechen aus unterschiedlichen und unverbundenen Positionen, Erinnerungskulturen zu etablieren.⁷ Durch dialogische Ergänzungen und Gegenüberstellung, Aneignungen und Wiederholungen anderer Geschichten lassen sich neue Narrative entwickeln, die gleichzeitig Aufschluss über die Leerstellen in der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung geben. Fragen um Repräsentation und Partizipation stehen sich darin nicht gegenüber, sondern wirken aufeinander ein und ergänzen sich.

Durch die Beiträge des Projekts werden über historische Sprünge Verbindungslinien zwischen der BRD und DDR und den zahlreichen Herkunftsländern sichtbar, die bis in die Gegenwart reichen. Sie verbinden migrantische, jüdische und BPoC Geschichten in Ost und West miteinander – etwa die „wilden Streiks“ der 1970er-Jahre sogenannter Gastarbeiter_innen in der BRD gegen Vertragsarbeit mit der migrantischen Selbstbehauptung in der DDR, politisches Asyl in der DDR mit der Ära Kohls und ihren Folgen für die Asylpolitik sowie die Erfahrungen von Rostock Lichtenhagen mit jüdischer Erinnerungskultur vor und nach dem Ende des Kalten Kriegs bis heute. Aus dieser Perspektive entwickelt sich ein Verständnis für historische Kontinuitäten, die in den verstreuten Biographien und Erzählungen

⁵ Informationen zum Webprojekt siehe „Erinnern stören“, Roxa Luxemburg Stiftung, zugegriffen am 01.06.2021, www.rosalux.de/erinnern-stoeren.

⁶ Das Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ ist aus einem bundesweiten Aktionsbündnis hervorgegangen und fand erstmals im Mai 2017 in Köln statt. Ziel war es, das Wissen und die Forderungen der Betroffenen des NSU-Terrors ins Zentrum der Analyse über den NSU zu stellen.

⁷ Vgl. Rothberg, Michael: *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford: Stanford University Press, 2009.

zum Mauerfall als verbindendes Moment hervortreten und solidarische Bezüge sichtbar machen. Damit wollen wir ein Angebot für eine Lesart schaffen, die dabei helfen kann, historische Bezüge herzustellen und Leerstellen erkenntlich zu machen, die sinnstiftend für die postmigrantische Gesellschaft – auch in Ostdeutschland – sind.

Literatur:

Lierke, Lydia und Massimo, Perinelli. *Erinnern stören – der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher Verlag, 2020.

Miguel, Paulino. „Paulinos Tagebuch: Ein Mosambikantischer Vertragsarbeiter erinnert sich.“ In *Erinnern stören Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, herausgegeben von Lydia Lierke und Massimo Perinelli, 299–319. Berlin: Verbrecher Verlag, 2020.

Rothberg, Michael. *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford: Stanford University Press, 2009.

Clara-Rose Parson, Julian Ibrahim Reich:

4.1 Fragmente der Kontinuität – Widerstandsgeschichte von BIPOC in Deutschland

Widerstand Schwarzer Menschen in Deutschland steht in einer Tradition, die bereits mit den Kämpfen gegen europäische Kolonialherrschaft begann: Von Befreiungskämpfen in den Kolonien, Aktivitäten in Schwarzen Gewerkschaften im Deutschland der späten 1920er Jahre und Straßenkämpfen sowie Demonstrationen der 1980er Jahren bis heute. Seit Jahrzehnten schaffen Schwarze Menschen und Menschen of Color eigene Räume und gründen Bewegungen, um ihre Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen und durchzusetzen.¹ Wir wollen in diesem Beitrag einen Ausschnitt der Geschichte vor allem Schwarzer Widerstandsbewegungen erzählen, ihre Kontinuitäten und Schnittmengen finden sowie ihre jetzige Entwicklung aufzeigen.

In den ehemaligen Kolonien wehrten sich die Menschen gegen die Gewaltherrschaft der Deutschen, wobei sich ihre Kämpfe keineswegs fern der deutschen Gesellschaft abspielten. 1904 verteidigten sich die Herero und Nama militant gegen die Besatzung und Enteignung ihres Landes durch die deutsche Kolonialherrschaft. Im Zuge dieses Krieges verübten die Deutschen den ersten Genozid des

¹Vgl. Opitz May, Katharina Oguntoto und Dagmar Schultz, *Farbe bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte* (Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1997).

20. Jahrhundert an den Herero und Nama. Bis heute hat der deutsche Staat keine Entschädigungen an die Überlebenden und Hinterbliebenen gezahlt.²

Im heutigen Kamerun versuchten mehrere Könige und deren Abgesandte, die deutsche Regierung und Gesellschaft mit Petitionen und Auslandsbesuchen zu erreichen und dafür zu sorgen, dass die Grausamkeiten der deutschen Gouverneure in den sog. Schutzgebieten des Kaiserreiches unterbunden werden. Einer der bekanntesten Freiheitskämpfer Kameruns war König Douala Manga Bell. Manga Bell kämpfte gegen den Versuch der Deutschen, die Douala aus ihrem traditionellen Siedlungsgebiet am Fluss Wouri zu vertreiben. Dabei versammelte er zum einen Könige verschiedener angrenzender Völker hinter sich, um sich gegen die Besatzung zu organisieren. Zum anderen schrieb er aber auch mehrere Telegramme an den deutschen Reichstag, sandte seinen Vertrauten Ngosso Din als Vertreter der Douala nach Deutschland und initiierte Petitionen. Dies führte zu einer hitzigen öffentlichen Debatte in Deutschland über die Zustände in den Kolonien. Die deutsche Regierung reagierte letztendlich mit Gewalt und zerschlug so den friedlichen Widerstand Manga Bells. Manga Bell wurde 1914 von den Deutschen wegen Hochverrats zum Tode am Strang verurteilt. Die Douala wehrten sich auch nach seinem Tod, indem sie sich als Folge dieser Gewalt im Ersten Weltkrieg mit England verbündeten.³

Und nicht nur in den Kolonien wurde gekämpft, auch hier in Deutschland organisierten sich Schwarze Menschen. Schon 1918 wurde der Afrikanische Hilfsverein in Hamburg gegründet, um sich gegenseitig sozio-politisch zu unterstützen.⁴ In diesem war auch schon der aus dem heutigen Kamerun stammende Kommunist Joseph Bilé Mitglied, welcher Ende der 1920er mit anderen aus Kamerun stammenden Genoss_innen den Verein „Liga zur Verteidigung der [N_rasse]“ (LzVN) gründete.⁵ 1930 trat der 1902 in Trinidad geborene Publizist und panafrikanische Aktivist George Padmore auf die deutsche Aktivist_innen-Bühne. Er sollte später Bilés Mentor werden. Er gründete die Monatszeitung „The Negro Workers“ und organisierte im Juli 1930 das Netzwerk „International Trade Union Committee of Negro Workers“ in der Roten Gewerkschafts-Internationale in Hamburg. Dort vernetzten und organisierten sich Schwarze Aktivist_innen international. Sei es die LzVN oder

²Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, „Aus Politik und Zeitgeschichte: Deutsche Kolonialgeschichte“, *Das Parlament* 69, 40–42 (2019).

³Vgl. Ulrike Hamann, „Prekäre koloniale Ordnung“ (Dissertation).

⁴Vgl. Philipp Koepsell und Robbie Aitken, „Founding An African Self-Help Association (1918)“, herausgegeben von Irina Nekrasow, *Zwischen Ausbeutung Und Ausweisung: Migrantische Arbeitskämpfe in Ost Und West*, <https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1553.zwischen-defunding-und-abschaffung.html> (abgerufen am 16.08.2020).

⁵Vgl. Robbie Aitken, „Berlins Schwarzer Kommunist: Joseph Bilé, Die Komintern Und Der Kampf Für Die Rechte Der Schwarzen“, Roxa Luxemburg Stiftung, https://www.rosalux.de/publikation/id/40552#_ftn1 (abgerufen am 29.11.2020).

die Rote Gewerkschafts-Internationale, Schwarze Aktivist_innen, Revolutionär_innen und Intellektuelle unterhielten regen Kontakt untereinander in ganz Europa, den USA und den Kolonien und formierten internationalen Widerstand gegen Kolonialismus und Imperialismus.⁶ Mit der Machtübernahme der Nazis 1933 stoppten aufgrund von Verfolgung, Repression und Ermordung der Beteiligten sämtliche Aktivitäten der Schwarzen Strukturen in Deutschland. Manche Aktivist_innen, so z.B. Padmore, konnten ihre Aktivitäten in andere Teile der Welt verlegen.⁷

Schwarzer Aktivismus in der DDR und der BRD

Nach Kriegsende wurden in der DDR und der BRD Arbeiter_innen und Fachkräfte gebraucht. Ab den 1950er Jahren wurden vermehrt BIPOC angeworben; zunächst nur für die Wirtschaft im westlichen Teil Deutschlands.⁸ In der DDR studierten zwischen 1951 und 1989 circa 70.000 junge Leute aus über 125 verschiedenen Ländern. Fast 100.000 Migrant_innen – vor allem aus Vietnam und Mosambik – kamen ab 1980 als Werkkräfte in die DDR und auch bedrohte oder verfolgte Mitglieder kommunistischer „Bruder- bzw. Arbeiter-Parteien“ anderer Länder migrierten ab Anfang der 1980er Jahre in die DDR.⁹ Menschen, die als Arbeiter_innen in die DDR kommen sollten, wurde oftmals im Vorhinein eine Ausbildung oder ein Studium versprochen. Viele konnten diese Chance auch wahrnehmen, manche andere jedoch waren stattdessen unattraktiven Aufgabenbereichen innerhalb der Fleisereibetriebe, Großküchen oder Eisenwerke mit niedrigen Löhnen und ohne Einfluss auf ihr Berufsfeld oder ihren persönlichen Aufenthalt ausgesetzt. Auch waren sie mit rassistischen Vorurteilen ihrer Arbeitgeber_innen und weißen Mitmenschen konfrontiert.¹⁰ Als Reaktion auf die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen organisierten sich 1975 und 1976 rund 600 algerische Arbeiter_innen in acht Betrieben. Im Gaskombinat „Schwarze Pumpe“ bei Spremberg forderten sie eine Erhöhung der Löhne und die Absetzung der algerischen Betreuer sowie der algeri-

schen Gewerkschaftsleitung. Dieser Streik wird von manchen Historiker_innen, wie Harry Waibel, als „erster erfolgreicher Streik der DDR“ bezeichnet. Die Streikenden erreichten eine Erhöhung der Löhne.¹¹ Weitere erfolgreiche Streiks folgten aus der mosambikanischen Community heraus, etwa im Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb VEB Cottbus, wo 1982 dreiundzwanzig mosambikanische Vertragsarbeiter_innen die Arbeit niederlegten, weil ihnen zu wenig Geld gezahlt worden war. Streiks galten in der weißen Mehrheitsgesellschaft der DDR als überflüssig, da durch die Planwirtschaft des Staates auch eine gerechte Lohnverteilung und Auszahlung gesichert sein sollte. Für die Vertragsarbeiter_innen stand deshalb die Gründung von Gewerkschaften außer Frage und auch die Vereinsgründung wurde durch die Staatsstruktur der DDR erschwert, so dass sich Schwarze Menschen außerhalb von kirchlichen Gemeinden kaum strukturell organisieren konnten.¹² Es gab jedoch ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, vor allem zwischen Menschen der gleichen Staatsangehörigkeit. So versuchten sie sich gegenseitig dabei zu helfen, das Leben in den Wohnheimen zu erleichtern, Fragen zu beantworten und sich beim Deutschlernen zu unterstützen. Es wurden ebenfalls gemeinsame Reisen in andere Städte oder zu Sportveranstaltungen geplant und realisiert, um dort lebende Freund_innen und Familie zu treffen.¹³

Mit dem Ende der DDR sollten die meisten der 190.000 dort lebenden Vertragsarbeiter_innen in ihre jeweiligen Heimatländer zurückgeschickt werden. Mosambikanische Vertragsarbeiter_innen, die, während sie in der DDR arbeiteten, dazu gezwungen waren, monatlich hohe Anteile ihres Lohns an ihre Entsendeorganisationen abzugeben, mussten nun feststellen, dass diese Anteile genutzt worden waren, um die Schulden der mosambikanischen Regierung an die DDR abzubehalten. Die mosambikanischen Arbeiter_innen organisierten sich in der Gruppe „Madgermanes“ (mosambikanische Bezeichnung der in der DDR lebenden Vertragsarbeiter_innen, Verballhornung von „Made in Germany“) und kämpften bis heute um die Auszahlung ihrer Löhne.¹⁴

Im Westen war vieles anders aber nicht unbedingt besser. Die Gastarbeiter_innen waren auch dort systematischer Ausbeutung ausgesetzt: Ihnen wurden beispielsweise zu niedrige Löhne gezahlt. Sie hatten oft viel zu lange Arbeitstage und selten ein Anrecht auf Pause. Sie genossen so gut wie keine Arbeitnehmer_innen-

⁶ Vgl. Hakim Adi, *Pan-Africanism and Communism: The Communist International, Africa and the Diaspora, 1919–1939* (Trenton, NJ: Africa World Press, 2013).

⁷ Vgl. Opitz et al., *Farbe bekennen*. Opitz, May Katharina Oguntoto und Schultz, Dagmar: *Farbe bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Aktualisierte Ausg., 9.–10. Tsd. Fischer-Taschenbücher Die Frau in der Gesellschaft 11023. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1997.

⁸ Vgl. Alrun Kaune-Nüßlein, „Der Lange Marsch Der Migration: Die Anfänge Migrantischer Selbstorganisation Im Nachkriegsdeutschland“, herausgegeben von Albert Scharenberg (Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2020) <https://www.rosalux.de/publikation/id/42906/der-lange-marsch-der-migration> (abgerufen am 29.11.2020).

⁹ Vgl. Harry Waibel, *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED: Rassismus in der DDR* (Frankfurt a.M.: Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2014), <https://www.peterlang.com/view/product/20983?format=EPDF>.

¹⁰ Vgl. Eva-Maria Elsner und Lothar Elsner, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus: Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949 – 1990; Darstellung und Dokumente* (Rostock: Norddt. Hochschul-schriften-Verlag, 1994).

¹¹ Vgl. Waibel, *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED*; vgl. Riedel, Doppelter Sozialstatus.

¹² Vgl. Jörg Roeser, „Auf dem Weg zum Einwanderungsland: Nur billige Arbeitskräfte und kaum geduldete Fremde? Zur Situation der Vertragsarbeiter in der DDR während der 1970er und 1980er Jahre“, *Standpunkte*, 16, (2012).

¹³ Vgl. Waltraud Biertwirth et al., *Migration hat viele Gesichter: 50 Jahre Einwanderungsgeschichte(n)* (Essen: Klartext-Verlag, 2003), <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89861-229-6> (abgerufen am 09.06.2021).

¹⁴ Vgl. Birgit Weyhe, *Madgermanes* (Berlin: avant-verlag, 2016).

rechte und waren zudem rassistischen Schikanen ausgesetzt. So streikten auch in Westberlin Gastarbeiter_innen für faire Arbeitsbedingungen.¹⁵

Eine der bedeutendsten Impulsgeber_innen der afrodeutschen Bewegung war Audre Lorde, die sich selbst als „black, lesbian, mother, warrior, poet“ bezeichnete. Ab 1984 war sie regelmäßig in Berlin und prägte während ihrer Aufenthalte unter anderem May Ayim stark in ihrem Schaffen.¹⁶ May Ayim veröffentlichte 1986 zusammen mit Katharina Oguntoye das Buch „Farbe bekennen“, mit welchem sie das Selbstverständnis mehrerer Generationen Schwarzer Menschen in Deutschland prägte. Zudem war Ayim an der Gründung der zwei bis heute äußerst wichtigen Vereine ISD¹⁷ und ADEFRA¹⁸ beteiligt.¹⁹ Inspiriert von den Treffen der ISD und ADEFRA Community erschienen 1988 die afrodeutschen Zeitungen „Afro Look“ und die „Afrekete“, welche sich mit Afrodeutschen aber auch internationalen Schwarzen Realitäten befassten und eine Vielzahl von Gedichten Schwarzer Autor_innen abdruckten.²⁰ Ein Jahr später, vom 5. bis 7. Mai 1989, fand das achte bundesweite Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen statt. 1989 wurde es ausschließlich von betroffenen Gruppen organisiert, die dadurch gegen die paternalistische Bevormundung von weißen Gruppen vorgehen wollten. Das Treffen hatte etwa 300 Teilnehmer_innen und etwa 100 Initiativen beteiligten sich.²¹

Die Wiedervereinigung oder das Annektieren der DDR-Gebiete, die Teil des weißen bundesdeutschen Selbstverständnisses sind und dementsprechend jährlich gefeiert wird, ist vielen Schwarzen und PoC als eine von rassistischen Überfällen und zügellosen Pogromen geprägte Zeit in Erinnerung geblieben.²² Aus dieser Bedrohung heraus gründete sich eine Vielzahl selbstorganisierter Gruppen, wie z.B. das „Black Unity Committee“ (BUC), welches sich im Februar 1990 in Berlin zusammenschloss und sich das Ziel setzte, rassistische Überfälle zu dokumentieren, Netzwerke zum Selbstschutz zu knüpfen und Austauschforen für betroffene Gruppen zu schaffen. Zugleich hatte es einen internationalen Ansatz und solidarisierte sich z.B. mit den Befreiungskämpfen in Südafrika.²³ Im Sommer 1992 fand der 3.

¹⁵ Vgl. Serhat Karakayali, „Sechs Bis Acht Kommunisten, Getarnt in Monteursmänteln“, <https://www.kanak-attak.de/ka/text/fordstreik.html> (abgerufen am 16.08.2020).

¹⁶ Vgl. Dagmar Schultz, *Audre Lorde: Die Berliner Jahre 1984–1992* (Berlin: Salzgeber & Co. Medien GmbH, 2012).

¹⁷ ISD – ISD-Bund e.V. Initiative Schwarze Menschen

¹⁸ ADEFRA – ADEFRA e. V. – Schwarze Frauen in Deutschland

¹⁹ Vgl. Schultz, *Audre Lorde*; vgl. Binder, *Hoffnung im Herz*.

²⁰ Vgl. „Über Uns“, Adefra – Schwarze Frauen in Deutschland e.V., <http://adefra.com/index.php/about> (abgerufen am 09.06.2021).

²¹ Vgl. Yaron Matras, „Minderheiten fordern Gleichberechtigung, Each One Teach One (EOTO) e.V. Archiv“, *Die Brücke*.

²² Vgl. Ika Hügel-Marshall, *Entfernte Verbindungen: Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung* (Berlin: Orlanda-Frauenverlag, 1999).

²³ Vgl. Black Unity Committee, „Gründungserklärung“.

Internationale Austausch von Schwarzen und Immigrant_innen in Berlin statt, zu dem Frauen aus den USA, den Niederlanden und England anreisten, um gemeinsam über Widerstandsformen, Bündnispolitik und die Gestaltung Schwarzer queerer Lebenskultur zu diskutieren.²⁴ Die Vereine ISD und ADEFRA blieben nach der Wende bestehen und sind bis heute weiterhin aktiv. Sie bieten einen sicheren Raum für eine immer größer werdende Zahl Schwarzer Menschen, um sich selbst zu finden, einander zu unterstützen und voneinander zu lernen.²⁵

All diese Kämpfe stehen in einer Kontinuität, die sich bis heute fortsetzt. George Floyds Ermordung war ein Ereignis, das auch hier in Deutschland die Debatte um rassistisch motivierte Polizeigewalt wieder mehr in den öffentlichen Diskurs rückte. Während der Organisation von Protesten haben wir und andere Schwarze Aktivist_innen uns zusammengefunden, Bündnisse geschlossen und uns neu organisiert. Dabei sehen wir uns in der Tradition unserer Vorkämpfer_innen, die sie uns in Form von Gedichten, Aufsätzen und Büchern überliefert haben. Unsere Kämpfe und Emanzipationsbestrebungen wurden in den letzten Jahrhunderten von der weißen Dominanzgesellschaft systematisch deformiert und unsichtbar gemacht. Deshalb müssen wir selbst Wege finden, die Kontinuität der Kämpfe aus unseren Perspektiven fest zu halten und für verschiedene nachkommende Generationen bestmöglich zugänglich zu machen.

Literatur:

Adefra – Schwarze Frauen in Deutschland e.V. „Über Uns“ (abgerufen am 09.06.2021). <http://adefra.com/index.php/about>.

Adi, Hakim. *Pan-Africanism and Communism: The Communist International, Africa and the Diaspora, 1919 – 1939*. Harriet Tubman series. Trenton, NJ: Africa World Press, 2013.

Aitken, Robbie. „Berlins Schwarzer Kommunist: Joseph Bilé, Die Komintern Und Der Kampf Für Die Rechte Der Schwarzen.“. https://www.rosalux.de/publikation/id/40552#_ftn1 (abgerufen am 29.11.2020).

Bierwirth, Waltraud und Öztürk, Nihat Öztürk und Vollmer. *Migration hat viele Gesichter: 50 Jahre Einwanderungsgeschichte(n)*. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verlag, 2003. <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89861-229-6>.

Binder, Maria. *Hoffnung Im Herz: May Ayim*. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1997.

Black Unity Committee. *Gründungs Erklärung und Selbstdarstellung*, 1990, Each One Teach One (EOTO) e.V. Archiv.

Bundeszentrale für politische Bildung. „Aus Politik und Zeitgeschichte: Deutsche Kolonialgeschichte.“ *Das Parlament* 69, 40–42 (2019).

²⁴ Vgl. Ika Hügel-Marshall, *Entfernte Verbindungen*. Hügel-Marshall, Ika. *Entfernte Verbindungen: Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung* (Berlin: Orlanda-Frauenverlag, 1999).

²⁵ Vgl. Adefra – Schwarze Frauen in Deutschland e.V. „Über Uns“ (abgerufen am 09.06.2021). <http://adefra.com/index.php/about>.

Elsner, Eva-Maria und Elsner, Lothar. *Zwischen Nationalismus und Internationalismus: Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949 – 1990; Darstellung und Dokumente*. Rostock: Norddt. Hochschulschriften-Verlag, 1994.

Enzenbach, Isabel und Julian Oelkers. "Eigensinn im Bruderland: „Ich Dachte, Dann Habe Ich Ein Besseres Leben". <https://bruderland.de.epd/dpa/krott.> „Berlin Schreibt Weltgeschichte": Mohrenstraße Wird „Unverzüglich" Umbenannt." <https://www.welt.de/politik/deutschland/article214001656/Rassismussvorwurfe-Mohrenstrasse-in-Berlin-wird-unverzüglich-umbenannt.html>.

Hamann, Ulrike. "Prekäre koloniale Ordnung.". Dissertation

Hügel-Marshall, Ika. *Entfernte Verbindungen: Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*. 2. Aufl. Berlin: Orlanda-Frauenverl., 1999. Internationaler Austausch von Schwarzen Frauen und Immigrantinnen Berlin. "Einladung: Hintergrundinformationen Zum Treffen".

Karakayali, Serhat. "Sechs Bis Acht Kommunisten, Getarnt in Monteursmänteln.". <https://www.kanak-attak.de/ka/text/fordstreik.html> (abgerufen am 16.08.2020).

Koepsell, Philipp und Aitken, Robbie. "Founding An African Self-Help Association (1918)".

Nekrasow, Irina. "Zwischen Ausbeutung Und Ausweisung: Migrantische Arbeitskämpfe in Ost Und West.". <https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1553.zwischen-defunding-und-abschaffung.html> (abgerufen am 16.08.2020).

Opitz, May Katharina Oguntoye und Schultz, Dagmar. *Farbe bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*. Aktualisierte Ausg., 9. - 10. Tsd. Fischer-Taschenbücher Die Frau in der Gesellschaft 11023. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1997.

Riedel, Almut. "Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest: Algerische Vertragsarbeiter in Der DDR." *Standpunkte* 53, 5 (2001): 76–95.

Roesler, Jörg. „Auf dem Weg zum Einwanderungsland: Nur billige Arbeitskräfte und kaum geduldete Fremde? Zur Situation der Vertragsarbeiter in der DDR während der 1970er und 1980er Jahre." *Standpunkte*, 16 (2012).

Kaune-Nüßlein, Alrun. *Der Lange Marsch Der Migration: Die Anfänge Migrantischer Selbstorganisation Im Nachkriegsdeutschland*, herausgegeben von Albert Scharenberg. Berlin, 2020. <https://www.rosalux.de/publikation/id/42906/der-lange-marsch-der-migration> (abgerufen am 29.11.2020).

Schultz, Dagmar. *Audre Lorde: Die Berliner Jahre 1984–1992*. Berlin: Salzgeber & Co. Medien GmbH, 2012.

Waibel, Harry. *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED: Rassismus in der DDR*. 1st, New ed. Frankfurt a.M.: Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2014. <https://www.peterlang.com/view/product/20983?format=EPDF>.

Weyhe, Birgit. *Madgermanes*. Edited by Johann Ulrich. Berlin: avant-verlag, 2016.

Matras, Yaron. „Minderheiten fordern Gleichberechtigung, Each One Teach One (EOTO) e.V. Archiv", *Die Brücke*.

Cynthia Zimmermann:

4.3 Doppelte Mauer – Das Vergessenwerden hat Geschichte. Rassismus von DDR bis heute

Selbstpositionierung und mein Weg zur Initiative 12. August

Als eine Teilnehmer_in dieser Tagung habe ich eine interessante Erkenntnis gemacht: Es ist nicht von unerheblicher Bedeutung, sich beispielsweise hier als Autor_in selbst zu positionieren. Damit wird die persönliche Ebene und die damit verbundene politische Haltung transparent und die Einordnung dieses Textbeitrages für die Leser_innen gut ermöglicht.

Schmunzelnd bezeichne ich mich selbst als *Ossi of Color*¹ und bin die Tochter einer ehemaligen DDR-Bürgerin und eines ehemaligen, aus Kuba stammenden, Arbeitsmigranten in der DDR. Offiziell gehöre ich zur „2. Generation Vertragsarbeit“ und habe laut deutscher Definition einen „Migrationshintergrund“. Mein Vater lebte vier Jahre im heutigen Chemnitz und musste, wie viele andere, die DDR nach der Beendigung seiner Vertragsarbeit 1982 verlassen. Für mich hat das damalige Unsichtbarmachen und die bis heute andauernde Marginalisierung von DDR-Immigrierenden und ihren Erfahrungen eine persönliche Konsequenz: Ein biografisches Mosaik, ein bruchstückhaftes Bild und die damit verbundene Anstrengung, diese Leerstellen des öffentlichen Diskurses über die DDR sowie des deutschen Vereinigungsprozesses aufzufüllen. Eine dieser Diskurslücken entstand aus der Bagatelisierung und dem Verleugnen von rassistischer Gewalt in der damaligen DDR. So kam ich zur „Initiative 12. August – In Erinnerung an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret“.

In Erinnerung an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret

Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret kamen 1978 aus Kuba in die DDR, um eine Ausbildung zu absolvieren. Sie arbeiteten als sogenannte Vertragsarbeiter_innen in Merseburg, Sachsen-Anhalt. Dabei waren sie häufig rassistischen Beleidigungen und Übergriffen ausgesetzt. Wenn es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, konnten die Betroffenen geringen bis keinen Schutz durch die Volkspolizei erwar-

¹Vgl. „Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“, Rosa Luxemburg Stiftung, herausgegeben von Massimo Perinelli, Lydia Lierke, <https://www.rosalux.de/publikation/id/43063> (abgerufen am 14.06.2021), 451ff.

ten. So kam es auch in den Tagen vor dem 12. August 1979 zu mehreren tätlichen, rassistischen Übergriffen auf die kubanischen Arbeiter_innen.²

Was geschah am 12. August 1979?

Die kubanischen Betroffenen, die sich nach den Angriffen am 11. August erst in ihr Wohnheim zurückzogen, beschlossen gemeinsam mit anderen Betroffenen, sich zur Wehr zu setzen und die potenziellen Täter_innen in der Gaststätte Saaletal anzugreifen. Am Abend des 12. August stürmten sie also in diese Gaststätte hinein und schlugen auf die Anwesenden ein; insgesamt ca. 230 Gäste. Nach dem Angriff der sechs bis zehn Kubanern kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Sie flüchteten in Richtung Saalebrücke, während ein Mob von 30 bis 40 deutschen Personen sie verfolgte. Es kam zu einer regelrechten Hetzjagd. Der Fluchtweg über die Brücke wurde ihnen vom Mob versperrt. Augenzeug_innen berichten, dass einzelne Kubaner über die Brücke geworfen wurden. Mehrere Deutsche bewarfen die schwimmenden Kubaner weiterhin mit Flaschen und Steinen und riefen ihnen rassistische Beleidigungen hinterher. Eine Frau gab bei der Volkspolizei später an, dass ihr Flaschenwurf „Wirkung“ gezeigt hätte, denn er „geriet zeitweilig unter Wasser“. Als die Volkspolizei eintraf, war das Pogrom bereits beendet. Vier Tage später wurden die Leichen der damals 18- und 20-jährigen Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret aus der Saale geborgen.³

Rassistisch motivierte Todesfälle in der DDR

Dabei handelt es sich nicht um die einzigen Todesfälle, bei denen wir von einer rassistischen Motivation ausgehen müssen. In diesem Text werden Manuel Diogo und Carlos Conceição und ihre mutmaßlichen Todesumstände nicht detailliert in den Blick genommen, aber zumindest benannt, da sie in dem Kontext zur Problematik des Umgangs mit rechtspolitisch motivierten Gewalttaten in der DDR wichtige und eindrückliche Beispiele darstellen.

Der damals 18-jährige Manuel Diogo kam als Werkträger aus Mosambik und arbeitete in einem Sägewerk in Coswig. Am 30. Juni 1986 wurde seine Leiche an der Bahnstrecke zwischen Berlin und Dessau gefunden. Er verstarb an den Folgen der massiven Gewalteinwirkungen noch auf dem Gleisbett. Laut Obduktion erlitt er eine offene Schädelfraktur sowie schwere innere Verletzungen.⁴

² Vgl. Initiative 12. August, „Lynchmord an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret in Merseburg am 12. August 1979“, <https://initiative12august.de/in-gedenken/initiative/delfin-guerra-und-raul-garcia-paret/> (abgerufen am 14.09.2021).

³ Vgl. Harry Waibel, „Der Fall Merseburg: Lynchmord an Delfin Guerra und Raul Garcia Paret in Merseburg am 12. August 1979“, https://www.mobile-opferberatung.de/wp-content/uploads/2017/12/news54_Langfassung_Der-Fall-Merseburg.pdf (abgerufen am 14.06.2021), 12–14.

⁴ Harry Waibel, *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED* (Frankfurt a.M.: Peter Lang), 145.

Carlos Conceição war mosambikanischer Schüler der „Schule der Freundschaft“ und Lehrling.

Immer wieder gab es gewalttätige Angriffe auf die Schüler_innen. In der Nacht vom 19. auf den 20. September 1987 wurde Carlos Conceição in einem Jugendfreizeitzentrum in Staßfurt angegriffen. Die Angreifenden warfen ihn über das Brückengeländer. Er wurde 18 Jahre alt.⁵

Aufklärung, Aufarbeitung und Gedenken bleiben Forderungen

Mord, Anstiftung und Beihilfe zum Mord verjähren ebenso wenig wie das innige Bedürfnis nach Aufklärung: Absolut nicht. So sagte 2016 Olga Paret, die Schwester des ermordeten Raúl Garcia Paret:

Ich möchte den Deutschen gerne mitteilen, dass mein Bruder auf eine Reise geschickt wurde, um seine Ausbildung zu erhalten. Diese schlimme Tat, durch die er zu Tode kam, muss untersucht werden, durch einen Anwalt und durch das Gesetz. Wir als Familie in Kuba wollen, dass es Gerechtigkeit gibt.⁶

Im Fall von Raul Paret und Delfin Guerra wurden die Ermittlungen nach nur zwei Wochen wieder eingestellt. Gegen die deutschen Beteiligten wurden keine strafrechtlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Begründung für die frühzeitige Einstellung liefert ein Schreiben des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vom 16. Oktober 1979. Darin lautet es:

[Unter Berücksichtigung der] brüderlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Sozialistischen Republik Kuba wurde entschieden, gegen die an dem Vorkommnis in Merseburg Beteiligten keine strafrechtlichen Maßnahmen einzuleiten und das Ermittlungsverfahren gegen UNBEKANNT einzustellen. Eine diesbezügliche Information an den Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Gen. Honecker, erfolgte am 28.8.1979 durch das Ministerium des Innern.⁷

⁵ Waibel, *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED*, 146.

⁶ „Schuld ohne Sühne: Warum rassistische Täter in der DDR davon kamen“, am 15.11.2017 bei MDR Fernsehen Exakt – Die Story, zuletzt geändert am 25.03.2021, <https://www.mdr.de/investigativ/exakt-die-story-alltags-rassismus-ddr-100.html>.

⁷ Vgl. Harry Waibel, *Der Fall Merseburg: Lynchmord an Delfin Guerra und Raul Garcia Paret in Merseburg am 12. August 1979*.

Jedoch wurden alle kubanischen Beteiligten nach Kuba abgeschoben und inhaftiert.⁸ Rückblickend ist hier nicht nur die staatliche Bagatellisierung und Vertuschung zu problematisieren, sondern auch die vollzogene Opfer-Täter-Umkehr.

Im Fall von Manuel Diogo ist in der streng vertraulichen Akte des Ministeriums für Staatssicherheit vermerkt, dass sein Tod ein Unfall gewesen sei. Den Angehörigen wird bei der Rückführung der Leiche mitgeteilt, dass sie den Sarg nicht öffnen sollen. In einer Dokumentation des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) erinnert sich ein Freund von Manuel Diogo, Ibraimo Alberto, dass er im Zug von Rechtsradikalen auf brutalste Weise ermordet wurde.⁹

Nur im Fall von Carlos Conceição wurden die Täter gefasst. Aber lediglich einer von ihnen wurde zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und bereits nach zwei Jahren – mit dem Ende der DDR – wieder frei gelassen.¹⁰ Die Schüler_innen der „Schule der Freundschaft“ wurden angewiesen, über den Todesfall zu schweigen.¹¹

Bei den Todesfällen Raúl Paret, Delfin Guerra und Manuel Diogo wurde den Angehörigen von Amtsvertreterseiten gesagt, dass es sich bei ihrem Tod um „(Arbeits-) Unfälle“ handele. Seither haben sich vor allem einzelne Privatpersonen oder Journalist_innen bei den Verwandten und Angehörigen in Kuba und Mosambik gemeldet und die früheren Falschaussagen richtig gestellt. Bis heute ist kaum geklärt, ob alle Verwandten und Angehörigen über die gewaltsamen Todesumstände informiert sowie über ihre damit verbundenen Rechte in Kenntnis gesetzt wurden.

Insgesamt lässt sich sagen, dass derzeit in keinem dieser Fälle eine lückenlose Aufarbeitung existiert – offenen Fragen, Unstimmigkeiten und Anzeichen von nazistischer Gewalt sind ungeklärt geblieben. Dies zeigen auch die Anfragen zu diesen ungeklärten Fällen, welche die Abgeordnet_innen Quade und Eisenreich (DIE LINKE) sowie Johlige (Fraktion DIE LINKE) an die Landesregierungen stellten. Es gibt keine Gedenkorte und kein regelmäßiges und kritisches Erinnern an sie seitens der Städte oder der Zivilgesellschaft.

⁸ Vgl. MDR, „Schuld ohne Sühne: Warum rassistische Täter in der DDR davon kamen,“ am 15.11.2017 bei MDR Fernsehen Exakt – Die Story, <https://www.mdr.de/investigativ/exakt-die-story-alltagsrassismus-ddr-100.html> (abgerufen am 14.06.2021).

⁹ „Unfall oder Verbrechen? Neue Ermittlungen zu Tod eines DDR-Vertragsarbeiters,“ am 17.11. 2017 bei MDR Fernsehen Exakt – Die Story, zuletzt geändert am 26.03.2021, <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/mosambikaner-vertragsarbeiter-tod-ddr-ermittlungen-jahrzehnte-spaeter-100.html>.

¹⁰ Harry Waibel, *Der Fall Merseburg: Lynchmord an Delfin Guerra und Raul Garcia Paret in Merseburg am 12. August 1979*, 146.

¹¹ Vgl. „Rassistisch motivierte Todesfälle in der DDR,“ Initiative 21, <https://initiative12august.de/in-gedenken/die-doppelte-mauer/das-vergessenwerden-hat-geschichte/> (abgerufen am 14.06.2021).

Die Initiative 12. August

Vor diesem Hintergrund und anlässlich des 40. Todestages von Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret hat sich Anfang 2019 die „Initiative 12. August“ gegründet. Die Forderungen nach juristischer Aufklärung, gesellschaftlicher Aufarbeitung und kritischem Gedenken bleiben bestehen, vor allem für die Angehörigen und für die potenziell von Diskriminierung Betroffenen. Von der „Initiative 12. August“ werden diese Forderungen in aller Form in den öffentlichen Diskurs getragen.¹²

Die Initiative „unSichtbar“¹³ erklärte am 12. August 2019 in Merseburg, es gehe dabei auch darum:

[...]die Leistungen, die politische Arbeit sowie die vielen alltäglichen Widerstandsformen von rassismuserfahrenen Menschen in die Öffentlichkeit zu bringen und für deren Anerkennung zu kämpfen.¹⁴

Nachgefragt: Rassismus in einem „antifaschistischen Staat“?

Die DDR erklärte mit ihrer Gründung 1949 den Antifaschismus offiziell zum Kern ihrer Staatsideologie. Das SED-Regime proklamierte nach außen, insbesondere auf Westdeutschland und die sozialistischen „Bruderländer“ abzielend, ein antifaschistisches Selbstverständnis.

Allerdings beschreibt der Autor Paulino José Miguel in seinem Beitrag „Vom Mythos der Solidarität“ das Leben der Vertragsarbeitenden in der DDR sehr treffend „[...] als Land mit der doppelten Mauer. Zum einen wegen der undurchlässigen Grenze nach Westen, zum anderen wegen der Abschottung von der DDR-Gesellschaft im Inneren.“¹⁵

Die Lebensrealität von Migrant_innen, Schwarzen Menschen, Menschen of Color, Sinti_zze, Rom_nja sowie jüdischen und queeren Menschen war von alltäglicher Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus sowie pogrom-artigen Hetzjagden geprägt. Also ja, es lässt sich durchaus schlussfolgern, dass es Rassismus in der DDR gegeben hat. Die „Initiative 12. August“ äußert sich hierzu folgendermaßen: „Auch

¹² Vgl. „Unsere Forderungen,“ Initiative 21, <https://initiative12august.de/in-gedenken/initiative/forderungen-2/> (abgerufen am 14.06.2021).

¹³ Die Initiative unSichtbar ist ein Netzwerk für Women* of Colour in Magdeburg.

¹⁴ unSichtbar, „40 Jahre Schweigen in Merseburg“ in *Erinnern stören*, 262.

¹⁵ Paulino J. Miguel, „Vom Mythos der Solidarität,“ 2005, https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/projekte/bib/bib2/miguele_vom_2005 (abgerufen am 14.06.2021).

wenn qua staatlicher Verordnung Rassismus in der DDR nicht existieren durfte, [...] war auch strukturelle Diskriminierung an der Tagesordnung.“¹⁶

Rechtsmotivierte Auseinandersetzungen und gewalttätige Übergriffe auf Nicht-DDR Bürger_innen werden in den Staatsakten meistens als sogenanntes „Rowdytum“ verharmlost.¹⁷ Diese Vertuschung und Entpolitisierung von rechtsmotivierten Gewalttaten lässt sich unter dem Aspekt einer antifaschistischen Staatsdoktrin und dem Versuch, dieses DDR-Image nach außen hin aufrecht zu erhalten, einordnen. Diese Realitäten finden in den Erzählungen über die DDR bis heute kaum Resonanz oder erfahren Ablehnung, die Gleichsetzung mit der eigenen schlechten Erfahrungen und das Einnehmen einer Opferrolle aufgrund der eigenen Repressionserfahrungen in der DDR.

Zur Bedeutung von antirassistischem Gedenken

Die Aufklärung der rassistischen Todesfälle und Pogrome und die damit einhergehende Anerkennung sind für die Angehörigen und für die gesellschaftliche Aufarbeitung von großer Bedeutung. Sie bleibt bis heute aus. Das wertet die „Initiative 12. August“ als ein falsches und fatales Signal für die Angehörigen, für die von Rassismus Betroffenen, aber auch für die deutsche weiße Gesellschaft. Den Angehörigen und den BPoC nimmt man hiermit die Anerkennung ihres Schmerzes und ihr Narrativ weg und verspottet ihre Erfahrungen. Der deutschen weißen Bevölkerung nimmt man hiermit die Chance, sich zu emanzipieren und ihrer solidarischen Verantwortung nachzukommen.

Die Opfer dieser rassistischen Gewalt sind heute weitgehend vergessen. Und das Vergessenwerden und das Schweigen hat nicht nur in Ost- oder nur in Westdeutschland, sondern in ganz Deutschland Geschichte.

Was ist dem entgegen zu setzen?

Es ist wichtig, dieser deutschen Geschichte des Unsichtbarmachens und des Marginalisierens von migrantischem Leben und des Verharmlosens von Rassismus ein selbstermächtigt, kritisches und anklagendes Narrativ entgegen zu stellen und in den öffentlichen Diskurs über die DDR und Wendezeit zu bringen, das bis heute

¹⁶ „12. August 1979: Rassistische Morde in Merseburg“, Antifaschistisches Blatt, 05.01.2020: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/12-august-1979-rassistische-morde-merseburg> (abgerufen am 14.06.2021).

¹⁷ Vgl. Loni Niederländer, „Das politische Wesen der Skinheadgruppierungen und ihre Sicherheitsrelevanz“, AK 574 (17.08.2012).

fehlt. Es sind die Perspektiven der (potenziell) Betroffenen, der Werktätigen, der Schüler_innen, der Studierenden, die in die DDR kamen, sowie der Angehörigen der Opfer rechter Gewalt, die dazu beitragen können.

Antirassistisches Gedenken kann hier als eine kritische Intervention in Bezug auf das Erinnern und auch in Bezug auf das aktuelle „Einheitsfeiern“ in der BRD verstanden werden. Die Definitionsmacht über rassistische Gewalt soll somit nicht bei den staatlichen Institutionen und Vertretenden bleiben. In einem Interview mit der taz sagte die Autorin Peggy Piesche:

*Bei Jahrestagen geht es darum, dass sich die kollektive Mentalität noch einmal neu sortiert, ausrichtet, dass Orientierungen und Werte gegebenenfalls neu verhandelt werden[...]“.*¹⁸

Das spiegelt sehr gut wider, dass antirassistisches Gedenken und intersektionales Erinnern eine Hoffnung und ein gesellschaftliches Ziel beinhalten. So hat die „Initiative 12. August“ in ihrer Rede am 12. August 2020 angemerkt: „Alemania, Du warst [...], Du bist ein Fiasko!“ Und fragte darin weiter: „Merseburg, bleibst Du ein Fiasko?“¹⁹

In dieser provokanten Frage steckt ein Funken dieser Hoffnung der neuen Orientierung von Werten. Diese Neusortierung eines kollektiven Erinnerns ist mit Blick auf BPoC-Perspektiven und die Auseinandersetzung mit Rassismus in der DDR während der Wendezeit und den Kontinuitäten bis heute dringend notwendig.

Literatur:

Antifaschistisches Blatt. „12. August 1979: Rassistische Morde in Merseburg“, 05.01.2020: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/12-august-1979-rassistische-morde-merseburg> (abgerufen am 14.06.2021).

Miguel, Paulino J. „Vom Mythos der Solidarität“, 2005, https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/projekte/bib/bib2/miguel_vom_2005 (abgerufen am 14.06.2021).

Initiative 12. August. „Lynchmord an Delfin Guerra und Raúl García Paret in Merseburg am 12. August 1979.“ <https://initiative12august.de/in-gedenken/initiative/delfin-guerra-und-raul-garcia-paret/> (abgerufen am 14.06.2021).

Initiative 12. August. „Rassistisch motivierte Todesfälle in der DDR“, <https://initiative12august.de/in-gedenken/die-doppelte-mauer/das-vergessenwerden-hat-geschichte/> (abgerufen am 14.06.2021).

Initiative 12. August. „Unsere Forderungen.“ <https://initiative12august.de/in-gedenken/initiative/forderungen-2/> (abgerufen am 14.06.2021).

¹⁸ Peggy Piesche, „Eine entpolitisierte Geschichte“, TAZ, <https://taz.de/Peggy-Piesche-ueber-den-CSD/!5608995/> (abgerufen am 14.06.2021).

¹⁹ Aus einer Rede der Initiative 12. August in Merseburg am 12.08.2020.

MDR. „Schuld ohne Sühne: Warum rassistische Täter in der DDR davon kamen,“ am 15.11.2017 bei MDR Fernsehen Exakt – Die Story, <https://www.mdr.de/investigativ/exakt-die-story-alltagsrassismus-ddr-100.html> (abgerufen am 14.06.2021).

MDR. „Unfall oder Verbrechen? Neue Ermittlungen zu Tod eines DDR-Vertragsarbeiters.“ am 17.11. 2017 bei MDR Fernsehen Exakt – Die Story, <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/mosambikaner-vertragsarbeiter-tod-ddr-ermittlungen-jahrzehnte-spaeter-100.html> (abgerufen am 14.06.2021).

Niederländer, Loni. „Das politische Wesen der Skinheadgruppierungen und ihre Sicherheitsrelevanz,“ AK 574 (17.08.2012).

Piesche, Piesche. „Eine entpolitisierte Geschichte,“ TAZ, <https://taz.de/Peggy-Piesche-ueber-den-CSD/!5608995/> (abgerufen am 14.06.2021).

Rabenschlag, Ann-Judith. „Arbeiten im Bruderland.“ (15.9.2016), <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/233678/arbeitsmigranten-in-der-ddr> (abgerufen am 14.06.2021).

Rosa Luxemburg Stiftung. „Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“, herausgegeben von Massimo Perinelli, Lydia Lierke. <https://www.rosalux.de/publikation/id/43063> (abgerufen am 14.06.2021).

Waibel, Harry. *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2014.

Waibel, Harry. „Der Fall Merseburg: Lynchmord an Delfin Guerra und Raul Garcia Paret in Merseburg am 12. August 1979.“ https://www.mobile-opferberatung.de/wp-content/uploads/2017/12/news54_Langfassung_Der-Fall-Merseburg.pdf (abgerufen am 14.06.2021).

Angelika Kim:

4.4 Intersektionalität über Generationen und Landesgrenzen hinweg – Reflektionen einer Ostdeutschen über ihre „Wurzeln“¹

Als mein Vater, ein junger sowjetischer Wehrdienstleistender, die DDR der 1980er Jahre besucht, ist er wie verzaubert. Bis heute, im Jahr 2020, wird in meiner Familie von dieser Reise erzählt.

Ja, er besuchte auf dem Weg nach Deutschland auch das Konzentrationslager in Auschwitz. Das Foto von Schuhen aus angeblich menschlicher Haut war meine erste Berührung mit den Grauen des Nationalsozialismus als Kind. Doch diese Deutschen waren anders als die Deutschen in der DDR.

Die Menschen in der DDR erschienen meinem Vater als unglaublich freundlich, fröhlich und reich. Sie trugen bunte Kleidung von hervorragender Qualität. Die Mädchen hatten sehr robuste warme Lederstiefel an und die Erwachsenen tranken süßen heißen Wein auf den verschneiten Straßen. Mein Vater sagt immer – natürlich auf Russisch: „Die Menschen in der DDR waren so reich! Die Kinder bekamen Wurst im Brot zu essen. Sie nahmen die Wurst raus, aßen sie und das Brötchen schmissen sie einfach weg!“ Ich habe bunte Bilder im Kopf, als wäre ich dabei gewesen, wie mein Vater, ein 18-jähriger koreanischer Soldat aus der Kasachischen UdSSR, mit weit geöffneten Augen diese satten und gut gekleideten Kinder beobachtete und dann kurz in der Mülltonne nachschaute, ob wirklich gerade Brot weg geschmissen wurde.

Über 20 Jahre später fand sich mein Vater auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wieder. Ich war auch dabei. Doch es sah gar nicht aus wie in den bunten Bildern, die mein Gehirn im Laufe der Jahre und der sich immer wiederholenden Erzählungen geformt hatte. Es war nicht mehr die DDR; es war Ostdeutschland. Unser neues Zuhause.

Ich empfand die Menschen nicht als freundlich oder fröhlich und sicherlich nicht als reich. Die Kleidung war nicht bunt und die Schuhe der Kinder fielen mir nicht

¹ Hierbei handelt es sich um keinen wissenschaftlichen Beitrag im herkömmlichen Sinne, sondern um einen literarischen autobiographischen Text, der auch zum Teil das Chaos und die Herausforderungen der gelebten Intersektionalität widerspiegeln soll. Dies sehe ich als meinen Beitrag zum Wandel der Wahrnehmung dessen, was als „wissenschaftlich“ gilt und was „gut genug“ oder „strukturiert genug“ ist, um in einer Tagungsdokumentation veröffentlicht zu werden – Standards, die Jahrhunderte lang von alten weißen privilegierten und unterdrückenden cis hetero männlichen Strukturen geschaffen und verfestigt wurden.

unbedingt positiv auf. Vor allem warte ich bis heute darauf, mal zu sehen, wie ein Kind eine Bratwurst ohne das Brötchen isst.

Mein Ostdeutschland ist nicht reich, nicht bunt und auch nicht fröhlich. Mein Ostdeutschland besteht aus leer stehenden Fabrikgebäuden, Arbeitslosigkeit, älteren Menschen, die im klumpigen Sächsisch davon sprechen, wie früher alles besser war; „damals, in der DDR, vor der Wende“.

In meinem Ostdeutschland wird mir mit 14 Jahren von einer Mitschülerin erklärt, dass der Begriff „Russe“ ein Schimpfwort in Sachsen sei und die Menschen in meinem Heim beklagen sich auf Russisch, dass sie in der UdSSR ihr Leben lang „die Deutschen“ und „die Faschisten“ waren, während sie hier auf einmal „die Russen“ geworden sind. Nur mein Vater scherzt, dass er zum ersten mal ein „Russe“ sein darf; endlich mal kein Koreaner.

In meinem Ostdeutschland wird meine Mutter, eine weiße blonde Frau, im Supermarkt mit Respektlosigkeit behandelt, wenn sie etwas mit russischem Akzent sagt. Also schweigt sie und lässt mich für sie sprechen. Aus meinem Ostdeutschland sind die meisten Menschen, die damals mit uns zusammen im Aussiedlerheim wohnten, in den Westen gegangen. Ohne die Anerkennung der sowjetischen Universitätsabschlüsse haben die Menschen nur die Chance auf Minijobs, von denen es auch nicht genügend gibt.

Auf der Webseite des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat findet sich unter dem Thema „Spätaussiedler“ folgende Definition: „Spätaussiedler sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, die im Ausland als deutsche Minderheit leben und dann in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehren, um sich hier dauerhaft niederzulassen.“²

Wir werden also in „Aussiedler_innen“ und „Spätaussiedler_innen“ unterteilt. Aussiedler_innen sind Personen, die seit 1950 als „deutsche Volkszugehörige“ aus den ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas und Zentralasiens nach Deutschland emigriert sind. Personen, die nach der Reform des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr 1992 eingewandert sind, werden als „Spätaussiedler_innen“ definiert. Doch geläufiger ist die wenig zutreffende Bezeichnung „Russlanddeutsche“.³

² „Spätaussiedler“, Artikel Heimat & Integration, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/kriegsfolgen/spaetaussiedler/spaetaussiedler-node.html>.

³ „Aussiedler/Spätaussiedler“, Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/aussiedlerspaetaussiedler>.

Von 1950 bis zur Wendezeit kamen ca. 2 Millionen Aussiedler_innen, auch aus der Sowjetunion, aber größtenteils aus Polen und Rumänien.⁴ Seit dem Jahr 1989 sind über 3 Millionen Menschen als Aussiedler_innen eingewandert, zumeist aus der ehemaligen Sowjetunion. Einen Höhepunkt gab es in den 1989/90er Jahren mit ca. 400.000 „Volksdeutschen“, die ihre „Heimat“ erreichten.

In der DDR war „Aussiedler_in“ keine gesonderte Rechtskategorie. Doch auch hier gab es einen Zuzug von Menschen, die sich als „Deutsch“ identifizierten und aus osteuropäischen Staaten kamen, vor allem aus Polen und der Sowjetunion. Sie wurden im offiziellen Sprachgebrauch als „Übersiedler_innen“ bezeichnet.⁵

Ab 1991 gab es eine weitere Bevölkerungsgruppe aus der Sowjetunion, die nach Deutschland übersiedeln durfte – die jüdische Bevölkerung.⁶ Heute leben in Deutschland ca. 200.000 jüdische Kontingenzgeflüchtete, die 90% der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ausmachen.

Doch auch sie werden von ihrer Umwelt oft als „Russen“ identifiziert. Auch in ihren Wohnzimmern empfangen die Fernseher 20 russische TV-Sender. Auch ihre Großväter dienten in der Roten Armee im Kampf gegen das Nazi-Deutschland. Ganz schön kompliziert, nicht wahr?

In einer 2007 veröffentlichten Untersuchung zu Aussiedler_innen steht Folgendes:

- Die Stigmatisierung der Deutschstämmigen als „Deutsche“ oder gar abwertend als „Nazis“ in der Sowjetunion schlug nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik in eine Stigmatisierung als „Russen“ um. Dieser verbale Ausdruck der Ausgrenzung wurde insbesondere von der jungen Generation als Merkmal der eigenen Identitätsbildung und Selbstabgrenzung angenommen und bewirkt noch immer erhebliche Integrationsprobleme.

- Die gleichermaßen von außen entgegengebrachte und selbst gewählte Ausgrenzung im Aufnahmeland [...] steht in enger Verbindung mit dem Zeitpunkt der Übersiedlung nach Deutschland vor oder nach Mitte der 1990er Jahre. Die frühen Aussiedlergruppen verfügten noch über Kenntnisse der deutschen

⁴ „Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen“, Zahlen und Fakten Die soziale Situation in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/%20spaet-aussiedler>.

⁵ Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, „Aussiedler/Spätaussiedler.“

⁶ „Jüdische Kontingenzflüchtlinge und Russlanddeutsche“, Kurzdossiers Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen, Bundeszentrale für politische Bildung, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/252561/juedische-%20kontingenzfluechtlinge-und-russlanddeutsche>.

Sprache und Kultur und trafen günstige Arbeitsmarktbedingungen [...] an; ihre strukturelle Integration gelang schnell und erfolgreich. Unter den späteren Aussiedlergruppen besaßen nur noch wenige Personen deutsche Sprachkenntnisse, die kulturelle Sozialisation war eine komplett russische bzw. sowjetische. Die verschlechterte Arbeitsmarktlage in Deutschland und gekürzte Mittel, z.B. für Sprachkurse, erschwerten die Eingliederung im Aufnahmeland erheblich. Die Geschichte der Migration ist für diese Menschen daher in vielen Fällen eine Geschichte des sozialen Abstiegs.⁷

Mein Vater scherzte, als er sagte, er dürfe endlich mal ein „Russe“ sein. Meine Mutter traut sich hingegen nicht mit russischem Akzent in der Öffentlichkeit zu sprechen. Und die meisten Menschen aus unserem Aussiedlerheim gingen Ende der 2000er Jahre in den Westen. Ohne die Anerkennung der Sowjetischen Universitäts-Abschlüsse haben die Menschen schlechte Chancen auf dem ohnehin umkämpften Arbeitsmarkt. Auch ich ging in den Westen. Ich kehrte Sachsen den Rücken zu und wollte nie wieder zurück. Zu viel Rassismus und Aggression musste ich auf Sachsens Straßen und in Sachsens Schulen erleben. Dabei war „Russe“ nicht das Schimpfwort, das mir entgegen schleuderte. Denn ich sehe nicht wie meine weiße blonde „volksdeutsche“ Mutter aus, sondern wie mein koreanischer Vater. In Ostdeutschland wurde ich zu einer Asiatin.

Im Westen angekommen, legte ich meinen Sächsischen Dialekt ab und begann nur noch Hochdeutsch zu sprechen. Auf die Frage „Woher kommst du?“ antwortete ich wieder mit „Moskau“. Ich dachte, Kapitel Ostdeutschland sei abgeschlossen. Bis ich in meiner neuen Stadt Bremen in einer gemütlichen Runde mit Freund_innen saß, mich umschaute und feststellte: Alle gerade anwesenden Personen sind aus Sachsen oder Sachsen-Anhalt oder Meck-Pomm oder Thüringen.

Nicole erzählt gerade, wie Menschen sie immer darum bitten, etwas auf Sächsisch zu sagen, wenn sie etwas zum Lachen brauchen. Wir sagen alle „Wende“ und nicht „Wiedervereinigung“. Wir sagen „drei Viertel“ und nicht „Viertel vor“. Wir sagen alle „übelst“ und das tut übelst gut und fühlt sich einfach vertraut an. Nicole, Anna und ich sind alle drei ostdeutsch, bloß dass Nicole in Dresden geboren ist, Anna in Novosibirsk und ich in Sheskasgan.

Ostdeutsche wie Anna und mich gibt es viele, denn in Ostdeutschland war nach der Wende viel Platz – viele alte Schulen und Krankenhäuser konnten in Aus-

siedlerheime umfunktioniert werden. Doch die meisten von uns sind weiß. Wir bekamen kurz nach der Ankunft in Deutschland deutsche Pässe. Dabei nahmen wir unsere alten deutschen Nachnamen wieder an und änderten auch oft unsere Vornamen. Das macht unsere Geschichten und Perspektiven unsichtbar. Doch während wir draußen „Wende“ und „übelst“ und „drei Viertel“ sagen, sprechen wir zu Hause Russisch und füllen Hartz IV Anträge für unsere Eltern aus oder helfen ihnen bei ihren Deutsch-Hausaufgaben. Gefangen zwischen dem ostdeutschen Dasein, dem migrantischen Dasein und dem white- oder German-passing bzw. in meinem Fall Asian-passing, also „eine von den Vietnames_innen“.

Heute, 10 Jahre nachdem ich Ostdeutschland den Rücken kehrte, finde ich mich in Berlin in einem überwiegend ostdeutschen Freund_innenkreis wieder. Wir sind wie Geschwister. Viele von uns sind Migrant_innen, viele von uns gehen regelmäßig nach Sachsen, um dort anti-rassistische Bildungsarbeit zu leisten. Ich auch. Denn die Wende hat viele Wunden hinterlassen, die bei meinen Leuten noch offen sind, sich aber in Anfeindungen gegen meine anderen Leute umwandeln. Und wenn ich meinen Leuten helfe, ihre Wunden zu heilen, wird es hoffentlich auch mir Heilung bringen.

In Berlin engagiere ich mich in der Post-Ost Migrantifa. Wir sind Kinder von Spätaussiedler_innen und jüdischen Kontingenzgeflüchteten. Unsere Eltern und Großeltern, die viel Diskriminierung in den ehemaligen sozialistischen Staaten, und später auch in Deutschland, erfahren, sind oftmals frustriert und unzufrieden.

Von der Politik vergessen, in der Gesellschaft extrem sichtbar und unsichtbar zugleich, in der Statistik verloren zwischen den „Deutschen“ und den Migrant_innen.

Im Jahre 2020 werden sie aber aktiv angesprochen und umworben; und zwar von der AfD. Die so genannte Alternative erkennt sie als eine wichtige Wähler_innengruppe an, lädt zu russischsprachigen Abenden ein und hört ihnen zu. Wir, die junge Generation, wehren uns dagegen, führen Diskussionen, zeigen Gesicht gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Homo- und Transphobie. Denn auch wir sind teilweise nicht-weiß, jüdisch, muslimisch, queer.

Die Angelegenheit ist kompliziert, schmerzvoll und sehr vielschichtig; wie Migration selbst. Und wenn ich heute einen Aspekt verdeutlichen möchte, dann ist es folgender: Migration ist kompliziert, Migration ist schmerzvoll und vielschichtig. Sie wirft Fragen auf. Doch diese Fragen sind wichtig. Sie signalisieren eine Offenheit des Geistes.

Eine Offenheit, die das Verständnis vom Ostdeutsch-Sein erweitert, die die Grenze zwischen dem Ostdeutsch-Sein und dem Migrantisch-Sein auflöst.

⁷ „Zuwanderer auf dem Land – Forschung: Integration von Aussiedlern“, Ländlicher Raum, Schauer Stiftung, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/laendlicher-raum/artikel/zuwanderer-auf-dem-land-forschung-integration-von-aussiedlern>.

Eine Offenheit, die die Erkenntnis erlaubt, dass auch Migrant_innen dieses Landes die Herausforderungen der Wende am eigenen Leid erfahren und zur Bewältigung dieser beitrugen. Eine Offenheit, die es zulässt, dass die ostdeutsche Identität nicht am Aussehen oder Dialekt festgemacht wird, sondern nur an einem: Nämlich daran, dass man „Dreiviertel“ sagt statt „Viertel vor“.

Literatur:

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. „Aussiedler/Spätaussiedler“, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/aussiedlerspaetaussiedler> (abgerufen am 14.06.2021).

Bundeszentrale für politische Bildung. „Jüdische Kontingentflüchtlinge und Russlanddeutsche“, Kurzdossiers Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/252561/juedische-%20kontingentfluechtlinge-und-russlanddeutsche> (abgerufen am 14.06.2021).

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. „Spätaussiedler“, Artikel Heimat & Integration, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/kriegsfolgen/spaetaussiedler/spaetaussiedler-node.html> (abgerufen am 14.06.2021).

Schader Stiftung. „Zuwanderer auf dem Land - Forschung: Integration von Aussiedlern“, Ländlicher Raum, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.schader-stiftung.de/themen/demographie-und-strukturwandel/fokus/laendlicher-raum/artikel/zuwanderer-auf-dem-land-forschung-integration-von-aussiedlern> (abgerufen am 14.06.2021).

Bundeszentrale für politische Bildung. „Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen“, Zahlen und Fakten Die soziale Situation in Deutschland, zuletzt geändert am 25.04.2021, <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/%20spaet-aussiedler> (abgerufen am 14.06.2021).

4.5 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde die Praxis des Gedenkens und Erinnerns in ihrer Vielschichtigkeit und Verwobenheit mit gesellschaftlichen und politischen Repräsentations- und Partizipationssansprüchen diskutiert.

Herausforderungen und Hindernisse von Gedenk- und Erinnerungsarbeit sind dabei z.B. die fehlende oder sehr fragmentierte Verschriftlichung der Geschichte Schwarzer Menschen in Deutschland, so Clara-Rose Parson. Dies führe zur Abhängigkeit von immateriellen Archiven innerhalb von Familien, die bei Schwarzen Kindern eines alleinerziehenden weißen Elternteils nicht gegeben sind. Besonders im Kontext von DDR-Geschichte und ostdeutscher Gegenwart stießen Clara-Rose Parson und Julian Ibrahim Reich in ihrer Recherche zum Leben und Wirken Schwarzer Menschen auf gesellschaftlichen Widerstand, den sie in der Tradition des Verschweigens von Rassismus und rassistischer Gewalt in Vergangenheit und Gegenwart verorten. Der Gegenwind, den Parson und Reich in ihrer Arbeit erfahren, kann jedoch als positives Zeichen eines effektiven Aufbrechens gesellschaftlichen Schweigens und des gelungenen Schaffens eines neuen Narratives verstanden werden, so ein Kommentar dazu. In diesem gesellschaftlichen Kontext sei der Prozess des Wissen-Schaffens über die Geschichte(n) und die Kämpfe von Migrant_innen in der DDR ein Prozess der Ermächtigung, selbstbestimmt gedenken und erinnern zu können, so Phương Thúy Nguyễn. Das Schweigen über und Verschweigen von historischen Erfahrungen und Kämpfen innerhalb von migrantischem Communitys versteht sich jedoch auch als Bewältigungsmechanismus und als Reaktion auf eine Geschichte von Traumata, so Angelika Kim. Das Schweigen erlaubt es einer Generation trotz Traumata weiterzumachen, erschwert jedoch den Zugang einer anderen, jüngeren Generation zu Wissen und zu Erfahrungen, die mit traumatischen Geschichten zusammenhängen. Außerdem könne das Verschweigen von Unterschieden eine Strategie zur Schaffung eines Zusammenhaltes innerhalb einer Community darstellen, so Kim.

Im Zentrum der Tagung standen die Möglichkeiten und Bedarfe eines intergenerationalen Wissens- und Erfahrungsaustauschs, sowohl innerhalb von Communitys als auch Community-übergreifend. Besonders im Kontext von DDR-Geschichte und ostdeutscher Gegenwart stellten Phänomene der Vereinzelung und der weißen Sozialisierung Hindernisse und Herausforderung für einen intergenerationalen Austausch dar, so Cynthia Zimmermann. Die Vereinzelung, das Nicht-Anknüpfen-Können, das Verschweigen und Vertuschen auch innerhalb von Familien und der Frust und die Wut, die sich daraus ergeben, nutzte Cynthia Zimmermann als Antrieb, um die eigene Geschichte und die Geschichte der Community zu erforschen. Daran knüpfte Phương Thúy Nguyễn mit Erfahrungen von emotionalen Widersprü-

chen an, die im Prozess des Kontextualisierens und Verstehens ihre Politisierung initiiert haben. Widersprüchliche Emotionen ergaben sich z.B. aus den eigenen Erfahrungen innerhalb der Community und verinnerlichten Perspektiven von außerhalb auf die eigene Community. Die Kontextualisierung dieser widersprüchlichen Emotionen auf einer gesellschaftlichen sowie strukturellen Ebene durch das Studium beschreibt Nguyễn als einen sehr befreienden Moment.

Die Diskussion zeigte Bedarfe nach einer generationsübergreifenden Vernetzung sowie einer Vernetzung über Staats- und Community-Grenzen hinweg. Hierfür bedarf es mehr Räume, niedrigschwellige Begegnungsorte als Orte des Zusammenkommens, des Austauschs und der Politisierung. Digitale Formate würden dabei einen intergenerationalen Dialog und Austausch mit Menschen ermöglichen, die nicht mehr in Deutschland sind. Darüber hinaus können existierende Räume wie Kulturvereine als Räume wahrgenommen werden, in denen Zugänge zu Geschichte(n) und Communitys geschaffen, offene gesellschaftsrelevante Fragen gestellt und gesellschaftshistorische Gespräche geführt werden. Zentral für den Austausch und die Vernetzung sind dabei geschützte Räume, die einen selbstbestimmten und differenzierten Umgang mit Geschichte und Gegenwart ermöglichen. Für die Umverteilung gesellschaftlicher sowie politischer Ressourcen und Machtverhältnisse bedarf es der Schaffung von Zugängen. Nguyễn schloss dabei mit der Erkenntnis ab, dass Gedenken Gegenwartspolitik ist und appellierte dafür, die Wissenschaft zu migrantisieren:

Die Wissenschaft migrantisieren, heißt nicht nur, das Wissen von migrantischen und BIPOC Communitys in die Wissenschaft zu tragen, sondern auch die Zugänge in der Wissenschaft zu migrantisieren und [die Wissenschaft] auf die Bedürfnisse und die Wissensformen von migrantischen Communitys und BIPOC anzupassen.

Migrantische Gedenk- und Erinnerungsarbeit steht im Zusammenhang mit dem Anspruch und der Forderung, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten migrantischer Kämpfe sichtbar, migrantische Lebensrealitäten durch das Aufarbeiten der Geschichte verständlicher und greifbarer zu machen und bewusst Position für die Unterstützung von unterdrückten und rassifizierten Menschen in der Gegenwart und Vergangenheit einzunehmen.

5. Workshops

Zu den Workshops

In den drei parallel laufenden Workshops ging es darum Austauschräume mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu schaffen: Im ersten Workshop ging es um den Umgang von Forschung – der Forschenden sowie Forschungsinhalten und -ansätzen – mit marginalisierten Communitys; der zweite Workshop stellte einen Netzwerkraum für unterschiedlich positionierte Migrant_innen und BIPOC dar; der dritte Workshop bot einen Raum für die Analyse von bestehenden Allianzen und stellte die Erwartungen an zukünftige Allianzen zur Diskussion. Im Folgenden werden die drei Workshops zusammengefasst.



Tagungsteilnehmende in der Pause im Austausch miteinander

5.1 Forschen mit/für und durch marginalisierte Communitys

Angeleitet von Asiye Kaya und Jane Weiß

In dem Workshop *Forschen mit/für und durch marginalisierte Communitys* wurden Forschungspraktiken und forschungsethische Standards machtkritisch hinterfragt, Methoden und Forschungsansätze ausgetauscht und das Verhältnis von Wissenschaft zu Praxis und Community diskutiert. Die Themen reichten von Community-Leadership und Selbstpositioniertheit in der Forschung über Verpflichtung und Verantwortung gegenüber Communitys, Gesprächspartner_innen bis hin zu Grenzen, Zweifeln und Widersprüchen in den Forschungsmethoden und der Forschung mit, für und durch marginalisierte Communitys.

Zu Beginn des Workshops lernten sich die Teilnehmenden mithilfe von Fragen zur Selbstpositionierung und (forschungsrelevanten) Erfahrungsherkunft, über eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse sowie über Zukunftsvisionen kennen. Die didaktisch anleitenden Fragen lauteten wie folgt (Asiye Kaya):

(1) Woher komme ich? Damit sind die Vorerfahrungen in Zusammenhang mit dem thematischen Schwerpunkt, die Selbstpositionierung, gemeint.

(2) Wo stehe ich gerade? Damit ist der aktuelle Bezug zu dem Themenschwerpunkt, die eigene Position und die gegenwärtige oder zukünftige Relevanz des Themas gemeint.

Woher komme ich?

Wo stehe ich gerade?



Wo möchte ich hin?

Dabei wurden aus einer machtkritischen Position heraus u.a. Ansätze einer community-orientierten Forschungsethik (Jane Weiß) sowie Methoden und Ansätze einer subjektorientierten/positionierten, partizipativen, community-kontrollierten und parteiischen Forschung (Asiye Kaya) vorgestellt. Als grundlegendes Merkmal für die community-orientierte Forschungsethik wurde das Prinzip der informierten Einwilligung und das Prinzip der Nicht-Schädigung historisch diskriminierter und marginalisierter Communitys hervorgehoben. Der Ansatz der subjektorientierten, partizipativen, community-kontrollierten und parteiischen Forschung steht im Gegensatz zu dem Mythos einer objektiven Wissenschaft. Dabei machen die Forschenden bzw. das Forschungsteam sichtbar, aus welcher Perspektive gesprochen wird, in welchem Interesse die Forschung betrieben wird, die Daten erhoben und genutzt werden. Hierbei sind die Forschenden und die erforschten Subjekte diejenigen, die eigenes Wissen mitbringen und unterschiedliche Machtpositionen einnehmen. In diesem Kontext ist die Selbstpositionierung der Forschenden und die Art und Weise der Kommunikation zentral, um bestehende Machtverhältnisse aufzubrechen und gerechtere Prozesse der Datenerhebung und -verwendung aufzubauen.

In diesem Austausch wurden Fragen nach Zugängen, Sichtbarkeit und Archivierung von Wissen marginalisierter Communitys gestellt, wie z.B.:

Wie können wir Wissen diverser gestalten? Wie können wir komplexeres Wissen gerade hinsichtlich marginalisierter Communitys schaffen, erwerben und auch sichern? (Jane Weiß)

Zusätzlich wurden Fragen der Machtdifferenzen und der Aushandlung dieser in der Praxis gestellt, wie z.B.:

Für wen ist die Auswahl der Forschungsmethode und die Forschung per se nützlich? Ist die Forschung empowernd? [...] Ist es empowernd für die Community selbst, weil sie ihr eigenes Wissen nochmal formen, verbalisieren und für die eigene Community verwenden kann? (Asiye Kaya)

Innerhalb des Workshops fanden diese machtkritischen Ansätze für die Forschung mit/für und durch marginalisierte Communitys breite Zustimmung durch die Anwesenden, besonders weil diese in keiner Weise Teil des wissenschaftlichen Mainstreams sind. Darauf aufbauend war das Verhältnis von Wissenschaft zur Praxis bzw. zur Community von großer Bedeutung. Zum einen ging es um die Frage, wer über wen forscht, warum die Forschung betrieben wird und in welchen historischen Kontinuitäten diese Forschung steht. Dabei wurden Forschungsprojekte kritisiert, in denen marginalisierte Communitys ohne die Einbindung von Menschen aus den Communitys erforscht werden. Forschungsprojekte über marginalisierte

Communitys, die ohne die Inklusion von Menschen aus diesen Communitys konzipiert sind, fehle ein gewisses Erfahrungswissen, was eine Barriere in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung und dem Verständnis von marginalisierten Communitys darstellen könne. Im deutschen Kontext werden Forschende aus marginalisierten Communitys sogar regelmäßig der Befangenheit bezichtigt, obwohl Menschen als Forschende aus einer marginalisierten Community viele Wissensinhalte und Erfahrungswissen/biographisches Wissen und Zugänge mitbringen, welche sich andere Wissenschaftler_innen erst anlesen, im Forschungsprozess erfragen, erforschen und aufbauen müssen.

Zum anderen ging es um neue, niedrigschwellige Forschungsmethoden und -ansätze, sowie Methoden und Ansätze zur Stärkung von marginalisierten Communitys wie z.B. Biographiearbeit, in der gesellschaftlich unterschiedlich positionierte Menschen und Communitys selbsterzählend Wissen teilen, sammeln und archivieren können.

Grundsätzlich stand im Fokus des Workshops die anwendungsbezogene Forschung, in der die Wechselwirkungen zwischen Theorie und Praxis erkannt, reflektiert und im Interesse von marginalisierten Communitys mobilisiert werden. Demnach soll Forschung Grenzen haben und Grenzen einhalten. Forschung soll im Interesse von marginalisierten Communitys betrieben werden und nicht die Instrumentalisierung von Communitys im Interesse der Forschenden und ihrer beruflichen Karriere bedeuten. Um die Deutungshoheit bei der Community zu verorten, soll Forschung über marginalisierte Communitys primär von Menschen aus den Communitys selbst betrieben werden, auch weil diese eine für die Forschung wertvolle und wichtige Wissens Ebene, das biographische Wissen, mitbringen. Darüber hinaus wurde entgegen einem Mainstream Verständnis von Wissenschaft hinterfragt, was als Wissen und als Wissenschaft gilt. Dabei wurde für alternative Wege des Wissen-Schaffens, wie z.B. autobiographische Selbsterforschung, plädiert. So mache nicht nur institutionalisiertes, akademisches, sogenanntes wissenschaftliches Wissen die Wissenschaft aus, sondern jede Form von Wissen, die aus den marginalisierten Positionen heraus geschaffen wird.

Machtkritische Forschung mit/für und durch marginalisierte Communitys bedeutet in diesem Sinne, partizipativ und community-geleitet zu forschen. Zum einen muss hierfür innerhalb des Forschungsprozesses eine regelmäßige Einbindung der Communitys und ein reger Austausch mit den Communitys erfolgen. Zum anderen muss eine aktive Rückkopplung des Forschungsstandes und der Forschungsergebnisse an die Communitys gewährleistet werden. Damit ein Wissenstransfer stattfinden kann, muss akademisches Wissen herunter gebrochen und zugänglich gemacht werden. Des Weiteren können Weiterbildungs- und Qualifikationsangebote – z.B. zum Führen von qualitativen Interviews – für Menschen aus marginalisierten

Communitys zu ihrer Einbindung in die Forschung führen und zu machtkritischen Prozessen beitragen.

5.2 „Wie kommen wir zusammen?“ (Erfahrungs-)Austausch und Diskussion zu BIPOC Selbstorganisationsprozessen und Community-Building am Beispiel von korientation e.V. und asiatisch-deutscher Selbstorganisation

Angeleitet von *Phường Thúy Nguyễn und Riham Abed-Ali*

Unter der Fragestellung „Wie kommen wir zusammen?“ sind in diesem Workshop BIPOC-Einzelpersonen, -Aktivist_innen, -Wissenschaftler_innen und -Vertreter_innen von Migrant_innen(selbst)organisationen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte in einem Safer Space (geschützteren Raum) für persönlichen Austausch, Vernetzung, Stärkung und Unterstützung ins Gespräch gekommen. Themen des Workshops waren der aktuelle Stand, spezifische Herausforderungen sowie Möglichkeiten und Bedarfe für die Selbstorganisation von BIPOC-Communitys in Ostdeutschland. Welche Kämpfe wurden von der ersten Generation geführt? Was kann aus den Erfahrungen der Selbstorganisation unterschiedlicher Communitys sowie Community-übergreifend voneinander gelernt werden und wo soll es künftig hingehen?

Ursprünglich hatte korientation¹ diesen Workshop initiiert, um einen Raum anzubieten, um als BIPOC und Migrant_innen zusammenzukommen, um sich zur Frage der Selbstorganisation auszutauschen. Geplant war für den Workshop, dass sie von ihren Erfahrungen asiatisch-deutscher Selbstorganisation berichten, aber auch andere organisierte und nicht-organisierte Menschen ihre Prozesse teilen, um voneinander zu lernen und in Diskussion zu treten, wie Allianzen geschmiedet oder Kräfte gebündelt werden können. Aufgrund der Pandemie-Situation zu der Zeit mussten die Referentinnen Sina Schindler und Jee-Un Kim leider absagen und die Organisatorinnen Phường Thúy Nguyễn und Riham Abed-Ali sprangen kurzfristig für sie ein, um den Workshop nicht ausfallen lassen zu müssen.

¹ „korientation ist eine (post)migrantische Selbstorganisation und ein Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven mit einem gesellschaftskritischen Blick auf Kultur, Medien und Politik.“ (korientation, 2021)

Ein erstes Kennenlernen der Teilnehmenden wurde mit der Methode „Die Geschichte meines Namens“ angeleitet. Die Kennenlern-Methode half dabei, den Raum zu öffnen und Bezüge zwischen den Erfahrungen von Menschen herzustellen, die in dieser Gesellschaft von Rassismus betroffen sind. Gleichzeitig konnte sie in einem kollektiven Rahmen Selbstreflexionen zu Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen anstoßen. In der Workshoprunde wurden in der Übung neben Namensherkünften bzw. -bedeutungen und historischen Verwobenheiten (wie mit Kolonialnamen) auch persönliche Erfahrungen ausgetauscht. So berichteten Teilnehmende von der „Verdeutschung“ ihrer Namen, um sie zum einen „aus-sprechbarer“ zu machen, und zum anderen als Versuch sich anzupassen, um in der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft akzeptiert zu werden. Dafür hatten einige gar einprägsamere Eselsbrücken für ihre Namen erdacht, die Teil jeder Vorstellung wurden. Auch wurde von widerständigen Erfahrungen gegen staatliche „Ein-deutschung“ berichtet, wie dies zum Teil bei Spätaussiedler_innen geschah, die die deutschen Nachnamen ihrer Vorfahren annehmen sollten. Andere erzählten von der bewussten Entscheidung für „internationale Namen“, die Eltern bei der Namensgebung trafen, um Kinder präventiv vor gesellschaftlichem Ausschluss zu schützen. Die Entscheidung gegen vermeintlich „migrantische Namen“ sollte sie davor bewahren als „anders“, als migrantisch markiert zu werden, um Komplikationen oder Nachfragen zu vermeiden. In Folge dessen schilderten Teilnehmende Momente der Irritation, wenn sie sich als BIPoC mit ihren „deutsch klingenden Namen“ vorstellen, weil oft nicht erwartet wird, dass der Name zu einer nicht-weißen Person gehören könnte. Teilnehmende mit migrantisch markierten Namen wiederum teilten Erfahrungen von Erschöpfung aufgrund der ständigen Infragestellung ihrer Zugehörigkeit in der Gesellschaft. Dazu gehören auch Erfahrungen, in denen sie ungefragt aufgefordert wurden, Fremden in unvertrauten Kontexten ihre Familiengeschichte darzulegen, um ihre Existenz in Deutschland zu erklären. Gleichzeitig berichteten sowohl Teilnehmende mit „internationalen“ bzw. deutschen Namen als auch die mit „migrantischen“ Namen von Mobbing-Erfahrungen. Des Weiteren entschieden sich einige im späteren Leben selbstbestimmt für genderneutrale Namen oder für Namen innerhalb bzw. außerhalb spezifischer Communitys. Aus den Geschichten wurde deutlich, wie kontextabhängig und prozesshaft die Bezüge zum eigenen Namen sind. Die Prozesse der (Nicht-)Identifizierung mit dem eigenen Namen in verschiedenen Entwicklungsphasen spiegeln daher auch Momente der Politisierung und Bewusstseinswerdung für gesellschaftliche Verhältnisse wider.

Darauf aufbauend griff eine Positionierungsübung im Raum die Fluidität und Komplexität von Zugehörigkeiten auf. Dies geschah mit Fragen, über die sich die Teilnehmenden im Raum positionieren mussten. So konnten verschiedene Positionierungen der Personen zu den Themen Theorie-Praxis-Arbeit sowie die geografische Verortung der eigenen Sozialisierung und des aktuellen Lebensmittelpunktes (in Ost- oder Westdeutschland, in der Stadt oder Provinz) interaktiv visualisiert

werden. Die Mehrheit des Raumes sah sich eher in der Praxis politischer Arbeit verankert und auch die vereinzelt Theoretiker_innen unter ihnen betonten die Bedeutung von Praxisbezug. Theorien können nicht abgetrennt von der Praxis verstanden werden, denn sie entstehen aus der Praxis heraus. In Bezug zur geografischen Verortung waren die meisten der Teilnehmenden im Osten sozialisiert, einige wenige im Westen und in anderen Ländern. Die Frage, ob sie in einer Stadt oder auf dem Land aufwuchsen, brachte sehr unterschiedliche Positionen mit sich: Manche wuchsen in Dörfern nur mit einer Straße auf, andere kannten nur das Leben in der Großstadt, wiederum andere prägte vor allem das Kleinstadt-Leben. Besonders interessant war der Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Zusammenhang mit diesen konkreten Erfahrungen und Lebensrealitäten von BIPoC und Migrant_innen zwischen Ost und West sowie Stadt und Land. So äußerten sich politische und gesellschaftliche Ein- und Ausschlussmechanismen je nach sozio-geografischem Kontext auf unterschiedliche Weise. Davon abhängig waren auch Zugänge zu Angeboten und Kontakten zu anderen BIPoC oder migrantischen Communitys, die auch Prozesse des Empowerments mehr oder weniger beeinflussten.



Workshopteilnehmende während einer Positionierungsübung

Im Anschluss folgte ein Gespräch über Politisierungsmomente. Die Teilnehmenden sollten assoziativ bedeutsame Momente, Ereignisse, Medien etc., die zu ihrer politischen Bewusstseinswerdung und Handlung oder auch zu ihren prägenden Reflexionen beitrugen, in drei Worten zusammenfassen. Besonders deutlich wurde in der Runde, dass Erfahrungen mit Rassismus und Polizeigewalt sowie Fragen der Nicht-/Zugehörigkeit treibende Themen bei der Politisierung der meisten Anwesenden waren.

Der Hauptteil des Workshops wurde mit der Bestandsaufnahme „Wo stehen wir gerade als Selbstorganisation/Aktivist_innen?“ eingeleitet. Dabei wurde die Selbstorganisation als selbstbestimmter Raum deutlich. So erzählte ein_e Workshopteilnehmende_r Folgendes:

Es ist immer alles im Wandel. Es ist ein sehr, sehr wichtiger Raum für mich. Es ist ein Raum, in dem ich Themen selber setzen kann und die Schwerpunkte auch selber bestimme. Im Gegensatz zur Lohnarbeit oder anderen Geschichten ist das so ein wirklich selbstbestimmter Raum.

Weitere Fragen waren dabei: „Wie kommen wir zusammen? Über was kommen wir zusammen? Was sind unsere gemeinsamen Visionen, obwohl wir aus unterschiedlichen Communitys und Kontexten kommen?“ Am Beispiel von korientation e.V. wurden diese Fragen in die Runde gegeben. Dabei wurde korientation aufgrund der Absage der Referentinnen stellvertretend durch Thúy, einem Vereinsmitglied, vorgestellt.

Der Verein hat das Ziel, der Vielfältigkeit asiatisch-deutscher Lebensrealitäten Präsenz und Ausdruck zu verleihen, asiatisch-deutsche Menschen zusammenzubringen, um mehr Sichtbarkeit und Raum für Bestärkung zu schaffen sowie die zunehmende Vernetzung asiatisch-deutscher Menschen über Berlins Grenzen hinweg, auch in Ostdeutschland, zu ermöglichen. Aufgrund spezifischer Herausforderungen, wie z.B. die Vereinzelung von Migrant_innen und BIPOC im Osten, standen die Möglichkeiten und Bedarfe für die Selbstorganisation von BIPOC Communitys in Ostdeutschland im Fokus der Diskussion. Hierbei wurde community-übergreifende Zusammenarbeit wie das Zusammentragen von Wissen aus unterschiedlichen Communitys und Kontexten sowie das Lernen voneinander als Ressource und Notwendigkeit für strukturelle gesellschaftliche Veränderung deklariert. Gleichzeitig wurde betont, wie wichtig es sei, sich mit den Kontinuitäten migrantischen und BIPOC Widerstandes seit der DDR auseinanderzusetzen, um sich zu bestärken, aber auch darauf aufbauen zu können bzw. Kämpfe weiterzuführen.

Die auf Empowerment abzielende Frage „In was für einer Welt wollen wir leben?“ sollte in der zukünftigen Arbeit und Zusammenarbeit als Orientierungspunkt und Motor für den Aktivismus und die community-interne und -übergreifende Selbst-

organisation dienen. Demnach wurde in der Diskussion festgehalten, dass sich Aktivismus und Selbstorganisation nicht an bestehenden rassistischen Strukturen abarbeiten lässt, sondern den Fokus auf die innere Stärkung migrantischer sowie BIPOC Communitys und Perspektiven setzen sollte.

Am Ende des Workshops wurden die Zukunftsvisionen und mögliche Wege dahin, die zuvor in Kleingruppen diskutiert worden sind, zusammengefasst. Neben persönlichen Zielen wie Achtsamkeit für andere und sich selbst in der politischen Arbeit, wurden zum einen mittelfristige Strategien definiert. Dazu gehörten die Förderung antirassistischer Bildungsarbeit und eine kritische, multiperspektivische Geschichtsschreibung, in der Migrationsgeschichte(n) und die Geschichte(n) von Migrant_innen und BIPOC als Teil der deutschen Geschichte wahrgenommen und anerkannt werden. Außerdem wurde gefordert, Marginalisierte in Macht- und Entscheidungspositionen sowie auch in den Medien einzustellen, um gesellschaftliche Machtdifferenzen abzubauen. Dabei sei eine selbstbestimmte Darstellung marginalisierter Menschen und Communitys erste Priorität. Auch sei die Vernetzung und politische Arbeit im ländlichen Raum äußerst wichtig. Zum anderen wurden langfristige Ziele und Prinzipien, wie bedingungslose Bewegungsfreiheit für

alle, Basisdemokratie oder ein selbstbestimmtes Leben aller herausgearbeitet. Dazu kamen auch strukturelle Forderungen nach einer sozialen Revolution (in Bezug auf Gesundheit, Bildung, Wohnen und Kultur), einem gerechteren System sowie der Abschaffung des Kapitalismus wie z.B. durch eine radikale Umverteilung von Ressourcen und Eigentumsverhältnissen und einem bedürfnisorientierten Wirtschaften.

Der Workshop schloss mit dem zukunftsweisenden Blick eines Teilnehmers ab, der vorschlug, das gesammelte, situierte Wissen als Leitplanke und Motor gemeinsamer politischer Arbeit zu verstehen.



Riham Abed-Ali und Phương Thúy Nguyễn beim Zusammenfassen der Workshopergebnisse

5.3 Allianzen und gemeinsame Organisation von BIPOC und weißen Menschen in Ost und West, vor und nach der Wende

Angeleitet von Gudrun Ehlert und Halil Can

In diesem Begegnungsraum kamen ehemalige und gegenwärtig Aktive und Aktivist_innen sowie verschiedene Generationen aus Ost- und Westdeutschland zusammen, um sich über Solidarität, gemeinsame Kämpfe und Allianzen zwischen BIPOC und weißen Menschen vor und nach der Wende auszutauschen, voneinander zu hören und zu lernen.

Dieser Austausch wurde durch die folgenden **drei Schwerpunkte** strukturiert: Zunächst ging es um den **Ist-Zustand**. Wie ist Mensch zur Zeit organisiert? Wo ist Mensch verortet? Wo bestehen Allianzen und worin bestehen die Herausforderungen und Barrieren für ihre Bildung?

Anschließend wurde der **Ideal-Zustand** thematisiert. Was wünscht sich der Mensch und welche Allianzen und Selbstorganisationsformen strebt er an?

Der dritte Schwerpunkt lag auf der **Praxis**: Wie kann der Mensch Zukunftsvisionen, die aus der kritischen Reflexion mit dem Ist-Zustand heraus generiert werden, in der Praxis umsetzen und was braucht der Mensch für die praktische Umsetzung?

Demnach ging es im **ersten Teil** des Workshops um biographische Erzählungen und einen Erfahrungsaustausch. Die Teilnehmenden des Workshops kamen aus der sozialen Praxis und waren als Student_innen oder Forscher_innen an Universitäten und Hochschulen angebunden. Aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionalitäten brachten sie jedoch, je nach dem, ob sie zur Mehrheitsgesellschaft oder zur Minderheitengesellschaft gehören, unterschiedliche Ressourcen und Erfahrungen mit. Demnach gab es Ambivalenzen in den Positionen. Der Raum, der geschaffen werden sollte, basierte auf der Idee, dass sich die Teilnehmenden mit ihren vielfältigen und unterschiedlichen Erfahrungen, Biografien und Positionalitäten vorstellen, ihre Unterschiede artikulieren und in einen kreativen Austausch kommen. Zentrales Anliegen war dabei das gemeinsame Erarbeiten der Frage, inwieweit aus diesen Differenzen und differenten Positionalitäten heraus Perspektiven für Allianzen, Selbstorganisationen im Sinne einer anderen Gesellschaft bereits bestehen und darüber hinaus visioniert und entwickelt werden können.

Im **zweiten Teil** des Workshops wurden folgende wünschenswerte Perspektiven und Visionen für Allianzen geteilt:

- Idealerweise wäre in einer Allianz, einen sicheren Raum zu schaffen und zu wissen, dass es ein Bewusstsein für Rassismus [...] gibt
- Der Grund dafür war, dass sich viele Menschen, die sich rassistisch äußern oder rassistisch handeln, der Konsequenzen und der Bedeutung ihres Handelns und ihren Aussagen nicht so wirklich bewusst sind und dass der Kernpunkt dessen, wie man das vielleicht überwinden könnte, eine kritische Selbstreflexion ist. [...] aber dass man auch Reflexion bei anderen Gruppen anregen kann und sich vielleicht auch dadurch viel verändern kann.
- Ich möchte gar nicht mit jedem eine Allianz haben. Sondern mir geht's um diese progressiven Minderheiten – also das ist kein Wort von mir – progressive Minderheiten, die tatsächlich Allianzen bilden sollten. Das wäre so ein idealer Zustand, den ich finden kann und der formuliert Ausschluss, über den ich mir bewusst sein muss. [...] Ja und dann haben wir noch den Idealzustand, dass in den entscheidenden Gremien und Institutionen die Diversität der Gesellschaft abgebildet sein muss, wenn überhaupt diverse Gesellschaft wahrgenommen werden soll und auch ausgestattet werden soll, eben mit Geld, z.B. um Gruppen und gesellschaftliche Arbeit leisten zu können. Weil das sonst immer Selbstausbeutung ist, die irgendwann in eine Verzweiflung führen kann oder auch in Aufgabe, in Weggehen, Ausweichen.

Dabei wurde die „**Paradoxie der Allianz**“ festgehalten. Der Begriff der Allianz bedeutete, dass Menschen zusammenkommen und in Verbindung treten wollen, um sich auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Das Paradoxe dabei sei – und das sei auch eine andere Feststellung –, dass Allianzen getrennte bzw. geschützte Räume brauchen, um überhaupt Allianzen realisieren zu können. Um Reflexions- und Dialogräume diverser Identitäten und Positionalitäten schaffen zu können und um sich gegenseitig zu stärken, sei es wichtig, vorher kleinere, getrennte und geschützte Räume für BIPOC vorauszusetzen, bevor sie in Allianzen mit größeren politischen Dimensionen treten.

Dabei wurde auch die Notwendigkeit und Zentralität von Powersharing innerhalb von Allianzen diskutiert. Gerade bei Allianzbildungen sei es sehr wichtig, dass Menschen, die in einer machstarken Position sind, diese Macht dafür nutzen, um machtschwache, in diesem Sinne z.B. BIPOC, zu stärken. Dazu zähle, dass BIPOC in der Schaffung eigener Empowerment-Räume unterstützt werden, sodass sie sich selbst empowern und dadurch machtungleiche Verhältnisse in den sozialen Positionierungen ausbalancieren können.

Der Austausch wurde mit einer **Abschlussreflexionsrunde** abgerundet. Dabei wurde der Workshop als ein Zwischenstopp und ein Raum beschrieben, in dem sich die Teilnehmenden über die Möglichkeiten, Barrieren und Bedarfe für persönliche Veränderungsprozesse sowie darauf aufbauend gesellschaftliche Transformationsprozesse Gedanken machen und austauschen konnten. Der Workshop bot Impulse, besonders für den offen gebliebenen Teil zur praktischen Umsetzung von Zukunftsvisionen, den die Teilnehmenden künftig in unterschiedlichen Kontexten und Konstellationen ausarbeiten und weiterdenken können.

Reflexionen und Empfehlungen zum WS-Prozess

Reflexionen:

- *Überraschend nahmen an unserem Workshop größtenteils weiße Menschen teil, so dass die Option, nach dem ersten Austausch im Plenum zunächst in geschützten und getrennten Räumen (für BIPOC und weiße Personen) und im Anschluss wieder im gemischten Raum zu arbeiten, nicht realisiert werden konnte.*
- *Auch der Versuch, optional ein rotierendes World-Café durchzuführen, konnte aufgrund der knappen Zeit, aber auch der Reihenfolge der zu besprechenden drei Themen (Ist-Zustand, Soll-Zustand/Visionen, Umsetzung/Praxis) nicht umgesetzt werden. Folglich haben wir das World-Café an drei Thementischen ohne Rotation umsetzen können.*
- *Insgesamt konnte trotz der Schwierigkeiten (Corona-Pandemie-Vorsichtsmaßnahmen, weiße Dominanz, wenig Zeit) der Workshop im Großen und Ganzen erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.*

Empfehlungen aus der Reflexion für zukünftige Tagungen/Workshops:

- *Workshops sollten im Voraus bewusst so gestaltet und geplant werden, dass safer Empowerment- bzw. getrennte Powersharing-Räume bereits vor dem Workshop angekündigt und während des Workshops dann aktiv geschaffen werden. In anderen Worten ist es nicht nur wichtig, dass machtkritisch in getrennten und gemischten Räumen gearbeitet wird, sondern den Teilnehmer_innen dieses Konzept bereits vor dem Workshop transparent gemacht wird. Dabei muss die Teilnehmer_innen-Liste mit den jeweiligen Daten zu diesen (Person, soziale Positionierung, Profession, Tätigkeitsfeld, welches Interesse/Grund der Teilnahme) den Trainer_innen vorher bekannt sein.*

- *Für solche Begegnungs-, Austausch- und Arbeitsprozesse müssen bei maximal 15 Personen mindestens 3 Stunden eingeplant werden.*

- *Eine Alternative zur World-Café-Methode wäre für einen intensiveren Gruppenarbeitsprozess auch bei Tagungen zum Beispiel, einen ganzen Tag lang mit der Open Space-Methode Foren für Austausch, Diskussionen und Vernetzungen in großen Gruppen zu schaffen.*

6. Erinnerungsräume von Bewegungsgeschichten BIPoC Kollektive im Transformationsprozess

Moderiert von Asiye Kaya

In Kooperation mit der TU Dresden im Projekt „Vielfalt im Dialog“

Drei Aktivist_innen von Generation ADEFRA und IniRromnja begaben sich auf eine Erinnerungsreise, bei der sie in BIPoC feministischen Traditionen ihre Anfänge der West-Ost Verbindungen reflektierten. Dabei gingen sie folgenden Fragen nach: Welche Erfahrungen teilen sie, was sind geschichtliche und aktuelle Spezifika ihrer jeweiligen Widerstandsbewegungen bzw. -formen? Welche Strategien verfolgen sie innerhalb ihrer Perspektiven, um Wissen zu kollektivieren? Welche Aktionsformen haben sie entwickelt und an wen richten sie diese?

Peggy Piesche:

6.1 Intersektionale bewegungsgeschichtlich geleitete Erinnerungspolitik

Im folgenden Beitrag geht es darum, intersektionale und bewegungsgeschichtlich geleitete Erinnerung und Erinnerungspolitik in den Blick zu nehmen. Dazu sollen drei Aspekte thematisiert werden. Zum einen möchte ich die drei Schwerpunkte, die meine Arbeit in der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zentrieren, unter genau diesem Fokus kontextualisieren. Anschließend möchte ich auf die Rezentrierung und Fokusverschiebung von Erinnerungen eingehen, um schließlich am konkreten Beispiel der Schwarzen feministischen Bewegung intersektionales und bewegungsgeschichtlich geleitetes Erinnern darzustellen.

Zunächst möchte ich jedoch mit der Bedeutung meiner Selbstpositionierung beginnen. Ich würde dieser Tagung nicht beiwohnen, wenn es eine bewegungsgeschichtliche Erinnerung nicht bereits gegeben hätte, als ich mich aufmachte, eine Versprachlichung für mein Sein zu finden. Eine solche Erinnerungsarbeit hat es mir ermöglicht, einen Weg einzuschlagen, der mich unter anderem auch hierher



Von links nach rechts: Jane Weiß, Katja Kinder, Asiye Kaya und Peggy Piesche

gebracht hat. Was ist damit konkret gemeint? Als Schwarze, queere, junge Frau aus der DDR konnte ich 1990 einen Weg finden, Teil einer Bewegung zu werden, die bereits auf eine mehrjährige Tradition zurückblickte. Diese werde ich später noch einmal genauer thematisieren. Das Schwarze, queer-feministische Kollektiv „ADEFRA“ schaffte Orte, die auch andere Schwarze feministisch-bewegte Menschen aus dem Osten inkludieren konnte. Für mich bestand dies ganz konkret aus dem ersten Bundestreffen unter dem Titel „Verlasse dein Haus und wage dein Leben“. Der Titel war pragmatisch gewählt; war er doch ein Aufruf an junge Frauen, dazu zu kommen. In diesen Räumen habe ich dann erlebt, was es bedeutet, wenn sich bewegungsgeschichtlich aktiv eingebettete Schwarze Frauen ihre Geschichten erzählen. Das hat buchstäblich einen Erinnerungsraum geschaffen. Und dieser wurde auch wahrgenommen, nämlich von anderen jungen, Schwarzen Aktivist_innen, die somit ihren Weg zu ihrer Bewegung finden konnten. So waren diese Räume auch schon damals, als wir diese Begriffe noch nicht hatten, eine gelebte Diversität. 1990 machte ich als junge, Schwarze Frau aus der DDR im Prinzip ähnliche Erfahrungen wie alle im und aus dem Osten um mich herum auch. Unsere gesellschaftliche Orientierung wurde sozusagen destruiert. Alles ging in alle Richtungen. Wir haben Halt verloren, viele auch Visionen und für viele hat sich dies noch lange so gestaltet. Sich in einer bewegungsgeschichtlichen Zeit einbetten zu können, bedeutete für mich vor allem auch Halt und Orientierung zu finden und Teil einer größeren Vision zu werden, in der die aktive Gestaltung der Zukunft wieder zu einer Möglichkeit wurde. So habe ich Diversität immer verstanden: als Konzept, das sich aus einer Bewegung heraus entwickelt. Dieses Verständnis ist noch heute zentral für meine Arbeit. Es ist also ein Konzept, das praxisgeleitet ist, und damit kein rein theoretisches Konzept. Daraus entsteht auch die Forderung nach einer machtkritischen Diversität, der Institutionen in ihrer diskriminierungskritischen Fürsorgepflicht gerecht werden müssen. Diversität muss in den Institutionen *gelebt werden*; Sie ist nichts, das man einfach nur hat. Es geht also nicht nur darum, darauf zu verweisen, dass wir einige Menschen haben, die wir als divers markieren, sondern auch darum, den Blick auf die Institution zu richten und zu fragen, was es eigentlich bedeutet, dass sich dieses Bewegungsverständnis von Diversität nicht in unseren Institutionen widerspiegelt. Daran knüpft unmittelbar die Frage nach einer angemessenen Repräsentation an. In ähnlicher Weise näherte ich mich auch dem Begriff der Intersektionalität, der ebenfalls ein aus politischen Bewegungen heraus generierter Begriff ist. Dabei wird es hier nicht um die komplexe Gründungsgeschichte gehen, sondern darum, was der Begriff für eine diversitätsorientierte politische Bildungsarbeit bedeutet. In aller Kürze können wir festhalten: Intersektionalität ist in erster Linie ein Commitment. Intersektionalität beschreibt als Konzept die Verwobenheit verschiedener Diskriminierungskategorien, von denen Gruppen und Individuen gleichzeitig überlagert werden. Als Instrument in der politischen Bildung hilft uns der Begriff, die Verschränkung der verschiedenen Unterdrückungsmechanismen zu analysieren und abzubauen. Das bedeutet

auch, die eigene Arbeit auf die Perspektive derer zu richten, die zumeist nicht repräsentiert sind. Eine Tagung wie diese spiegelt solch ein Commitment wider und muss auch in der politischen Bildungsarbeit gewährleistet sein, denn es bedeutet, ein Verständnis von den erhöhten Diskriminierungsrisiken für verschiedene Gruppen zu entwickeln und nach Strategien und Wegen zur De-Stigmatisierung in den Institutionen zu suchen. Eine Tagung zu Erinnerungspolitik ist immer auch eine mit Erinnerungspolitik. Die Entscheidung der Organisator_innen sie mit und aus den verschiedenen BIPOC Communitys heraus zu gestalten, legt den Fokus genau hierauf. Ähnlich verhält es sich auch mit der Komplexität von Dekolonialität. Dieses Konzept zielt vor allem auf die Lücken in der Aufarbeitung von Erinnerungen und hier vor allem auf Erinnerungsarbeit ab. Dekolonialität nimmt koloniale Narrative und koloniale Geschichten in den Blick. Das Fortbestehen und die ständige Reproduktion rassistischer Exklusionsstrukturen sollen so aufgebrochen werden. Dekolonialität in der politischen Bildungsarbeit zielt auch wieder auf die eigenen Bildungsinstitutionen und Bildungsformate ab. Daraus wird deutlich, dass alle drei Instrumente der politischen Bildungsarbeit letztendlich auf die Institution selbst abzielen und nicht so sehr auf diejenigen, die wir als „anders“ markieren und allzu oft mit und in unseren Bildungsangeboten klientifizieren.

Im zweiten Teil dieses Beitrags möchte ich nun Erinnerung(en) in diesem entworfenen Kontext verorten. Ich begreife Erinnerung und Erinnerungsarbeit immer als kollektive Erfahrung. Eine kollektive Erinnerung zeigt plurale Wege von kollektiven Geschichten auf und nicht bloß singuläre Erzählstränge, die zumeist von Helden- und Siegesgeschichten geleitet sind. Kollektive Erinnerungen sind vielmehr polylogisch. Sie sind diasporisch verbunden und vor allem auch transnational eingebettet. Damit wird kollektive Erinnerung zu einer bewegungsgeleiteten, sich aus einer politischen Bewegung speisenden, Erinnerung. Nun ist natürlich jede Erinnerung im eigentlichen Sinne immer auch kollektiv. Allerdings schafft die hegemoniale Erinnerung ein nationales Narrativ und erzählt singuläre Geschichten. Sie reproduziert damit normative Logiken, die mit normativen Formaten von Raum und Zeit arbeiten. Dies zeigt sich auch am Beispiel der Erinnerung an die Wende. Wie wir die Wendezeit und den Mauerfall erinnern, vollzieht sich sehr singulär und linear. Die Fragen, die wir stellen, folgen den normativen Logiken: Was hat zum 9. November hingeführt? Wer waren die Akteure? Mit Blick auf die Akteure werden meistens männliche Erinnerungen zentriert und reproduziert. Eine kollektive Erinnerung dagegen fällt uns sehr viel schwieriger. Wenn wir aus einer intersektionalen Perspektive beispielsweise BIPOC Communitys befragen, dann ergeben sich für die Wendeerfahrung ganz andere Daten, Ereignisse und Situationen. Da schauen wir unter anderem in eine größere Zeit hinein. Es ist wichtig, wie politische Positionierungen in den 1980er Jahren verortet waren; und vor allem auch, was nach dem 9. November passierte. Welche Auswirkungen hatte die Wende zum Beispiel auf die unterschiedlichen Communitys? Hegemoniale Erinnerung versucht

kollektive Erfahrungen in diese Singularität hineinzupressen. Intersektionale Erinnerungen an die Wendezeit erzählen von Orten, die bisher Leerstellen geblieben sind, und kommen damit zu einer komplexeren und anderen Einschätzung und Bewertung der historischen Abläufe. Die „friedliche Revolution“ z.B. funktioniert damit nicht mehr als kollektives Erinnerungsnarrativ, sondern als ein temporär eingefrorener Bewegungsmoment (der seine Bedeutung und Wichtigkeit hat). Darüber hinaus kommen Erfahrungen, die durch dieses hegemoniale Narrativ überlagert und marginalisiert werden, zum Tragen und ermöglichen eine inklusive kollektive Erfahrung. Eine intersektionale Erinnerung ist daher auch immer machtkritisch und natürlich für unsere Arbeit immer im feministischen Wissen tief verankert. Eine intersektionale Erinnerung speist sich aus transnationalen Archiven, die nicht singulär danach fragen, was am 9. November in Berlin stattgefunden hat. Sie arbeitet mit und verfügt über transnationale Gedächtnisse und hinterfragt natürlich damit auch immer wieder Deutungsperspektiven.

Im dritten Teil dieser Arbeit möchte ich das nun am Beispiel der Schwarzen feministischen Bewegung kurz konkretisieren. Wir blicken im Jahr 2021 auf eine ca. 35-jährige Geschichte der Schwarzen feministischen Bewegung in Deutschland zurück. Nun könnten Sie mich sofort herausfordern und fragen, wie wir eine kollektive Erinnerung denn dann formal zeitlich so bemessen und eingrenzen können. Wir bemessen die Bewegung allerdings nicht an singulären Ereignissen oder daran, dass Menschen zentral gesetzt wurden, die wir nun zeitlich einordnen können. Vielmehr gehen wir davon aus, wie und wann Erfahrungsgeschichte sprechbar gemacht und damit für andere Menschen zugänglich werden könnte. Für die Schwarze feministische Bewegung können wir das am Erscheinen und am Wirken des Buches „Farbe bekennen“ festmachen, in dem Schwarze Frauen zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ihre geteilte Erfahrung hörbar machten, eine Sprache für ihre Selbstbezeichnung fanden und ihre Erfahrungen aufgeschrieben haben. In den 1980er Jahren beginnt damit bereits eine Erinnerungsarbeit dieser Schwarzen feministischen Bewegung, zu der ich dann später nach dem Mauerfall auch dazu kommen konnte. Ich habe selber erlebt, wie unglaublich wichtig es ist, diese Erfahrungen zu hören, diese Geschichten zu hören, auch von den Frauen aus diesen frühen Jahren. Sie haben sich transnational mit Schwarzen Frauen- und Lesbenkollektiven in den Niederlanden, in den USA und in Großbritannien verbunden. Das war für mich aus der Thüringer Kleinstadt ein Aha-Erlebnis. Es hat sich mir sofort erschlossen, dass wir nicht in ein nationales Narrativ hinein tappen können und wollen. So hat diese feministische Bewegung Räume geschaffen, die für Andere Neues ermöglichten und für sie hörbar, sichtbar und erreichbar waren. Und das ist, so glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt; was wir selber auch in BIPOC Geschichten, in BIPOC Erinnerungen manchmal nicht würdigen und ernst nehmen, weil wir in die Geschichtsbücher blicken, weil wir selbst auch viel zu häufig in das singulär geeichte Erinnerungsverständnis schauen und fragen: Wo sind wir denn?

Wo findet man uns denn? Aber nun ja, wir sind da, wir sind in diesen Bewegungen und die haben uns schon immer auch ihre narrativen Angebote gemacht. Auch deshalb ist dies für mich eine gelebte intersektionale Erinnerungsarbeit, die dann auch geteilte Erfahrungen und Unterschiede in unseren Rassismuserfahrungen sagbar machen konnte.

Ich hoffe, dass ich damit verdeutlichen konnte, dass und wie sich eine intersektionale Erinnerung(-sarbeit) der Reproduktion normativer Logiken (Raum, Zeit, Quellen) widersetzt und davon ausgeht, dass Erinnerung nicht linear ist und keiner hegemonialen Deutungshoheit unterliegen darf. Eine intersektionale Erinnerung (-sarbeit) ist demnach nicht nur „ein Strang“ in möglichen Erinnerungsgestaltungen, sondern baut von Beginn an auf kollektiven Erinnerungen auf.

Katja Kinder:

6.2 Intersektional rassismuskritische Perspektiven auf Transformationsprozesse

Für meinen heutigen Beitrag sind mir drei Fokussierungen wichtig, die meiner Meinung nach dazu beitragen, die Qualität von Transformationsprozessen zu vertiefen und zu fundieren. Ich beginne mit der Notwendigkeit von Reflexion in unseren Communitys, woraus eine positionierte Haltung wächst, die wiederum wesentlich dafür ist, Transformationsprozesse nachhaltig in Bewegung zu bringen und zu halten.

Ich bin eine der Mitbegründer_innen von ADEFRA, einem Schwarzen queer-feministischen Kollektiv, das sich in Westdeutschland der 1980er Jahre gegründet hat. Es ging uns von Anfang an darum, unsere Räume dahingehend zu stärken, dass wir besser atmen können. Was wir dringend brauchten – und bis zum heutigen Tage brauchen, sind sichere und unterstützende Orte der Reflexion. Reflexion verstehe ich als eine Möglichkeit, Herrschaftslogiken zu analysieren. Entscheidend ist hierbei, die eigene Verstrickung in Herrschaft als rassismuserfahrene Person zu verstehen. Mich interessiert dabei, inwiefern wir durch unsere alltäglichen Routinen dazu beitragen, Herrschaftslogiken zu erhalten und zu stabilisieren. Diese Auseinandersetzung ist wichtig, um unsere Sicht auf uns und auf die Welt zu stärken. Damit stärken wir kollektive Auseinandersetzungen. Das heißt, es muss eine Balance zwischen der Analyse des Externen und der Konzentration auf das eigene Tun gefunden werden. Die Reflexion über unsere eigenen Verstrickungen bringt uns in Bewegung und damit kommen unsere verinnerlichten Logiken in Bewegung.

Aus der Reflexion der eigenen Verstrickung entsteht eine Haltung, eine reflexive Positionierung. Und positioniert zu sein, heißt immer auch, sich vulnerabel zu zeigen. So schaffen wir fragile Räume¹, in denen wir Schwarzes queer-feministisches Leben leben.

Nach diesen Vorüberlegungen soll es nun um Transformationsprozesse und ihre unterschiedlichen Tiefenwirkungen gehen. Mir geht es primär um die Wechselbeziehung zwischen Tiefenwirkung und Transformation. Wir leben, lernen, streiten, lieben und trauern in Communitys. Wir brauchen Räume, um Differenzen auszu-tragen und uns trotzdem liebevoll zuzuwenden. Das allein ist bereits sehr voraussetzungs-voll. Zum einen müssen Communitys immer wieder aufs Neue gestaltet werden. Zum anderen müssen wir mit Rassismus leben; ein Leben, das immer auch Schmerz und Zerstörungskraft beinhaltet und uns lehrt, eher nicht zugewandt miteinander umzugehen. Wir verwenden insgesamt viel zu wenig Zeit auf unsere Innenarbeit in unseren Communitys. Mit unseren Analysen, unseren Trainings, unserem wissenschaftlichen wie alltäglichen Geschäft befähigen wir im Prinzip weiße Menschen, um mit Rassismus umzugehen und diesen auf politischer Ebene überhaupt anzuerkennen. Deshalb halte ich gerade diese Konferenz für eine seltene Chance und Gelegenheit, uns einander als Rassismuserfahrene zuzuwenden, uns zu verständigen, gemeinsam voneinander zu lernen und auch kritische Perspektiven auf unsere Communitys zu werfen.

Transformation betrachte ich als einen kreativen Widerstand, der viel mehr Hingabe und die Annahme unserer Unterschiede erfordert. Ich beziehe mich an dieser Stelle auf den Text *Diversitätsorientierte institutionelle Restrukturierung, Differenz, Dominanz und Diversität in der Organisationsentwicklung*². In diesem Text geht es darum, Gender-Mainstreaming und Diversity-Mainstreaming zusammen zu denken bzw. beide Mainstreaming-Konzepte als Möglichkeiten der Restrukturierung von Organisationen einzusetzen. Dieser Text ist vordergründig eher an ein weißes Publikum gerichtet. Die Fragen, die wir im Text aufwerfen, sind aber aus unseren Schwarzen, queer-feministischen Kollektiven entstanden und besitzen genau deshalb eine hohe Relevanz für unsere Communitys. Es gibt eine Kritik an der Reichweite und der damit verbundenen Veränderungskraft. Ich beziehe mich im Folgenden auf die kritisierte Transformationstiefe. Dazu möchte ich drei Transformationsebenen vorstellen:

¹ Ich vertrete die Annahme, dass das Vorkommen von Gewalt in fragilen Räumen geringer ist und wir in ihnen einen Umgang zu unserer Zerstörungskraft bekommen.

² Maisha M. Auma, Katja Kinder und Peggy Piesche. *Diversitätsorientierte institutionelle Restrukturierung, Differenz, Dominanz und Diversität in der Organisationsentwicklung in Grundlagen und Handlungsfelder diskriminierungskritischer Organisationsentwicklung*. (Berlin: DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik, 2019).

- a) Den deskriptiven Ansatz
- b) Den normativen Ansatz und
- c) Den radikalen Reformansatz

Der deskriptiven Ansatz

Wie im Begriff bereits impliziert, handelt es sich hier um eine beschreibende Ebene. Dieser Ansatz zielt darauf ab, die Anzahl von rassismuserfahrenen Menschen in einer Organisation zu erhöhen. So wird eine gerechtere Verteilung von ökonomischen, sozialen und politischen Ressourcen angestrebt. Auf dieser Ebene wird die Relation zwischen einer horizontalen und vertikalen Machtachse noch nicht betrachtet. In Bezug auf unsere Communitys geht es eher um das Außen. Es geht darum, dabei zu sein. Aus einer rassismuskritischen Perspektive ist die Wirkungstiefe eher gering.

Der normative Ansatz

In seiner Wirkungstiefe ist der normative Ansatz effektiver, weil er Chancengleichheit nicht als eine einseitige Anpassungsleistung begreift, die dann von marginalisierten Menschen realisiert werden muss. Der Fokus liegt auf den ausschließenden Abläufen und Routinen einer Organisation. Damit wird deutlich, dass die Wirkungstiefe, wenn wir von Restrukturierungen von Organisationen ausgehen, stärker wirkt.

Für uns bedeutet es, weniger dem Außen gerecht werden zu müssen. Hier ist an den Balancegedanken zu erinnern, demzufolge wir in der Analyse von Herrschaftsstrukturen weniger Energie darauf verwenden, den Blick nach Außen zu zentrieren. Stattdessen widmen wir uns unseren eigenen Räumen und halten sie fragil, um den unterschiedlichen Stimmen Resonanz zu geben. Damit verschieben wir unsere verinnerlichten alltäglichen Routinen.

Der radikale Reformansatz

Der radikale Reformansatz fokussiert die Unterbrechung und Veränderung des Mainstreams selbst. Im Gender-Mainstreaming bedeutet dies, dass sich Frauen nicht dem Mainstream anschließen bzw. sich an diesen anpassen. Vielmehr wird hierbei der patriarchale Mainstream inklusive seiner Logik und seinen Grundlagen umgeleitet und transformiert. Auf BPoC Communitys angewandt bedeutet dies, weiße westliche Normalitätsvorstellungen, die wir alle in einem gewissen Maße

verinnerlicht haben, herauszufordern. Der radikale Reformansatz spricht direkt die symbolische Ebene an, die wir zu verändern streben, damit unsere verinnerlichten Wahrnehmungen nicht mehr mit den „äußeren“ Logiken korrespondieren.

Nach meinem Verständnis deutet dieser Ansatz darauf hin, dass wir kolonialrassistisches Wissen in uns tragen. Dieses toxische Wissen korrespondiert mit den gesellschaftlichen Bedingungen etwa von Bildung, unserem Demokratieverständnis, unserem Blick auf West- und Ostverhältnisse und Realitäten, was für uns Ressource und Qualität ist.

Das verstehe ich unter der Idee der Transformation. Dafür gilt es, den Blick nicht mehr nach Außen zu richten, etwa auf Gruppen, die über mehr monetäre Ressourcen verfügen, sondern auf unsere Communitys, in die seit Ewigkeiten die stärkste Ressource eingebettet ist, nämlich Resilienz. Anders gesagt, bedeutet es, meinen Blick immer wieder neu auszurichten, mich nicht mit Gruppen zu verbinden, die an weißen Maßstäben gemessen über mehr Privilegien verfügen, sondern mit Gruppen, die genauso marginalisiert sind, genauso widerständig sind, genauso resilient geworden sind und dadurch ein alternatives transformatives Wissen tradiert haben wie die eigene Gruppe. In diesem Sinne war für mich das Zusammentreffen von IniRomnja und ADEFRA einer der empowernden Momente in meiner Bewegungsgeschichte. Mit Blick auf West- und Ostverhältnisse gibt es widerständige Geschichten und Zusammenschlüsse in beiden Kontexten, die mehr ins Gespräch kommen müssen. Dazu ist diese Tagung eine konkrete Gelegenheit. Welchen Logiken in der Erzählung von West- und Ostverhältnissen müssen wir als rassismuserfahrene Kollektive widerstehen, welche müssen wir in Bewegung bringen, und welche reflexive Selbstarbeit und Community-interne Arbeit impliziert das?

Jane Weiß:

6.3 Geschichte(n) bewahren und öffentlich machen – das RomaniPhen Archiv in Berlin



*„Die Romni ist von Geburt aus emanzipiert!
Immer schon gewesen, da hat's diesen Satz überhaupt noch nicht gegeben!
Die Romni ist immer die treibende Kraft [...]“
(Ceija Stojka in JEKH CHIB 1995, 10)¹*

Die Mehrheit der Berichte in den Medien, das alltagsrassistische Wissen der Dominanzgesellschaft und sogar die Wissenschaft zeichnen ein Bild von Rom_nja und Sinti_ze,² das inhaltlich stereotypisiert und homogenisiert ist. Besonders Romnja und Sintize, die weiblich positionierten Menschen aus den Communitys, werden vorrangig zum einen als Opfer von Gewalt und Menschenhandel, zum anderen als kriminell und außer-

¹ Karola Fings und Elizabeta Jonuz, 'Ich atme es ein und aus'. Ein Interview mit Ceija Stojka., in *Jekh Chib: Mit einer Zunge reden. Materialien zur Situation der Roma in der BRD*, (Köln: Rom e.V., 1997), 4. „Ceija Stojka wurde als jüngste Tochter von sieben Geschwistern in eine österreichische Romafamilie geboren. Von den etwa 200 Familienmitgliedern überlebten nur Ceija, vier Schwestern und ihre Mutter das KZ Dachau, Ravensbrück, Bergen-Belsen und Auschwitz-Birkenau. Als 50-Jährige österreichische Romni trat sie als Autorin und Malerin an die Öffentlichkeit. 1988 schrieb sie ihr erstes Buch ‚Wir leben im Verborgenen‘ und machte als eine der ersten Frauen auf die Ermordung der Roma in den Konzentrations- und Vernichtungslagern aufmerksam. 1992 folgten mit „Reisende auf dieser Welt“ ihre Erinnerungen an die Zeit im Nachkriegsösterreich. 1989 malte sie ihre ersten Bilder. Als Überlebende nahm sie es zeitlebens auf sich, der Holocaust-Opfer zu erinnern. Mit ihren Schriften und ihrer Kunst übernahm sie die wichtige Aufgabe einer mahnenden Überlieferung der bis heute nicht im kollektiven Bewusstsein der Dominanzgesellschaft verankerten Realität, dass auch die Roma Opfer des Holocaust waren.“ (Elizabeta Jonuz und Jane Weiß, *(Un-)Sichtbare Erfolge. Bildungswege von Romnja und Sintize in Deutschland*, (Wiesbaden: Springer VS, 2020). (8).

² Roma bzw. Sinti ist das generische Maskulinum. Die gegenderte Schreibweise lautet: Rom_nja bzw. Sinti_ze. Weiblich positionierte Menschen werden als Romni (Singular), Romnja (Plural), Sintiza (Singular), Sintize (Plural) bezeichnet. Zu finden sind auch folgende Schreibweisen: Sintizza und Sintizze.

halb der gesellschaftlichen Ordnung stehend dargestellt. Die ihnen zugeschriebene Opferrolle basiert zudem auf der Annahme, Romnja und Sintize seien vorrangig Opfer ihrer eigenen Familien und Gruppen und deren praktizierten Kultur.

Unbestreitbar gibt es Mädchen und Frauen aus Rom_nja- oder Sinti_ze-Communitys, die Opfer von Gewalt sind, und unbestreitbar sind auch diese von den herrschenden patriarchalen Strukturen betroffen. Diese Strukturen sind jedoch solche, die uns alle betreffen, unabhängig von unserer Herkunft. Sie losgelöst von gesellschaftlichen Zuständen und in einer als homogen konstruierten Gruppe zu verorten, ist ein absurdes dominanzgesellschaftliches Deutungsmuster. Genau dies passiert jedoch, wenn es um Rom_nja und Sinti_ze geht.

Die Grundannahme der permanenten Opferschaft wird zudem vermeintlich wissenschaftlich fundiert und politisch kolportiert, zum Beispiel durch die Studien, die im Kontext der Europäischen Union seit der Jahrtausendwende vermehrt zur Situation von Mädchen und Frauen vor allem aus Rom_nja, aber auch aus Sinti_ze-Communitys, erschienen sind.³ Diese Studien haben eigentlich den Zweck, Diskriminierungs- bzw. Gleichstellungsdaten herauszuarbeiten. Die Mehrheit dieser Studien hat aber den gegenteiligen Effekt: sie homogenisieren und ethnisieren. Dabei werden selbst wissenschaftliche Standards vernachlässigt, um eine Passung zwischen den Ergebnissen und dem dominanten Bild über Romnja und Sintize herzustellen. Der folgende Textausschnitt aus einer dieser Studien illustriert dieses Vorgehen sehr anschaulich:

Romafrauen müssen sowohl im Kontext ihrer Geschlechterrolle, wie auch als Mitglied ihrer Gesellschaft verstanden werden. Gemäß den traditionellen Strukturen der Roma Familien, geschieht die Geburt des ersten Kindes bei Romafrauen zu einem früheren Alter als bei deutschen Frauen. Roma Mütter haben häufig mehr Kinder, als die deutsche Mutter.⁴

Besonders drastisch wird hier deutlich, dass Romnja außerhalb der Gesellschaft positioniert werden. Für sie scheint es offensichtlich nur ihre partikuläre Gesellschaft zu geben. Zudem werden sie in Kontrast zur deutschen Gesellschaft gesetzt, womit eine klare Trennung von Romnja- und Deutsch-Sein vorgenommen wird. Die dadurch konstruierten dichotomen Welten und abgegrenzten Entitäten negieren eine selbstverständliche Zugehörigkeit von Romnja zur (deutschen) Gesellschaft.

³ Siehe hierzu die Analyse von insgesamt 15 Studien zur Situation von Sinti_ze und Rom_nja aus den Jahren 2005 bis 2016 aus dem Apparat der Europäischen Union in., (Un-)Sichtbare Erfolge, 35–46. Die folgenden Ausführungen basieren auf diesen Ausführungen.

⁴ Europäisches Parlament, *Aspekte der ökonomischen Situation von Romafrauen*, (Brüssel: Europäisches Parlament, 2005), 24.

Zudem weist die Wortwahl in diesem Textausschnitt eine starke Parallele zur nationalsozialistischen Sprache auf. Ebenso bemerkenswert ist die starke Homogenisierung („Romafrauen“, „ihre Gesellschaft“, „Roma Familien“, „Mütter“) sowie der ethnisierende Erklärungsansatz für eine soziale Lage („gemäß den traditionellen Strukturen“). Wie in den anderen untersuchten Studien der Europäischen Union, die im Zeitraum von 2005 – 2016 entstanden sind, gründet auch diese nicht auf verlässlichen wissenschaftlichen Aussagen, sondern auf Vermutungen und Behauptungen, die dann mutig generalisiert werden.

Dies lässt sich anhand weiterer Textpassagen aus diesen Studien noch genauer untermauern. So finden sich u.a. Abschnitte, in denen erklärt wird: „Die traditionelle Roma-Familie ist völlig patriarchal“⁵ und wir finden die folgende Behauptung: „The Roma patriarchal family model affects Romani women’s access to basic human rights and exposes them to all forms of violence.“⁶

Hier wird, so meine ich, die Absurdität, die ich eingangs erwähnte, noch einmal sehr deutlich. Gewalt wird allein mit den Strukturen innerhalb einer Gruppe erklärt und völlig losgelöst von den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet. Eine weitere pauschalisierende Aussage, die sehr oft zu finden ist, lautet: „Die meisten europäischen Romafrauen sind Analphabetinnen.“⁷

Dieses pauschal konstruierte Negativbild von Romnja und Sintize inklusive entsprechender Erklärungsansätze existiert jedoch nicht nur in den Ordnern und Akten der Europäischen Union und ihren einzelnen Länderregierungen, in denen sie in ihrer Bedeutungslosigkeit versinken. Sie sind zumeist im Internet frei zugänglich; und zwar über Seiten der Bundesregierung und der Europäischen Union. Sie haben damit politische, mediale und repräsentative Folgen. Die in der Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik dominierende Sichtweise auf Romnja und Sintize kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Sintize und Romnja werden 1. eindimensional als Opfer dargestellt und wahrgenommen, 2. in erster Linie als Opfer der eigenen Familie und Communitys und 3. als Opfer „ihrer“ Kultur.

Dieses kontaminiert weitergetragene Wissen über Romnja und Sintize bedingt, dass sie in den europäischen Gesellschaften nach wie vor wenig sichtbar bzw. nur in der dargelegten Art und Weise sichtbar werden. Romnja und Sintize kommen

⁵ Europäische Kommission, *Ethnic Minority and Roma Women in Europe: A case for gender equality?*, (Luxemburg: Publications Office of the European Union, 2008), 51–52.

⁶ „Das patriarchalische Familienmodell der Roma beeinflusst den Zugang von Roma-Frauen zu grundlegenden Menschenrechten und setzt sie allen Formen von Gewalt aus.“ (Übersetzung J. W.) (Europäisches Parlament, *Empowerment of Roma Women within the European Framework of National Roma Inclusion Strategies*, (Brüssel: Europäisches Parlament, 2013), 23).

⁷ Europäisches Parlament. *Aspekte der ökonomischen Situation von Romafrauen*. Brüssel: Europäisches Parlament, 2005.

als politisch bewusste und aktive Frauen in diesen Bildern schlichtweg nicht vor. Die politisch zivilgesellschaftlichen Kämpfe von Rom_nja und Sinti_ze als Gemeinschaften waren und sind in der öffentlichen Wahrnehmung ebenso randständig. Frauen als aktiv Teilnehmende und Gestaltende werden noch mehr ausgeblendet. Damit wird zum einen das Stereotyp der bedürftigen „Minderheiten-Frau“ bestätigt und bekräftigt, zum anderen verschwindet sukzessiv ihr Anteil an den emanzipatorischen Bewegungen der (migrantischen) Minderheiten der Rom_nja und Sinti_ze in Deutschland und Europa. Ihre Perspektiven, Errungenschaften und Geschichten verschwinden nach und nach – sowohl aus der öffentlichen Wahrnehmung als auch aus der Wahrnehmung innerhalb der Minderheiten selbst.⁸

Hier setzt das RomaniPhen-Archiv an. Wir etablieren feministische Perspektiven und Erinnerungskulturen an die Romnja und Sintize in unseren Bewegungen, um sie dem Vergessen zu entreißen. Homogenisierenden Narrativen setzen wir widerständige Geschichten entgegen, so beispielsweise die Geschichte von Ceija Stojkas – Holocaust-Überlebende, Künstlerin, Romnja-Aktivistin – oder das Wirken, den Mut und die Kraft von Melanie Spitta, eine überlebende Sintizza, die das durch die Nationalsozialisten verursachte Leid nach Innen (in die Sinti_ze-Communitys) und nach Außen (in die postfaschistische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland) hartnäckig thematisierte und hier eine „Mauer des Schweigens“ brach.⁹ Das Archiv möchte aktuell und für die folgenden Generationen den Mädchen und Frauen die Möglichkeit der Erinnerung und die Würdigung des kulturellen Reichtums, der politischen Kämpfe, der prägenden Persönlichkeiten und ihrer Analysen, ihres Wissens und ihres Wirkens bewahren. Dabei geht es aber auch darum, Romnja und Sintize nicht nur als handelnde Akteurinnen in ihren Communitys wahrzunehmen, sondern auch im Kontext von feministischen, emanzipatorischen, antirassistischen und solidarischen Bewegungen darzustellen. Rom_nja- und Sinti_ze-Aktivist_innen handelten und handeln niemals im geschichts- oder politikfreiem Raum, sondern waren und sind Teil emanzipatorischer feministischer Ideen, Netzwerke und Geschichte(n).¹⁰

⁸ Vgl. Isidora Randjelovic, „Show me your archive and I will tell you who is in power: Das Feministische Archiv RomaniPhen“ in *Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte über Antiromaismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien*, herausgegeben von Kathrin Krahel und Antje Meichsner (Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2016), 15–17.

⁹ Vgl. dazu u.a. unsere Homepage des RomaniPhen-Archivs (www.romnja-power.de).

¹⁰ Vgl. Randjelovic, „Show me your archive“.

Konkret arbeitet das RomaniPhen-Archiv an folgenden Schwerpunkten:¹¹

- **Geschichte(n)** – Leerstellen ausfüllen, dem Vergessen entreißen, Wissen und Zugänge dazu schaffen, Beteiligung von Rom_nja/Sinti_ze daran sichtbar und zugänglich machen
- **Images** dekonstruieren, kritisieren und verändern
- **Kritisches Wissen** erarbeiten, öffentlich machen - Wissen, das aus romani Perspektive hegemoniales Wissen hinterfragt, erweitert und auch widerlegt
- **Erarbeitung und Bereitstellung** von diskriminierungskritisch didaktisch aufbereiteten Material für pädagogische Fachkräfte
- **Darstellen, Sammeln und Bewahren kultureller und politischer Praxen** in Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen und deren Verbindung mit aktuellen politischen Kämpfen
- **Schaffen und Stärkung von Romnja/Sintize-Netzwerken**, generationenübergreifend und divers
- **Intergenerationale Arbeit und Weitergabe von Wissen** aus romani Perspektive

Die verschiedenen und vielfältigen Geschichten, die unser Archiv bewahrt, tradiert und aktualisiert, d.h. in Bezug zu konkreten aktuellen Ereignissen aber auch zu historisch gewachsenen und politisch wirksamen Strukturen setzt, haben einen sehr weiten Zugriff auf den Begriff vom „Osten“. Die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse der 1990er Jahre trafen und treffen die verschiedenen Rom_nja - und Sinti_ze-Communitys mit einer besonderen Härte. Die sogenannte deutsche Wiedervereinigung und der Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks hat zum einen rassistische Gewalt gegen Rom_nja verschärft¹², zum anderen die Lebensverhältnisse im ehemaligen Ostblock für die Mehrheit der Rom_nja und Sinti_ze verschlechtert. Sie gehören zu den sozialen Verlierern der Transformationsprozesse. Besonders drastisch und dramatisch gestaltet sich jedoch die Situation für Rom_nja aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie wurden in den sogenannten Jugoslawien-Kriegen größter Gewalt ausgesetzt. Sehr viele waren gezwungen ihre Lebensmittelpunkte zu verlassen und sind bis heute auf der Flucht, da sie weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in einem anderen europäischen Land Schutz und Sicherheit bekommen.¹³ Wenn es also um die Frage der Ost-West-Transformationsprozesse geht, sind die Bewegungserfahrungen und -geschichten

¹¹ Vgl. Randjelovic, Isidora. „Show me your archive and I will tell you who is in power: Das Feministische Archiv RomaniPhen.“ In *Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte über Antiromaismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien*, herausgegeben von Kathrin Krahel und Antje Meichsner, 15–17. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2016.

¹² Vgl. u.a. „Rostock-Lichtenhagen. Gedenken an ein Pogrom“, Roma Antidiskrimination Network (RAN), abgerufen am 31.12.2020, <https://www.roma-center.de/rostock-lichtenhagen-gedenken-an-ein-pogrom/>.

¹³ Vgl. dazu beispielhaft „Die Geschichte und gegenwärtige Situation im Kosovo“, Roma Antidiskrimination Network (RAN), <https://www.roma-center.de/kosovo/> (abgerufen am 31.12.2020).

von Rom_nja und Sinti_ze geprägt von einem Anwachsen rassistischer Gewalt, Prekarisierung, Entrechtung, dem Überleben in autokratischen bis hin rechtsextremistisch orientierten Regimen und den andauernden Bleiberechtskämpfen. Sie sind jedoch auch geprägt von einem neuen Selbstbewusstsein und einer neuen Sichtbarkeit im politischen Kampf um Menschen- und Minderheitenrechte. Rom_nja und Sinti_ze sind hierbei oftmals, wie es Ceija Stojka schon 1995 formulierte, die „treibende Kraft“. Daran erinnert und dafür steht das RomaniPhen Archiv.

Literatur:

Europäische Kommission. *Ethnic Minority and Roma Women in Europe: A case for gender equality?* Luxemburg: Publications Office of the European Union, 2008.

Europäisches Parlament. *Aspekte der ökonomischen Situation von Romafrauen*. Brüssel: Europäisches Parlament, 2005.

Europäisches Parlament. *Empowerment of Roma Women within the European Framework of National Roma Inclusion Strategies*. Brüssel: Europäisches Parlament, 2013.

Fings, Karola und Jonuz, Elisabeth. „Ich atme es ein und aus“. Ein Interview mit Ceija Stojka. In *Jekh Chib: Mit einer Zunge reden. Materialien zur Situation der Roma in der BRD*, 4. Köln: Rom e.V., 1997.

Jonuz, Elizabeta und Weiß, Jane. *(Un-)Sichtbare Erfolge. Bildungswege von Romnja und Sintize in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 2020.

Randjelovic, Isidora. „Show me your archive and I will tell you who is in power.“ Das Feministische Archiv RomaniPhen.“ In *Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte über Antiromaismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien*, herausgegeben von Kathrin Krahel und Antje Meichsner, 15–17. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2016.

Roma Antidiskrimination Network (RAN). „Die Geschichte und gegenwärtige Situation im Kosovo.“ <https://www.roma-center.de/kosovo/> (abgerufen am 31.12. 2020).

Roma Antidiskrimination Network (RAN). „Rostock-Lichtenhagen. Gedenken an ein Pogrom“ <https://www.roma-center.de/rostock-lichtenhagen-gedenken-an-ein-pogrom/> (abgerufen am 31.12. 2020).

6.4 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion

In der Diskussion wurden community-interne sowie community-übergreifende Prozesse und Erfahrungen der Selbstorganisation thematisiert. Dazu gehören Empowerment-Prozesse, kreative Widerstandsformen, immaterielle Archivarbeit sowie das Schaffen von fragilen Räumen, Aushandlungsprozessen und Formen des konstruktiven Streitens.

Community-interne Arbeit wurde u.a. am Beispiel der Schwarzen Frauenbewegung in Deutschland diskutiert. In der Transformationsphase nach 1990 z.B. seien in der Schwarzen feministischen Community Debatten um transnationale Vernetzung und Verankerung entstanden. Diese teils schmerzhaften Debatten konnten auf einem feministischen Fundament geführt werden und resultierten in einer Veränderung der Selbstbezeichnung über das deutsche Narrativ hinaus, von „Afro-Deutschen“ hin zu „Schwarzen Frauen* in Deutschland“, so Peggy Piesche. Dabei sei die community-interne Arbeit und der Blick nach innen wichtig, um den Fokus nicht beim Mainstream und der Dominanzgesellschaft zu haben und nur in Abgrenzung zu dieser verortet zu sein, sondern die Kraft und Energie in community-interne Aushandlungsprozesse und konstruktive Streitgespräche zu kanalisieren. Piesche sagte, dass sie sich in der Arbeit bei ADEFRA immer wieder gegenseitig daran erinnern, aus welcher Perspektive sie sprechen und worauf ihre Arbeit gerichtet ist. Fragen nach den Prozessen, Fortschritten und Erfolgen dürften dabei nicht mit Gradmessern von außen beantwortet werden, sondern müssten von den Menschen beantwortet werden, die diese Prozesse gestalten und aus diesen Erfahrungen lernen.

Nicola Lauré al-Samarais Beitrag über immaterielle Archive hat in großen Teilen die Arbeit im RomaniPhen Archiv beschrieben, so Jane Weiß. Lauré al-Samarai führte an, dass es nicht nur wichtig sei, woran erinnert wird, sondern auch, wie erinnert wird, sowie dass es nicht darum gehe, Leerstellen zu füllen oder zu überschreiben, sondern darum anzuerkennen, dass es immaterielle Archive gibt und mit dem Immateriellen zu leben, zu arbeiten und Unsicherheit auszuhalten. Auch das RomaniPhen Archiv ist kein klassisches Archiv. Sie nutzen einen sehr weiten Begriff von Archiv und Archivierung. Mit dem RomaniPhen Archiv schaffen sie einen schützenden Raum, in dem neue Formen von Materialitäten gefunden, Unsicherheiten ausgehalten und damit Anregungen für weitere Bewegung, weitere Arbeit und Wandel geschaffen werden, so Weiß. Unsicherheiten – sowie fragile Räume – auszuhalten, schaffe Raum und Anregungen für Reflexion, Austausch und Wachstum.

Die Arbeit zwischen ADEFRA und der IniRomnja wurde beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Communities diskutiert. Diese Zusammen-

arbeit basiere auf Gemeinsamkeiten wie Rassismuserfahrungen und geteilten Perspektiven und Methoden wie z.B. transnationalen und feministischen Ansätzen, während Differenzen wahrgenommen und anerkannt werden. In diesem Zusammenhang verwies Weiß auf den Wissenstransfer zwischen der Community Schwarzer Frauen* in Deutschland und der Sint_izze und Rom_nja, wie z.B. der Ansatz, eine Balance zu finden zwischen der Arbeit, die nach Außen gerichtet ist und jener, die nach innen gerichtet ist. Community-übergreifende Debatten und Auseinandersetzungen bauen dabei auf community-interne Lern- und Wachstumsphasen auf.

Das Schaffen sogenannter „fragiler Räume“ sei – in der Community-internen sowie Community-übergreifenden Arbeit – ein Ansatz für Empowerment-Prozesse, so Katja Kinder. Fragile Räume seien dabei Räume, in denen sich Menschen aus marginalisierten Communitys verletzlich und vulnerabel zeigen können, in denen positioniert eine Haltung gezeigt, von dieser Haltung nicht abgewichen und dabei liebevoll miteinander ins Gespräch gekommen werde. Laut Kinder, sei sowohl in der Community-internen sowie -übergreifenden Arbeit die (Selbst-)Positionierung und die damit verbundenen kleinen sowie größeren reflexiven Momente von zentraler Bedeutung.

In der community-internen sowie community-übergreifenden Arbeit gelte es, einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu finden. Konstruktives Streiten und interne Aushandlungsprozesse in Communitys wurden mit Blick auf das Wirken dekonstruktiver Strukturen auf marginalisierte Communitys diskutiert. Wie können sich Menschen aus den Communitys auf sich und die Community besinnen und nicht von außen leiten lassen, wenn der Druck von außen immer stärker werde und politische Situationen und rassistische Strukturen großen Druck auslösen? Kinder bezog sich auf das Wirken von Rassismus, als sie sagte, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus keine sei, die von ihr entfernt ist, keine, auf die sie von außen blicken kann, sondern die Auseinandersetzung mit Rassismus sei immer eine, die sie zugleich ist. Diese Auseinandersetzung sei also existentiell und emotional. Sie gehe unter in die Haut, jedoch werde Rassismus oft abstrahiert, rationalisiert und von einem selbst losgelöst, um es besprechbar zu machen. Kinder sagte dazu,

Wenn wir mehr fragile Räume schaffen, in denen meine Stimme brüchig werden und mein Atem stärker werden kann, in dem mir die Tränen kommen können, wenn wir diese Räume schaffen, dann – das ist eine These von mir – reduzieren wir die Verletzungskraft, die wir haben und die wir in diesen Räumen oft auch aufspielen. [...] Der Umgang [mit Reibungen und Konflikten] ist immer Reflexion. Der Umgang ist, mich fragil zu zeigen, dich nicht anzugreifen. Warum verletzt

mich das gerade, das auch in Frage zu stellen. Nicht in Frage zu stellen, aber zu befragen. Warum und was verletzt mich.

Dabei stellen sie in ADEFRA reflexive Fragen, die sie tatsächlich betreffen, um bei sich zu bleiben und die Einflüsse, Strukturen und den Druck von außen nicht zu reproduzieren. Das, was sie ausmache, das habe zu wenig Raum, fügte Kinder hinzu. Deswegen arbeitet sie in Communitys und ist Communityarbeiter_in. Sie arbeitet an Strukturen, um atmen zu können, weil sie oft nicht atmen könne:

Wenn wir uns das zugestehen, einfach zu sagen, ich will atmen können und ich will Fragen stellen können und mich auch kritisch befragen lassen, dann schaffen wir fragile Räume und dann reduzieren wir die Zerstörungskraft, die wir anderen Menschen gegenüber haben.

Die Arbeit gegen und der Umgang mit Rassismus sei ermüdend. Rassismus töte und mache etwas mit marginalisierten Menschen und Communitys. In diesem Zusammenhang stimme Kinder ein stückweit optimistisch, wenn weiße Leute anfangen, ihr Weißsein zu reflektieren. Weiße Menschen müssen dabei nicht zwangsläufig in BIPOC Räumen eingebunden sein, um allies¹ zu sein. Sie können ihre eigene Reflexionsarbeit machen, auf die Straße gehen und sich gegen Rassismus stark machen.

Kinders These von Transformation als kreativer Widerstand wurde ebenfalls in der Diskussion aufgegriffen und in Bezug zum Tagungsthema gesetzt. Wie könne mit dieser Haltung der Transformationsprozess aus einer migrantischen Position heraus betrachtet und darauf reagiert, sprich Widerstand geleistet, werden. Dabei sind Migrant_innen, Geflüchtete und BIPOC und ihre Bedarfe der Ausgangspunkt und ihre Perspektiven zentral für die Erarbeitung der Lösungsansätze, schlug Pie-sche vor. Die Interessen und Themen von Migrant_innen, Geflüchteten und BIPOC müssten von diesen Gruppen selber als zentral und wichtig gesehen werden, in dem Sinne, dass sie mit ihrer Arbeit ihre gesellschaftliche Marginalisierung dekonstruieren, statt sie zu reproduzieren. Auch Projekte, die die DDR diverser und vielfältiger lesen und so Bezüge u.a. zu Migrant_innen, Geflüchteten, Sint_izze und Rom_nja schaffen, brechen bestehende monolithische Bilder auf und definieren Geschichte, wie Jasmin Dean ausgeführt hat, als Geschichte von Verwobenheiten, so Weiß. Dabei betont Weiß die Notwendigkeit einer eigenen Geschichtsschreibung und der Geschichtsschreibung „von unten“, die mit dem Aufbrechen von Dominanzbildern und -narrativen einhergehe.

¹ „Allies“ meint solidarische Verbündete aus der Mehrheitsgesellschaft im Kampf gegen jegliche Formen von Unterdrückung und Diskriminierung.

In Zusammenhang mit Generation – nicht im Sinne einer biologischen Generation, sondern im Sinne einer sozialen bzw. gesellschaftlichen Erfahrung – wurde die Wende als Trauma und auch sozialer Bruch für Individuen, Generationen, Communitys und die Gesellschaft diskutiert. Halil Can beschreibt dabei die Migration vor der Wende in beiden Teilen Deutschlands durch Gastarbeit, Vertragsarbeit, Migration und Flucht als Nachkriegsgeneration, die sozusagen zugewandert ist und diese Gesellschaft verändert hat, ohne dass diese Generation den Blick dafür hatte, längerfristig hierbleiben zu wollen. Diese Generation habe bereits vor der Wende politische Kämpfe um politische Rechte geführt. Sie haben sich z.B. für das kommunale Wahlrecht, für die Staatsbürgerschaft, für den muttersprachlichen Unterricht eingesetzt. Can vertrat dabei die These, dass mit der Wende eine Unterbrechung bzw. ein langes Schweigen in Bezug auf Ziele, für die sie sich eingesetzt hatten und die Kämpfe, in denen sie weit gekommen waren, aufkam. Dies sei jedoch nur eine Perspektive auf die Wende, Erinnerungen müssten immer wieder reflektiert und verändert werden. Die Wendezeit stelle u.a. nicht nur eine Unterbrechung sozialer Kämpfe dar, sondern eine Veränderung dieser Kämpfe, merkte Piesche an. Die 1990er Jahre seien nicht nur von Stillstand geprägt. BIPOC organisierten sich in den feministischen Bündnissen der 1990er, ohne dass sie ihre Arbeit mit Begrifflichkeiten wie BIPOC versahen. Diese Geschichte gelte es aufzuarbeiten, appellierte Piesche. Das zweite große Trauma, das die jüngere Generation präge und zu ihrer Politisierung, Selbstpositionierung und Erinnerungsarbeit beiträgt, beginne mit rassistischen Morden wie den NSU Morden, setze sich mit Hanau fort und gewinne eine transnationale Perspektive mit der Ermordung von George Floyd und der Black Lives Matter Bewegung, so Can. Bewegungen wie Black Lives Matter zeigten dabei nicht nur, dass die Kämpfe Schwarzer Menschen schon immer transnational gesehen und global eingebunden waren, sondern auch welche Auswirkungen die transnationale Einbindung und ein transnationales Verständnis von Befreiungsbewegungen haben könne, so Piesche.

Die Diskussion zeigte die geteilten Interessen und Ziele unterschiedlich marginalisierter und rassifizierter Communitys und unterschiedlich positionierter Generationen auf. Community-übergreifende Zusammenarbeit ist möglich und gewinnbringend, wenn u.a. Differenzen wahrgenommen und anerkannt werden, ein wertschätzender Umgang miteinander gepflegt wird, sowie Menschen sich in geschützten Räumen öffnen und verletzlich zeigen können. Auch haben unterschiedliche Generationen unterschiedliche Erfahrungen und Politisierungsmomente, sie finden sich jedoch in ähnlichen antirassistischen und antifaschistischen Kämpfen wieder.

7. Intergenerationale Weitergabe



Gemeinsames Abendessen und -programm am zweiten Tag der Tagung

Soziokulturelles Erbe

Der zweite Abend wurde mit einem kreativen Programm gefüllt, in der Tagungsteilnehmende persönliche Objekte, Anekdoten, Lieder, Fotos und audiovisuelle Werke als soziokulturelles Erbe, welches sie der nächsten Generation weitergeben möchten, vorstellten.

Im Rahmen der Abendeinheit „Intergenerationale Weitergabe - Soziokulturelles Erbe“ haben die Tagungsteilnehmenden Objekte, Geschichten, Gedichte, Lieder und Klänge, und damit verbunden, Wissen, Erfahrungen und Erinnerungen mitgebracht, die sie der nächsten Generation mitgeben möchten. Mit dieser unkonventionellen Methode aus der partizipativen Erinnerungsforschung wurde ein informeller und kreativer Raum geschaffen, um Community-übergreifend und intergenerational zusammenzukommen, voneinander zu hören und zu lernen. Inspiriert ist die Methode von dem digitalen Archiv und der virtuellen Ausstellung

„Future Memory Collection“¹ die Teil von Anne Chahines² Dissertationsprojekt ist. Mit jungen Grönländer_innen geht sie darin spielerisch der Frage nach: „What do you want to be remembered by?“ (auf Deutsch: „Wodurch wollen Sie in Erinnerung bleiben?“).

Ibraimo Alberto erzählte, wie er in der DDR professioneller Boxer war und wie seine Erfahrung im Kampfsport sein Selbstbild sowie seine Wahrnehmung durch andere geprägt hat. Die Liebe zum Kampfsport hat Alberto nicht nur an seinen Sohn weitergegeben, er trainiert auch Jugendliche in einem Jugendclub in Berlin. Symbolisch hat Alberto Boxhandschuhe mitgebracht, die ihm sein Sohn gekauft hat. Diese Handschuhe hat Alberto in einem Boxkampf zur Unterstützung von Geflüchteten getragen. Zusätzlich hatte Alberto seinen ersten Pokal von der Berliner Meisterschaft in der DDR vom September 1984 mitgebracht. Mit dem Kampfsport verbindet Alberto Respekt, Resilienz, Selbstbewusstsein und die Fähigkeit, sich im Notfall verteidigen zu können. Alberto beendet seine kurze Rede mit einem Plädoyer an die Jugend, Kampfsport zu machen; für die physische und mentale Stärkung sowie für die Möglichkeit der Selbstverteidigung. In Albertos Worten:

[Boxen] ist nicht schwer. Es ist ganz normal und einfach. Es ist natürlich [am Anfang schwer], erster Tag, zweiter Tag [...] und danach ist es ganz locker [...] wie wenn man, wie soll ich es sagen, wie wenn Wasser im Fluss funktioniert, so wird [es] auch selbst bei dir funktionieren.

Phường Thanh Nguyễn brachte ihren Animationsfilm „Sorge 87“ mit. Die kurze Dokumentation handelt von der Geschichte ihrer Eltern und deren Leben im Wohngebiet „Sorge“, wo sie als vietnamesische Vertragsarbeiter_innen in der DDR untergebracht worden waren. Phường Thanh Nguyễn erzählte, wie der Film ihr Leben verändert hat, weil er Raum für die Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte geschaffen hat. Hierzu sagte sie:

[...] wir haben halt einfach ganz andere Gespräche seitdem innerhalb der Familie und mir ist es einfach wichtig, das an die nächste Generation weiterzutragen, dass man sich mit seiner eigenen Geschichte auseinandersetzt und dass man solche Stimmen hörbar macht.

¹ Mehr Informationen zum Archiv/zur Ausstellung sowie Anne Chahines Dissertationsprojekt hier: <http://futurememorycollection.com/about>, <https://futurememorystories.org/>

² „Anne Chahine is a practice-based researcher with an interest in the multivocal nature of memory, history and heritage and its effect on the individual as well as society in a broader sense. Anne is currently based in Aarhus, Denmark where she is pursuing her PhD in Anthropology at Aarhus University.“ (vgl. „About“, Anne Chahine, zugegriffen am 1.07.2020, <https://annechahine.com>).

Mit Bezug zum Film und der sächsischen Plattenbausiedlung „Sorge“ hat ihre Schwester Phường Thúy Nguyễn ein selbstgeschriebenes Gedicht mit dem Titel „Sorge“³ vorgetragen. Denn nach der Wende sind deren Eltern dort geblieben und die beiden sind im selben Wohngebiet aufgewachsen. Phường Thúy Nguyễn spricht dabei aus ihrer Perspektive und beschreibt eine Kindheit zwischen Sorgen und Sorglosigkeit, zwischen diasporisch-vietnamesischen Community-Leben und rassistisch paternalistischer Überwachung und einem Brandanschlag durch Nachbar_innen. Sie beschreibt das Wohngebiet als eine Art Safer Space (sicherer Raum), wenn sie sagt:

[...] diese Blase, in der wir gelebt haben, war so ein Safer Space, den ich selten wiedergefunden habe, wo ich einfach Kind sein konnte, frei sein konnte, mit meinen vietnamesischen Freund_innen, da waren auch viele Spätaussiedler und -aussiedlerinnen in unserem Wohngebiet, wo wir uns einfach wohl gefühlt haben.

Nguyễn schließt mit den Worten ab, dass Safer Spaces allein nicht reichen. Diese Räume können prekär und verwundbar sein, können einem genommen und zerstört werden, wie es letztendlich auch mit deren Wohngebiet „Sorge“ geschah. Sie schlussfolgert:

Ich brauche diese Safer Spaces, aber gleichzeitig sind Beispiele wie die „Sorge“ für mich auch, warum wir gesellschaftliche, strukturelle Veränderungen brauchen und das möchte ich gern den nächsten Generationen mitgeben.

Im Anschluss hat Mahmoud Dabdoub seine erste Kamera, eine Praktica aus der DDR, als Objekt vorgestellt, welches er gerne an die jüngere Generation weitergeben möchte. Sein verstorbener Bruder hat die Kamera 1979 in Westberlin gekauft und sie ihm nach Beirut mitgebracht. Die Kamera war eine DDR-Produktion. Die Fotos, die Dabdoub eineinhalb Jahre lang mit der Kamera schoss, verhalfen ihm zum Studium in die DDR. Dabdoub beschreibt die Kamera als besonders wertvoll, einmal, weil sie die Erinnerung an seinen Bruder lebendig halte, und weil sie eine gute Kamera sei. Er möchte jedoch nicht zwangsläufig die Technik an die junge Generation weitergeben, sondern die Erinnerungen, Gefühle und Geschichten, die er mit der Kamera verbindet. Ihm sei es wichtig, dass die nächste Generation vor allem Wertschätzung kennt und lernt, egal für welches Talent.

Das Instrument Saz – oder auch Bağlama – genannt, das Halil Can auf einem Bild mitgebracht hat, greift ebenfalls den Aspekt auf, dass Gegenstände Erinnerungen lebendig halten und Geschichten erzählen. Anhand des Bildes seiner eigenen Saz

³ Das Gedicht Sorge (2020) ist am Ende des Beitrages zu lesen.

möchte Can die Geschichte der Gastarbeitermigration teilen. Das Instrument sei im Nahen Osten weit verbreitet und kam mit der Gastarbeit nach Deutschland und in andere europäische Länder. Dabei spricht Can anhand eines Beispiels von einer transgenerationalen Weitergabe:

Mit dieser Saz wurde auch eben transgenerationell etwas vererbt. Also das, was der Vater von seinem Vater geerbt bekommen hatte, das hat er an seinen Sohn weitergeerbt und das ging dann weiter, auch bei dem Enkelkind.

Dabei greift er das Konzept von immateriellen Archiven auf, welches Nicola Lauré al- Samarai im Auftaktpanel der Tagung vorgestellt hatte, und sagt:

Dieses Instrument ist eigentlich materiell, aber es ist auf der anderen Seite auch etwas Immaterielles. Es hat etwas, es ist ein Gedächtnis eigentlich, weil es singt, wenn ein Mensch mit diesem zusammenkommt. Und mit diesem Instrument ist auch kulturelles Wissen von Generation zu Generation über die Migration bis nach Europa getragen worden. Mittlerweile findet man dieses Instrument nicht nur in diesen Familien, sondern es wird auch in der Schule unterrichtet und es gibt mittlerweile auch die Möglichkeit, ich glaube in Nordrhein-Westfalen, Saz zu studieren, also dieses Instrument ist angekommen.

Das Konzept von immateriellen Archiven wurde auch von Duc Trong Do in der Vorstellung von postmigrantischen Radio Formaten aufgegriffen. Do erzählt vom Kollektiv „Music of Color“, das Kulturveranstaltungen in Leipzig organisiert, die mehrheitlich BiPoC dominiert sind, vom Community Radio und vom Konzept postmigrantischer Radio-Formate. Dabei findet Do diese Formate wichtig,

[...] um die so genannten immateriellen Archive auch hörbar machen zu können und das halten wir gerade für ganz spannend, weil wir glauben, dass dieses Radio Format sehr niedrigschwellig und teilweise auch mehrsprachig umzusetzen ist und mit dem derzeitigen Internet ja auch überall hörbar ist, also sozusagen auch über nationale Grenzen hinweg.

Danilo Starosta hat den Song „Feeling B“ von Tschaka mitgebracht. Seine Botschaft ist, dass Künstler_innen auch Seismographen sein können. Er stellt die These auf, dass Künstler_innen frühzeitig gesellschaftliche Analysen anstellen und Erkenntnisse generieren; viel früher als die Mehrheit der Gesellschaft. Demnach sind künstlerische Praktiken und Werke sowie künstlerische Communitys Wissensressourcen, die man anerkennen und mit denen man sich auseinandersetzen kann. Außerdem hat Starosta eine Bilderreihe von sich mitgebracht, die ihn in verschiedenen „Verkleidungen“ zeigt, „die Andere für ihn machen, damit er irgendwie dazu passe oder hübscher wird“, wie er sagt. Selten beschreiben diese ihn als

Persönlichkeit. Trotzdem zeigen sie auch die verschiedenen Einflüsse seiner Umgebungen. Dabei spricht Starosta von unterschiedlichen Graden des Wohlbefindens und kreiert eine kurze Zukunftsphantasie anhand der Bilder, in denen er sich am wohlsten fühlt. So sei sein Glück auf Erden mit seinem Neffen auf dem Rücken von Pferden.

Der Abend, geleitet durch diese kreative Methode der „Intergenerationalen Weitergabe – Soziokulturellen Erbes“, hat nicht nur die Praxis mit der Wissenschaft verbunden, sondern den Tagungsteilnehmenden auch die Menschen und ihre Geschichten, Gefühle, Gedanken sowie Visionen hinter den Artefakten näher gebracht. Die Abendstunden wurden durch die materiellen und immateriellen Archive der Personen im Raum belebt. Die Tagungsteilnehmenden sahen und hörten unterschiedliche Formen des Erinnerns, Wahrnehmens und Visionierens, wodurch marginalisierte Geschichte(n) und Wissen im wahrsten Sinne des Wortes die Bühne übernahmen.

SORGE (2020)

von Phương Thúy Nguyễn

Die Sorge war unsere Heimat aus Watte,
 Unsere Traumwelt in der Platte,
 Eine Welt, in der wir die Regeln erfanden,
 Regeln, die uns ausbrechen ließen
 aus dem Leben Dazwischen,
 Zwischen Klöße und Phở,
 Zwischen Guten Morgen und Chào chào cô,¹
 Zwischen Ausländerkind und Vorbildstochter,
 Zwischen sich beweisen und bewahren
 - das Gesicht deiner Eltern,
 - die Ehre deiner Familie,
 - den Aufenthalt in deinem Geburtsland,

... als Vorzeigekanak!

Die Sorge war unsere Freude,
 und anderer Kummer,
 für uns, unser Vietnam mit Netto,
 für sie, ein lautes und dreckiges Ghetto.
 Wir spielten Bulle und Verstecker,
 machten die Nacht zu unserem Wecker.
 Ab und zu wurde Spiel Realität,
 verstecken vor Bullen,
 wenn Nachbarn Jugendamt spielen wollten.

Die Sorge war unser Zuhause,
 unsere Schule,
 unser Urlaub.

In den Ferien: Zelten vorm Block,
 Eltern arbeiten in Tây Đức,²
 Ihre Heimkehr am Wochenende, was'n Glück!
 Dann gab's:
 Nen Euro für jede Eins,
 und hier und da 10 Cent für Center Shock!

¹ Vietnamesisch für: Ich grüße dich Tante!² Vietnamesisch für: Westdeutschland

15 Jahre Feriencamp,
 Täglich Tag der Offenen Tür,
 Spielen und Spinnen, ohne Manier!
 Leben mit Freunden,
 Lernen fürs Leben,
 Lachen Über- Leben.

Arbeitslosigkeit schuf Selbstständigkeit und Fernarbeit,
 Co-Elternschaft und Zusammenhalt,
 und all das für befristeten Aufenthalt!
 Egal! Schuftten wir bis der Rücken knallt!

Doch der Knall kam unerwartet bald!

BOOM! Erster Block weggesprengt

Freundinnen weggedrängt

BOOM! Zweiter Block weggesprengt

Noch mehr Freunde verdrängt

Unsere Sorge überschattet mit Sorgen,
 Kindheit versenkt.
 Mit Feuer und Flammen jagten sie uns weg,
 und absolut keiner schaute auf den braunen Dreck.
 Unsere heile Welt entflammte mit dem Brand,
 Heimat, einfach so gegen die Wand!
 Zeit zur Assimilation des "Abschaums"!
 Heimat wurde Albtraum.

Mit Krisen und Fragen überquellt:
 Warum hier? Warum wir?
 Wo ist mein Platz?
 Wie heilt mensch diese Welt?

8. Rassismus und Empowerment in Ostdeutschland

Moderiert von Riham Abed-Ali

Auf diesem Panel wurde aus verschiedenen intersektionalen Positionen folgenden Fragen nachgegangen: Was sind die Kämpfe für Menschen in Ostdeutschland, die Rassismus und weitere Unterdrückungen sowie soziale Ungerechtigkeit erfahren? Welche Kontinuitäten, Brüche und Zäsuren gibt es? Wie findet Eigensinn und Widerstand statt? Wo und wie finden migrantische Menschen und BIPOC individuell und kollektiv Stärkung und Schutz? Was bedeutet es im Osten intersektionale Empowerment-Räume aufzubauen und zu pflegen?

Es wurde u.a. von individualisierten Erfahrungen im Kontext von institutionellem Rassismus und rassistischer Polizeigewalt berichtet, und wie aus diesen persönlichen Erfahrungen Wege der kollektiven Organisation und Selbstermächtigung gefunden wurden. Initiativen wurden aufgebaut und geschützte Räume aufgesucht, um aus der Vereinzelung gemeinsam handlungs- und widerstandsfähig zu werden.



Von links nach rechts: Ibraimo Alberto, Edris Riedel, Mouctar Bah, Lisa Bendiek, Danilo Starosta

Lisa Bendiek, Sok Kierng Elisa Ly, Danilo Starosta:

8.1 Von Zukunft keine Ahnung – Wie die sächsische Jugendhilfe Migrant_innen und BIPOC übersieht¹

In diesem Beitrag versuchen wir, mehrere unserer Arbeitsgebiete zusammenzubringen. Einerseits beschäftigen wir uns seit Jahren mit der Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Sachsen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf einer Analyse von Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft. Andererseits führen wir seit 2019 eine Feldforschung durch, bei der es um die Bedürfnisse von jungen Menschen in Flucht- und Migrationskontexten gegenüber der Jugendhilfe in Sachsen geht. Im Vergleich unserer Erkenntnisse aus diesen beiden Arbeitsfeldern wird deutlich, dass die sächsische Jugendhilfe Migrant_innen und BIPOC seit mindestens 30 Jahren systematisch vernachlässigt hat.

Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft

Ein Förderprogramm, das die Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft – und auch darüber hinaus die Strukturen der Jugendhilfe in Sachsen – maßgeblich geprägt hat, war das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG). Dieses Bundesmodellprogramm wurde 1992 von der damaligen Bundesfamilienministerin Angela Merkel ins Leben gerufen und lief bis 1996. Es war eine Reaktion auf die zahlreichen gewalttätigen Angriffe gegenüber Migrant_innen in den Neuen Bundesländern, die Anfang der 1990er Jahre von jungen, sich zur Gewaltausübung organisierenden, weißen Männern ausgingen. Das AgAG verfolgte offiziell zwei Ziele: die Bekämpfung von Jugendgewalt sowie den Aufbau von Strukturen der Jugendhilfe in den Neuen Bundesländern. Das Programm bot Finanzierung für eine Vielzahl pädagogischer Angebote. Die Zielgruppen der AgAG-Projekte waren vor allem gewaltbereite und rechtsextreme Jugendliche, vereinzelt auch linke Jugendliche.²

An der Praxis der AgAG-Projekte gab und gibt es viel Kritik. Das AgAG stellte jungen Neonazis eine Infrastruktur und Ressourcen zur Verfügung. So konnten z.B. Neonazi-Bands kostenlos Proberäume in AgAG-Jugendclubs nutzen. Teilweise wurden

¹ Sowohl unser Vortrag als auch dieser Text basieren auf der gemeinschaftlichen Arbeit des Teams der Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen e.V.: Lisa Bendiek, Sok Kierng Elisa Ly und Danilo Starosta. Alle drei Kolleg_innen haben dazu einen gleichwertigen Beitrag geleistet.

² Vgl. Bohn, Irina und Richard Münchmeier. Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG – Dokumentation des Modellprojekts Band 1. Münster: Votum, 1997. Kleffner, Heike. Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex. Berlin/ Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015. <https://www.bpb.de/apuz/212367/sozialarbeit-und-der-nsu-komplex?p=all> (abgerufen am 03.02.2020).

ihre Instrumente mit staatlichen Fördergeldern bezahlt. Diese Unterstützung neonazistischer Jugendlicher mit sozialpädagogischen Ressourcen führte nicht zu einer De-Radikalisierung der Individuen, sondern zu einer Stärkung rechter Jugendszenen. Die politischen Einstellungen der Jugendlichen veränderten sich nämlich nicht durch ihre Teilnahme an AgAG-Angeboten.³

Im Folgenden betrachten wir drei Aspekte der Arbeit im AgAG näher: die Qualifikationen und Erfahrungen der dort beschäftigten Pädagog_innen, pädagogische Diskurse über die Zielgruppen und der Umgang mit Schutzräumen in der pädagogischen Arbeit.

Pädagog_innen im AgAG

Die meisten Sozialarbeiter_innen in der Transformationsgesellschaft waren Menschen, die in Folge der Wiedervereinigung ihren bisherigen Arbeitsplatz verloren hatten. Die Mehrheit verfügte weder über eine formale Qualifikation noch über praktische Erfahrung, die sie angemessen auf die Offene Arbeit mit rechten Jugendlichen vorbereitet hätten.⁴ Aus der Statistik über die Qualifikationen der Mitarbeiter_innen aller AgAG-Projekte geht hervor, dass 51% überhaupt keinen pädagogischen Abschluss besaßen. Von den verbleibenden 49% waren 40% Erzieher_innen, 19% Lehrer_innen, 28% Sozialarbeiter_innen und 11% Diplom-Pädagog_innen.⁵ Die meisten professionellen Pädagog_innen kamen also aus ganz anderen Arbeitsfeldern, vor allem aus dem Bereich der frühkindlichen Bildung. So überrascht es nicht, dass sich die meisten Mitarbeiter_innen der AgAG-Projekte von ihrem neuen Arbeitsfeld überfordert fühlten.⁶ Nicht nur die pädagogische Arbeit selbst, sondern auch die Rahmenbedingungen waren äußerst schwierig: Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter_innen war befristet beschäftigt, viele im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf sogenannten ABM-Stellen – und sie wussten, dass sie geringe Chancen auf eine bessere Stelle hatten. Außerdem erhielten sie kaum Zugang zu Supervision, fachspezifischer Weiterbildung und berufsbegleitenden Studiengängen.⁷

³ Vgl. Bohn, Irina und Richard Münchmeier. Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG – Dokumentation des Modellprojekts Band 1. Münster: Votum, 1997.

⁴ Vgl. Ilona Weber, Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit, 13. Bohn/ Münchmeier, Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG, 162–178.

⁵ Vgl. Weber, Ilona. Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit. Berlin: Zentrum demokratische Kultur, 1999. <https://we.riseup.net/assets/145824/ZDK%20Keine-Akzeptanz-von-Intoleranz2.pdf> (abgerufen am 18.05.2020).

⁶ Vgl. Ilona Weber, Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit, 13.

⁷ Vgl. Irina Bohn und Richard Münchmeier, Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG, 46, 151, 170–72.

Pädagogische Diskurse zu rechten Jugendlichen

Beim Lesen von Publikationen aus dem AgAG fällt auf, dass die Autor_innen häufig auf soziale Ausgrenzungserfahrungen der AgAG-Nutzer_innen verweisen. Pädagog_innen beschreiben die gewaltbereiten Neonazis, mit denen sie arbeiten (müssen), in erster Linie als Jugendliche, die vor unüberwindbaren Problemen stehen: Das politische System, in dem sie aufgewachsen sind, ist zusammengebrochen. Sie erscheinen dementsprechend als desorientiert, sozial benachteiligt und integrationsbedürftig.⁸

Wir wollen nicht leugnen, dass Heranwachsende in der Transformationsgesellschaft vor großen Herausforderungen standen. Aber wir wollen klarstellen, dass sich die rechten und gewaltbereiten Nutzer_innen der AgAG-Projekte bezüglich ihrer sozioökonomischen Situation nicht von anderen Jugendlichen in der Transformationsgesellschaft unterschieden. Rechte Jugendliche waren nicht häufiger mit schulischen oder beruflichen Problemen konfrontiert als ihre Altersgenoss_innen, die sich nicht dem rechten Milieu angeschlossen hatten. Darauf weisen auch die Forscher_innen der TU Dresden hin, die das AgAG wissenschaftlich begleiteten. In ihrer Evaluation schreiben sie: „Der überwiegende Teil der Jugendlichen in den AgAG-Projekten ist weder sozial ausgegrenzt noch marginalisiert.“⁹

Trotzdem verfolgte das AgAG die Strategie, rechte Jugendliche zu „integrieren“ (durch Unterstützung beim Schulerfolg, Ausbildungssuche, Beratung, Freizeitgestaltung etc.) – in der Annahme, dass ihre Integration in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zwangsläufig zu einer politischen De-Radikalisierung führen würde.

Der AgAG-bedingte Fokus auf pädagogische Angebote für rechte und gewaltbereite junge Männer brachte eine Vernachlässigung anderer Zielgruppen mit sich. Insbesondere Mädchen und junge Frauen, migrantische Jugendliche und Jugendliche of Color, Betroffene rechter und rassistischer Gewalt sowie die meisten Angehörigen linker Subkulturen erhielten in der Transformationsgesellschaft wenig Zuwendung durch pädagogische Fachkräfte.¹⁰

⁸ Vgl. Irina Bohn und Richard Münchmeier, *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG*, 59–61, 110–111.

⁹ Irina Bohn und Richard Münchmeier, *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG*, 183.

¹⁰ Vgl. Irina Bohn und Richard Münchmeier, *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG*, 156. Pingel und Pingel, Andrea und Peter Rieker, *Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit*. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, 2002.

Pädagogischer Umgang mit Schutzräumen

Weil im AgAG die rechte politische Haltung bzw. die Gewaltbereitschaft der Zielgruppe in erster Linie als Folge ihrer schwierigen Lebenssituation betrachtet wurde, war das wichtigste Ziel der pädagogischen Arbeit die Stärkung der Jugendlichen. Durch die Teilnahme an pädagogischen Angeboten sollten sie mehr Selbstbewusstsein und Reflexionsfähigkeit gewinnen. Damit sie sich in einem sicheren Rahmen selbst entfalten konnten, wurden ihnen u.a. Bandproberäume, Sportangebote und Freizeitfahrten zur Verfügung gestellt. Die Idee war Folgende: Zuerst brauchen die jungen Männer ihren „eigenen“ Raum, über den sie selbst verfügen können. Erst dann ist es möglich, sie im Rahmen gezielter Angebote mit „normalen“ Jugendlichen bzw. mit jungen Frauen zusammenzubringen.¹¹ Hinter dieser Strategie steht die Annahme, dass Kontakt zu „Anderen“ per se eine de-radikalisierende und integrative Wirkung hat.

Pädagogische Arbeit in der Transformationsgesellschaft schuf also exklusive Räume für rechte und gewaltbereite junge Männer. Marginalisierte Gruppen junger Menschen (z.B. Frauen, Migrant_innen und BIPOC), die in der Regel nicht durch gewalttätiges Verhalten auffielen, gingen dagegen leer aus. Gleichzeitig waren sie oft Betroffene der Gewalt, die von den gestärkten jungen rechten Männern ausging. So trugen pädagogische Angebote dazu bei, dass junge Neonazis in der Transformationsgesellschaft Gewalt als wirkungsvolle politische Strategie erleben konnten.¹²

Von der Transformationsgesellschaft in die Gegenwart

Als Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen beschäftigen wir uns seit 2019 mit den Bedarfen migrantischer und rassismusbetroffener Jugendlicher in Sachsen gegenüber der Jugendhilfe. Ziel unserer Feldforschung, die – wie auch unsere Arbeit in anderen Bereichen – vom sächsischen Landesjugendamt gefördert wird, ist es, der sächsischen Jugendhilfelandchaft Impulse zur Weiterentwicklung zu geben. Bisher haben wir über 20 Gespräche geführt; mit (bezahlten) Pädagog_innen der freien und öffentlichen Jugendhilfe, mit (ehrenamtlichen) Pädagog_innen in Initiativen migrantischer Selbstorganisation und mit migrantischen und rassismusbetroffenen jungen Menschen. Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf unsere vorläufigen Ergebnisse.

¹¹ Vgl. Irina Bohn und Richard Münchmeier, *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG*, 59–61, 115. Pingel und Rieker, *Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen*, 42–48.

¹² Vgl. Irina Bohn und Richard Münchmeier, *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG*, 189. Weber, *Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit*, 14–15.

Pädagog_innen mit Migrationserfahrung

Hinsichtlich der Pädagog_innen mit Migrationserfahrung haben wir in den Interviews und Beobachtungen des Forschungsprojekts drei Dimensionen häufig feststellen können:

Erstens sind Pädagog_innen mit eigenen Migrationskontexten, die bei einem Träger der freien oder öffentlichen Jugendhilfe arbeiten, in der Regel mehrfach qualifiziert. Ihre pädagogischen Abschlüsse als Erzieher_innen/ Lehrer_innen/ Pädagog_innen aus anderen Ländern wurden in Sachsen nicht anerkannt oder stecken noch in Anerkennungsverfahren fest – und das zum Teil seit Jahren. Daher haben sie unter prekären Förderbedingungen, unter großen in zeitlichen, finanziellen und psychischen Opfern und in selbstausbeuterischer Disziplin zusätzliche, also doppelte und dreifache, Qualifikationen erworben.

Zweitens sind uns zahlreiche Pädagog_innen mit eigener Migrationserfahrung begegnet, die im Rahmen migrantischer Initiativen und Vereine auf ehrenamtlicher Basis wichtige pädagogische Arbeit leisten. Viele von ihnen bringen aus ihren Herkunftsländern pädagogische Abschlüsse und Berufserfahrung mit, welche in Sachsen nicht anerkannt werden. So finden sie bisher keinen Zugang zu pädagogischen Berufen, sondern stecken im Ehrenamt fest. Die erhöhte Rassismus-Sensibilität dieser post-migrantischen Fachkräfte wird in der Jugendarbeit weder als bereichernde Kompetenz noch als Notwendigkeit gegen eine strukturelle Leerstelle anerkannt.

Drittens gibt es, wie auch schon nach der Wiedervereinigung, insgesamt einen Mangel an pädagogischen Fachkräften in Sachsen. So werden deutsche Pädagog_innen, die nicht explizit für Jugendarbeit ausgebildet sind (z.B. Erzieher_innen), in der Jugendsozialarbeit und der Offenen Arbeit eingesetzt. Diese Erzieher_innen sind weiß und haben fast ausnahmslos keine Migrationserfahrungen.

Das führt im Kontext der Arbeit mit jungen Menschen mit Migrations- und Fluchtkontexten zu Defiziten. Denn es kommt in der Konsequenz zu Konflikten und fehlenden Ideen zur Bewältigung von Barrieren in der Sprache, Interaktion, Tagesstruktur und Jahreskreisen. Außerdem mangelt es an systemischen Analysefähigkeiten/-räumen, aus denen eine Simplifizierung von Angeboten und ein mangelnder Konzeptionsgewinn resultiert. Wir haben darüber hinaus ein fehlendes Know-how und Multiplikationswissen an einzelnen Stellen, besonders im ländlichen Raum, festgestellt.

Pädagogischer Diskurs zu post-migrantischen Jugendlichen

Offen kulturalistisch abwertende Bezeichnungen kursieren auch in Diskursen sozialpädagogischer Fachkräfte. Subtiler sind sie auch in Beschreibungen der Adressat_innen von Jugendarbeit zu finden. So wird das Verhalten der Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchtkontext von vielen Fachkräften aus einer ethnozentrischen Perspektive beschrieben. Es dominieren homogenisierte Beschreibungen, weshalb individuelle Analysen fehlen oder eine enorme Ausnahme sind.

Als Beispiele für ethnische Aufladungen und kulturalistische Zuschreibungen, die antimuslimischen Rassismus beinhalten und (re-)produzieren, sind folgende zu nennen:

- Mitarbeiter_innen eines Offenen Jugendtreffs sagten uns, sie müssten (post-)migrantischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen grundlegende gesellschaftliche Umgangsformen beibringen: Grüßen und Verabschieden, Höflichkeit oder auch das Sagen von Danke und Bitte. Die Fachkräfte sehen sich mit der Mission einer „guten Erziehung“ beauftragt, weil diese ihrer Auffassung nach in Familien mit Flucht- oder Migrationskontexten fehle.

- In der Begegnung mit (post-)migrantischen jungen Männern fühlen sich weiblich sozialisierte Fachkräfte häufig in ihrer Autorität hinterfragt und nicht akzeptiert. Die Fachkräfte führen das Verhalten der Jugendlichen auf eine vermeintlich patriarchale Dominanzkultur zurück, in der sie in ihren Herkunftsländern aufgewachsen und erzogen worden seien. Dabei ignorieren sie bei diesen Zuschreibungen, dass patriarchale Strukturen auch in Deutschland etabliert sind.

Pädagogischer Umgang mit Schutzräumen

Unter weißen deutschen Pädagog_innen begegneten wir der verbreiteten Überzeugung, dass eine spezielle Förderung von spezifischen Angeboten (mit eigenen Räumen, Konzeption, Struktur) für junge Menschen in Migrations- und Fluchtkontexten die Bildung von „Parallelgesellschaften“ fördere bzw. keine „integrative Wirkung“ entfalten könne. Besser wäre es, so sagten uns viele, wenn die „Anderen“ sich mit den Hiesigen in deren Räumen begegneten. Dabei spielt es keine Rolle, wie die „Anderen“ in, von der Mehrheitsgesellschaft dominierten, Räumen zur Schau gestellt werden.

Auffällig oft berichteten weiße Fachkräften von pädagogischen Praktiken, die eine (meistens von den Pädagog_innen unbemerkte) Instrumentalisierung von migrantischen und rassismusbetroffenen Jugendlichen mit sich bringt. So werden

migrantische Jugendliche häufig als unbezahlte Sprach- und Kulturmittler_innen eingesetzt oder ihre Anwesenheit im Jugendtreff soll dafür sorgen, dass weiße deutsche Jugendliche ihre rassistischen Vorurteile abbauen können. In dieser Argumentation wird die migrantischen und rassismusbetroffenen Jugendlichen auferlegte Doppel- und Dreifachbelastung ignoriert oder klein geredet. Paradox erscheint uns der pädagogische Umgang mit der weitgehenden Abwesenheit von Mädchen mit Migrations- und Fluchtkontext in der Offenen Jugendarbeit. Von weißen Fachkräften wird vermutet, ausbeuterische und/oder diskriminierende lebensweltliche Bedingungen in den Herkunftsfamilien seien die Ursache für ihre Abwesenheit. In dieser Zuschreibung fehlt auf Seiten der Fachkräfte der Wille und das Verständnis, die systemische Komplexität der potentiellen Adressat_innen wahrzunehmen. Darüber hinaus sehen die meisten weißen Fachkräfte die (von ihnen wahrgenommene) Benachteiligung migrantischer Mädchen nicht als Anlass, im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes professionell tätig zu werden und auf einen Nachteilsausgleich für diese Mädchen hinzuwirken. Stattdessen weisen sie den Eltern die Verantwortung für die Situation zu – und erklären sich selbst für unzuständig. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden vereinzelte feministische Träger und migrantische Selbstorganisationen, die mit Erfolg spezifische Angebote für migrantische und rassismusbetroffene Mädchen schaffen.

Fazit

Beim Vergleich der Jugendarbeit in der Transformationsgesellschaft mit der Jugendarbeit in der zeitgenössischen Migrationsgesellschaft stoßen wir auf viele Unterschiede und auf einige Gemeinsamkeiten. Während in der Transformationsgesellschaft sehr viele Pädagog_innen, die ihre Abschlüsse in einem anderen Staat (nämlich in der DDR) erworben hatten, unter schlechten Bedingungen Zugang zum pädagogischen Arbeitsmarkt erhielten, bleibt dieser Zugang migrantischen Pädagog_innen mit ausländischen Berufsabschlüssen heute meistens komplett versperrt. Während die Pädagog_innen der Transformationsgesellschaft junge neonazistische Männer häufig als Opfer der Verhältnisse betrachteten, betrachten weiße deutsche Pädagog_innen heute migrantische junge Männer in erster Linie als (potentielle) Täter. Migrantische Mädchen und junge Frauen hingegen werden viktimisiert und gerade mit Verweis auf ihre (vermeintliche oder tatsächliche) Viktimisierung aus vielen pädagogischen Angeboten ausgeschlossen. Innerhalb der sächsischen Jugendhilfe waren Schutzräume für gewaltbereite Neonazis in den 1990er Jahren deutlich leichter politisch durchsetzbar als es Schutzräume für migrantische und rassismusbetroffene Jugendliche heute sind. Eine Kontinuität sehen wir in der ungebrochenen Konjunktur der Kontakthypothese: Nach wie vor gehen viele Pädagog_innen davon aus, dass die Begegnung mit „Anderen“ zwangsläufig zu De-Radikalisierung und/oder Integration führen muss. Dabei ignorieren

sie sowohl die Voraussetzungen für pädagogisch wirksamen Kontakt als auch den Preis, den marginalisierte junge Menschen für solche Begegnungen zahlen.

Aus unserem Vergleich ziehen wir den Schluss: Wir brauchen Schutzräume – nicht für Neonazis, sondern in erster Linie für migrantische und rassismusbetroffene junge Menschen, insbesondere für Mädchen, junge Frauen und queere junge Menschen. Zum Glück leben in Sachsen zahlreiche erfahrene Pädagog_innen, die zwar keine deutschen Berufsabschlüsse haben, aber sowohl die Fähigkeit als auch die Motivation besitzen, innerhalb der Jugendhilfe solche Schutzräume zu etablieren und zu begleiten. Wir fordern, die Expertise dieser Kolleg_innen anzuerkennen, sie professionell zu nutzen und ihre Arbeit zu bezahlen.

Literatur:

- Bohn, Irina und Richard Münchmeier. *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG – Dokumentation des Modellprojekts Band 1*. Münster: Votum, 1997.
- Interview der Geschichtswerkstatt JAuTrafo mit Peter B.
- Interviews und Beobachtungen aus dem Forschungsprojekt der Fachstelle Jugendhilfe zu Bedarfen (post-) migrantischer Jugendlicher.
- Kleffner, Heike. *Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex*. Berlin/ Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015. <https://www.bpb.de/apuz/212367/sozialarbeit-und-der-nsu-komplex?p=all> (abgerufen am 03.02.2020).
- Pingel, Andrea und Peter Rieker. *Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit*. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, 2002.
- Protokolle des sächsischen NSU-Untersuchungsausschuss (2018) zu den Befragungen von Peter B. und Kirsten G.
- Weber, Ilona. *Chancen und Grenzen des „akzeptierenden Ansatzes“ in der Jugendarbeit*. Berlin: Zentrum demokratische Kultur, 1999. <https://we.riseup.net/assets/145824/ZDK%20Keine-Akzeptanz-von-Intoleranz2.pdf> (abgerufen am 18.05.2020).



Von links nach rechts: Edris Riedel, Mouctar Bah, Lisa Bendiek

Mouctar Bah:

8.2 Der Kampf um Gerechtigkeit für Opfer von Polizeigewalt am Beispiel der Initiative für Oury Jalloh

Wie antirassistische Arbeit durch Behörden behindert wird (Zusammenfassung)

Mouctar Bah von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh kämpft um Aufklärung und Gerechtigkeit im Fall von Oury Jalloh, der 2005 in einer Polizeizelle in Dessau tot aufgefunden wurde.

Bah merkt dankend für die Einladung zur Tagung an, dass Tagungen um migrantisches Thema Orte seien, in denen rassifizierte Menschen in einer Gesellschaft, in der wiederholt rassistische Morde stattfinden, Kraft schöpfen können. Deutschland war für uns ein Traum, aber Deutschland wurde zu einem Albtraum, fasst Bah zusammen.

Bah erzählt die Geschichte von Oury Jalloh, einem Asylbewerber, der mit der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Deutschland kam. Bah hat Oury Jalloh 2004 in

Dessau kennengelernt. Oury Jalloh ging an einem Abend in die Diskothek und kam nie wieder, erzählt Bah. Die Medien griffen den Fall sofort auf und berichteten von einem „schwarzen Afrikaner“, einem „Asylbewerber“, der sich in der Polizeizelle Nummer 5 selbst angezündet hätte. Das Narrativ, dass Oury Jalloh sich in einer Polizeizelle selbst angezündet haben soll, haben nur *weiße* Deutsche geglaubt, sagt Bah, während Migrant_innen und Freund_innen von Oury Jalloh dieses unbelegte Narrativ polizeilicher Unschuld in Frage stellten. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh hat sich unmittelbar nach dem Brandtod des Freundes in Gewahrsam des Polizeireviers Dessau-Rosslau am 7. Januar 2005 gegründet.

Bah besaß das einzige Tele-Café in Dessau, in das Migrant_innen kamen, um Anrufe in ihre Heimatländer zu tätigen. Dieses Tele-Café wurde zum Treffpunkt für Freund_innen und Unterstützer_innen von Oury Jalloh, als Oury Jalloh starb. Gemeinsam mit der Schwarzen Community und The Voice Refugee Forum aus Jena versammelte sich die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh und sie beschlossen: „Wir wollen wissen, was passiert ist. Wie ist es möglich, dass ein Mensch sich in einer Polizeizelle selbst anzündet? Geht sowas überhaupt?“. „Doch, es geht. Aber nur in Deutschland,“ kommentiert Bah. Sie hatten sich versammelt und waren zur Polizeistation gegangen, um zu erfahren, wie das möglich sei. Ihnen wurde keine Auskunft gegeben und sie wurden nach Hause geschickt.

Erst später erfuhren sie, dass Oury Jalloh an Händen und Füßen gefesselt war und auf einer feuerfesten Matraze lag. Die Initiative und Unterstützer_innen hinterfragten, wie es möglich sein kann, dass sich Oury Jalloh an Händen und Füßen gefesselt auf einer feuerfesten Matratze selbst angezündet haben soll. Am 7. Januar 2005 äußerten sich der Innenminister von Sachsen-Anhalt, der Ministerpräsident und der Polizeipräsident und behaupteten, dass Oury Jalloh sich selbst angezündet habe. Diese Deutungshoheit stellten die Initiative und Unterstützer_innen in Frage und forderten für eigene Investigationen den Leichnam von Oury Jalloh. Mehrere Male haben sie demonstriert, bis ihnen der Leichnam übermittelt worden ist. Sie forderten außerdem die Röntgenbilder, um zu untersuchen, ob Oury Jalloh Verletzungen in den Knochen hatte. Dieser Forderung wurde jedoch nicht nachgekommen.

Selbstorganisiert und eigenständig finanziert, haben sie den Leichnam von Oury Jalloh nach Frankfurt geschickt und untersuchen lassen. Die Untersuchungen belegten, dass Oury Jalloh misshandelt worden ist. Er hatte einen Nasenbeinbruch und Verletzungen im Trommelfell. Da der Zugang zu lokalen Medien fehlte, haben sie ausländische Medien wie The Guardian und New York Times kontaktiert und so medienwirksame Aufmerksamkeit geschaffen. Aufbauend auf diesem medialen Druck wurde Anklage gegen zwei Polizeibeamte, jedoch nur wegen „fahrlässiger Tötung“, erhoben. Der Vorwurf der fahrlässigen Tötung beruhte darauf, dass man

Oury Jalloh in der Zelle untersucht habe und kein Feuerzeug bei ihm gefunden werden konnte.

Die Initiative hat durch ihre Selbstorganisation nicht nur eigene Investitionen angestellt, sondern auch die Eltern von Oury Jalloh unterstützt und sie z.B. 2007 zur Gerichtsverhandlung in Dessau dazu geholt. Sie haben außerdem einen Brandgutachter aus Irland beauftragt, weil 29 Brandgutachter_innen in Deutschland kontaktiert wurden, jedoch keine_r diesen Fall behandeln wollte. Der Brandgutachter bestätigte, dass die Matratze ohne Brandbeschleuniger nicht hätte brennen können. Außerdem hat die Initiative das Feuerzeug untersucht. Es wurde zwar keine DNA auf dem Feuerzeug gefunden, jedoch Fasern von Hundehaaren. Die Ergebnisse der selbstorganisierten Untersuchungen wurden dem Gericht vorgelegt. Das Gericht lehnte jedoch alles ab. Daraus schlussfolgert Bah, dass die tatsächliche Aufklärung des Falles systematisch behindert wurde; trotz der 15 Jahre anhaltenden, unnachlässigen Bemühungen und dem öffentlichen Druck durch die Initiative.

Die Initiative kam zu dem Entschluss, dass es ein Kollektivmord war. Während der gesamten Zeit wäre die Tür der Zelle offen gewesen. Wenn die Tür zu gewesen wäre, hätte das Feuer nicht genug Sauerstoff erhalten, um sich so auszubreiten, wie es sich ausgebreitet hatte. Das Feuer wäre irgendwann erloschen. Dass das nicht passierte, heiße, dass die brennende Matratze in der Zelle viel Sauerstoff erhielt und somit, dass die Tür der Zelle offen stand. Daraus schließt die Initiative, dass das gesamte Polizeirevier wusste, was in der Zelle geschah.

Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh arbeitet nicht nur am Fall von Oury Jalloh, sondern berät auch in den Fällen des NSU-Komplexes. So berieten sie beispielsweise die Angehörigen und Aktivist_innen um den NSU-Komplex eine_n unabhängige_n Gutachter_in zu beauftragen. Ziel der Initiative ist es, den strukturellen Rassismus in der Polizei und Gesellschaft in Deutschland sichtbar zu machen und Menschen im Kampf dagegen zu unterstützen und zu bestärken.

Ibraimo Alberto:

8.3 Vom Boxer zum Sozialarbeiter- Kämpfen um (Über-) Leben in zwei Systemen: DDR und BRD (Zusammenfassung)

Ibraimo Alberto kam 1981 als Vertragsarbeiter in die DDR. Bei seiner Ankunft wurde Alberto von bewaffneten weißen Männern empfangen und herumkommandiert. Wie vielen anderen Vertragsarbeiter_innen wurde auch ihm bei seiner Ankunft der Reisepass entzogen. Eine Rückkehr nach Mosambik war nur auf eigene Kosten möglich und kam daher nicht in Frage, weil es 15 Jahre dauern würde, bis er die Flugkosten in einem Gefängnis in Mosambik abgearbeitet hätte. Er hatte Glück, dass er in Berlin gelandet sei, erzählte Alberto. Damals war er sehr jung gewesen, wie alle Vertragsarbeiter_innen, und habe unmögliche Träume gehabt.

Eigentlich wollte er ein Sportstudium absolvieren. Stattdessen wurde er im Fleischkombinat Berlin zum Fleischer ausgebildet. Ein paar Jahre darauf entdeckte er das Boxen für sich. Unter Jugendlichen gab es fast jedes Wochenende Schlängereien, erzählte Alberto. Das Boxen spielte für Alberto eine wichtige Rolle zum Selbstschutz und zum Schutz von Schwächeren. Später nahm Alberto an Wettkämpfen in der DDR und im Ausland teil. Bei internationalen Wettkämpfen trat er sogar für die DDR an. Eine Staatsbürgerschaft erhielt er jedoch nicht. Das Boxen hat für Alberto eine zentrale Bedeutung: als Medium zur Selbstbestärkung und



Von links nach rechts: Riham Abed-Ali, Ibraimo Alberto

zur Deeskalation sowie als Möglichkeit der Selbstverteidigung und Verteidigung anderer. Jedoch war Alberto immer wieder beim Boxen sowie im Arbeitsalltag mit dem Rassismus in der Gesellschaft konfrontiert.

Zu Zwecken des Selbstschutzes, erzählte er, mussten sich er und seine Kolleg_innen of Color in der Öffentlichkeit in Gruppen bewegen. Während im Arbeitskontext und in der Gesellschaft der Kontakt zu DDR Bürger_innen unterbunden wurde, hatte Alberto zumindest im Verein weiße Freund_innen. Alberto erzählte, dass alle im Verein seine Freund_innen waren, weil er für den Verein Punkte machte. Alberto hat unter anderem in Dresden, Wismar, Weimar und Erfurt geboxt. Mit rassistischen Beleidigungen war er überall konfrontiert, besonders schlimm war es jedoch in Dresden, merkte er an. Rassistische Beleidigungen vor und während der Kämpfe und die Wut, die diese erzeugen, hatte Alberto für sich genutzt, um die Kämpfe zu gewinnen. Nach einem Sieg mussten ihn seine Kolleg_innen jedoch vor Angriffen durch Rechtsextreme schützen.

Im Arbeitskontext hatten Kolleg_innen kein Interesse an ihm und migrantischen Kolleg_innen als Menschen, sondern nur als hart arbeitende Arbeitskräfte. In den Pausen saßen Alberto und seine Kolleg_innen of Color nicht an denselben Tischen wie die weißen Kolleg_innen und nach der Arbeit ignorierten Kolleg_innen ihn, wenn sie ihm auf der Straße begegneten. Wenn er und andere Vertragsarbeiter_innen die weißen Kolleg_innen mit den Vorfällen des Ignoriert-Werdens konfrontierten, leugneten die Kolleg_innen diese mit Behauptungen wie „Das war ich nicht, den ihr gesehen habt. Vielleicht war es mein Bruder“. Er erzählte, dass es ein großes Unwissen bzw. Ignoranz, Vorurteile und Neid gegenüber migrantischen Vertragsarbeiter_innen gab, da angenommen wurde, sie hätten mehr Privilegien als DDR-Bürger_innen. Gerade in Berlin seien Nazis laut und sichtbar gewesen. Die Volkspolizei interessierten Vorfälle von rassistischer Beleidigung und Gewalt kaum, obwohl sie an jeder Ecke standen, fügte Alberto hinzu. Um die Vertragsarbeiter_innen habe sich keiner gekümmert. Auch gab es keine Organisation, die sich um die Belange der Vertragsarbeiter_innen sorgte.

Den Mauerfall habe er aufgrund einer Verletzung aus dem Charité Krankenhaus über das Fernsehen verfolgt. Einige Tage nach dem Mauerfall wurde er entlassen und machte sich mit Freund_innen auf den Weg nach Westberlin. Dort wurde ihm das Begrüßungsgeld mit der Begründung „Das Geld ist nicht für euch“ abgesprochen. Zwei Jahre später stellte er jedoch fest, dass er doch Anspruch auf das Geld gehabt hätte.

Die 1990er waren für ihn vor allem geprägt durch rechtsextreme Bewegungen und rassistische Angriffe auf u.a. Schwarze Menschen und Vietnames_innen. Die Neunziger betitelte Alberto mit der Aussage „Ausländer raus! Deutschland den

Deutschen!“. 1990 lebte Alberto in Schwedt und erzählte davon, wie Schwarze Menschen und Vietnames_innen dort zusammengeschlagen wurden und die Stadt verlassen mussten. Auch Alberto war mit rassistischen Aussagen und Angriffen konfrontiert, wie u.a. Behauptungen, dass er nicht hierher gehöre. 2011 mussten er und seine Familie die Stadt aufgrund andauernder rassistischer Angriffe und Morddrohungen verlassen. Als seine Kinder immer mehr von Rassismus und rassistischer Gewalt bedroht waren, zog er mit seiner Familie über Stuttgart nach Karlsruhe, wo er zwar weiterhin Rassismuserfahrungen machen musste, aber grundsätzlich seien da die Menschen freundlich gewesen, erzählte er.

Diese Erfahrungen tragen bis heute Folgen mit sich. Unter anderem entschieden sich seine Kinder dazu, aus Deutschland zu flüchten und ihr Leben im Ausland fortzuführen. Alberto selbst lebt heute in Berlin und arbeitet mit Migrant_innen und Geflüchteten. Seine Geschichte verarbeitete er in seinem 2014 erschienen Buch „Ich wollte leben wie die Götter - Was in Deutschland aus meinen afrikanischen Träumen wurde“. Die autobiografische Erzählung wurde u.a. durch die detailreiche Darstellung und den tiefen Einblick in unterschiedlichste Systeme und Kontexte gelobt:

Die Passagen der Erinnerung beginnen im Jahre 1963. Sein Leben überspannt historische Phasen, wie sie unterschiedlicher nicht sein können: Kolonialzeit, Befreiungskampf, Unabhängigkeit, dann Systemwechsel – ein Flug und er landet im sozialistischen Bruderland DDR. [...] Und dann – ein weiterer Systemwechsel, den er dieses Mal nicht selber herbeiführt, sondern der von außen über ihn und viele andere hereinbricht – die Wende. Der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten. Damit verbunden der Zusammenbruch nicht nur der sozialen Netze, sondern auch der Verlust der Arbeit und der Lebensgrundlage.¹

Das Buch schafft Unglaubliches² steht in einer Rezension. Auch in anderen Rezensionen findet Albertos autobiografische Erzählung als Zeitzeugnis kolonialer Geschichte sowie DDR-Geschichte Anklang, wie z.B. hier:

Es ist eine Geschichte von Optimismus, Durchhaltevermögen, Mut und großer Menschlichkeit, von einer Menge Glück im Unglück - da scheinen die Geister der Vorfahren, die Ibraimo Alberto sein Leben lang begleiten, immer wieder einzu-

¹ Petra Aschoff, „Buchrezension“. Rezension zu *Ich wollte leben wie die Götter*, Ibraimo Alberto. Mosambik-Rundbrief Nr. 89, 2014, S.22.

² Petra Aschoff, „Buchrezension“. Rezension zu *Ich wollte leben wie die Götter*, Ibraimo Alberto. Mosambik-Rundbrief Nr. 89, 2014.

*greifen - und von den Grenzen, die auch er irgendwann erreicht. [...] Ein ausgesprochen lesenswertes Buch, gerade auch für die Generation, die die Zeit vor der Wende nur vom Hörensagen oder aus dem Geschichtsunterricht kennt. [...]*³

Literatur:

Claus Krekeler, Kundenrezension, <https://www.amazon.de/product-reviews/3462046241> (zugegriffen am 1.06.2021).

Petra Aschoff, „Buchrezension“. Rezension zu *Ich wollte leben wie die Götter*, Ibraimo Alberto. *Mosambik-Rundbrief* Nr. 89, 2014.

Edris Riedel:

8.4 BIPoC-Empowerment und -Widerstand: Erfahrungen aus der Selbst-Organisation in Leipzig

In meinem Beitrag nähere ich mich der Thematik, als BIPoC in Ostdeutschland zu leben, über persönliche Erfahrungen an. Ich formuliere dabei Gedanken zur Situation in Leipzig, speziell zum migrantisch geprägten Leipziger Osten. Dabei liegt der Fokus auf unreflektiertes *weißes* Verhalten im politischen Kontext sowie der Notwendigkeit von Safe Spaces für BIPoC.

Politisierung

Ich bin geboren und aufgewachsen in Leipzig und habe somit den Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland miterlebt. Mein Vater kam in den 1980ern aus Kabul nach Leipzig zum Studieren. Der Freundeskreis meines Vaters bestand vor allem aus Afghanen, die sich alle durch das gemeinsame Studium oder durch das Leben in Studierenden-Wohnheimen kennenlernten. Dennoch bin ich vor allem *weiß* sozialisiert. In der Grundschule und im Gymnasium war ich eine der wenigen BIPoC und Rassismus kam im Unterricht sowie im privaten Kontext kaum zur Sprache. Auch mit meinen Eltern oder meiner Schwester war das fast nie ein Thema. Ich kann mich lediglich an eine Situation erinnern, in der mein Vater von einer Schlägerei mit Nazis erzählte. Eine *weiße* Sozialisation bedeutet für mich demnach, damals wie heute, die Ignoranz der weißen Mehrheitsgesellschaft in Bezug auf ihre eigenen rassistischen Verhaltensweisen. Außerdem wurde und wird

³ Claus Krekeler, „Kundenrezension“, <https://www.amazon.de/product-reviews/3462046241> (zugegriffen am 1.06.2021).

die Perspektive von BIPoC oder migrantisch markierten Personen weitestgehend ignoriert. Meine *weiße* Sozialisation führt dazu, dass ich negative Erfahrungen in meiner Kindheit bzw. Jugend nie mit Rassismus assoziiert habe (Content Notice: häusliche Gewalt). Allerdings war für die meisten negativen Erfahrungen mein Vater verantwortlich, der cholerisch und gewalttätig war. Ich war einerseits eine betroffene Person und andererseits Zeuge seiner Gewalt an Familienangehörigen. Ich habe das Gefühl, dass vor allem während meiner Jugend, in der ich oft geschlagen wurde und ich mich immer mehr zurückzog, mein Selbstwertgefühl am Boden war. Überhaupt kein Platz war für die Auseinandersetzung mit meinem Andersaussehen vorhanden. Ich war viel zu sehr mit dem Struggle mit meinem Vater beschäftigt. Die Ablehnung meines Vaters als Person führte bei mir dazu, dass ich viele Aspekte seiner Herkunft wie Religion, Sprache und die Zugehörigkeit zu afghanischen Communitys ebenso ablehnte. Das Interesse daran wuchs erst die letzten Jahre; lange Zeit nachdem ich von Zuhause ausgezogen war.

Erst seit zwei bis drei Jahren beschäftige ich mich mehr mit marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft und damit auch mit dem Rassismus, der mir entgegenschlägt, sowie jenem, der mir an-sozialisiert wurde. Meine Politisierung geschah vor allem durch meine Schwester, mit der ich viele Gespräche über feministische, queere und antirassistische Perspektiven führte, und der ich für diese Arbeit sehr dankbar bin. Sie ist zwar jünger als ich, aber eigentlich meine große Schwester. Durch ihren Input wuchs bei mir der Wunsch heran, mich ebenfalls einzubringen und politisch aktiv zu werden. Ich merkte schnell, dass ich lieber BIPoC-only-Gruppen ausprobieren wollte, auch weil mir BIPoC in Gesprächen von rassistischen Erfahrungen in *weißen* linken Gruppen berichteten. Mein Umzug in den Leipziger Osten, der Arbeits- und Wohnort für viele BIPoC ist, hing ebenso mit meiner Politisierung zusammen, da ich mich jetzt unter nicht-*Weißen* wohler fühle.

White left groups

Ab einem bestimmten Zeitpunkt war für mich klar, dass ich politische Arbeit machen will. Über die Jahre habe ich die Erfahrung gemacht, dass Gespräche mit *Weißen* über Rassismus mich eher wütend und traurig machen oder dass ich eher enttäuscht bin, als dass sie mich aufbauen, empowern oder motivieren. Ich habe kein Verständnis dafür, dass BIPoC dafür kämpfen müssen, dass ihre Perspektiven auf rassistisches Verhalten, institutionellen Rassismus oder rassistische Morde anerkannt und somit wertgeschätzt werden. Die Perspektiven und Forderungen von BIPoC müssen priorisiert werden; gesamtgesellschaftlich und auch in politischen Gruppen. Neben Erzählungen von anderen BIPoC habe auch ich zu häufig negative Erfahrungen in *weißen* linken Gruppen gemacht. Ein Beispiel dafür ist das „project shelter“ in Frankfurt/Main, das Schlafplätze und Essen für wohnungslose Geflüch-

tete organisiert. Die Plena, die ich besuchte, bestanden zur Hälfte aus BIPOC, die kaum Deutsch sprachen. Die meiste Zeit redeten *Weiß*e und die Meinungen der BIPOC wurden weder gezielt erfragt noch sonderlich berücksichtigt. Wie sollen sich BIPOC respektiert und als ebenbürtig fühlen, wenn ihre Perspektive wieder und wieder ignoriert wird? Wenn nicht mit ihnen, sondern über sie geredet wird? Als weiteres Beispiel sind Demonstrationen im Leipziger Osten zu nennen. Das Gebiet um die Eisenbahnstraße ist die einzige Waffenverbotszone in Sachsen und Polizist_innen dürfen verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen.¹ Für BIPOC im Viertel bedeutet dies z. T. tägliches Racial Profiling. Demonstrationen im Leipziger Osten erhöhen die Polizeipräsenz im Viertel zusätzlich, was einschüchternd sein kann und die Gefahr von Racial Profiling vergrößert. Dies resultiert in Misstrauen von BIPOC gegenüber linkem Aktivismus. Zusätzlich wächst dieses Misstrauen, wenn auf antirassistischen Veranstaltungen nur *weiße* Redner_innen eingeladen werden oder auf Stadtteil-Festen nur *weiße* linke Gruppen eingeladen werden. Aktivist_innen sollten also die Form sowie den Ort des Widerstands reflektieren. Ich erwarte von linken politischen Gruppen demnach, dass sie die Art des supports und des Widerstands mit BIPOC auf deren Bedürfnisse abstimmen. „Wir sind antirassistisch“ darf kein Label sein, sondern muss strukturell, finanziell und auf der Machtebene verankert sein. Dieses Vertrauen von BIPOC gegenüber *weißen* politischen Akteur_innen muss durch konstante Stadtteilarbeit geschaffen werden. Es müssen Bedürfnisse und Wünsche erfragt und Räume zur Selbstorganisation geschaffen werden.

Widerstand von BIPOC

BIPOC fühlen sich von der *Weiß*en Mehrheitsgesellschaft nicht gehört, werden diskriminiert und erfahren psychische oder physische Gewalt und das hat Kontinuität; die Kämpfe und der Widerstand von BIPOC aber auch. Widerstand kann dabei, je nach Community und Zeit, verschiedene Formen annehmen. Bereits Vertragsarbeitnehmer_innen in der DDR kämpften für ihre Rechte, egal ob in Form von heimlichen Liebesbeziehungen zu DDR-Bürger_innen, Arbeitsniederlegungen aufgrund ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse oder Notwehr bei Angriffen von Nazis – trotz drohender Abschiebung.² Die Zeit um den Mauerfall war für BIPOC geprägt von drohender Abschiebung (bei Vertragsarbeitnehmer_innen mit DDR-Vertrag), dem Wegfall von gemeinsamen Räumen und der Angst vor weiteren rassistischen Morden.³ Anfang der 1990er-Jahre entstanden so zahlreiche BIPOC-only-Gruppen: als

¹ „Einrichtung der Waffenverbotszone“, CopWatch Leipzig, <https://copwatchleipzig.home.blog/einrichtung-der-waffenverbotszone/> (abgerufen am 27.04.2021).

² „Als Werkstättige“, Bruderland, <https://bruderland.de/episodes/werktaetige/> (abgerufen am 27.04.2021).

³ „Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen“, Diane Izabiliza, <https://vimeo.com/339490385> (abgerufen am 27.04.2021).

Begegnungsort zum gegenseitigen support, als Safe Space oder mit aktivistischer Motivation. In West-Berlin entstand z.B. 1989 die „Antifa Gençlik“, eine der ersten antifaschistischen BIPOC-Gruppen in Deutschland. Antifa Gençlik nutzte vor allem Texte und Demos als Aktionsform, geriet so ins Visier des Verfassungsschutzes und wurde 1992 für einen Mord geframet, was langfristig zur Auflösung der Gruppe führte.⁴ Heutzutage sind die Aktionsformen noch vielseitiger. Besonders durch die Black Lives Matter Demonstrationen dieses Jahres geriet Kolonialrassismus ein wenig mehr in den Fokus: Aktivist_innen setzen sich für die Umbenennung von kolonialen Straßennamen,⁵ die Reformierung des Schulunterrichts in Bezug auf die deutsche Kolonialverbrechen⁶ oder die Aufarbeitung von „Völkerschauen“ in deutschen Zoos ein.⁷ Die Diplom-Psychologin Lucia Muriel engagiert sich indessen für den Aufbau einer Praxis mit BIPOC-Psycholog_innen, da den Traumata durch rassistische Erfahrungen in der Psychologie bisher kaum bis wenig Beachtung geschenkt wird.⁸ Eine weitere Protestform kann auch über die Sozialen Medien wahrgenommen werden: auf Twitter z.B. schreiben BIPOC über verschiedene Formen von Rassismus, über die vielen rechtsextremen „Einzelfälle“ bei der Polizei, Hanau oder ihr Lieblingssessen (meist keine „deutsche“ Küche).

Safe Space & Reflexion

Eine Form meines Widerstands ist die Selbstorganisation im BIPOC-Kollektiv „diversif“. Wir sind eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Zielen und Bedürfnissen. Manche haben Lust auf Musik, andere auf politische Veranstaltungen, auf einen Safe Space zum Erfahrungsaustausch, eine BIPOC-Awareness-Gruppe oder auf das Kritisieren von rassistischem Verhalten von weißen Institutionen auf Instagram. Wir versuchen uns gegenseitig bei unseren Kämpfen zu supporten, egal ob auf emotionaler oder aktivistischer Ebene. Ich fühle mich wohl bei diversif. Die Vorstellungen eines Safe Space können aber sehr unterschiedlich sein. Die BIPOC, die ich kenne, sind meist aus dem akademischen Kontext. Nicht jede BIPOC hat die Zeit, die finanzielle Sicherheit oder die Kraft, sich politisch zu engagieren, Aktivismus muss man sich leisten können. Weiterhin stellt sich die Frage: Wen erreiche ich wie? Auf welcher Sprache werden z. B. Poster gedruckt? Gibt es Übersetzungen

⁴ Ak wantok, *Antifa Gençlik - Eine Dokumentation 1988-1994*, (Münster: Unrast Verlag, 2020).

⁵ Jonas Wahmkow, „Warum nicht Anton-W.-Amo-Straße?“, TAZ, 17.08.2018, <https://taz.de/Protest-gegen-Strassennamen-in-Berlin/!5525274/>.

⁶ Josephine Apraku, „Kolonialismus in Schulbüchern“, Interview von Simon Sales Prado, TAZ, 17.07.2020, <https://taz.de/Kolonialismus-in-Schulbuechern/!5694899/>.

⁷ „Zoo Leipzig“, Leipzig Postkolonial, http://www.leipzig-postkolonial.de/htmls/02_thms/02_11-zoo.html (abgerufen am 27.04.2021).

⁸ Lucia Muriel, „Rassismus ist bis heute ein blinder Fleck in der Psychotherapie“, Interview von Laura Dahmer, ze.tt, 28.08.2020, <https://ze.tt/rassismus-ist-bis-heute-ein-blinder-fleck-in-der-psychotherapie/> (abgerufen am 14.06.2021).

der Reden auf Demos? Auf welchen Kanälen verbreite ich Informationen und für welche Communitys ist dies sichtbar? Und bezüglich intergenerationalen Austausch: Wie unterschiedlich sind die Bedürfnisse und Forderungen der unterschiedlichen BIPOC-Generationen und wie sehr findet das in der politischen Arbeit Beachtung? Der Idealfall wäre somit, gerade in BIPOC-Gruppen, verschiedene Perspektiven mitzudenken und aus den Erfahrungen aller Generationen zu lernen.

Literatur:

ak wantok. Antifa Gençlik - Eine Dokumentation (1988-1994), Münster: Unrast Verlag, 2020.

Apraku, Josephine. „Kolonialismus in Schulbüchern“, Interview von Simon Sales Prado, TAZ, 17.07.2020, <https://taz.de/Kolonialismus-in-Schulbuechern/!5694899/>

Bruderland. „Als Werkstätige.“ <https://bruderland.de/episodes/werktaetige/> (abgerufen am 27.04.2021).

CopWatch Leipzig. „Einrichtung der Waffenverbotszone.“ <https://copwatchleipzig.home.blog/einrichtung-der-waffenverbotszone/> (abgerufen am 27.04.2021).

Izabiliza, Diane. „Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen“ <https://vimeo.com/339490385> (abgerufen am 27.04.2021).

Leipzig Postkolonial. „Zoo Leipzig.“ http://www.leipzig-postkolonial.de/htmls/02_thms/02_11-zoo.html (abgerufen am 27.04.2021).

Muriel, Lucía. „Rassismus ist bis heute ein blinder Fleck in der Psychotherapie“, Interview von Laura Dahmer, ze.tt, 28.08.2020, <https://ze.tt/rassismus-ist-bis-heute-ein-blinder-fleck-in-der-psychotherapie/> (abgerufen am 14.06.2021).

Wahmkow, Jonas. „Warum nicht Anton-W.-Amo-Straße?“, TAZ, 17.08.2018, <https://taz.de/Protest-gegen-Strassennamen-in-Berlin/!5525274/> (abgerufen am 27.04.2021).

8.5 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion

In der anschließenden Diskussion zum Panel wurden die Themen Resilienz und Ressourcen im Spannungsfeld zwischen Rassismus und Empowerment aufgegriffen.

Edris Riedels Schlussfolgerung eröffnete die Diskussion. Riedel vertrat die Meinung, dass BIPOC keine Vorwürfe gemacht werden können, wenn sie sich nicht politisch oder aktivistisch einbringen, da es dafür oft finanzieller und emotionaler Ressourcen bedarf, über die marginalisierte Menschen nicht unbedingt verfügen. Im Kontrast dazu stand der politische Aktivismus der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, der sich aus einer Notwendigkeit heraus bildete. Trotz der prekären Lebensumstände ihrer Mitglieder sei es der Initiative wichtig, finanziell unabhängig zu bleiben. Dies stemmen sie durch solidarische Finanzierungen und Kostenteilung untereinander, so Mouctar Bah. Sie lehnen alle Gelder der Stadt ab, weil auch diese rassistische Strukturen und Verflechtungen aufzeigt. Ihre finanzielle Unabhängigkeit sei demnach grundlegend für ihre unabhängigen Untersuchungen. Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen e.V. kommentierte, dass vieles mit finanziellen und emotionalen Ressourcen einfacher und kontinuierlicher geführt, oder sogar institutionalisiert werden könne. Jedoch leiste man sich politischen Aktivismus manchmal nicht, sondern betreibe ihn ohne Rücksicht, was zu Selbstausbeutung, Ohnmachtszuständen, Verlusten und Niederlagen führen könne. Dieser Konsequenzen von politischem Aktivismus in einer rassistischen Gesellschaft müsse man sich bewusst sein. Nicht jeder sei bereit dafür, und müsse es auch nicht sein. Aus einer inneren Kraft, Empörung, Wut oder der simplen Notwendigkeit heraus entscheiden sich viele Menschen trotz der möglichen Konsequenzen dafür, so Starosta.

Im zweiten Teil der Diskussion ging es um die Arbeit und Entwicklung des Kulturbüros Sachsen e.V. Das Kulturbüro arbeitet als Träger nicht direkt mit Jugendlichen zusammen, sondern erforscht die Bedarfe und Fehlstellen in der Jugendhilfe, v.a. bei den öffentlichen und freien Trägern. Bezugnehmend auf ihren Vortrag betonten Lisa Bendiek und Danilo Starosta, dass die erschwerten Zugänge für pädagogische Kolleg_innen mit Migrationserfahrung ein großer Verlust für die offene Jugendarbeit seien. Diese bringen oftmals sehr geeignete Erfahrungen und Qualifikationen für die Arbeit mit migrantischen und BIPOC Jugendlichen mit. Im Vergleich dazu wurden in den 1990er Jahren Betreuer_innen, die keine pädagogische Ausbildung hatten oder teilweise pädagogisch für ganz andere Bereiche qualifiziert waren, im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG) unhinterfragt für die Jugendarbeit mit jungen Neonazis eingesetzt. Im Zuge dieses Programms gab es keine Supervision und einen vollkommen unzureichenden Zugang zu Weiterbildungen. Interessant sei dies besonders im Vergleich

zur heutigen Situation. In den 1990ern wurde diesen Betreuer_innen die Arbeit mit Neonazis zugemutet, aber auch zugetraut, während im Gegensatz dazu pädagogischen Kolleg_innen mit Migrationserfahrung, die eine sehr viel geeignetere Erfahrung und Qualifikation für eine offene Jugendarbeit haben, keine Zugänge geboten werden. Hier würden Zugänge zur professionellen Jugendarbeit mit zweierlei Maß gemessen. Des Weiteren erzählte Danilo Starosta, wie die Fachstelle Jugendhilfe im Kulturbüro Sachsen e.V. zu den jetzigen Arbeitsweisen und Schwerpunkten gekommen ist. 2011 stellte einen Bruch für die Fachstelle Jugendhilfe im Kulturbüro Sachsen e.V. dar. Danilo Starosta stellte für sich fest, dass trotz tiefgründigem Wissen über Personen und Strukturen der Nazi-Szene, die Täter_innensysteme des NSU-Komplexes nicht erkannt werden konnten. Es fehlte eine belastbare Beziehung in die migrantischen Communitys und damit ein Zugang zu deren Expert_innenwissen. So lag der Schluss nahe, eine Zusammenarbeit und Allianzen mit migrantischen Communitys und Flucht-Communitys als nachhaltige Beziehungsarbeit zu beginnen. Dies hat zur Schwerpunkt- und Fokusänderung in der Fachstelle Jugendhilfe im Kulturbüro Sachsen e.V. geführt – weg von der Analyse von rechtsextremen Personen und Strukturen und von der Konzentration auf die Bedarfslagen der Mehrheitsgesellschaft hin zu einer Zusammenarbeit mit marginalisierten Communitys und einer Analyse von institutionellem, strukturellem und subtilem Rassismus. Ziel sei es dabei, die entsprechenden Stellen exakt benennen und Möglichkeiten einer progressiven Veränderung aufzeigen zu können.

Von ganz persönlichen Perspektiven und Geschichten über kollektives Handeln und Organisation hin zu strukturellen Analysen zeigte das Panel und die Diskussion die Kontinuitäten und Diskontinuitäten von Rassismus, Widerstand und Empowerment in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft auf.

9. Migrant_innenselbstorganisationen und informelle Selbstorganisation in Ostdeutschland

Moderiert von Eter Hachmann

Das Panel wurde durch einen Rahmen gebenden Input zu den Bedingungen und der politische Wirksamkeit von Migrant_innenselbstorganisationen (MSO) in Sachsen von Eter Hachmann eingeleitet. Anschließend folgte ein Podiumsgespräch unter DaMOst Mitgliedsorganisationen mit dem Titel „Wir können uns nur wehren, wenn wir uns zusammentun“. Aus verschiedenen Perspektiven der ersten Generation wurde biografisch vom Leben in der DDR, von Kontinuitäten von strukturellem Rassismus vor und nach der Wende, sowie von Selbstorganisation in den 1990er erzählt. Als gedankliche Fortsetzung der Prozesse migrantischer Selbstorganisation wurde der Entstehungsgeschichte von DaMOst als Dachverband für Migrantische Organisationen im Osten nachgegangen. Hier wurde der Bedarf ostdeutsch-migrantischer Interessensvertretung auf allen Ebenen gespiegelt. Auch wurde eine intergenerationale Ebene geöffnet, um über das Verhältnis der Generationen zu sprechen. Dabei wurde aus Perspektiven unterschiedlicher Communitys auch schmerzhaft biografische Brüche zwischen Generationen thematisiert, die u.a. durch die „Einheitspolitik“ verursacht wurden.



Von links nach rechts: Vu Thi Hoang Ha, Ayman Qasarwa, Eter Hachmann, Adelino Massuvira João, Anja Treichel

Eter Hachmann:

9.1 Die Bedingungen und politische Wirksamkeit von Migrant_innenselbstorganisationen im Osten

Die deutsche Einheit wird in der Regel als ein rein deutsches Phänomen wahrgenommen, dabei werden die Stimmen der Migrant_innen, welche in der DDR ihre neue Heimat gefunden hatten und welche die ganzen Umbruchsprozesse genauso mitgemacht und mitgestaltet haben wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft, nicht bzw. kaum wahrgenommen. Einerseits ist dies durch die schwach entwickelte Struktur der Migrant_innenselbstorganisationen (MSO) vor der Wende zu erklären, andererseits durch die langsame Etablierung und Stärkung der migrantischen Selbstorganisationen nach 1989. Gleichzeitig ist es wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass die schwach ausgeprägten Strukturen von MSO vor allem etwas mit den politischen Prozessen und vorhandenen rechtsextremistischen Tendenzen im Osten zu tun haben, welche auch nach den 1990er Jahren dazu geführt haben, dass die Stimmen der Migrant_innen in vielen Teilen Deutschlands, aber vor allem im Osten, immer noch sehr schwach sind. Im folgenden Text wird auf die verschiedenen Migrant_innengruppen im Osten, deren Migrationsgeschichte und politische Umstände im Osten sowie auf Migrant_innenorganisationen als wesentlicher Teil der Integration eingegangen.

1. Die Geburtsstunde der MSO

Die MSO sind Interessengemeinschaften mit verschiedenen Ausrichtungen, darunter sind politische, kulturelle, religiöse, unternehmerische, freizeitgestalterische und wohltätige Verbände gefasst. Im internationalen Kontext spricht man von einer Zeit der NGOs in Verbindung mit dem Ende der Kriegszeit (gemeint sind der Erste und Zweite Weltkrieg). Die Umstrukturierungsprozesse nach den beiden Kriegen führten weltweit zu starken Migrations- und Fluchtbewegungen. Somit waren die Nichtregierungsorganisationen, also NGOs, die wichtigsten Botschafter, wenn es um die Interessenvertretung von kleinen, nicht staatlich orientierten Gruppen und Initiativen ging.

Im vorliegenden Beitrag geht es primär um die Migrant_innenorganisationen, welche von ihrer Art her auch eine Art NGO und Interessengemeinschaft sind. Je mehr Migration und Migrant_innenorganisationen es in einem Land gibt, desto stärker sind MSO und Migrant_innen vor Ort.

In europäischen Nachbarländern wie Holland oder Dänemark spielen MSO seit den 1950er Jahren eine starke politische Rolle bei verschiedenen Entscheidungsfindungsprozessen. Im Gegensatz dazu sind die ersten MSO in Deutschland in den

1960er Jahren entstanden und wurden am Anfang ihrer Gründungszeit kaum als politische Akteure wahrgenommen. Nach der deutschen Einheit wurden die MSO zwar politisiert, diese Politisierung hatte aber eher einen fiktiven Charakter; als Lückenfüller und obligatorisches Puzzleteil der deutschen Demokratie. Nicht nur unterscheidet sich bis heute die Praxis der Politikgestaltung in Deutschland von den anderen europäischen Nachbarstaaten, sondern auch in Deutschland selbst werden wesentliche Unterschiede zwischen der politischen aber auch finanziellen Ausgestaltung von MSO in verschiedenen Bundesländern verzeichnet.¹

Die aktuellen Ausländergesetze sind recht jung und wurden in den 1980er Jahren entwickelt. Erst mit dem Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005 wird eine Struktur für Integrationsförderung bundesweit geschaffen.² Somit hatten die MSO zwar eine rechtliche Grundlage zu existieren, aber ihre Wirkung blieb durch stark eingeschränkte Rechte der Migrant_innen und nicht vorhandene Fördermöglichkeiten klein.

Politische Einflussnahme kann durch eine starke Struktur der Verbände und Dachverbände, Vernetzungsarbeit und einer engen Zusammenarbeit auf allen drei Ebenen des politischen Geschehens (Recht, Politik und Soziales) erfolgen. Diese Strukturen brauchen Zeit, Kontinuität und finanzielle Ressourcen dafür, sich in der deutschen politischen Landschaft etablieren zu können. Als erstes wäre es wichtig zu klären, unter welchen Rahmenbedingungen die ersten Migrant_innenorganisationen entstanden sind oder warum diese notwendig waren.

2. Ausländische Fachkräfte als wirtschaftliche Lösung

Die MSO sind wichtige Akteure im Bereich der Integration; einerseits aufgrund der Tatsache, dass diese zur Stabilität von Gruppenidentitäten beitragen, andererseits weil diese auch im Sinne der Systemintegration und der kollektiven Interessenartikulation in der Mehrheitsgesellschaft für ein besseres Miteinander sorgen.

Trotz dieser enorm großen Bedeutung der MSO für die Gesellschaft und der Tatsache, dass die Geschichte der Menschheit eine Geschichte der Migration ist, wurden die politisch-sozialen Vorteile der MSO in Deutschland recht spät erkannt.

¹ Schultze G; Thränhardt D, Migrantorganisationen; Engagement, Transnationalität und Integration. erschienen in Wiso Diskurs der FES, <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/10092.pdf> S.5 (Stand 25.11.2021)

² Zuwanderungsgesetz, 2005 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/gesetzentexte/Zuwanderungsgesetz.pdf?blob=publicationFile&v=1> (Stand 25.11.2021)

Wie in den meisten europäischen Staaten begann in Deutschland die große, politisch geplante und regulierte Migrationswelle in den 1960er Jahren.³ In den Zeiten des ökonomischen und sozialen Wandels waren die Migrationsverhältnisse damals stark wirtschaftlich motiviert. Einerseits waren Arbeitskräfte für das wirtschaftliche Wachstum unerlässlich. Andererseits war das Steuerungs- und Kontrollinteresse der Staaten gegenüber der grenzüberschreitenden Migrationen aus afrikanischen Ländern groß. Die schon in der Vorkriegszeit vorhandenen Anwerbevereinbarungen zwischen Staaten wurden in den 1960er Jahren an die Gegebenheiten und wirtschaftlichen Bedürfnissen angepasst. Somit bildeten diese Vereinbarungen den Grundstein der späteren Migrationspolitik.⁴

Abwanderungs- und Zuwanderungsländer legten in den Anwerbevereinbarungen fest, wie die Konditionen für den Arbeitsmarktzugang, die Lebens- und Wohnbedingungen waren und ließen keinen Raum für eine freiwillige Entscheidung der Arbeitnehmer_innen. In allen Zielländern bekamen die ausländischen Arbeitnehmerinnen im Regelfall Stellen, welche die Ortsbevölkerung nicht haben wollte, wie zum Beispiel in der Industrie und Produktion, unter hoher körperlicher Beanspruchung und schlechten Lohnbedingungen.⁵

Nur in der Bundesrepublik Deutschland sind von 1961 bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 rund 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen.⁶ Ca. 11 Millionen davon gingen aufgrund der vorhandenen Vereinbarungen und schlechten bzw. nicht vorhandenen Bleibeperspektiven zurück.

Die DDR machte ihre erste Erfahrung mit den ausländischen Arbeitskräften in den 1960er Jahren, und zwar im Rahmen des „Pendlerabkommens“, welches sie mit der Volksrepublik Polen unterschrieben hat. Auf Grundlage dieses Abkommens pendelten bis in die 1990er Jahre jährlich vier bis fünf Tausend polnische Frauen und Männer zur Arbeit in grenznahen Betrieben. Zudem kamen jährlich mehrere Tausend polnische Fachkräfte in die DDR, um dort im Bereich der Bau- und Montagearbeiten zu arbeiten. Im Görlitzer Zweigwerk des VEB-Kombinats „Pentacon“ bildeten sie 40% der Belegschaft.⁷

³ Freemann, G., Immigrant Incorporation in Western Democracies, International Migration Review, 2004, 38(3): 945-969

⁴ Jochen Oltmer, Axel Kreinbrink und Carlos Sanz Diez Das „Gastarbeiter“-System, Oldebourg Verlag München 2012, Kap. 1

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Michael Mai; Guben und Görlitz im Vorfeld der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004, Empirische Analysen in Frankfurt (Oder), Dissertation; Link: publish.UP Migrationsdiskurse in der deutschen Grenzregion zu Polen (uni-potsdam.de)

Ebenso ein wichtiges Abkommen waren „Verträge über die Entsendung von Arbeitskräften zur Ausbildung und Beschäftigung in der DDR“ mit Ungarn (1967), Polen (1971), Algerien (1974), Kuba (1978), Mosambik (1979), Vietnam (1980), Mongolei (1982), Angola (1985) sowie China und Nordkorea (1986). Die Zahlen der ausländischen Vertragsarbeiter_innen und deren Herkunftsländer änderten sich permanent. Anfang der 1980er betrug ihre Gesamtzahl etwa 26.000, Ende 1989 etwa 94.000. Dazu kamen noch die Angehörigen der Sowjetarmee, Student_innen und Diplomat_innen; insgesamt 192.000.

Diese Abkommen waren sowohl für die DDR als auch für die Entsendungsländer lukrativ, denn somit wurden die Arbeitsmärkte in den Herkunftsländern vom Überangebot an Arbeitskräften entlastet. Gleichzeitig wurden junge Menschen beruflich ausgebildet und diese brachten das erworbene Wissen später mit nach Hause.⁸

Ein ebenso wichtiger Grund für das genannte Abkommen lag in der hohen Verschuldung der sozialistischen Entwicklungsländer bei der DDR, die sie zum Teil auch durch die Entsendung von Arbeitskräften begleichen wollten. Die zwischenstaatlichen Arbeitsverträge bestimmten die Ausbildungs-, Beschäftigungs-, Vergütungs- und Wohnbedingungen. Die Arbeitnehmer_innen konnten selbst also weder den Arbeitsplatz wechseln noch über die Arbeitsbedingungen verhandeln. Alle bekamen für die ganze Dauer ihres DDR-Aufenthaltes eine Sozial- und Krankenversicherung.

Der Arbeitseinsatz begann mit einigen Wochen Deutschintensiv-Kurs. Es bestand aber auch die Möglichkeit, die deutsche Sprache in einem einjährigen Sprachkurs noch besser zu erlernen.

Die ausländischen Arbeiter_innen wurden mit der IV. Lohngruppe für ungelernte Tätigkeiten eingestellt. Nach einer dreimonatigen Einschulung durften diese in die Lohngruppe V übernommen werden. Bei der Bezahlung und Eingruppierung waren die ausländischen Arbeiter_innen den deutschen Kolleg_innen gleichgestellt und bekamen den gleichen Lohn. Es gab aber große Unterschiede zwischen den Vertragsarbeiter_innen untereinander.

Die Vietnames_innen mussten z.B. 12% ihres Bruttoverdienstes an ihren Staat zahlen, was ihren Nettolohn wesentlich verringerte. Die Mosambikaner_innen sollten die Hälfte ihres Lohnes erst nach der Rückkehr in die Heimat bekommen. Damit wurde die Rückkehr der mosambikanischen Mitarbeiter_innen motiviert und auch der Staat hatte etwas davon. Dies ist aber bis heute nicht passiert; viele Mosam-

⁸ Ebd.

bikaner_innen warten bis heute auf die Auszahlung ihres Entgeltes. Beschäftigte aus Polen bekamen 50% ihres Lohns vor Ort in Mark der DDR ausgezahlt und 50% wurden ihnen auf ihre Konten in Polen überwiesen.

Einerseits waren die oben beschriebenen Unterschiede ein Störfaktor der Integration. Andererseits wurde damit die Möglichkeit bzw. die Pflicht zur Rückkehr nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum politischen Mechanismus; was übrigens bis heute angewendet wird. Alle ausländischen Arbeitnehmer_innen bekommen einen befristeten Aufenthaltstitel zum Zwecke der Arbeit.

Neben ihrer Unterbringung in Sammelunterkünften während ihres ganzen Einsatzes, wo sie nur unter sich blieben, trug der ausdrückliche Wunsch der DDR danach, „unter sich“ zu bleiben, dazu bei, dass nur wenige von ihnen beispielsweise die deutsche Sprache beherrschten und sich in die DDR-Gesellschaft integrieren konnten. Daran waren übrigens weder die DDR noch die Herkunftsländer interessiert und verfolgten dies mit diversen Restriktionen und Strafen. Ausländische Arbeiterinnen durften in der Zeit ihrer Beschäftigung in der DDR beispielsweise keine Kinder kriegen. Bei einer schon bestehenden Schwangerschaft mussten sie entweder abtreiben oder in ihre Heimat zurückkehren. Dagegen durften schwangere Polinnen ihren Nachwuchs in der DDR zur Welt bringen. Auch die ohnehin fast unmögliche, denn mit vielen rechtlichen Restriktionen verbundene, Ehe mit DDR-Bürger_innen befreite die Betroffenen nicht von der Rückkehrpflicht. Gegebenenfalls waren beispielsweise vietnamesische Arbeiter_innen gezwungen, 8.000 Mark Ablösegeld an den eigenen Staat zu zahlen. Bei Akademiker_innen betrug die Summe 30.000 Mark, bei Student_innen 22.000 Mark und bei Lehrlingen 12.000 Mark. Wiederum gab es nicht wenige Beschäftigte, und im kleineren Maße Studierende, aus Ungarn und Polen, die trotz rechtlicher Hindernisse seitens beider Vertragsländer und der DDR dort heirateten und dauerhaft blieben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Anwerbeprozesse von ausländischen Arbeitskräften ein rein wirtschaftliches Instrument waren. Diese waren nicht dafür gedacht, den Arbeitnehmer_innen eine neue Heimat oder ein neues Zuhause anzubieten. Vielmehr war das damalige Deutschland für viele ein Arbeitsort für einen begrenzten Zeitraum.

3. Die MSO und ihre Rolle für die Integrationsarbeit

Ausgehend von den bereits genannten wirtschaftlichen Interessen spielten Begrifflichkeiten wie Selbsthilfe, Migrant_innenvertretungen oder sogar Migrationsrecht in den 1960er und 1970er Jahren eine marginale Rolle in den führenden sozialwissenschaftlichen Diskursen. Erst mit dem Anwerbestopp von ausländischen

Arbeiter_innen ab der 1970er Jahre und der zunehmenden Migration von verschiedenen Migrant_innengruppen in die Bundesrepublik Deutschland entsteht auch das politisch motivierte Interesse, das Zusammenleben von ausländischen Arbeiter_innen und der Mehrheitsgesellschaft zu harmonisieren. Neben den ersten Bestrebungen für ein faires Ausländerrecht mit einer möglichst humanen Aufnahme- und Bleibeperspektive werden restriktive Maßnahmen getroffen, um den weiteren Zuzug von Migrant_innen zu beschränken und vor allem Migrationsströme aus Afrika und nicht „genuin“ europäischen Ländern zu begrenzen. Dieser Spagat zwischen einem politischen Interesse nach gesteuerter Migration und dem Aufbau von Hürden für eine freiwillige Migration aus nicht europäischen Ländern ist in den aktuellen Migrationsdebatten immer noch extrem kompliziert. Politische Partizipation bedeutet Interesse und Zugehörigkeit zu einer gewissen politischen oder kulturellen Gruppierung. Die meisten ausländischen Arbeitnehmer_innen fühlten sich in Deutschland aber nicht zu Hause. Daran wurden sie permanent erinnert, und zwar – wie oben schon beschrieben – anhand der Beschränkungen, welche aus heutiger Perspektive verfassungs- und menschenrechtswidrig waren.

Die MSO im Osten waren in ihrer Anfangszeit lokal aufgebaut und verfügten über keine festen Strukturen. Im Konkreten verfügten diese über keine Förderungen oder finanzielle Unterstützung. Mehrgenerations- und Kulturhäuser dienten als Räumlichkeiten für nicht regelmäßig stattfindende Treffen und Veranstaltungen, wie z.B. Kulturabende, Musikkonzerte oder Feierlichkeiten.

Die MSO im Osten waren zum größten Teil rein kulturelle oder religiöse Initiativen. Die meisten von ihnen wurden in Großstädten gegründet, da die Wohnheime für ausländische Arbeitnehmer_innen meistens in den Großstädten waren. Die ländlichen Gebiete waren wegen der mangelhaften Infrastruktur und schlechten Erreichbarkeit eher ungeeignet. Dazu kamen noch die rechtsextremistischen Tendenzen auf dem Lande und die Abneigung der Ortsbevölkerung, wohingegen die großen Städte schon immer kulturell offener und diverser waren. Die Kultur als Bindeglied oder als wichtiger Teil der Integration wurde lange Zeit nicht als wichtig erachtet, weder in der Politik noch im Bildungssystem. Die MSO hatten es im Osten sehr schwer, vor allem weil die sogenannten „Heimatvereine“ als etwas „Negatives“ gesehen wurden.

In den sozialwissenschaftlichen Diskursen war diese Erkenntnis lange Zeit umstritten. Koryphäen wie Harmut Esser vertraten in den 1980er Jahren die Meinung, die MSO würden eine Gefahr für die Abschottung der Ankunfts-gesellschaft darstellen.⁹

⁹ Esser, Hartmut; *Ethnische Kolonien: Binnenintegration oder gesellschaftliche Isolation? In Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland*, 1986 hrsg. von Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik, 106–117. Mannheim: Forschung, Raum und Gesellschaft.

Diese Einstellung dominierte nicht nur die wissenschaftlichen Debatten, sondern auch die Schulen und die Menschen an sich. Viele Lehrkräfte haben den Eltern verboten – oder „freundlich“ empfohlen – zu Hause nur Deutsch und nicht die Muttersprache zu sprechen, wenn man Deutsch lernen wolle. Die seit den 1970er Jahren eingerichteten Klassen für Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch war, hatten wenig mit der interkulturellen Erziehung der Kinder zu tun, sondern eher damit, dass die Kinder später eine Perspektive zur Rückkehr haben sollten und es deshalb wichtig war, ihnen auch die Muttersprache der Eltern beizubringen. Diese und viele andere falsche Ansätze – oder vielleicht auch bewusst gewählte politische Richtungen – wirkten auf den Aufbau und die Stärkung der MSO nicht besonders fördernd.

Fazit:

Eine systematische Untersuchung zu den MSO in Deutschland gibt es nicht. Aufgrund der Vielfältigkeit und Diversität der Vereine und Initiativen ist es schwer, eine genaue Zahl der existierenden Vereine zu nennen. Genauso schwierig ist es, eine klare Linie zwischen MSO und anderen Vereinen zu ziehen.

Laut des jüngsten Berichtes des Statistischen Bundesamtes über politische Partizipation und Vereine in Deutschland bestehen große Unterschiede zwischen den politischen Interessen in den alten und neuen Bundesländern. Grundsätzlich gibt es seit den 1960er Jahren mehr Vereine und Initiativen, darunter auch MSO sowohl in Westdeutschland als in Ostdeutschland. Vor allem die Zahl der Dachverbände und großen mehrsprachigen Vereine ist im Westen deutlich größer als im Osten. Zudem lassen sich Unterschiede im Spendenverhalten, Alter und Bildung zwischen dem Westen und Osten erkennen. Die Vereine im Osten, darunter auch die MSO, sind jünger und kleiner und meistens schlechter vernetzt als die MSO im Westen.

In den letzten Jahren sind die Zahlen sowohl der Vereinsgründungen als auch der Ehrenamtlichen rückläufig, obwohl diese kurz in der Flüchtlingskrise zugenommen hatten.¹⁰

Als eingetragener Verein oder Initiative mit einem Verwaltungsgremium, Mitgliedern und Unterstützer_innen ist man eine juristische Person. Somit haben die MSO

eine rechtliche Basis dazu, im Interesse ihrer Mitglieder zu agieren. Faktisch ist das zwar möglich, real scheitern viele Vereine an bürokratischen Hürden der Antragsstellungsprozesse und nicht vorhandenen finanziellen Ressourcen. Eine gezielte Förderung von MSO im Osten wäre aber politisch und gesellschaftlich extrem relevant.

Neben dem Aufenthalts- und Arbeitsrecht ist das Wahlrecht ein wichtiges Rechtsgebiet für die MSO. Das kommunale Wahlrecht ist für viele in Deutschland lebenden und sogar hier geborenen Migrant_innen immer noch nicht gegeben. Neben dem rechtlichen Aspekt sind die Vereine auch im politischen Bereich tätig, denn die politischen Gremien sowie auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene sind kaum repräsentativ für die gesamtdeutsche Gesellschaft. Speziell im Osten liegt die Quote von Migrant_innen in den politischen Gremien unter 1%. Es gibt zwar bundesweit verschiedene Ausländerbeiräte als kommunale Institutionen, diese werden aber von den konservativen Stadträten – und in den letzten Jahren auch von Rechtspopulisten – sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene kaum wahrgenommen.

Neben den genannten Bereichen spielt der Bereich der Kultur eine besonders wichtige Rolle im Bereich der MSO. Kulturelle Teilhabe und Arbeits- sowie Bildungsperspektiven sollten die migrantischen Vereine und Initiativen darin stärken, eigene Perspektiven offen zu kommunizieren und vollwertige Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft zu sein. Die Quoten von Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst, in Behörden oder Bildungseinrichtungen sind immer noch sehr gering. Die Sichtbarkeit der Migrant_innen als ein wichtiger Teil der Gesellschaft ist somit wenig bis überhaupt nicht gegeben.

In diesem kurzen Beitrag wurden die Anfänge und Schwierigkeiten in der Geschichte der MSO deutschlandweit, aber vor allem im Osten, gezeigt. Teilhabe und Integration sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und sollten gemeinsam angepackt werden.

Literatur:

- Esser, Hartmut; Ethnische Kolonien: Binnenintegration oder gesellschaftliche Isolation? In Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland, 1986 hrsg. von Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik, 106–117. Mannheim: Forschung, Raum und Gesellschaft.
- Freemann, G., Immigrant Incorporation in Western Democracies, *International Migration Review*, 2004, 38(3): 945–969
- Jochen Oltmer, Axel Kreinbrink und Carlos Sanz Dieaz Das „Gastarbeiter“-System, Oldebourg Verlag München 2012, Kap. 1
- Michael Mai; Guben und Görlitz im Vorfeld der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004, Empirische Analysen in Frankfurt (Oder), Dissertation; Link: publish. UP Migrationsdiskurse in der deutschen Grenzregion zu Polen (abrufbar unter: uni-potsdam.de)
- Schultze G; Thränhardt D, Migrantorganisationen; Engagement, Transnationalität und Integration. Erschienen in *Wiso Diskurs der FES*, <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/10092.pdf> S.5 (Stand 25.11.2021)

¹⁰ Statistisches Bundesamt, Politische und gesellschaftliche Partizipation, Link zur Datei: Datenreport 2021 - 11 Politische und gesellschaftliche Partizipation (destatis.de); (Stand 25.11.21)

Internetquellen:

Statistisches Bundesamt, Politische und gesellschaftliche Partizipation, Link zur Datei: *Datenreport 2021 - 11 Politische und gesellschaftliche Partizipation (destatis.de)*; (Stand 25.11.21)

Zuwanderungsgesetz, 2005

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/gesetzentexte/Zuwanderungsgesetz.pdf?blob=publicationFile&v=1> (Stand 25.11.2021)

9.2 Podiumsgespräch von Mitgliedsorganisationen des Dachverbandes der Migrant_innenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst e.V.: „Wir können uns nur wehren, wenn wir uns zusammentun“ (Zusammenfassung)

Vu Thi Hoang Ha (Deutsch-Vietnamesischer Freundschaftsverein e.V. Magdeburg, Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt LAMSA)

Adelino Massuvira João (Dolmetscher, Diplom-Sozialpädagoge, Diakon und Integrationsbeauftragter beim Evangelischen Kirchenkreis Henneberger Land in Suhl/Thüringen)

Ayman Qasarwa (Gründer und Vorsitzender des Thüringer Landesnetzwerk MigraNetz, Ausländerbeirat Weimar, Co-Geschäftsführer des DaMOst)

Gesprächsmoderation: Anja Treichel (ehemalige Mitgeschäftsführung des DaMOst e.V.)

Zusammenfassung des Podiumsgesprächs:

Im Podiumsgespräch zwischen Mitgliedsorganisationen des Dachverbandes der Migrant_innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) sind die Redner_innen u.a. folgenden Fragen nachgegangen: Unter welchen Bedingungen findet Migrant_innenselbstorganisation statt und welche Formen der Organisation sind in urbanen versus ländlichen Räumen vorhanden? Bestehen im Osten andere Bedürfnisse für Selbstorganisation? Welche (geteilten) Erfahrungen und Zusammenschlüsse existieren zwischen unterschiedlichen Communitys und Generationen?

Eter Hachmann hat das Podiumsgespräch mit einem Input-Vortrag zu den Bedingungen und der politischen Wirksamkeit von Migrant_innenselbstorganisationen in Sachsen eröffnet. Als Vorsitzende des Ausländerrates Dresden, dem ältesten aktiven Migrant_innenverein in Sachsen, hat Hachmann u.a. aufgezeigt, dass Migration schon lange Teil der ostdeutschen Geschichte ist, während Migrant_innen nicht den notwendigen Raum zur Artikulation ihrer Stimmen, Perspektiven und Themen erhalten haben und diesen stets am Erarbeiten und Erkämpfen sind.

Im Anschluss an Hachmanns Input moderierte Anja Treichel das Podiumsgespräch an. Den Beginn machte Vu Thi Hoang Ha vom Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsverein Magdeburg. Sie erzählte von ihrer Biographie und ihrer Selbstorganisation nach der Wende in Zeiten von Unsicherheit und Gewalt. Im Panel berichtete sie über die unterschiedlichen Vorzüge und Härten des Lebens in der DDR. Ha kam für ein Studium in die DDR und wurde später Dolmetscherin für vietnamesische Vertragsarbeiter_innen. Sie und die vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen konnten durch ihre Arbeit in der DDR ihre Familien im damals wirtschaftlich schwachen Vietnam finanziell unterstützen. Jedoch war ihr Leben und ihre Arbeit streng reguliert. So mussten sie ihre Pässe bei der Botschaft abgeben und lebten unter diesem Autonomieverlust und dieser staatlichen Kontrolle isoliert von der restlichen Bevölkerung in einem Wohnheim. Als ledige Menschen sollten sie auf engstem Raum ohne Privatsphäre hausen. In einer Wohnung, die um die sieben bis acht Personen beherbergte, standen pro Person etwa fünf Quadratmeter zur Verfügung. Dabei hatten sie kaum Kontakt mit der deutschen Bevölkerung. Der versteckte Rassismus in der Bevölkerung sowie im Betrieb zeigte sich in Form von verbalen Auseinandersetzungen wie Beleidigungen und Beschimpfungen. Als Dolmetscherin erfuhr sie zudem von der Traumatisierung, die vietnamesische Frauen bei Schwangerschaften in der DDR erlitten, da die Frauen dazu gezwungen wurden, entweder das Kind abzutreiben oder zurück nach Vietnam zu gehen. Mit der Wende kam, wie Ha sagte, unerwartet der offene Rassismus der 1990er Jahre zu Tage. Den vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen wurde entweder 3.000 Deutsche Mark Entschädigung angeboten, mit denen sie zurück nach Vietnam geschickt wurden, oder sie durften auf eigene Verantwortung und ohne jegliche staatliche Unterstützung in Deutschland bleiben. In der DDR hatten vietnamesische Vertragsarbeiter_innen nur unzureichende Sprachkurse belegt und waren oft auf die Hilfe von Dolmetscher_innen angewiesen. Somit standen mit der Wende rund 10.000 Vietnames_innen ohne Sprachkenntnisse und ohne Arbeit da und waren wirtschaftlicher Ungewissheit und rassistischer Gewalt ausgesetzt. In diesem gesellschaftlichen und politischen Kontext waren Ha und vietnamesische Vertragsarbeiter_innen darum bemüht, Strategien zum Selbstschutz zu entwickeln.

Dazu sagte Ha:

Diese Lage war sehr gefährlich für uns. Viele von uns hatten Todesängste, inklusive mir. Wir haben uns dann Strategien ausgedacht, wie wir uns schützen könnten, beispielsweise, dass wir immer in Gruppen unterwegs sind oder Seile in der Wohnung zu haben, so dass wir im Falle eines Angriffs aus der Wohnung klettern konnten.

Basierend auf der Erkenntnis, dass sie auf sich selbst gestellt sind und sich nicht auf die Hilfe anderer verlassen können, haben sie im März 1992 den Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsverein Magdeburg gegründet. Dabei ging es vor allem um die gegenseitige Unterstützung bei alltäglichen Belangen und bürokratischen Hürden. Heute richtet sich die Arbeit des Vereins weiterhin hauptsächlich an die erste Generation, jedoch streben sie die Eingliederung der Stärke, Frische und Kompetenz der zweiten Generation an, um den Verein durch die Fähigkeiten und Kompetenzen der jüngeren Generation zu stärken und einen Austausch zwischen den Generationen zu initiieren:

Ziel ist es, in den Dialog zwischen beiden Generationen zu gehen. Diesen Weg zueinander haben wir noch nicht gefunden.

Im Anschluss an Ha sprach Adelino Massuvira João über den „Fortsetzungsausschuss der Magdeburger Tagung“¹, einer informellen Selbstorganisation, die sich im Anschluss an die internationale Tagung anlässlich des 40. Jahrestages der Vereinbarungsunterzeichnung zwischen der DDR und Mosambik gegründet hat. João kam im Jahr 1980 im Rahmen dieses bilateralen Regierungsvertrages von 1979 in die DDR. Er betonte in seinem Vortrag, dass Rassismus kein Phänomen der Wende ist, sondern bereits vorher institutionell verankert war. Sein Beitrag reflektierte die Situation, in der sich 21.000 Mosambikaner_innen befanden: Im Rahmen der Regierungsvereinbarung wurde ihnen eine Berufsausbildung in der DDR versprochen. Ab 1986 gab es jedoch das Problem, dass die Eisenbahnstrecke aufgrund des Bürgerkrieges in Mosambik nicht mehr passierbar war. Dadurch konnte die Steinkohle nicht mehr in den Hafen von Mosambik gebracht werden, um von dort aus in die DDR verschifft zu werden. Zur Kompensation der fehlenden Kohlelieferung sowie zum Abbau der Staatsschulden wurden Mosambikaner_innen in die DDR geschickt. Die offizielle Version lautete, dass sie lediglich zur Ausbildungsaufnahme in die DDR geschickt werden. Im Zuge dessen wurden anfänglich 25 % ihres Nettogehaltes einbezogen. Nach 1986 wurde der prozentuale Verlust sogar auf 60 % des Net-

¹ Mehr Informationen zum Fortsetzungsausschuss der Magdeburger Tagung und dem Magdeburger Memorandum 2019 hier: <https://www.oekumenezentrum-ekm.de/attachment/97805e02a6bf11de99800bf9f2dbda-49da49/0d06803dacd74eb985db586bb8297025/memorandum-deutsch1.pdf>

togehalts erhöht, sofern dieses mehr als 350 Deutsche Mark betrug. Gegenwärtig demonstrieren viele Rückkehrer_innen bereits seit mehreren Jahren wöchentlich in einem Park in Maputo, der Hauptstadt Mosambiks, für die Anerkennung ihrer Arbeit und Rechte. Massuvira João schließt dabei mit folgenden Forderungen ab:

Wir möchten unsere Gelder restlos ausgezahlt bekommen. Außerdem fordern wir Respekt und Anerkennung von beiden Regierungen und auch von beiden Gesellschaften. Drittens erwarten wir eine Würdigung für die Arbeitsleistung, welche wir in der DDR erbracht haben. Wir waren hier so etwas wie Botschafter des Landes Mosambik.

Im Vergleich zu seinen Vorredner_innen sprach Ayman Qasarwa, Teil der Geschäftsführung von DaMOst, von seinem Leben in Ostdeutschland ab den 1990er Jahren. Dabei erzählte er:

Es gab zwar keine DDR mehr, aber das Leben war noch wie in der DDR. Ich kam zum Studieren nach Sachsen und habe die DDR auch nicht so richtig erlebt. Ich habe nur die Baseball-Zeiten miterlebt. Zu dieser Zeit durfte bzw. konnte man nicht allein rausgehen. Wir mussten immer in Gruppen zum Beispiel einkaufen gehen. Auch damals gab es schon die ersten Organisationen, auch wenn man diese juristisch anders betrachtet hat, waren diese Gruppierungen schon da.

Anfang der 2000er haben sich Migrant_innen Gedanken gemacht, wie sie Strukturen zur Selbstorganisation schaffen können. Dabei sei laut Qasarwa DaMOst als Dachverband besonders notwendig geworden, da sich die politische Lage schnell verändere und das momentan leider nicht zu Gunsten von Migrant_innen. Dabei liegt die Strategie auf der Bündelung von Kräften mit dem Ziel, die migrantischen Landesnetzwerke gegenüber der Bundesregierung zu stärken sowie migrantischen Stimmen aus Ostdeutschland auf dieser Ebene Geltung zu verschaffen. Qasarwa schloss dabei mit einem Vergleich zu Westdeutschland ab. Dabei seien die Migrant_innenselbstorganisationen im Westen älter als die im Osten, wobei sie im Westen mehr community-intern und im Osten community-übergreifend aufgestellt seien.

In dem anschließenden Gespräch wurde der Vergleich von Migrant_innen(selbst)organisationen in Ost- und Westdeutschland aufgegriffen. Dabei wurde angemerkt, dass viele Landesverbände, gerade sachsenweit, jünger sind als die Landesverbände in den westdeutschen Bundesländern und sich demnach in den Strukturen und Erfahrungen unterscheiden. Hachmann sprach von den strukturellen Besonderheiten von Migrant_innenselbstorganisationen in Ostdeutschland, die aufgrund der geringeren Besiedlungsdichte von Migrant_innen im Osten eher auf Interessensgemeinschaften basieren, die im Schnitt aus vier bis fünf verschie-

denen Nationalitäten bestehen. Treichel merkte an, dass es in Westdeutschland mehr themenspezifische Vereine gebe, während in Ostdeutschland eher allgemeine Vereine bestehen.

Ein weiteres zentrales Thema des Gespräches war die Generationsthematik wie Generationskonflikte und der Bedarf nach intergenerationalem Austausch. Ha sprach von der Situation der vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen nach der Wende. Die Bleiberechtsregelungen sahen vor, dass ausreichend Unterhalt für die gesamte Familie aufzubringen war, um eine Genehmigung für die Familienzusammenführung zu bekommen. In der Regel hatten die Eltern keine Chance auf eine normale Arbeitsanstellung. Sie mussten sich daher selbstständig machen und jeden Tag bis zu zwölf Stunden arbeiten. Die Kinder waren deshalb oft allein zu Hause. Daraus ergibt sich u.a. der fehlende Austausch zwischen den Generationen und der Bedarf, dem nachzugehen. João beleuchtete diese Generationsthematik aus der Perspektive mosambikanischer Vertragsarbeiter_innen, die im Zuge der Vereinigung größtenteils zurückgeschickt wurden. Dabei wurden bestehende Beziehungen vorwiegend zwischen mosambikanischen Männern und deutschen Frauen auseinandergerissen, wobei die Frauen oftmals entweder schwanger waren oder die Paare bereits Kinder hatten. Damit habe die „Einheitspolitik“ viele Familien zerstört und große Lücken in den Biografien von vielen Schwarzen und Personen of Color im Osten verursacht. Das habe zur Folge, dass sich Menschen als Jugendliche oder Erwachsene auf eine schmerzhaft, emotionale Reise begeben müssen, um fehlende Elternteile und Familiengeschichten ausfindig zu machen. Daraus ergibt sich der Bedarf, diese Menschen bei ihrer Identitätsfindung, der Suche nach einem Elternteil sowie beim Zugang zu historischem Wissen zu unterstützen. In den Erfahrungen und Geschichten der älteren Generation verortet João Wissen und Überlebensstrategien, die er der jüngeren Generation mitgeben möchte.

Am Ende des Gespräches wurden die Möglichkeiten und Schwierigkeiten angesprochen, die Migrant_innenselbstorganisationen seitens Politik und Verwaltung erleben. Qasarwa sprach zum einen von der guten Beziehung, die DaMOst zu Entscheidungsträger_innen pflegt, zum anderen jedoch von symbolischen Gesprächen und fehlender praktischer Umsetzung seitens der Politik. Hachmann verortete Problematiken für Migrant_innen und Migrant_innenselbstorganisationen in der Gesetzeslage, z.B. durch das fehlende Wahlrecht, voraussetzungsvolle Verpflichtungserklärungen sowie der langen Dauer von Visa-Verfahren.

Die Podiumsteilnehmer_innen sprachen aus ihrem Leben und ihren Biografien heraus. Sie zeigten auf, inwieweit die DDR und BRD durch bilaterale Staatsverträge, Aufenthaltsgesetze, politische Entscheidungen und daraus resultierenden gesellschaftlichen Diskursen migrantisches Leben geprägt haben und weiterhin prägen.

Während Vertragsarbeiter_innen aus Vietnam mit Schwangerschaftsabbrüchen zu kämpfen hatten, wurden mosambikanische Vertragsarbeiter_innen von der DDR sowie Mosambik zum Abbau von Staatsschulden eingesetzt und ausgebeutet.

Migrant_innenselbstorganisationen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich im Alter und somit in den Strukturen und Erfahrungen. Während Migrant_innenselbstorganisationen in Westdeutschland meist themenspezifische Vereine einer Community darstellen, basieren Migrant_innenselbstorganisationen in Ostdeutschland aufgrund der Besiedlungsdichte im Osten auf Interessensgemeinschaften verschiedener Nationalitäten. Nicht nur die Formen der Selbstorganisation, sondern auch die Lebensrealitäten und Arbeitsbedingungen unterschiedlicher Migrant_innengruppen basieren vor und nach der Wende auf der geographischen Verortung, der Gesetzeslage sowie dem politischen wie gesellschaftlichen Klima. Des Weiteren wurde in dem Gespräch deutlich, wie gesellschaftliche Konflikte, wie auch Generationskonflikte, historisch gewachsen sind und die aktuelle Arbeit von Migrant_innenselbstorganisationen beeinflussen.

10. Un-/Sichtbarkeit und Mit-/Selbstbestimmung von Migrant_innen und BIPOC in Medien, Kunst & Kultur im ostdeutschen Kontext

Moderiert von Victoria Baer und Laura Schrader

Im letzten Panel der Tagung traten Forschende, Kultur- und Medienschaaffende in Diskussion zu Fragen wie: Welchen Einfluss haben mediale Darstellungen aus der DDR und den Nachwendedekaden auf die Fremd- und Selbstwahrnehmung von Migrant_innen und BIPOC aus Ostdeutschland heute? Wie verhält es sich mit der selbstbestimmten Sichtbarkeit von ostdeutschen Communities of Color in den Medien? Welche Plattformen und Formate nutzen sie für sich? Wie werden diese Plattformen für kritische Narrative auf Politik und Gesellschaft sowie Powersharing-Strategien genutzt? So wurde darüber hinaus auch über eine Perspektive der postmigrantischen Gesellschaft, Teilöffentlichkeiten neuer Kommunikationspraktiken und Formate intergenerationalen Dialogs gesprochen.



Von links nach rechts: Victoria Baer, Laura Schrader, Isabel Herling, Kefa Hamidi und Matilde Heredia über Zoom zugeschaltet

Matilde Heredia:

10.1 Darstellung von BIPOC in Kinderbüchern in Zeiten der DDR und heute – Perspektive der historisch-kritischen Pädagogik

Kimani¹

*Kimani's Haut ist glatt und braun, so glänzend und braun wie die gebrannten Kaffeebohnen. Nur die Innenflächen seiner Hände und seiner Fußsohlen schimmern hell wie eure. Kimani ist ein Afrikaner, und er lebt in Kenia. Die weißen Zähne leuchten in dem dunklen Gesicht, wenn Kimani lacht.*²

Die Beschreibung der Hauptfigur Kimani zu Beginn des Buches von Götz R. Richter (1964) zeigt eine starke Fokussierung auf die äußerlichen Merkmale der Hauptfigur Kimani, was aus heutiger Sicht als rassifizierend zu bewerten ist.

Die zentrale Frage dieses Beitrags lautet wie folgt: Wie wurden BIPOC in Kinderbüchern in Zeiten der DDR dargestellt? Hierbei wird eine kritische Betrachtung der BIPOC in zwei Kinderbüchern durchgeführt. Im Vordergrund stehen dabei die Analyse und Reflexion der Kinderliteratur in Zeiten der DDR, mit dem Ziel, die pädagogischen Fachkräfte für diese Thematik in aktuellen Kinderbüchern und im pädagogischen Kontext von heute zu sensibilisieren.

Rassismus in Kinderbüchern und Kindergeschichten ist keine Seltenheit. Lustige Geschichten mit starken Figuren, die heldenhaft sind und fantastisches erleben, beinhalten oft rassistische Komponenten und reproduzieren rassifizierende sowie kolonialistische Strukturen.³ Die in dieser Arbeit in den Blick genommenen Kinderbücher zeigen außerdem, dass die erzählten Geschichten als Sprachrohr der sozialistischen Ideologie und Weltsicht der DDR dienten und somit eine

¹ Auf den Deckblättern von Götz R. Richters Büchern *Kimani* (1964) und *Kimani in Nairobi* (1974) wird Kimani als eine stark stereotypisierte Figur dargestellt. Dieses erste Bild zeigt zentrale Merkmale von Kimanis Figur, die in den darauffolgenden Erzählungen bestätigt werden. Kimani ist dunkelhäutig, ist schlicht angezogen und wird barfuß gezeichnet. Diese hier kurz erläuterten Merkmalen weisen auf eine Außenseiterrolle der Figur hin.

² Götz R. Richter, *Kimani* (Berlin: Der Kinderbuchverlag, 1964), 5.

³ Vgl. Maureen Maisha Eggers, „Rassifizierung und kindliches Machttempfinden. Wie schwarze und weiße Kinder rassifizierte Machtdifferenz verhandeln auf der Ebene von Identität.“ (Dissertation, 2005), https://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dissertation_derivate_00002289/Dissertation_Maureen_Eggers.pdf (abgerufen am 11.10.2020); vgl. auch Eske Wollrad, „Rassismus in Kinderbüchern“ in Diakonie Düsseldorf, Sachgebiet Integration, Migration und Flucht, herausgegeben von Daniela Bröhl (Düsseldorf: Integrationsagentur der Diakonie Düsseldorf, 2014), 10–16; vgl. auch Jens Mätschke, „Rassismus in Kinderbüchern: Lerne, welchen Wert deine soziale Positionierung hat!“, in *Rassismus und Widerstandsformen*, herausgegeben von Karim Fereidooni und Meral El (Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2017), 249–268.

Kommunikationsfunktion im sozialistischen Kontext hatten: anhand kindgerechter Geschichten Kinder und ihre Familien ideologisch anzusprechen bzw. in diesem Sinne zu beeinflussen. Zunächst wird das Buch *Kimani* genauer untersucht.

Beim Lesen von *Kimani* ist deutlich zu erkennen, dass dieses Buch verschiedene Ebenen beinhaltet, die in Verbindung zueinander stehen. Eine Ebene beinhaltet Kimanis Erlebnisse und eine weitere Ebene beinhaltet die politische und sozialistische Perspektive der DDR, die in der Erzählung implizit vertreten ist. Auf den verschiedenen Ebenen sind rassifizierende Aspekte zu finden, wie die Hautfarbe oder die Darstellung des Exotischen als literarische Erzählung, die wiederum in eine grundlegende Erzählstruktur eingebettet sind und den Sozialismus als Antwort auf den Kapitalismus und/oder Kolonialismus behandeln.⁴

Die Hauptfigur ist Kimani, ein schwarzer Junge aus Kenia/Afrika, der auf dem Land lebt, nicht zur Schule geht und die kleinen Ziegen der Familie hütet. Kimani lebt mit seiner Familie ein einfaches Leben, das von Geldmangel und Knappheit geprägt ist. Er träumt von einem besseren Leben und davon, reich zu werden. Durch die Figur von Mister Morris, ein englischer Farmbesitzer, der seine Farm mittlerweile verkauft hat und zurück nach England gegangen ist, wird Position gegen den Kolonialismus bzw. Kapitalismus bezogen.⁵ Die Darstellung der rassifizierenden Elemente dieses Buches erfolgt anhand von Dualitäten wie schwarz/weiß, gut/böse, arm/reich, England/Kenia oder Kapitalismus/Kolonialismus bzw. Sozialismus. Die Beschreibung von Kimanis schwarzer Haut, die „wie geröstete Kaffeebohnen“⁶ aussieht, steht der Charakterisierung des Äußeren der Weißen gegenüber, die beispielsweise anhand von einer Entmenslichung durch Tiervergleiche erfolgt. Die Tochter von Mister Morris wird wie folgt dargestellt: „Ihr sehr weißes Gesicht war schmal und lang und sah dem einer Ziege nicht unähnlich.“⁷ In der Erzähllinie des Buches *Kimani* wird eine Parallelität zwischen der sozialistischen Weltsicht der DDR und Kimanis Schicksal geschaffen, da er, seine Familie und das ganze Dorf das eigene Land von den Kapitalisten bzw. Kolonialisten zurückbekommen haben.⁸ Die rassifizierenden Elemente scheinen innerhalb dieser Struktur eine sekundäre Rolle zu spielen und wirken dadurch naturalisierter oder als „Ist-Zustand“. Es handelt sich dabei oft um eine plakative Konstruktion und stark stereotypische Figuren sowie parallele Lebenswelten, die u.a. Maureen Maisha Eggers bereits anhand des 1986 erschienenen Buches *Pippi Langstrumpf* von Astrid Lindgren ausführ-

⁴ Vgl. Maureen Eggers et al., *Mythen und Masken. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland* (Münster: Unrast, 2017).

⁵ Vgl. Richter, *Kimani*, 14 f.

⁶ ebd., 5.

⁷ ebd., 15.

⁸ In Kimanis Erzählung wird anhand der Figur von dessen Großvater auf die Befreiung Kenias von den Engländern 1960 sowie die Kämpfe zwischen Kenianern und Landbesitzern aus England hingewiesen, vgl. Richter, *Kimani*, 33 f.

lich diskutiert hat.⁹ In ihre Analyse des Buches Pippi Langstrumpf macht Eggers (2008) darauf aufmerksam, dass eine starke Differenzierung zwischen weißen und schwarzen Menschen in der Narration implizit ist. In der Welt von der unabhängigen und selbstbewusste Pippi Langstrumpf ist die Trennung und Zuordnung von nicht-weiß deutlich erkennbar: „Schwarze Kinder werden als stumme, handlungsabhängige Figuren konstruiert. Schwarze Menschen und Schwarze Gesellschaften werden als Masse konstruiert“.¹⁰

In den Erzählungen sind heteronormative Rollenzuweisungen von Frauen und Männern zu erkennen. Während die männlichen Figuren genannt und näher beschrieben werden, verbleiben die weiblichen Figuren in einer sekundären Erzählinie und werden ausschließlich anhand ihrer Beziehungen zu den zentralen Figuren, wie in der Rolle als Ehefrau oder Großmutter, dargestellt.¹¹ Ebenfalls ist eine Hierarchisierung der Figuren in der Geschichte durch Zuschreibung zu erkennen.¹² In diesem Fall jedoch findet, anders als Mätschke dies definiert, bei der Geschichte von Kimani eine umgekehrte Zuschreibung statt, d. h., die Hierarchisierung „zwischen weißen Hauptakteur_innen und Schwarzen Repräsentant_innen“,¹³ ist in diesem Fall umgekehrt: Die Hauptfigur Kimani und ihre Familie sind schwarz und die Repräsentant_innen anderer Lebensformen, Wertkonzepte sowie wirtschaftlicher und politischer Ansichten, die negativ besetzt sind; dies im Kontrast zu den Weißen, d. h. Mister Morris, seine Frau und deren Tochter Bessie. Eine Ausnahme innerhalb der negativ konnotierten Zuschreibungen zu den Weißen bildet die Frau von Mister Morris, die als Einzige positiv beschrieben und besetzt wird. Die Mutterrollen im Buch, d. h. Kimanis Mutter und Großmutter sowie die Figur von Mister Morris Frau, werden mit positiven Zuschreibungen wie fröhlich und warmherzig und entsprechenden Merkmalen dargestellt. Dies ist z.B. anhand der folgenden Textpassage zu erkennen: „[Die] Frau des Farmers, Bessies Mutter, war eine gute Frau gewesen, freundlich; sie lachte sehr gerne, und sie sang auch“.¹⁴

⁹ Vgl. Maureen Maisha Eggers, „Rassifizierung und kindliches Machtempfinden. Wie schwarze und weiße Kinder rassifizierte Machtdifferenz verhandeln auf der Ebene von Identität, 2005, 19 f.

¹⁰ Maureen Marsha Eggers, „Pippi Langstrumpf – Emanzipation nur für weiße Kinder? Rassismus und an (weiße) Kinder adressierte Hierarchiebotschaften,“ https://blog.derbraunemob.info/wp-content/uploads/2008/10/pippi_langstrumpf-emanzipation_nur_fuer_weisse_kinder.pdf (abgerufen am 26.04.2021), 1.

¹¹ Vgl. Jutta Hartmann, „Doing Heteronormativity? Funktionsweisen von Heteronormativität im Feld der Pädagogik“ in *Managing Diversity: Die diversitätsbewusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirtschaft und Verwaltung*, herausgegeben von Karim Fereidooni und Antonietta P. Zeoli, Antonietta (Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2016), 105–134.

¹² Vgl. Jens Mätschke, „Rassismus in Kinderbüchern: Lerne, welchen Wert deine soziale Positionierung hat!“ 249–268.

¹³ Mätschke, „Rassismus in Kinderbüchern: Lerne, welchen Wert deine soziale Positionierung hat!“ 254.

¹⁴ Richter, *Kimani*, 15.

Präsenz von Kinderbüchern aus den Zeiten der DDR heute

Wie präsent sind Kinderbücher und Geschichten aus der DDR im Leben von Kindern (beispielsweise in Neubrandenburg) heute? Dies war eine der Fragen, die während des Kinderbuchprojektes „Kinderbücher aus der DDR“ im Rahmen der Projektwoche „30 Jahre Friedliche Revolution – Quo vadis Demokratie?“¹⁵ 2019 an der Hochschule Neubrandenburg behandelt wurde. Professorin Dr. Matilde Heredia hat gemeinsam mit einer Gruppe von fünf Studierenden ein lebendiges Buchprojekt gestaltet, welches über mehrere Monate (01.10.2019 bis 15.01.2020) stattgefunden hat. Kinder aus der benachbarten Grundschule und dem Hort haben in dieser Zeit die Hochschule Neubrandenburg besucht und dort an einem Literacy-Angebot teilgenommen.¹⁶ Dabei wurde das Buch *Matti im Wald* von Edith Rimkus und Horst Beseler (1966) vorgelesen und anschließend in gemütlicher Atmosphäre gemalt und über die zuvor vorgelesene Geschichte gesprochen. Das Ziel des Kinderbuchprojektes war es, einen Raum für den Dialog mit den Kindern und ihren Familien zu schaffen. Ein unerwartetes Ergebnis bei diesem Projekt war die positive Reaktion von Eltern, Großeltern, Erziehungsberechtigten, aber auch Mitarbeiter_innen der Hochschule auf die Arbeit mit „Kinderbüchern von damals“,¹⁷ woraufhin sie eigeninitiativ von ihren eigenen Lieblingsbüchern und -geschichten erzählt haben. Eine weitere Erkenntnis bestand darin, dass die Kinder, die das Angebot genutzt haben, über wenig bis kaum Wissen über „dieses andere Land“¹⁸ verfügten und in ihren Familien „keine alten Bücher [aus der DDR-Zeit] vorgelesen werden“.¹⁹ Einige der Erwachsenen berichteten über positive Literacy-Erfahrungen während der eigenen Kindheit und Jugend in der DDR, die überwiegend mit Familienerinnerungen in Verbindung standen.²⁰ Eine kritische Betrachtung der Kinderliteratur aus der Zeit der DDR seitens der Erwachsenen fand bei dem Kinderbuchprojekt nicht statt. Hierzu ist es jedoch wichtig, zu betonen, dass in diesem Kontext rassifizierende Kinderbücher nicht thematisiert wurden; im Vordergrund standen der Dialog und die Begegnung. Die ersten Schritte im Rahmen der hier erläuterten Forschung verdeutlichen, dass im pädagogischen Kontext der Frühen Kindheitspädagogik dieser Thematik bis dato wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde und wird und diese Tatsache im Gegensatz zu der Realität, d. h. auch und gerade den zunehmend heterogenen Kindergartengruppen und Grundschulklassen in Deutschland

¹⁵ Professorin Dr. Júlia Wéber von der Hochschule Neubrandenburg hat im 30. Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution die Projektwoche vom 11.11. bis zum 15.11.2019 in Kooperation mit der Stadt Neubrandenburg und der organisierten Zivilgesellschaft in den Räumlichkeiten der Hochschule ins Leben gerufen: <https://www.hs-nb.de/hochschule/aktuelles/30-jahre-friedliche-revolution/>

¹⁶ vgl. Nickel 2015.

¹⁷ Äußerung einer Mitarbeiterin der Hochschule Neubrandenburg, die in der DDR aufgewachsen ist, zu den Büchern der DDR.

¹⁸ Äußerung eines Kindes bezüglich der DDR.

¹⁹ Beschreibung eines Kindes hinsichtlich der eigenen Bücher.

²⁰ Vgl. Nickel 2015, S. 15 f.

und weltweit, steht. Die Analyse und Reflexion im pädagogischen Kontext dahingehend zu betrachten, inwieweit sich Kinder mit den Figuren in Kinderbüchern identifizieren können, wenn sich die Fremdbilder in „Asymmetrien [befinden], die Wissensdiskurse und Diskursordnungen produzieren und organisieren“, hat im pädagogischen Alltag noch wenig Gewicht.²⁰

Abschließend lässt sich diesbezüglich Folgendes festhalten:

*[Kein] einzelnes Buch führt zu einem rassistischen Weltbild, jedoch können Kinderbücher zusammen mit anderen Sozialisationseinflüssen bedeutsame Puzzelsteine im Erlernen einer Weltsicht sein, in dem weiße Menschen Schwarzen überlegen sein sollen und diskriminierende Praktiken legitimieren.*²¹

Die Diskussion und die Veränderung von rassifizierenden Figuren und Strukturen in Kinderbüchern beginnen hier und heute und trotzdem bedarf es gleichzeitig eines Blickes in die Vergangenheit, um verankerte diskriminierende Strukturen aufzulösen. Auch wenn rassifizierende Aspekte in Kinderbüchern damals nicht außergewöhnlich waren und deswegen von den Pädagog_innen und Wissenschaftler_innen nicht immer kritisch hinterfragt wurden, ist dieser Schritt der Positionierung gegenüber rassifizierenden Aspekten in Kinderbüchern heutzutage unabdingbar.²³

Literatur:

Dettmar, Ute und Roeder, Caroline und Tomkowiak, Ingrid. *Schnittstellen der Kinder- und Jugendmedienforschung, Studien zu Kinder- und Jugendliteratur und -medien 1. Aktuelle Positionen und Perspektiven*. Berlin: Springer Verlag, 2019.

Eggers, Maureen Maisha. „Rassifizierung und kindliches Machtempfinden. Wie schwarze und weiße Kinder rassifizierte Machtdifferenz verhandeln auf der Ebene von Identität.“ Dissertation, Universität Kiel, 2005, https://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dissertation_derivate_00002289/Dissertation_Maureen_Eggers.pdf (abgerufen am 11.10.2020).

Eggers, Maureen Marsha. „Pippi Langstrumpf – Emanzipation nur für weiße Kinder? Rassismus und an (weiße) Kinder adressierte Hierarchiebotschaften.“ https://blog.derbraunemob.info/wp-content/uploads/2008/10/pippi_langstrumpf-emanzipation_nur_fuer_weisse_kinder.pdf (abgerufen am 26.04.2021).

Eggers, Maureen Maisha und Kilomba, Grad und Piesche, Peggy und Arndt, Susan. *Mythen und Masken. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast, 2017.

Hartmann, Jutta. „Doing Heteronormativity? Funktionsweisen von Heteronormativität im Feld der Pädagogik.“ In *Managing Diversity: Die diversitätsbewusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirt-*

schaft und Verwaltung, herausgegeben von Karim Fereidooni und Antonietta P. Zeoli, Antonietta, 105–134. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2016.

Lindgren, Astrid. *Pippi in Taka Tuka Land*. Hamburg: Oetinger Friedrich, 1986.

Mätschke, Jens. „Rassismus in Kinderbüchern: Lerne, welchen Wert deine soziale Positionierung hat!“ In *Rassismus und Widerstandsformen*, herausgegeben von Karim Fereidooni und Meral El, 249–268. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2017.

Müller, Susan. *Positive Botschaften: Neuere Kinderbücher über die DDR, neu aufgelegte Kinderbücher aus der DDR (Schriftenreihe Essay zur Kinderliteratur)*. Berlin: Autumns Verlag, 2011.

Wollrad, Eske. „Rassismus in Kinderbüchern.“ In: *Diakonie Düsseldorf, Sachgebiet Integration, Migration und Flucht*, herausgegeben von Daniela Bröhl, 10–16. Düsseldorf: Integrationsagentur der Diakonie Düsseldorf, 2014.

Untersuchte Kinderbücher:

Richter, Götz R. Kimani. Berlin/DDR: Der Kinderbuchverlag, 1964 Richter, Götz R. Kimani in Nairobi. Berlin/DDR: Der Kinderbuchverlag Berlin, 1974 Rimkus, Edith und Beseler, Horst. *Matti im Wald*. Berlin/DDR: Der Kinderbuchverlag Berlin, 1966

²⁰ Ute Dettmar et al., *Schnittstellen der Kinder- und Jugendmedienforschung, Studien zu Kinder- und Jugendliteratur und -medien 1. Aktuelle Positionen und Perspektiven* (Berlin: Springer Verlag, 2019), 154.

²¹ Mätschke, „Rassismus in Kinderbüchern: Lerne, welchen Wert deine soziale Positionierung hat!“ 250.

²³ Susan Müller, *Positive Botschaften: Neuere Kinderbücher über die DDR, neu aufgelegte Kinderbücher aus der DDR (Schriftenreihe Essays zur Kinderliteratur)* (Berlin: Autumns Verlag, 2011), 3.

Kefa Hamidi, Isabel Herling:

10.2 Menschen und Institutionen für Kommunikation und Partizipation (mikopa)! Eine Post- migrantische Selbstorganisation für partizipative Öffentlichkeit in den neuen Bundesländern (Zusammenfassung)

In diesem Beitrag wurde das (selbst-)organisierte Projekt "Menschen und Institutionen für Kommunikation und Partizipation" (kurz: *mikopa*) vorgestellt. *Mikopa* ist in Leipzig ansässig und versteht sich als Plattform und Think Tank, um vielfältige Projekte zu verwirklichen. Es ist ein Kooperationsprojekt von dem Forschungszentrum für Entwicklungskommunikation – Communication for Social Change (EC4SC) vom Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft (IfKMW) der Universität Leipzig und dem Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur (ZEOK) e.V. Im Fokus des Projektes stehen die Partizipation und die Schaffung von partizipativen Formaten mit dem Ziel der Wissensgenerierung und des Austauschs zwischen der Wissenschaft, Medienschaffenden, (post-)migrantischen Selbstorganisationen und Aktivist_innen. Dabei soll ein kontinuierlicher Dialog zwischen Personen aus (post-)migrantischen Selbstorganisationen, der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit geschaffen werden. Das Ziel dabei ist es, Migrant_innen, Postmigrant_innen¹ und BIPOC und ihre Geschichten, ihre Erfahrungen und ihre Perspektiven sichtbar zu machen – nicht nur in Randbereichen, sondern auch im Mainstream. *Mikopa* möchte die Entwicklung vorantreiben, dass die Realität gesellschaftlicher Vielfalt in den Medien und der Öffentlichkeit widergespiegelt werde.

Kefa Hamidi leitete den Beitrag mit den Erkenntnissen der Kommunikationsforschung der letzten 10 Jahre ein. Erstens habe die Kommunikationsforschung festgestellt, dass Menschen mit internationalen Biografien immer als marginalisierte Menschen dargestellt werden – sowohl in der Berichterstattung als auch in Strukturen wie z.B. den Redaktionen. Das heiße, die Repräsentation von Migrant_innen und BIPOC sei im Vergleich zu der gesellschaftlichen Struktur niedrig. Zweitens werden Themen von Migrant_innen und BIPOC oft nur in sogenannten Ethnomedien repräsentiert. Diese Medien beschränken sich auf eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe, was Kefa Hamidi als Forscher kritisch betrachte. Wo Strukturen, Räume oder Teilöffentlichkeiten entstehen, interessiere er sich zum

¹ Die Begrifflichkeiten „postmigrantisch“ und „postmigrantische Gesellschaft“ wurden als eine Zustandsbeschreibung einer Gesellschaft diskutiert, in der Austausch zwischen unterschiedlichen Akteur_innen aus den gesellschaftlichen Gruppen der Migrant_innen und BIPOC und der Mehrheitsgesellschaft zu Aushandlungsprozessen führe. Damit verbunden sind neue Entwicklungen, das Aushandeln von Handlungsstrategien und gesellschaftliche Veränderungen, die es zu beobachten gebe. Mehr dazu in der Diskussion zum Panel.

einen dafür, wer als Akteur_in dahinter steht, und zum anderen für die Inhalte in diesen Räumen. Durch die neuen digitalen Technologien wurde die Beobachtung dieser Räume zu einem Schwerpunkt der Kommunikationsforschung. Auch das Forschungszentrum „Communication for Social Change“ (C4SC) möchte diese Räume beobachten und ihre Strukturen, Akteur_innen und Inhalte erforschen. *Mikopa* betrachte dabei drei Bereiche: Forschung, Lehre und Transfer. *Mikopa* selber gehöre dabei zu dem Bereich Transfer. Dort gehe es vor allem um den Austausch mit den gesellschaftlichen Akteur_innen, insbesondere mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Für die Konzeption von *mikopa* sei die Perspektive der postmigrantischen Gesellschaft zentral. Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, werde von einigen Gruppierungen in der Gesellschaft anerkannt und befürwortet und von anderen abgelehnt und geleugnet. Dabei werde eine Polarisierung in der Gesellschaft beobachtet, bei der es u.a. um Zugehörigkeit und nationale Identität gehe. In diesem Kontext sei es verpflichtend zu betrachten, wie Organisationen der Migrant_innen zusammen mit sogenannten klassischen Organisationen arbeiten und Allianzen bilden, in denen sie sich für bestimmte Themen einsetzen. Zentral in diesem Prozess seien die Aushandlungen über die Thematik, wie die zukünftige Gesellschaft gestaltet werden soll. In diesen Aushandlungsprozessen könne davon ausgegangen werden, dass jede Position eine Gegenbewegung verursache. In diesem Kontext sei der Dialoggedanke relevant. Dabei werden unterschiedliche Gruppen, welche bei dem Aushandlungsprozess beteiligt sein möchten, beobachtet. Ob diese Gruppierungen jedoch einen Zugang zu diesem Prozess bekommen, sei eine andere Frage.

Organisationen der Migrant_innen haben durch die Schaffung von eigenen Aushandlungsräumen eine kommunikative Macht entwickelt. Diese Räume beinhalten Akteur_innen, die bestimmte Inhalte und Interessen verfolgen. So entstehen Teilöffentlichkeiten, weil BIPOC und Migrant_innen u.a. durch fehlende Strukturen oder der Marginalisierung in der Berichterstattung meistens keinen Zugang zur Öffentlichkeit bekommen. Somit schaffen sie sich eigene Teilöffentlichkeiten für den Austausch untereinander, aber auch für den Dialog mit anderen. So versuchen sie auch, den Anschluss in die große Öffentlichkeit zu gewinnen. In diesem Rahmen entstehen neue Narrationen, neue Informationssysteme und kommunikative Praktiken. Insgesamt generieren und produzieren sie neues Wissen. In diesem Kontext ist *mikopa* für Leipzig, für Sachsen und auch für Deutschland eine Plattform, eine Teilöffentlichkeit, in der neue Narrationen in Form von Informationssystemen und neuen kommunikativen Praktiken herausgebildet werden.

Die erste Tagung der *mikopa* Reihe war eine Integrations-Fachkonferenz. Von der „Integrations-Fachkonferenz“ 2016 beschritt *mikopa* den „Weg zur inklusiven

Gesellschaft“ (Konferenz 2017), begab sich dann ins Spannungsfeld „Migration, Medien und Partizipation“ (Konferenz 2018) und fragte, wie „Wir in den Medien“ sichtbar werden und die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten erhöhen können. Seit 2020 trägt die Reihe den Namen „Menschen und Institutionen für Kommunikation und Partizipation“, und nimmt nicht mehr nur die Medien in den Blick, sondern erweitert den Fokus auch auf andere Formen der Kommunikation (z.B. interpersonale Kommunikation, Kunst und Kultur, Konferenzen). *Mikopa* hat die Fachkonferenz-Reihe ins Leben gerufen und damit ein Forum an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis etabliert, in welchem sich Medienschaffende, zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteur_innen sowie Wissenschaftler_innen und Politiker_innen über die neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen austauschen und gemeinsam Handlungsstrategien für eine inklusive Medienlandschaft für Sachsen und Mitteldeutschland erarbeiten können. Mit der Konferenzreihe soll die Aufmerksamkeit auf Migrant_innen und BIPOC als Medienschaffende und Gesellschaftsgestalter_innen gelenkt werden sowie auf Organisationen, die sie repräsentieren. Das Projekt setzt sich dafür ein, das postmigrantische Deutschland in der medialen Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Das sei durch eine partizipatorische Öffentlichkeit möglich, in der Migrant_innen und BIPOC ihre Interessen aktiv und selbstbestimmt einbringen und artikulieren können. Dabei ginge es darum, eine mediale Öffentlichkeit zu schaffen, in der Partizipation und Repräsentation der gesamten Gesellschaft möglich ist.² Der Kern des Projektes ist die Konferenzreihe, in der *mikopa* sich seit 2016 jährlich mit einem neuen Thema aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive auseinandersetzt.

Mikopa könne im Moment als eine Konferenzreihe betrachtet werden, soll in Zukunft jedoch nicht nur Konferenzen beinhalten, sondern unterschiedliche Formate und Inhalte zusammenführen. Durch unterschiedliche Formate und Fokussierungen wie Kultur wollen sie neue Ebenen des Aushandlungsprozesses sichtbar machen. Das Zulassen von Emotionen sei z.B. etwas, was man sonst auf wissenschaftlichen Konferenzen nicht habe. Dies bringe jedoch einen anderen Austausch und andere Erfahrungen mit sich. Des Weiteren wollen sie durch „Education“ in Form von Workshops, Vorträgen, Webinaren und einer Zukunftswerkstatt bilden, empowern und Begegnung schaffen. Im Bereich "Advocacy" setzt sich *mikopa* zum Beispiel für eine Zukunftswerkstatt für Migrant_innenselbstorganisationen und den MDR ein. *Mikopa* will damit einen Dialograum öffnen, in dem ein Austausch beginnt und individuelle wie strukturelle Entwicklungen angeregt werden. In der Zukunftswerkstatt möchten sie herausfinden, wo Akteur_innen sich begegnen und welche Schnittstellen es gibt, bei denen sie sich aufeinander abstimmen könnten.

² *Mikopa* setzt dabei auf ADVOCACY als aktiven Einsatz für eine partizipative Öffentlichkeit; RESEARCH für Forschung und Datensammlung und EDUCATION, um beteiligte Akteur_innen zu empowern und auszubilden.

Den Bereich „Research“ wollen sie noch ausbauen und dafür Finanzierung generieren.

Veränderungen in Institutionen seien dabei langsame Prozesse. *Mikopa* betreibe in diesem Kontext eine Art Lobbyarbeit, um migrantische und postmigrantische Arbeit – in der Berichterstattung sowie in den Institutionen – sichtbar zu machen. Mit diesem Ziel kann bei erstmaligem Austausch zwar nicht von struktureller Veränderung gesprochen werden. *Mikopa* schaffe die Plattform für solche Zwecke, aber könne nicht vorgeben, wie strukturelle Veränderung ausgestaltet werde. Durch den Austausch sollen Ideen generiert werden. Der Austausch des MDR mit Migrant_innennorganisationen, zum Beispiel, welcher bei der Zukunftswerkstatt ermöglicht werden soll, sei ein Anfang. Ob dies zum langfristigen Austausch zwischen der Medienanstalt und den Migrant_innenorganisationen führe, sei unklar. Der Austausch sei damit Anstoß zur Veränderung, in dessen Prozess die Handlungsstrategien erarbeitet und ausgehandelt werden.

***mikopa* über sich und ihre Beweggründe**

Die Diversität in unserer Gesellschaft wächst und die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt prägt unseren Alltag. Eine der zentralen Aufgaben der massenmedialen Kommunikation sollte es sein, diese Entwicklung als unsere gemeinsame Realität anzunehmen und positiv zu gestalten. Ein unabdingbares Kriterium dafür ist die Offenheit der Öffentlichkeit gegenüber Migrant_innen sowie BIPOC. Ein weiteres Kriterium ist die Stärke ihrer Interessenvertretung. Die Vielfalt in den neuen Bundesländern, wie auch in der gesamtdeutschen Gesellschaft, ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen und sie wächst weiter. Es handelt sich dabei um eine Vielfalt an Kulturen, Religionen und Sprachen sowie Lebensweisen, Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen – und alle wollen an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilhaben und sich repräsentiert fühlen. Gelebte Diversität bringt gesellschaftliche Aushandlungsprozesse mit sich, die für eine postmigrantische Gesellschaft kennzeichnend sind. In der deutschen medialen Öffentlichkeit wird jedoch immer noch in der Regel über Migrant_innen und BIPOC geredet anstatt mit ihnen. Ihre Thematisierung in den Medien weist nach wie vor erhebliche Defizite bis hin zu rassistischen oder populistischen Darstellungen auf. Auch in den Redaktionen fehlt bis heute die Perspektive eben der Menschen, die es vordringlich betrifft. Mit dem Projekt *mikopa* schaffen wir in Leipzig eine Plattform für den Dialog zwischen Akteur_innen der Öffentlichkeit in Form von Institutionen (z. B. Medienanstalten: MDR, SLM, Sächsische Zeitung, LVZ, Freie Presse) und (post-)migrantischen Organisationen (z. B. DSM, Lokalgruppen von DaMigra und ISD) in den neuen Bundesländern.

Nhi Le:

10.3 Mehr Medienpräsenz, mehr Miteinander! Überlegungen zur Sichtbarkeit migrantisch-ostdeutscher Stimmen (Zusammenfassung)

Nhi Le teilte Impulse für Strategien für mehr Sichtbarkeit von migrantisch-ostdeutschen Stimmen in den Medien und Vernetzungsmöglichkeiten zwischen People of Color sowie der ersten und zweiten Generation migrantischer Communitys im Interesse sozialer und gesellschaftlicher Veränderungen.

Zu den Themen Medienpräsenz und Journalismus merkte Nhi Le an, dass migrantische Perspektiven in der Öffentlichkeit oft zu kurz kommen. Als Beispiele, in denen dies besonders deutlich wurde, nannte sie die zwei „Aufmerksamkeitszyklen“ zu den Themen Wiedervereinigung, Osten, Wende und Einheit; einmal 2019 zum Anlass des 30-jährigen Mauerfalls und einmal 2020 zum Anlass der 30 Jahre Wiedervereinigung. Wenn ostdeutsche Narrative im Diskurs sind, gehe es oftmals um Ungleichheit zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen oder um das Leben von Ostdeutschen. Es gehe demnach durchaus auch um identitätspolitische Themen,



Von links nach rechts: Victoria Baer, Laura Schrader, Isabel Herling, Kefa Hamidi und Nhi Le über Zoom zugeschaltet

jedoch seien hier hauptsächlich weiße Ostdeutsche gemeint, kommentierte Nhi Le. Es gehe auch oftmals um sogenannte Vorurteile gegen den Osten und Ostdeutsche, selten jedoch gehe es um Migrant_innen und nicht-weißen Menschen im Osten, welche auch besonderen Vorurteilen ausgesetzt sind. Als Beispiele diskutierte Nhi Le zwei im ARD ausgestrahlte Reportagen und Dokumentationen über ostdeutsche Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess. Sowohl in „Wir Ostdeutsche – 30 Jahre im vereinten Land“ als auch in „Hierdrüben“ seien die Mehrheit der Protagonist_innen weiß und es fehlten migrantische und nicht-weiße ostdeutsche Perspektiven von zum Beispiel ehemaligen Vertragsarbeiter_innen oder Geflüchteten.

Das Problem sei nicht per se ein Medienproblem, so Nhi Le, sondern eher ein Mentalitätsproblem, da der Osten nicht als Einwanderungsgesellschaft verstanden werde, und andererseits Migrant_innen und nicht-weiße Ostdeutsche nicht als Ostdeutsche gesehen, sondern wie eine dritte Gruppe betrachtet werden. Es gebe somit Westdeutsche, Ostdeutsche und Migrant_innen. Da es generell weniger ostdeutsche Narrative in Mediendiskursen gebe, gingen die ostdeutschen migrantischen, nicht-weißen Perspektiven noch weiter unter. Eine Präsenz von migrantischen und nicht-weißen Perspektiven gebe es eigentlich nur, wenn sich Redakteur_innen oder Autor_innen selbst für diese Geschichten interessieren. Das heißt, dass ostdeutsch-migrantische Medienpräsenz vom Wohlwollen der Kommunikator_innen abhängig sei, sofern es keinen Perspektivwechsel durch migrantische, nicht-weiße Journalist_innen gibt, welche diese Geschichten erzählen. Migrantische, nicht-weiße Journalist_innen können diese Arbeit jedoch nicht allein stemmen und sie sollten außerdem nicht aufgrund ihrer Identität gezwungen sein, diese Themen bearbeiten zu müssen. Diese Arbeit machen zu müssen, weil man davon betroffen ist, heiße immer noch, von den Interessen der Mehrheitsgesellschaft abhängig zu sein.

Migrant_innen und ihre Geschichten sind aber seit Generationen da und lautstark. Das Problem liege also nicht daran, dass diese Menschen sich nicht genug hörbar machen, sondern eher daran, dass es zu wenige Zuhörer_innen gebe. Als Lösungsansatz schlug Nhi Le vor, mehr Öffentlichkeitsarbeit für bestehende Projekte von Migrant_innen und migrantischen Organisationen in Ostdeutschland zu bereiten, wie z.B. für das Projekt „MiStory“ von DaMOst, bei dem Zeitzeug_innen zu Wort kommen. Dafür solle mehr Werbung gemacht oder auch Pressemitteilungen versendet werden. Was gebraucht werde, sei eine Verbindung migrantisch-ostdeutscher Projekte und Stimmen mit den Menschen, die in der Redaktion sitzen, Artikel schreiben oder auch Filme produzieren. Vorhandene Projekte von unterschiedlichen Migrant_innenselbstorganisationen können außerdem über Verteiler, Newsletter oder Social Media Plattformen stärker beworben werden und damit mehr Sichtbarkeit erlangen. Die Tatsache, dass Migrant_innenorganisationen stark

auf ehrenamtliche Arbeit bauen, erschwere jedoch die zusätzliche Durchführung von Öffentlichkeitsarbeit, so Nhi Le.

Um diesen Tendenzen und Lücken entgegen zu arbeiten, plädiert Nhi Le für die Vernetzung von migrantischen Projekten und Stimmen mit Redakteur_innen, Journalist_innen oder Produzent_innen. Sie schlägt eine Plattform oder Datenbank inkl. Berufsbezeichnungen und thematischen Schwerpunkten für eine bessere Vernetzung von ostdeutschen Migrant_innen, ihrer Organisationen und der Mehrheitsgesellschaft vor. Dabei gehe es auch darum, den Perspektivwechsel und die Arbeitslast nicht auf migrantische Journalist_innen zu verlagern, sondern den Zugang zu migrantischen Perspektiven und Stimmen zu erleichtern und eine strukturelle Veränderung der Medienlandschaft durch bessere Vernetzung zu lokalen, regionalen migrantischen Projekten und Persönlichkeiten zu schaffen.

Neben dem Schwerpunkt zur Medienpräsenz migrantischer Perspektiven und Stimmen sprach Nhi Le über die Generationsarbeit von Communitys of Color in Ostdeutschland. Es gebe dabei migrantische Selbstorganisationen; sowohl in der ersten als auch in der zweiten Generation von Migrant_innen. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Generationen bleibe trotz ähnlicher Kämpfe aber ein unausgeschöpftes Potential. Die erste und zweite Generation würde nämlich trotz ähnlicher Kämpfe eher nebeneinanderher und oft nicht miteinander arbeiten. Diese Zusammenarbeit könnte jedoch aufzeigen, dass die Kämpfe nicht neu sind und dazu beitragen, neue Strategien auf beiden Seiten zu erarbeiten. Die zweite Generation könne von der ersten viel über Historie und Kontinuitäten lernen sowie ihre Kompetenzen zu digitalen Vernetzungsstrategien oder Social Media mit der älteren Generation teilen. Es wäre eine Situation, von der alle profitieren würden.

Nhi Le schloss mit dem Plädoyer ab, die aktiven Migrant_innenselbstorganisationen beider Generationen zusammenzubringen und sie in den Dialog kommen zu lassen, wie zum Beispiel auf Tagungen wie dieser. Ein langfristiger Kontakt könnte über Chatgruppen oder Soziale Plattformen aufrecht erhalten werden. Bei bestehendem Interesse könne es zu einer Integration der zweiten Generation in vorhandene Strukturen der Selbstorganisationen oder Vereine der ersten Generation kommen oder vice versa. Für diese Art der Zusammenarbeit müssten die Interessen beider Parteien jedoch ähnlich sein, um so dieselben Aktionen und Ziele verfolgen und Kräfte für größere Projekte bündeln zu können.

10.4 Zusammenfassung der anschließenden Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden selbstbestimmte Repräsentationsmöglichkeiten von Migrant_innen, Geflüchteten und BIPOC und damit verbundene Aushandlungsprozesse in einer postmigrantischen Gesellschaft thematisiert.

Mit Bezug zu geschlechtsspezifischen Darstellungen von Mann und Frau in Kinderbüchern aus der DDR wurde die Rolle der Frau in der DDR thematisiert. Die Frau hatte neben der Aufgabe, Kinder zu gebären, auch die Funktion, politischen Gruppen beizuwohnen. Somit war die Frau eine Art politische Repräsentantin der Ideologie der DDR, so Matilde Heredia. Die Mutterrolle sei positiv und emotional konnotiert gewesen, da die Mutter Kinder auf die Welt brachte und damit die Nation erweiterte. Heredias These besagte, dass in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus oder auch dem Sozialismus rassistische Bilder stärker reproduziert und gleichzeitig weniger hinterfragt werden. Heredia problematisierte die Erkenntnis, dass die Darstellung Schwarzer Menschen in kommunistischen und sozialistischen Kinderbüchern weniger hinterfragt werde, weil die Bücher aus der Sicht des Kommunismus bzw. Sozialismus geschrieben wurden und u. a. Ziele wie die Umverteilung von Ressourcen predigten. Die binäre Struktur, die in kommunistischen bzw. sozialistischen Büchern anhand der Hautfarbe oder des Geschlechts konstruiert und dargestellt wird, dient demnach als Skizzierung jener Realität, die aus der Perspektive der DDR verändert und verbessert werden sollte. Die Frage, was sich verändern müsste und auf welchen Ebenen die Veränderungen stattfinden müssten, damit Migrant_innen und BIPOC stärker und selbstbestimmt in den Medien wie Büchern und Fernsehen repräsentiert werden, prägte die Diskussion.

Für eine selbstbestimmte mediale Repräsentation von Migrant_innen, Geflüchteten und BIPOC bedarf es eines Paradigmenwechsels in den Redaktionen, weg von migrantischen Perspektiven als Nischenthemen hin zu der Verortung von migrantischen Stimmen und Perspektiven als gesamtgesellschaftlich relevante Themen, so Nhi Le. Dabei fehle es an öffentlicher Sensibilisierung und Interesse, insbesondere für migrantische Lebensrealitäten und Perspektiven in Ostdeutschland. Ähnlich wie bei ostdeutschen würden migrantische und BIPOC Stimmen, Perspektiven und Lebensrealitäten nur zu besonderen Anlässen mediale Aufmerksamkeit generieren. Dieses Exotisieren migrantischer Themen sollte endlich aufhören, plädierte Nhi Le. Migrantische Lebensrealitäten gebe es jeden Tag, deshalb könnte auch jeden Tag darüber berichtet und nicht nur ein Nischenthema daraus gemacht werden. Die Perspektive, dass Ostdeutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist – damit ist gemeint, dass es sowohl die Arbeitsmigration, das politische Exil, als auch das Herkommen von Menschen zum Studieren aus sogenannten sozialistischen Geschwisterstaaten gab –, sei eine marginalisierte Perspektive. Die Lebensrealitäten von Vertragsarbeiter_innen seien weitestgehend unbekannt,

wie z.B. dass die Menschen aus Mosambik nur prozentual für ihre Arbeit bezahlt worden sind oder dass es heute viele vietnamesische Geschäfte gibt, weil Vietnames_innen von der Abschiebung bedroht waren und sich selbstständig machen mussten, um genug zu verdienen und so in Deutschland bleiben zu dürfen. Diesen Geschichten fehle es an öffentlicher Sensibilisierung. Wenn Nhi Le sagt, dass Menschen den Osten nicht als Einwanderungsgesellschaft sehen, dann meint sie, dass Menschen den Osten als *weiß*, auch als *weißer* als den Westen, sehen. Dem würde sie auch zustimmen, aber das heiße nicht, dass es im Osten keine *nicht-weißen* migrantischen Perspektiven gebe.

Auch die Begrifflichkeit „postmigrantisch“ und die Realität der postmigrantischen Gesellschaft waren Themen der Diskussion. Die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse in Migrationsgesellschaften, die zu mehr Macht und Repräsentationsmöglichkeiten führen können, beschrieb Isabel Herling als postmigrantisch. Auch bedeute „postmigrantisch“, dass die Isolation von Communitys der Migrant_innen nicht mehr hingenommen, sondern aufgebrochen werde. In diesem Kontext komme es zur Allianzbildung, weil Ausschluss und Rassismus nicht mehr nur Migrant_innen betreffen, die rassifiziert werden, sondern auch die Angehörigen, die Beziehungen dieser Leute, die Freund_innenkreise und nahestehende Personen. Damit gebe es einen wachsenden Teil der Bevölkerung, der mit diesen Menschen verbunden und auch indirekt mitbetroffen ist. Kefa Hamidi spricht von Austauschprozessen, die zu neuen Entwicklungen führen, und beschreibt dabei postmigrantisch als eine Zustandsbeschreibung der Gesellschaft. Eine Veränderung sieht Hamidi in der kommunikativen Macht von Migrant_innen und BIPOC, die nach Erfahrungen der Marginalisierung kommunikative Macht durch die Schaffung von Teilöffentlichkeiten durch Organisationen und Kommunikationskanäle wie Soziale Medien gewonnen haben.

Während der Diskussion wurde der Bedarf einer intergenerationalen digitalen Vernetzung in Ostdeutschland aufgegriffen und als wichtiger Impuls für zukünftige Projekte festgehalten.

11. Eine vorläufige Schlussfolgerung

Asiye Kaya:

Wissen ist situiert

„The right, the space, the voice to tell our own stories from our own perspectives‘ has been an important aspect of decolonizing knowledge.“
(Linda Tuhiwai Smith, 2019)

Wissen ist situiert¹, denn es beruht auf historisch, gesellschaftlich und politisch relevanten (Selbst)Erfahrungen, die unter anderem in Verbindung mit (Un)Gerechtigkeiten und Diskriminierungen stehen. Methodologische Perspektiven können und sollen dazu beitragen, die Forschenden zu befähigen, die Genese der daraus entstandenen intersektionalen Erkenntnisse/Wissensformen reflektierend herauszuarbeiten und in die Wissen(schaft)sproduktion einzubeziehen. Bagele Chilisa macht mit den Begrifflichkeiten „captive and colonized mind“² in Anlehnung an die Arbeit von Syed Hussein Alatas in dieser Hinsicht auf die Forschungsparadigmen, die unkritisch Wissen konstruieren, kritisch aufmerksam. Chilisa hebt hervor, dass diese Forschungsparadigmen die Dominanzverhältnisse und die Rolle von z.B. Kolonialisierung, Globalisierung und Imperialismus bei der Generierung von Wissen(schaft) nicht berücksichtigen. Dieser reflektierende Blick ist eine wichtige Voraussetzung für eine inklusive Wissenschaft, die mit den Transformationsprozessen in einer Gesellschaft verflochten sind. Konkret bedeutet dies für unsere Forschung: Das ostdeutsche migrantische (Erfahrungs)Wissen in die Generierung

¹ Siehe hierzu als Hauptwerke mit dem Fokus auf Feminismus Haraway, Donna. „Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective“ in *Feminist Studies*, Vol. 14, No. 3 (Autumn, 1988), 575-599. Feminist Studies, Inc. Mit dem Fokus auf Feminismus und Schwarzsein Hill Collins, Patricia. „Die gesellschaftliche Konstruktion Schwarzen feministischen Denkens“ in (Hg.) *Schwarzer Feminismus*, herausgegeben von Gloria I. Joseph, 17-52. Orlando Verlag, 1989; Hill Collins, Patricia. „Toward a Politics of Empowerment“, in *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*. New York: Routledge, 2000. Mit dem Fokus auf Sprechbarkeit eines Erfahrungswissens und zur Rolle der Forschenden Riegel, Christine; Kaya, Asiye. „The Significance of the ethnic and national identity of female researchers in practice with young migrant women: experiences of allochthonous and autochthonous researchers“, in: *The role of the Researcher in Qualitative Psychology*, herausgegeben von Mechthild Kiegelman, 149-158. Tübingen: Ingeborg Huber Verlag, 2002; sowie zur Dekolonialisierung *indigenes Wissens* Chilisa, Bagele. *Indigenous Research Methodologies*. London: Sage Publication, 2020.

² Chilisa, Bagele. *Indigenous Research Methodologies*. London: Sage Publication, 2020,

der Wissen(schaft) einzubeziehen, leistet einen Beitrag u.a. zur Dekolonialisierung der Wissen(schaft)³ über die Communitys of Color in Ostdeutschland.

Die Tagung „Im Osten Was Neues?“ als ein intersektionaler Erinnerungs-, Narrations-, Austausch-, Vernetzungs- und Gestaltungsraum verdeutlichte, dass ostrelevante migrantische Erfahrungsgeschichten nach wie vor durch enorme Lücken geprägt sind. Auf der Tagung wurde durch das Zusammenkommen von Teilnehmenden mit diversen und intersektionalen Wissensbeständen, Perspektiven, Positionen und Realitäten ein Austausch in Bewegung gebracht, der die Ost-West-Erinnerungsdiskurse in Deutschland erweitert. Es wurden viele wichtige Fragestellungen formuliert, die es nicht nur im Rahmen unseres Forschungsprojektes zu erforschen, diskutieren und beantworten gilt. Viele Beiträge in dieser Tagungsdokumentation sind authentische Stimmen, die uns über migrantische marginalisierte Geschichten von Communitys of Color im Osten berichten. Entsprechend des methodologischen Verständnisses des Forschungsprojektes werden diese Beiträge mit dem Fokus auf Dekolonisierung des ostmigrantischen und BIPOC-Wissens als empirische Daten in der Studie berücksichtigt und fließen damit in die Forschungsergebnisse ein.⁴

Die Tagung hat gezeigt, dass die Erzählung von DDR-bezogenen Erfahrungen und Geschichten immer noch eine Notwendigkeit darstellt, um über die Gegenwart sprechen zu können. Viele dieser Erfahrungen stellen verwobene und verschränkte Geschichten dar, die erzählt und gehört werden, sowie die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit erreichen müssen. Themenbereiche wie z.B. Migration, Wende, Rassismus und rassistische Gewalt, Empowerment, Widerstand und Handlungsfähigkeit der Generationen, (Inter)Generationalität, Selbstorganisationen, Transformationsprozesse, Wissens- und Erinnerungsarchive stellten sich auf der Tagung als Schwerpunkte heraus, die in dem Forschungsprojekt zwar weiter erforscht, an dieser Stelle aber bereits kurz angerissen werden:

Hinsichtlich der Migration(erfahrungen) machen die Beiträge der Tagung nicht nur diverse Formen und Realitäten von Migration sichtbar, sondern auch Kämpfe und Überlebensstrategien der BIPOC mit Migrationsgeschichten und ihrer Kindergeneration: Die Objektifizierung und Instrumentalisierung von Migrant_innen als

Arbeitskraft unter den überwiegend dehumanisierenden und ungerechten Arbeits- und Lebensbedingungen in der Pre-Wendeperiode in Ostdeutschland formten ihren Alltag und wirken bis heute. Studierende und zum Teil politische Exilant_innen hatten dabei zwar teilweise ganz andere Lebensbedingungen, wurden jedoch vor allem aus politischen Beweggründen instrumentalisiert. Die vertraglich festgelegten Arbeits- und Lebensbedingungen der Migrant_innen unter sozialistischen bilateralen nationalstaatlichen Beziehungen trugen zum Teil zur Legitimation der ungerechten, ausbeuterischen, unsicheren, segregierenden und degradierenden politischen, öffentlichen und gesellschaftlichen Umgangsweisen bei.

Die Beteiligung der sozialistischen Sendeländer in diesem Prozess, die der DDR als zentrale Macht wirtschaftlich und politisch untergeordnet waren, kommen bei einigen Tagungsbeiträgen mit Ihrer Nachwirkung auf Lebenswirklichkeiten der Menschen deutlich zum Ausdruck. Die Migrationsgeschichte der DDR ist immer noch gegenwärtig. Sie ist ohne einen Bezug zu internationalen sozialistischen Beziehungen und wirtschaftlich abhängigen sozialistischen Ländern nur lückenhaft zu verstehen. Diese Erfahrungen machen wie im Fall Mosambiks noch heute ein ungelöstes Unrechtsverhältnis aus.⁵ Die globalen Bedingungen in der Pre-Wendeperiode und die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nicht europäischer sozialistischer Länder spielen eine zentrale Rolle für die dominante Position der DDR. Die Ungleichheitsverhältnisse wurden mit der Wende durch die BRD nicht nur übernommen, sondern hatten/haben mit der Vereinigungspolitik für die Lebenswirklichkeiten der Migrant_innen zum Teil (immer noch) dramatische Wirkung. Unter den normierenden und dominierenden westdeutschen Migrationsdiskursen bleiben jedoch die Migrationsnarrationen der ostdeutschen Communitys of Color weiterhin wenig sichtbar und hörbar. Nach der Wende wurden Migrant_innen damit nicht nur von ihren *weißen* deutschen Mitbürger_innen in Ost- und Westdeutschland im Stich gelassen; auch ihre Herkunftsländer haben sich einer Verantwortungsübernahme überwiegend verweigert. Die Beiträge auf der Tagung deuten vor diesem Hintergrund auf eine Form mehrdimensionalen Ausschlusses und Diskriminierung als eine verdichtete Transformationserfahrung der letzten 30 Jahre für Migrant_innen/BIPOC mit Ostbiographien hin, die u.a. stark von Rassismus, Verleumdungen, fehlender Sicherheit und Widerstandskämpfen geprägt ist.

Die Wende bildet ein traumatisches Ereignis für die Communitys of Color in prekären Lebensverhältnissen, welches auch die jüngere Generation noch gegenwärtig prägt. Aufenthaltsrelevante Unsicherheiten, soziale Abstiegsängste, die Zerstörung

³ Siehe detailliert zu diesem Ansatz Tuck (Unangax), Eve; Yang, K. Wayne. "Series Editors' Introduction" in: *Indigenous and Decolonizing Studies in Education. Mapping the Long View*, herausgegeben von Linda Tuhiwai Smith, Eve Tuck (Unangax), K. Wayne Yang, x-xxi. Routledge: New York and London, 2019.

⁴ Sehr gute Arbeitshinweise hierzu lassen sich in den indigenen Methodologien finden, wie z.B. Tuhiwai Smith, Linda; Tuck (Unangax), Eve; Yang, K. Wayne. *Indigenous and Decolonizing Studies in Education. Mapping the Long View*. Routledge: New York and London, 2019; Archibald, Jo-ann; Lee-Morgan, Jenny Bol Jun; De Santolo, Jason. *Decolonizing research. Indigenous Storywork as Methodology*. New York, United Kingdom: Zed Books Ltd, 2019; Chilisa, Bagele. *Indigenous Research Methodologies*. London: Sage Publication, 2020.

⁵ Ref. Magdeburger Memorandum 2019 – Für mehr Informationen: <https://www.oekumenezentrum-ekm.de/attachment/97805e02a6bf11de99800bf9f2dbda49da49/0d06803dacad74eb985db586bb8297025/memorandum-deutsch1.pdf>

des vorhandenen Solidaritätssystems sowie die zunehmende Verachtung, Kriminalisierung, Illegalisierung, die mit kontinuierlicher rechter und rassistisch motivierter Gewalt einhergeht, wirken auf das Aufwachsen junger Menschen of Color in Ostdeutschland und beeinträchtigen intergenerationale Familien- und Communitybeziehungen. Während sich beide Teile Deutschlands als weiße Gesellschaften nach dem Mauerfall vereinigten, machten viele Familien of Color Erfahrungen der Trennung und Zerstörung. Die Herstellung und Aufrechterhaltung der intergenerationalen Beziehungen stellen vor diesem Hintergrund eine Kernaufgabe der Communitys of Color im Transformationsprozess dar. Hierzu ist eine Fokussierung auf die eigene Erinnerungs-, Geschichts- und Gegenwartsarbeit notwendig.

Die Wende wird noch heute ausschließlich als Erfahrung *weißer* Ostdeutscher öffentlich thematisiert, während die Erfahrungen nicht-*weißer* Communitys kaum Berücksichtigung finden. Hinderlich und herausfordernd sind vor allem rechte, völkische und rassistische Bewegungen, die, wie einige Beiträge in dieser Tagungsdokumentation zeigen, zum Teil von den Behörden in Schutz genommen wurden und werden. Die Abwesenheit ostdeutscher Perspektiven in den Migrationsnarrativen Deutschlands bildet immer noch ein Hindernis, um Migrant_innen mit Ostbiographien als gleichberechtigte Subjekte der gesellschaftlichen Transformation anzuerkennen. Die Transformationen innerhalb der Communitys, aber auch nach außen in die gesellschaftlichen Strukturen hinein, werden nicht nur durch die jüngere Nachwendegeneration angetrieben, sondern Akteur_innen sind dabei vor allem auch die Personen, die sowohl in der DDR als auch in der Wendezeit und in den darauffolgenden Dekaden unterschiedlichste Kämpfe geführt haben und weiterhin führen.

Intersektionale Widerstände von BIPOC mit Migrationsgeschichten gegen alle Formen von Rassismen, Entwertung und Dehumanisierung entstehen aus unterschiedlichen Motivationen, wie z.B. aus individuellen Erfahrungen über kollektives Handeln und Organisation bis zu strukturellen Analysen. Persönliches und community-relevantes Empowerment wird durch die Gestaltung Safer Spaces (sicherer Orte) und durch die Suche nach neuen Zugängen zu Intercommunity-Realitäten möglich. Hierbei sind die Resilienz und die Ressourcen innerhalb der Community(s), wie das soziokulturelle und historische Erbe, Solidarität, Sprache und Praktiken des Powersharing zentral.

Widerstand als Handlungsfähigkeit zeigt sich zum Beispiel an der Selbstorganisation von ehemaligen vietnamesischen oder mosambikanischen Vertragsarbeiter_innen, durch welche Ressourcen für Projekte organisiert und eigene Themen und Erfahrungen, auch für die Mehrheitsgesellschaft sichtbar gemacht werden konnten. Gleichzeitig wurde aber auch die Strategie der Unsichtbarkeit zum Überleben in einer durch Rassismus geprägten und geformten Gesellschaft mobilisiert. In die-

sem Kontext ist Community-building (Community-Bildung) eine Widerstandform, die politische und heilende Kraft hat. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden machten für uns deutlich, dass die Tagung dabei u.a. als ein Raum für Community-Building und -Stärkung erlebt wurde.

Die Feststellung, dass sich migrantische Selbstorganisationen (MSO) in Ostdeutschland als eine Reaktion auf die Wende und die Transformationsprozesse gebildet haben und ihr Sichtbarwerden als empowernder Moment zu betrachten ist, stellt eine zentrale Erkenntnis der Tagung dar. Sie ist ein wichtiger Schritt unserer community-orientierten Forschung und verdeutlicht die Notwendigkeit einer Befragung von migrantischen Selbstorganisationen. Dabei wird erkennbar, dass die Selbstorganisation sowohl in Form von migrantischen Selbstorganisationen (Vereine) als auch als außerinstitutionelle/informelle Organisationen (Initiativen, Soziale Bewegungen) stattfindet. Auf Grundlage der Beiträge lassen sich zwei Thesen in Hinblick auf die generationale Haltung und Ost-West-Unterschiede aufstellen, die einer weiteren Nachforschung bedürfen: Während sich in Ostdeutschland MSO vorrangig herkunftslandübergreifend bilden, wurde und wird in Westdeutschland ein mehr herkunftslandbezogenes Community-building praktiziert.

In Hinblick auf generationale Unterschiede deuten die Tagungsbeiträge darauf hin, dass sich die ältere Generation verstärkt auf formelle Organisation, Sichtbarkeit, Sicherheit und Anerkennung nach Außen stützt. Diese Strategie ist im Kontext der Unsichtbarkeit von Kriegs-, Vernichtungs- und Verfolgungserfahrungen (wie z. B. bei den Romn_ja und Sinti_ze oder vietnamesischen Communitys) zentral. Die nichterzählten, schutzstrategisch vergessenen Erfahrungen und Geschichten brauchen Sprachen und Räume, um erinnert und erzählt zu werden.

Jüngere Generationen scheinen sich hingegen eher auf community-interne Prozesse zu fokussieren. Nach innen gerichtetes Community-building sowie die Stärkung des kollektiven Erfahrungswissens und der Schutzräume stehen hierbei im Vordergrund. Selbstorganisation steht auch als eine ostdeutsche migrantische BIPOC Positionierung für ein politisches Community-Verständnis, welches mit der Sichtbarmachung der vielfach erfahrenen Isolation etwas Kraftvolles entgegenzusetzen möchte. Die Beiträge deuten zudem auf Selbstpositionierungen hin, die auch durch die Transformationsprozesse verstärkt geprägt worden sind.

Die (fehlende) Sicherheit ist ein durchgängiges Thema für alle Generationen. Auch wir als Organisationsteam der Tagung hatten Sicherheitsbedenken in Hinblick auf die überwiegend BIPOC Teilnehmenden in einer fast ausschließlich *weißen* kleinen Stadt, die für ihre radikale Neonazi-Szene bekannt ist. Wir haben uns im Vorfeld, u.a. auch über einige migrantische Selbstorganisationen, darüber informiert, ob wir Sicherheitskräfte zum Schutz der Teilnehmenden einstellen sollten. Dass

wir um die Sicherheit der Teilnehmenden besorgt sein und Maßnahmen treffen sollten, wurde durch einen verbalen rassistischen Angriff nach unserem gemeinsamen Restaurantbesuch bestätigt: Als die Teilnehmenden nach dem Abendessen im privaten Shuttle Bus saßen und auf die letzten Personen warteten, stieg ein *weißer* Mann, der uns offenbar im Restaurant beobachtet hatte, in den Bus ein. Er sagte lautstark mit einer anordnenden Haltung, dass alle im Bus Deutschland verlassen sollten, wenn es ihnen hier nicht gefalle. Eine dominante und gängige exklusionszentrierte Sichtweise, die verweigert, dass auch die anwesenden Teilnehmenden und Organisator_innen den Anspruch darauf haben, die Gesellschaft, in dem sie leben, gleichberechtigt kritisch zu betrachten und zu formen. Diese Erfahrung überschattete die Tagung und wurde von vielen bei der Evaluation angemerkt. Die Verweigerung der Zugehörigkeit von nicht-*weißen* Personen zur hiesigen Gesellschaft, die mit diesem Vorfall zum Ausdruck kommt, wird bei der öffentlichen und wissenschaftlichen Thematisierung der Vereinigungsgeschichte und dem Transformationsprozess nach wie vor reproduziert.

Die Tagung trug mit den über das akademische Wissen hinausgehenden und intersektionalen Wissensbeständen der Beteiligten aus dem bewegungsgeschichtlichen Aktivismus, der Selbstorganisation und aus weiteren nicht-akademischen Räumen und Lebensrealitäten in Ostdeutschland, die in doppelter Hinsicht eine Unsichtbarkeit erleben, zur Dekolonialisierung des Wissens und zur Sichtbarmachung der Communitys of Color bei. Die widerständigen Wissensbestände über die gesellschaftshistorischen Lebensrealitäten von Migrant_innen, Schwarzen und Communitys of Color in Ostdeutschland sollen alternative Wissensarchive generieren, die der Dominanz ost- und westweißer Wissenschaft entgegenwirken. Die Praxis des intersektionalen Wissenschaftsverständnisses zielt darauf ab, insbesondere marginalisierte Positionen an der Wissensproduktion zu beteiligen.⁶ Darin ist ein Gerechtigkeitsverständnis in Form einer Wissens-Korrekturarbeit beinhaltet, welches methodisch und methodologisch Zugangsmöglichkeiten und Anerkennung für die Erkenntnisse marginalisierter Communitys schaffen soll. Wie wir von vielen Beteiligten erfahren haben, war unsere Tagung ein sehr gutes Praxisbeispiel dafür. Es sind Positionen aus wissenschaftlich-akademischen Kontexten, von zivilgesellschaftlichen, aktivistischen Akteur_innen und migrantischen Vereinen, aus unterschiedlichen generationalen und geschlechterrelevanten Perspektiven zusammengekommen, was auf jeden Fall eine Fortsetzung benötigt. Durch den Einbezug des intersektionalen Praxis- und Erfahrungswissens als gelebtes und erlebtes Wissen sind gleichzeitig (neue) Themen sichtbar geworden, die den Bedarf nach Refle-

xionsprozessen nicht nur in der Wissenschaft, sondern und vor allem auch bei den Institutionen und bei allen Beteiligten in der Gesellschaft aufzeigen.

Unsere Tagung „Im Osten Was Neues? Intersektionale- Migrantische- BIPoC Perspektiven auf 30 Jahre (Wieder-)Vereinigungsprozess in Ostdeutschland“ fand im Oktober 2020 statt. Unser Forschungsprojekt „Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess im Osten“ an der Hochschule Mittweida läuft bis Ende 2022. Wir werden voraussichtlich im Oktober 2022 weitere Ergebnisse zur öffentlichen Diskussion stellen können. So möchten wir – in Ergänzung zu den Aktivitäten der migrantischen Selbstorganisationen – den Oktober als „migrantischen- BIPoC-Ost Geschichts- und Gegenwartsmonat“ durch ein intersektionales Wissen(schaft)sverständnis mitgestalten.

Literatur

- Archibald, Jo-ann; Lee-Morgan, Jenny Bol Jun; De Santolo, Jason. *Decolonizing research. Indigenous Storywork as Methodology*. New York, United Kingdom: Zed Books Ltd, 2019.
- Chilisa, Bagele. *Indigenous Research Methodologies*. London: Sage Publication, 2020.
- Haraway, Donna. "Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective" in *Feminist Studies*, Vol. 14, No. 3 (Autumn, 1988), 575-599. Feminist Studies, Inc.
- Hill Collins, Patricia. „Die gesellschaftliche Konstruktion Schwarzen feministischen Denkens“ in (Hg.) *Schwarzer Feminismus*, herausgegeben von Gloria I. Joseph, 17-52. Orlando Verlag, 1989.
- Hill Collins, Patricia. "Moving Beyond Gender. Intersectionality and Scientific Knowledge" in (Eds): *Revising Gender*, herausgegeben von Myra Marx Ferree, Judith Lorber, Beth B. Hess, 261-284. Thousand Oaks CA: Sage Publications, 1999.
- Hill Collins, Patricia. "Toward a Politics of Empowerment" in *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*. New York: Routledge, 2000.
- Kaya, Asiye. *Beiträge machtkritischer, intersektionaler und communityorientierter Sozialer Arbeit zu Social Change*. Vortrag an der Alice Salomon Hochschule, Februar 2020 in Berlin, Deutschland. Riegel, Christine; Kaya, Asiye. "The Significance of the ethnic and national identity of female researchers in practice with young migrant women: experiences of allochthonous and autochthonous researchers", in: *The role of the Researcher in Qualitative Psychology*, herausgegeben von Mechthild Kiegelman, 149-158. Tübingen: Ingeborg Huber Verlag, 2002.
- Tuck (Unangax), Eve; Yang, K. Wayne. "Series Editors' Introduction" in: *Indigenous and Decolonizing Studies in Education. Mapping the Long View*, herausgegeben von Linda Tuhiwai Smith, Eve Tuck (Unangax), K. Wayne Yang, x-xxi. Routledge: New York and London, 2019.
- Tuhiwai Smith, Linda; Tuck (Unangax), Eve; Yang, K. Wayne. *Indigenous and Decolonizing Studies in Education. Mapping the Long View*. Routledge: New York and London, 2019.
- Tuhiwai Smith, Linda. "Foreword" in *Decolonizing research. Indigenous Storywork as Methodology* herausgegeben von Jo Ann Archibald, Jenny Bol Jun Lee-Morgan, Jason De Santolo. New York, United Kingdom: Zed Books Ltd, 2019.

⁶ Hill Collins, Patricia (1999): Moving Beyond Gender. Intersectionality and Scientific Knowledge. In: Myra Marx Ferree, Judith Lorber, Beth B. Hess (Eds): *Revising Gender*. S. 261-284. Thousand Oaks CA: Sage Publications.

12. Anhang



Danksagung an das Team für die Unterstützung vor und während der Tagung. Von links nach rechts: Patricia Uhlmann, Ahmad Almasad, Riham Abed-Ali und Phuong Thúy Nguyễn



Von links nach rechts: Danksagung übermittelt von Asiye Kaya an Karen Schleif, Erika Thieme, Pauline Köhler und Patricia Uhlmann

Autor_innen / Personenbeschreibung

Nicola Lauré al-Samarai ist Geschichts- und Kulturwissenschaftlerin. Zu ihren Arbeits- und Interessenschwerpunkten gehören Schwarze deutsche Geschichte sowie diasporische Bewegungs-, Erinnerungs- und Kulturpolitiken im weitesten Sinne. Sie war an verschiedenen Ausstellungsprojekten und an Projekten der historisch-politischen Bildung beteiligt, darunter *Homestory Deutschland. Schwarze Biografien in Geschichte und Gegenwart* (2005-2012), *Decolonize 68!* (2018) und *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte_n aus West und Ost* (2019/20). Gemeinsam mit Kien Nghi Ha und Sheila Mysorekar hat sie den Sammelband *re/visionen: Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland* (2007) herausgegeben.

Jasmin Dean ist Sozialwissenschaftlerin und seit 2018 Geschäftsführerin eines diversitätsorientierten Jugendverbands in Thüringen (<http://thueringen.bdp.org/>). Sie promoviert außerdem am Zentrum für Antisemitismusforschung (TU Berlin) und bei Prof. Dr. Nikita Dhawan (Zweitbetreuerin) zum Thema Rassifizierung, Subjektivierung und Bündnispolitik in Deutschland nach 1989. Sie war Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Dr. Halil Can ist Politikwissenschaftler und promovierte am Institut für Europäische Ethnologie (Humboldt-Universität Berlin) über Identitätsprozesse und Empowerment-Strategien bei Mehrgenerationenfamilien in der transnationalen Migrationsgesellschaft. Zuletzt war er Dozent (Alice-Salomon-Hochschule Berlin) und Mitgründer der HAKRA-Empowerment-Initiative und des Move On Up-PoC-Empowerment-Forums. Zur Zeit arbeitet, forscht und publiziert er als Prozessbegleiter, Empowerment-Trainer und Mediator über Migration, intersektionale Diskriminierung/Rassismus und Empowerment/Powersharing in transnational/-kulturellen Kontexten und machtkritische inklusive Perspektiven.

Laura Schrader ist als Kind einer weißen Arbeiterin und eines Schwarzen kubanischen Vertragsarbeiters in der DDR geboren. Sie studierte Medienbildung sowie Multimedia Production und legte in ihrer Arbeit den Schwerpunkt auf politische Bildungsarbeit. Aktuell ist sie hauptamtlich als Beraterin in der Antidiskriminierungsarbeit tätig. Es geht ihr vor allem um die Unterstützung Betroffener rassistischer Diskriminierung. Laura Schrader ist Mitbegründerin der "(un)Sichtbar - BIPOC Initiative", einem Zusammenschluß von rassismuserfahrenen FLINT mit dem Ziel, sich zu empowern und für Sichtbarkeit der Lebensrealitäten Schwarzer FLINT und FLINT of Color einzutreten.

Mahmoud Dabdoub wurde 1958, 10 Jahre nach der Vertreibung seiner Familie aus Palästina, in Baalbek, im Libanon geboren. Fern der Heimat hat er die Schule in einem Flüchtlingslager besucht. Als Kind widmete er sich häufig der mentalen Flucht in verschiedene Welten und Szenarien, die er fernab der vorherrschenden Trostlosigkeit und Mängel konstruierte. Am liebsten flüchtete er in selbst gemalte Welten aus Häusern mit Ziegeldächern, Wasserfällen und Steinbrücken. Mit Hilfe eines Stipendiums des Künstlerverbandes der DDR, das dem palästinensischen Künstlerverband zur Verfügung stand, kam er im September 1981 nach Leipzig, wo er am Herder-Institut Deutsch lernte. Er nahm sein Studium 1982 unter Prof. Helfried Strauß auf. Heute lebt er mit seiner Frau und seinen Töchtern noch immer in Leipzig. Seit dem Jahr 2000 ist er deutscher Staatsbürger und sieht sich als Brückenbauer zwischen dem Orient und dem Okzident.

Lydia Lierke (MA), geboren 1990 in Hoyerswerda, ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet bei der Rosa Luxemburg Stiftung im Arbeitsfeld Migration. In ihrer Masterarbeit beschäftigte sie sich mit Migrationspolitik in der DDR und ihren Einfluss auf die ostdeutsche Gesellschaft mit dem Schwerpunkt auf binationale Partnerschaften und der Nachwendegeneration. Gemeinsam mit Massimo Perinelli gab sie den Sammelband „Erinnern stören - Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“ (2020) heraus. Seit Jahren engagiert sie sich gegen Rassismus; besonders im Kontext des NSU-Komplexes.

Clara-Rose Bayouak Parson ist eine Schwarze queere Studentin und Aktivistin. Im Fokus ihrer wissenschaftlichen Arbeit stehen Schwarze Geschichte in Deutschland sowie intersektionale und kapitalismuskritische Rassismuskritik. Clara konnte lange Zeit Rassismus, den sie erfuhr, nicht als solchen einordnen. Deshalb ist es ihr inzwischen sehr wichtig, in antirassistischen Projekten mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten und gemeinsam mit ihnen empowernde Räume zu schaffen. Sie lebt und arbeitet in Berlin, was sowohl ihre Texte als auch ihren Aktivismus prägt.

Julian Ibrahim Reich ist Aktivist, Student und Leiter einer BIPOC Kampfsport und Empowermentgruppe in Berlin. Nach dem Abschluss einer Kochlehre erlangte er als Arbeiterkind auf dem Zweiten Bildungsweg sein Abitur. Er ist nun angehender Soziologe und interessiert sich vor allem für Themen der Migrationsforschung. Er ist neben seinem Studium Teil des Jugendteams bei Each One Teach One e.V. und ist dort bei der Kinder- und Jugendnachhilfe aktiv. Die Erfahrungen von Klassismus und Rassismus prägten ihn in seiner Politisierung stark.

Cynthia Zimmermann lebt in Halle an der Saale und ist Mitgründerin der Initiative 12. August. Sie ist Tochter einer DDR-Bürgerin und eines Kuba-Bürgers. Ihr Vater war in der DDR als "Vertragsarbeiter" in Chemnitz tätig. Sie ist in der DDR und in weiteren Ländern wie Malaysia und Marokko aufgewachsen. Sie arbeitet heute im Bereich Flucht und Asyl in Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus engagiert sie sich für das kritische Erinnern an die Opfer rassistischer Gewalt, vor allem die der damaligen DDR. Sie ist Mitautorin in dem Sammelband „Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive“.

Angelika Kim, in Kasachstan geboren, in Moskau und Sachsen aufgewachsen, bezeichnet sich selbst als „Kind Stalinistischer Repressionen“. Sie gehört zu der koreanischen Minderheit Kasachstans einerseits und zu den so genannten „Russlanddeutschen“ andererseits. Nach dem Abitur in Sachsen studierte sie Integrierte Europastudien mit Schwerpunkt Osteuropa an der Universität Bremen. Später absolvierte sie ihr Masterstudium in Berlin und in Warschau. Heute lebt sie in Berlin und ist in der antirassistischen Jugendarbeit in Sachsen aktivistisch tätig, als Teil der Werdauer Initiative gegen Rassismus. Angelika engagiert sich auch in einer migrantischen antifaschistischen Selbstorganisation der in Deutschland lebenden Migrant_innen aus den ehemaligen Sowjet-Republiken.

Peggy Piesche ist eine Schwarze deutsche Literatur- und Kulturwissenschaftlerin und in der DDR geboren und aufgewachsen. Als transkulturelle Trainerin hat sie langjährige Erfahrungen in den Themenspektren Intersektionalität, Diversität, Inklusion, Rassismus- und Machtkritik sowie kritische Weißseinsreflexion. In der Bundeszentrale für politische Bildung leitet sie den Fachbereich „Politische Bildung und plurale Demokratie“ am Standort Gera mit den Schwerpunkten Diversität, Intersektionalität und Dekolonialität. In der Schwarzen feministischen Bewegung ist sie seit 1990 in ADEFRA e.V. (Schwarze Frauen* in Deutschland) community- und aktivistisch verwurzelt. Sie ist außerdem board member von ASWAD (Association for the Study of the Worldwide African Diaspora).

Katja Kinder ist Geschäftsführerin der RAA Berlin (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.) und Erziehungswissenschaftlerin. Sie arbeitet mit einer rassismuskritischen intersektionalen queer-feministischen Perspektive. Zentral in ihren Arbeitszusammenhängen ist das kreative Schaffen von „Lernräumen“, um sie so für alle zugänglicher zu gestalten. Sie ist außerdem Mitbegründerin von ADEFRA e.V. (Schwarze Frauen* in Deutschland, gegründet 1986) und da bis heute tätig.

Prof. Dr. Jane Weiß ist Bildungsforscherin an der Humboldt-Universität zu Berlin und in der DDR geboren und aufgewachsen. Derzeit leitet sie ein Forschungsprojekt zur internationalen Bildungszusammenarbeit der DDR. Zusammen mit anderen Romnja und Sintizza engagiert sie sich in der IniRomnja. Ihre jüngste Veröffentlichung – zusammen mit Elizabeta Jonuz – ist eine Studie zu erfolgreichen Bildungsbiographien von Romnja und Sintizza in Deutschland.

Danilo Starosta wuchs als „Ausländerkind“ mit dem Rassismus der DDR auf, studierte in der Transformationsgesellschaft Erziehungswissenschaften und engagiert sich seit den 1980er Jahren in politischen, antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen. Er erlebt den Osten als fragile Gesellschaft und ist seit 2005 Berater im Kulturbüro Sachsen e.V. Ausgehend von der Frage, wie die Jugendhilfe Bedarfe einer Jungen Migrationsgesellschaft aufnimmt, setzten die Kolleg_innen in der Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen e.V. dazu eine ambitionierte Feldforschung um. Danilo Starosta ist seit 2011 zudem im bundesweiten Netzwerk "Kein Schlussstrich" zur Aufklärung des NSU-Komplexes engagiert.

Lisa Bendiek positioniert sich als Kartoffel und als queere Cis-Frau. Sie hat ihre Kindheit und Jugend in Hessen verbracht, als junge Erwachsene vorübergehend in Dar es Salaam gewohnt und lebt seit 2016 in Leipzig. In Hamburg, Halle (Saale) und Paris studierte sie Ethnologie, Psychologie und Gender Studies. Seit 2019 arbeitet sie in der Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen. Ihre Schwerpunkte dort sind Forschung zu Bedarfen migrantisierter junger Menschen, rassismuskritische Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte und Argumentationstrainings gegen Rechtspopulismus. Außerdem engagiert sie sich in queer_feministischen Zusammenhängen und als Dolmetscherin/Sprachmittlerin im aktivistischen Kontext.

Sok Kierng Elisa Ly ist in Nordrhein-Westfalen als Kind kambodschanisch-chinesischer Geflüchteter geboren. Um sich selbst ein Bild vom Leben im „dämonisierten“ Osten zu machen, ist sie nach Halle (Saale) gezogen und hat dort ihr Bachelorstudium in Politikwissenschaft und Soziologie absolviert. Die vermeintliche Neutralität von Wissenschaft stellt sie infrage und versucht, rassismuskritische Wissenschaft für aktivistische und transformative Arbeit auszuschöpfen. Während des Freiwilligendienstes in der NRO *Bophana* in Phnom Penh hat sie sich in kol-

lektiven sowie intergenerationalen Heilungsprozessen und der dazu notwendigen Geschichtsaufarbeitung mittels Multimedia engagiert. In Leipzig ist sie in verschiedenen (post-)migrantischen Selbstorganisationen aktiv und isst in ihrer Freizeit gerne Somlar Ma'Chu Youn.

Mouctar Bah ist Mitbegründer der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, die sich unmittelbar nach dem Brandtod seines Freundes Oury Jallohs in Gewahrsam des Polizeireviere Dessau-Roßlau am 7. Januar 2005 zusammengefunden hat. Seitdem setzt sich Mouctar für die Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh und gegen institutionellen Rassismus ein, denn seit Beginn der Ermittlungen versucht die Staatsanwaltschaft Dessau nachzuweisen, dass Oury Jalloh sich selbst angezündet haben soll. 2009 erhielt er für sein kontinuierliches Engagement gegen die Kontinuitäten rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt sowie in ganz Deutschland die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Ibraimo Alberto kam 1981 als Vertragsarbeiter in die DDR. Eigentlich wollte er ein Sportstudium absolvieren, stattdessen wurde er im Fleischkombinat Berlin zum Fleischer ausgebildet. Ein paar Jahre darauf begann er zu boxen und nahm an Wettkämpfen in der DDR und im Ausland teil. Bei internationalen Wettkämpfen trat er sogar für die DDR an. Eine Staatsbürgerschaft erhielt er jedoch nicht. 1990 zog er nach Schwedt und boxte zehn Jahre lang für PCK Schwedt in der Bundesliga. Er machte eine Ausbildung zum Sozialarbeiter. In Schwedt war Alberto mehrere Jahre Stadtverordneter und Ausländerbeauftragter. 2011 verließ er die Stadt aufgrund andauernder rassistischer Angriffe auf ihn und seine Familie. Heute lebt er in Berlin und arbeitet mit Migrant_innen und Geflüchteten.

Edris Riedel (he/his) lebt und engagiert sich im Leipziger Osten. In seiner politischen Arbeit ist er u. a. in der Initiative 12. August aktiv, die sich für ein Gedenken an Delfin Guerra und Raúl García Paret einsetzt. Er ist außerdem Teil des BIPOC-Kollektivs *diversif Leipzig* und betreibt Bildungs- und Netzwerkarbeit sowie antirassistischen politischen Aktivismus. Dabei setzt er sich vor allem für die Perspektiven von BIPOC ein, da diese in der weißen Dominanzgesellschaft ignoriert werden.

Eter Hachmann, geboren am 18.08.1989 in Tbilisi, Georgien, studierte Rechtswissenschaften und Politik in Tbilisi, Göttingen und Dresden und ist Promotionsstudentin an der Universität Leipzig. Sie ist Referentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und Kulturbeirätin der Stadt Dresden, sowie Vereinsvorsitzende vom Ausländerrat Dresden. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migration, Flucht und Asyl in Deutschland sowie Migrant_innenselbstorganisationen in Deutschland und speziell im Osten. In Ihrer Freizeit schreibt sie Kurzgeschichten und arbeitet als Übersetzerin.

Anja Treichel ist Jahrgang 1970, geboren in Naumburg/Saale, weiß und deutsch. Sie beschäftigt sich seit den 1990ern mit Migrations-, aber auch ostdeutschen Themen, motiviert durch die ostdeutsche Erfahrung, permanent von oben herab behandelt zu werden. Sie arbeitete als Beraterin für Betroffene rechter Gewalt in Wurzen, als Beraterin und Geschäftsführerin beim Verband binationaler Familien in Leipzig, seit 2017 beim Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt und seit Juli 2020 als Geschäftsführerin bei DaMOst.

Vu Thi Hoang Ha ist Jahrgang 1960, kam aus Vietnam 1978 als Germanistikstudentin nach Leipzig, wo sie bis 1984 blieb. 1987 kehrte sie als Dolmetscherin für vietnamesische Vertragsarbeiter_innen in die DDR zurück und gründete 1992 die Migrantenorganisation der vietnamesischen Community in Magdeburg mit. Sie arbeitet beim Landesnetzwerk Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt in verschiedenen Projekten.

Adelino Massuvira João ist Jahrgang 1961, kam 1980 als Dolmetscher aus Mosambik in die DDR, ist Diplom-Sozialpädagoge (FH) und Diakon beim Evangelischen Kirchenkreis Henneberger Land in Suhl. Er machte eine Berufsausbildung zum Landmaschinenschlosser in der DDR. Seit 1993 ist er Integrationsbeauftragter im Kirchenkreis Henneberger Land. Er arbeitet als Teamleiter des Projektes „Evangelischer Migrationsdienst Südthüringen“, in dessen Rahmen er auch in der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Suhl tätig ist. Er kämpft um Wiedergutmachung für die Ungerechtigkeiten, mit denen die mosambikanischen und andere Vertragsarbeiter_innen konfrontiert waren und bis heute sind. Er ist der zweite Sprecher des Fortsetzungsausschusses für die Klärung der Rentenfragen seiner Landsleute in Deutschland.

Ayman Qasarwa, Jahrgang 1971, kam 1990 aus Palästina zum Studium der Elektrotechnik nach Ilmenau und lebt seit 2000 in Weimar. Er engagiert sich seit dem Jahr 2000 ehrenamtlich im Bereich Migration und Integration. Er sammelte seine Erfahrungen in der Basisarbeit in Thüringen. Er ist Mitgründer des Ausländerbeirates der Stadt Weimar und seit 2006 dessen Vorsitzender. Er hat 2015 das Thüringer Landesnetzwerk der MOs (MigraNetz Thüringen) mitgegründet und ist seit 2020 dessen Vorstandsvorsitzender. Seit 2019 ist er Geschäftsführer des DaMOst. Sein Hauptziel ist die Bündelung und die Sichtbarkeit der Potentiale und Kompetenzen von Migrant_innen in Ostdeutschland.

Prof. Dr. phil. Matilde Heredia, geboren 1974 in Córdoba, Argentinien, ist mit 18 Jahren nach Deutschland gekommen, hat Soziologie an der Universität Hamburg studiert und dort promoviert (Thema der Dissertation: „Subjektkonstituierung von Frauen während des Militärregimes 1976–1983 in Argentinien“). Sie lehrt an der Internationalen Hochschule IU in Hamburg und vertritt dort die Professur

Kindheitspädagogik. Im wissenschaftlichen Kontext und im Praxisbereich vertritt Matilde Heredia den Standpunkt von Minderheiten: Sie setzt sich für die Auseinandersetzung mit neuen Perspektiven im (früh-)pädagogischen Kontext ein, die bestehende diskriminierende Strukturen infrage stellen und durchbrechen.

Dr. Kefa Hamidi ist Leiter des Forschungszentrums Entwicklungskommunikation – Communication for Social Change (EC4SC) im Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig. Er beschäftigt sich u.a. in der Lehre und Forschung mit Kommunikationsstrukturen und -prozessen (Communication for Social Change etc.), die der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland und anderen Ländern dienen. Kefa Hamidi ist auch Akademischer Leiter vom Projekt *mikopa* (Menschen und Institutionen für Kommunikation und Partizipation) in Leipzig.

Isabel Herling ist in Karl-Marx-Stadt (heutiges Chemnitz) geboren und aufgewachsen. Sie ist ostdeutsch sozialisiert, weiß positioniert, queer und postmigrantisch engagiert. Nach dem Abitur, einem Praktikum in den Werkstätten der Chemnitzer Theater und einer Tischlerausbildung studierte sie Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis an der Universität Hildesheim. Danach wirkte sie als Projektmanagerin, Workshopleiterin sowie als Künstlerin in diversen Kultur- und Medienprojekten in Deutschland, Serbien und Spanien mit. Ihre Begeisterung für das zu Hörende, brachte sie zum Freien Radio. Derzeit ist sie in der Redaktion „Proviant für Verstimmte“ auf Radio Blau aktiv. 2018 übernahm sie die Koordinatorin von *mikopa* beim Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur (ZEOK) e.V.

Nhi Le arbeitet als Journalistin, Speakerin und Moderatorin. Ihre Schwerpunkte sind Feminismus und Medienkultur. In den Diskussionen rund um die ostdeutschen Landtagswahlen und dem 30-jährigen Mauerfallsjubiläum 2019 wurde sie zu einer der prominentesten Stimmen für die Themen Rassismus in Ostdeutschland sowie Viet-Deutsche Geschichte im Osten. Von der ZEIT wurde sie als eine der „100 wichtigsten jungen Ostdeutschen“ bezeichnet.

Prof. Dr. phil. Gudrun Ehlert ist Sozialarbeiter_in und Sozialwissenschaftler_in und hat seit 1996 die Professur für Sozialarbeitswissenschaft an der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida inne. Sie ist als weiße Westdeutsche in Hamburg geboren und aufgewachsen, ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Soziale Ungleichheit, Geschlechterbewusste und diversitätssensible Soziale Arbeit, Ethik, Demokratie und Menschenrechte in der Sozialen Arbeit, Professionalisierung Sozialer Arbeit. Ehrenamtlich ist sie seit vielen Jahren Mitglied im Beirat des Kulturbüro Sachsens e.V., Vertrauensdozent_in der Hans-Böckler-Stiftung sowie seit 2020 im Vorstand des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Sachsen e.V. aktiv.

Organisator_innen

Prof. Dr. disc. pol. Asiye Kaya ist Sozial- und Erziehungswissenschaftlerin und hat seit 2021 die Professur für ‚Communityorientierung und Social Change‘ in Verbindung mit dem Masterstudiengang „Soziale Arbeit-Kritische Diversity und Community Studies“ (KriDiCo) an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin inne. Sie leitet das Forschungsprojekt „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland“, das im Rahmen des Verbundprojekts „Innovationscluster HSMW 2020“ vom SMWK gefördert wird. Sie war 2017-2021 Professorin für Migration und Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida. Themen wie Migration/Flucht, Rassismus, Differenz/Diversität, Geschlecht, intergenerationale Verhältnisse, Zugehörigkeit und Empowerment sind zentral bei ihrer Lehre, Forschung und aktivistischen Bildungs- und Communityarbeit in Deutschland und im internationalen Raum. Sie war u.a. 2011-2015 DAAD Visiting Professorin am BMW Center for German and European Studies an der Georgetown University in Washington DC in den USA. Sie verbrachte Ihre Kindheit und Jugend bis zum Abschluss Ihres ersten Diplomstudiums der Pädagogik (Lehramt) als Minderheitenangehörige in der Türkei.

Phuong Thúy Nguyễn ist Sozial- und Kulturwissenschaftlerin. 2020-2021 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Vereinigungsprozess in Ostdeutschland“ an der Hochschule Mittweida. Als freischaffende Bildungsreferentin, Kunst- und Kulturschaffende ist sie in verschiedenen Kontexten tätig, ob Uni, Schule, Jugendclubs oder Filmprojekte; zwischen Text, Ton und Bild beschäftigt sie sich vor allem mit lebensgeschichtlichen Inhalten im Spannungsfeld von Gesellschaft, Migration, Widerstand und Transformation. In einer Kleinstadt in Sachsen aufgewachsen, mit akademisch-aktivistischen Zwischenstationen in Australien, der Türkei und Kuba, engagiert sie sich seit ihrer Jugend aktiv gegen Rassismus, Faschismus und jegliche Unterdrückungsverhältnisse für eine befreite Gesellschaft. 2016 gründete sie mit Freund_innen die "Werdauer Initiative gegen Rassismus" als widerständige Antwort auf AfD, Pegida & Co.

Riham Abed- Ali ist Politik- und Sozialwissenschaftlerin. 2019-2020 war sie zuerst als wissenschaftliche Hilfskraft in der Studie zum Empowerment von Sinti_ze und Rom_nja in Deutschland tätig, im Anschluss 2020 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Vereinigungsprozess in Ostdeutschland“ und 2021 als Koordinatorin im Projekt "Townhall meets Hochschule: Bürger_innen im Gespräch mit Expert_innen zur Bundestagswahl", einem Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung und der Hochschule Mittweida. Sie ist in Westberlin aufgewachsen und hat Politikwissenschaften und Gender Studies an der SOAS, University of London, mit Fokus auf den Mittleren Osten und auf eine macht- und rassismuskritische Wissensproduktion studiert. Außerdem ist sie in der historisch-politischen Bildungsarbeit mit Schwerpunkt auf Rassismuskritik und Empowerment tätig.

Call for Abstracts

Im Osten was Neues?

**Intersektionale- Migrantische- BIPOC Perspektiven auf 30 Jahre (Wieder)Vereinigungsprozess in Ostdeutschland
Tagung, 29.–30. Oktober 2020, Hochschule Mittweida**

„ (...) Hättest Du auch mit mir gefeiert an der Bornholmer Straße,
am Grenzübergang
Heute?
Bin ich Teil deiner Geschichtserzählung
Weißt du was ich für Geschichten erzähle
Weißt du was Nguyễn oder Jawad oder Helao zu erzählen haben
Kannst du sie? Kennst du sie heute?
Fragst du dich auch, was ich denke, wenn ich das Wort „Wende“ höre (...)“

Diese Zeilen aus dem Gedicht „Brennende Sonnenblumen und Knusperflockenerinnerungen“ von Stefanie Lahya Aukongo, eine in der DDR aufgewachsene Schwarze, queere Künstler_in, reflektieren eine von vielen Perspektiven und Erfahrungen von Menschen, die in den dominanten, normativen, oft linearen Erinnerungs- und Transformationsnarrationen an dreißig Jahre deutsch-deutsche Vereinigung oft unsichtbar geblieben sind.

Die gängige und einseitige „Erfolgsgeschichte der Deutschen Einheit“ spiegelt die vielschichtige Bedeutung der Wende und des Transformationsprozesses für migrantische, diasporische und weitere intersektional marginalisierte BIPOC Perspektiven kaum wider. Was wissen wir eigentlich (noch nicht, oder nicht ausreichend) über den Nachwendeprozess bzw. Transformationsprozess im Osten bis zum diesjährigen Jubiläum „30 Jahre Deutscher Einheit“? Auf der Tagung sollen vielfältige, bislang selten gestellte Fragen hör-, sicht- und diskutierbar werden.

Die ehemalige DDR, und Ostdeutschland heute, war, ist und bleibt eine Migrationsgesellschaft. Vertragsarbeiter_innen, internationale Auszubildende und Studierende, politische Immigrant_innen, damals „Ausländer“ in der DDR, heute Ostdeutsche. Dazu zählen auch neue Generationen von Migrant_innen mit und nach der Wende. Sie alle haben auch Geschichte(n), Erfahrungen, Erinnerungen, sind Teil des Transformationsprozesses und gestalten heute die „neue Gesell-

schaft“ im Osten, wie im Westen, mit. Auch sie haben gelebt und gekämpft, und tun dies weiterhin. Als Akteur_innen, ob Einzelkämpfer_innen, in Kollektiven oder gar in Bewegungen, haben auch sie mit und nach der Wende Umbrüche und Aufbrüche, Erfolge und Verluste durchlebt. Besonders für marginalisierte Communitys und BIPOC Generationen heute ist dieses Wissen und diese Geschichte(n) zentral für ihre historische Verortung und gegenwärtige Positionierungen. Sie sind heute wichtige Referenzen für ihre Kämpfe und Bewegungen, aber auch für gesamtgesellschaftliche Prozesse. Diese marginalisierten Erzählungen eröffnen komplexe Reflexionsräume für kollektives, intergeneracionales, intersektionales, Community-übergreifendes und widerständiges Erinnern – Lernen und Gestalten (vgl. Piesche 2019, Labor 89 Projekt).

Die Auftakttagung des Forschungsprojektes „30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland“ wagt einen solchen Reflexions- und Gestaltungsraum zu initiieren, bestehendes kollektives Wissen, Narrationen aus den verschiedenen Communitys und Feldern zusammenzubringen, und neue Perspektiven sichtbar zu machen.

Wir laden Studierende, Forschende, und alle anderen aus Kunst und Kultur, Aktivismus und Praxisarbeit migrantischer Selbstorganisationen (MSO) ein, ihre themenrelevanten Projekte, Forschungen, Studien oder Abschlussarbeiten mit den Teilnehmer_innen der Tagung zu teilen.

Ihre Abstracts (halbe bis eine Seite) mit kurzer Autor_innenvorstellung können Sie bis spätestens 15. August 2020 zu folgenden Themen-/ Fragenkomplexen einreichen:

Bewegungen, Kämpfe, (Selbst-)Organisation und Lebenswelten

Was ist die ostdeutsche, intersektionale Migrationsgesellschaft?

Was heißt es als migrantisierter, marginalisierter Mensch in der Nachwendzeit in Ostdeutschland zu leben und zu kämpfen?

Welche Enttäuschungen, Erfolge und Schlüsse gab es aus den Kämpfen?

Welche Orte, Räume und Strukturen existieren (nicht) und werden aufgebaut?

Welche Erfahrungen teilen die Generationen bzw. inwieweit gibt es Wissens- und Erfahrungstransfer an neue Generationen von Migrant_innen nach der Wende?

Welche Kontinuitäten bestehen weiterhin?

Organisationserfahrungen und –kultur von MSO in Ostdeutschland

Was sind die Bedingungen für Organisationen, und welche Formen der Organisation gibt es in urbanen versus ländlichen Räumen?

Gibt es andere Bedürfnisse für Selbstorganisation im Osten?

Welche (geteilten) Erfahrungen und Zusammenschlüsse gibt es zwischen Communitys und Generationen?

Rassismus und Empowerment in Ostdeutschland

Was sind kontinuierliche Kämpfe für Menschen in Ostdeutschland, die Rassismus und weitere Unterdrückungen sowie soziale Ungerechtigkeit erfahren?

Welche Brüche und Zäsuren (wie z.B. Morde und Selbstenttarnung des NSU) gab es für das Leben in der Diaspora?

Wie unterscheiden sich Erfahrungen von Rassismus und Rechtem Terror im Osten und im Westen?

Erinnerungskultur und Narrative jenseits der Mehrheitsgesellschaft

Wie prägt(en) intersektionale- migrantische und BIPOC Akteur_innen, Organisationen und Bewegungen verschiedener Generationen den Vereinigungs- und Transformationsprozess bis heute?

Und wie wurden sie davon geprägt?

Welche Formen der Erinnerung und des Gedenkens gibt es?

Wer gehört alles zum „Kollektiv“ des „kollektiven Gedächtnisses“?

Intersektionale Identitäten und Zugehörigkeiten

Wer ist ostdeutsch, und welche Stimmen werden gehört?

Warum ist es wichtig den Osten aus intersektionalen und intergenerationalen Perspektiven zu betrachten?

Was bedeuten diese Perspektiven für diasporisches, migrantisches Leben in der Gegenwart und Zukunft in Ost- /Deutschland?

Wir freuen uns auf spannende Abstracts bis spätestens 15. August 2020.

Abstracts bitte senden an:

Prof. Dr. Asiye Kaya, Projektleiterin, kaya@hs-mittweida.de
Phuong Thúy Nguyen, wissenschaftliche Mitarbeiterin, nguyen@hs-mittweida.de

Programmüberblick der Tagung

Mittwoch, 28.10.2020

- 16:00-16:30 Uhr Ankunft und Anmeldung
(Ort: Foyer Fakultät Soziale Arbeit, Haus 39)
- 16:30-18:00 Uhr **Willkommensworte & Panel: „Jenseits des Mainstreams – Kritische Perspektiven und Wissen aus 30 Jahren Transformationsprozessen“**
(parallele Online-Übertragung)
Moderation: Asiye Kaya (Hochschule Mittweida)
„Immaterielle Archive“
Nicola Lauré al- Samarai (Geschichts- und Kulturwissenschaftlerin, Autorin)
„Der 9. November war entsetzlich“ – „Die Familienzusammenführung war super“ - Perspektiven rassifizierter Communitys auf Mauerfall und Transformation
Jasmin Dean (Sozialwissenschaftlerin, Geschäftsführerin BDP Thüringen)
„Die 'Wende' in Deutschland und das Sprechen der anderen Deutschländer_innen aus dem "dritten Raum" - mit Empowerment und Powersharing“
Halil Can (Politologe, Dozent, Autor, Empowerment-Trainer)
- 19:00 Uhr Abendessen (Ort: Gaststätte Schwanenschlösschen Mittweida)
mit Abendprogramm: „39 Jahre Daheim in der Fremde... Ankommen!“ Fotopräsentation & -beitrag von **Mahmoud Dabdoub** (Fotograf)

Donnerstag, 29.10.2020

- 09:00-09:45 Uhr **Offizielle Begrüßung mit Vorstellung des Forschungsprojektes**
„30 Jahre Deutsche Einheit: Migrantische Perspektiven auf den Wiedervereinigungsprozess in Ostdeutschland“
- 10:00-12:00 Uhr **Panel: „Erinnerungs-, Gedenk-, Widerstands- und Zugehörigkeitsnarrativen“**
Moderation: **Phuong Thúy Nguyen** (Hochschule Mittweida)

„Erinnern stören- Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive Buchvorstellung“

Lydia Lierke (Politikwissenschaftlerin, Initiative 6. April) & **Massimo Perinelli** (Historiker, Referent Rosa Luxemburg Stiftung, Kanak Attak)

„Silence is not the answer“

Clara- Rose Parson (Studentin, Aktivistin) &

Julian Ibrahim Reich (Koch, Aktivist und Student)

„Doppelte Mauer - Das Vergessenwerden hat Geschichte. Rassismus von DDR bis heute“

Cynthia Zimmermann (Initiative 12. August)

„Intersektionalität über Generationen und Landesgrenzen hinweg- Reflektionen einer Ostdeutschen über ihre ‚Wurzeln‘ “

Angelika Kim (Post- Ost Migrantifa, Werdauer Initiative gegen Rassismus)

12:00-13:30 Uhr Mittagessen (Ort: Mensa)

13:30-15:00 Uhr **Parallelworkshops**

A, Forschen mit/für und durch marginalisierte Communitys

Moderation: **Asiye Kaya** (Hochschule Mittweida) &

Jane Weiß (Humboldt Universität Berlin)

B, „Wie kommen wir zusammen?“ (Erfahrungs-) Austausch und Diskussion zu BIPOC Selbstorganisationsprozessen und Community- Building am Beispiel von korientation e.V. und asiatisch-deutscher Selbstorganisation in Ostdeutschland

Input und Moderation: **Sina Schindler & Jee-Un Kim** (korientation e.V.)

C, Allianzen und gemeinsame Organisation von BIPOC und weißen Menschen in Ost und West, vor und nach der Wende

Moderation: **Gudrun Ehlert** (Hochschule Mittweida) & **Halil Can** (Politologe, Dozent, Autor, Empowerment-Trainer)

15:00- 16:00 Uhr Kaffee und Kuchen (Ort: Foyer 1. & 2.Etage)
(mit Möglichkeit zum weiteren Austausch zu den Workshops in Einzelgruppen)

16:00-17:30 Uhr **Podiumsdiskussion: „Erinnerungsräume von Bewegungsgeschichten**

BIPOC Kollektive im Transformationsprozess“

in Kooperation mit TU Dresden Projekt „Vielfalt im Dialog“
(parallele Online-Übertragung)

Moderation: Asiye Kaya (Hochschule Mittweida)
 „Intersektionale bewegungsgeschichtlich geleitete Erinnerungspolitik“ **Peggy Piesche** (Literatur- und Kulturwissenschaftler_in, Mitfrau* bei ADEFRA, bei der bpb zuständig für die Schwerpunkte D.I.D.)

„Rassismuskritische Perspektiven auf Transformationsprozesse“ **Katja Kinder** (Erziehungswissenschaftlerin, stellv. Geschäftsführerin der RAA Berlin, Mitbegründerin von ADEFRA)

„Geschichte(n) bewahren und öffentlich machen – das Roman-iPhen Archiv in Berlin“

Jane Weiß (Bildungsforscherin an der Humboldt-Universität zu Berlin, IniRomnja)

17:30-17:45 Uhr **Abschlussrunde für den Tag**

19:00 Uhr Abendessen (Ort: Schlossgasthaus Lichtenwalde)
 mit *Kreativem Abendprogramm* (Soziokulturelles Erbe)

Freitag, 30.10.2020

08:30-10:00 Uhr **Panel: „Rassismus und Empowerment in Ostdeutschland“**
 Moderation: Riham Abed- Ali (Hochschule Mittweida)
 „Von Zukunft keine Ahnung - wie die sächsische Jugendhilfe Migrant_innen und BIPOC übersieht“

Lisa Bendiek (Ethnologin, Kulturbüro Sachsen e.V.) &

Sok Kierng Elisa Ly (Studentin, Kulturbüro Sachsen e.V.)

„Der Kampf um Gerechtigkeit für Opfer von Polizeigewalt am Beispiel der Initiative für Oury Jalloh: Wie antirassistische Arbeit durch Behörden behindert wird“

Mouctar Bah (Initiative in Gedenken an Oury Jalloh)

„Vom Boxer zum Sozialarbeiter- Kämpfen um (Über-) Leben in zwei Systemen: DDR und BRD“

Ibraimo Alberto (Boxer, Autor, Sozialarbeiter)

„BIPOC- Empowerment und -Widerstand: Erfahrungen aus der Selbst-Organisation in Leipzig“

Edris Riedel (Diplom-Lebensmittelchemiker, Initiative 12.August, diversif- BIPOC-Kollektiv/ Leipzig)

Freitag, 30.10.2020

10:15-12:00 Uhr **Panel: „Migrant_innenselbstorganisationen und informelle Selbstorganisation in Ostdeutschland “**
 (parallele Online-Übertragung)

Moderation: **Eter Hachmann** (Politik- und Rechtswissenschaftlerin, Vorstandsvorsitzende Ausländerrat Dresden e.V.)

Einführender Input „Die Bedingungen und politische Wirksamkeit von MSOs in Sachsen“ **Eter Hachmann**

Podiumsgespräch von DaMost Mitgliedsorganisationen

„Wir können uns nur wehren, wenn wir uns zusammentun“

Moderation: **Anja Treichel** (Geschäftsführerin DaMost)

Vu Thi Hoang Ha (Deutsch-Vietnamesischer Freundschaftsverein e.V. Magdeburg, Landesnetzwerk Migrantinnenorganisationen in Sachsen-Anhalt)

Adelino Massuvira João (Dolmetscher, Diplom-Sozialpädagoge, Diakon und Integrationsbeauftragter beim Evangelischen Kirchenkreis Henneberger Land in Suhl/ Thüringen)

Ayman Qasarwa (Gründer und Vorsitzender des Thüringer Landesnetzwerk MigraNetz, Ausländerbeirat Weimar, Geschäftsführer DaMost)

12:00-13:00 Uhr Mittagspause (Ort: Mensa)

13:00-14:30 Uhr **Panel: „Un-/Sichtbarkeit und Mit-/Selbstbestimmung von Migrant_innen und BIPOC in Medien, Kunst & Kultur im ost-deutschen Kontext“** (parallele Online-Übertragung)

Moderation: **Nicola Lauré al- Samarai** (Geschichts- und Kulturwissenschaftlerin, Autorin)

„Darstellung von BIPOC in Kinderbüchern aus der DDR und heute – Perspektiven kritischer Pädagogik“

Matilde Heredia (Soziologin, Professorin an Hochschule Neubrandenburg)

„Menschen und Institutionen für Kommunikation und Partizipation (mikopa)! Eine Postmigrantische Selbstorganisation für partizipative Öffentlichkeit in den neuen Bundesländern“

Kefa Hamidi (Forschungszentrum Entwicklungskommunikation – Communication for Social Change- EC4SC am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft Universität Leipzig) &

Isabel Herling (*Zentrum für orientalische und europäische Kultur- ZEOK e.V.*)

„Mehr Medienpräsenz, mehr Miteinander! Überlegungen zur Sichtbarkeit migrantisch-ostdeutscher Stimmen“

Nhi Le (*Freie Journalistin, Speakerin und Moderatorin*)

14:30-15:00 Uhr **Abschluss mit Ausblick**

15:00-16:00 Uhr Raum für Austausch und Vernetzung mit Kaffee und Kuchen

16.00 Uhr Schluss und Abreise

Impressum

Herausgeberinnen:

Asiye Kaya, Riham Abed-Ali, Phương Thúy Nguyễn

Rückmeldungen bzgl. der Tagungsdokumentation
und des Forschungsprojektes an a.kaya@ash-berlin.eu

Lektorinnen: Gizem Kaya und Mahssa Sotoudeh

Layout und Grafik: plonkart.de

Veröffentlichung: März 2022

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen (Büro Dresden)
Obergraben 17 a
01097 Dresden

ISBN 978-3-98628-057-4



Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.